



HESSISCHER LANDTAG

27. 05. 2020

41. Sitzung

Wiesbaden, den 27. Mai 2020

Amtliche Mitteilungen	3077	Mathias Wagner (Taunus)	3085, 3088
<i>Entgegengenommen</i>	3077	Nancy Faeser	3087, 3091
Präsident Boris Rhein	3077	Volker Richter	3088
51. Antrag		Minister Kai Klose	3090
Fraktion der SPD		Ministerpräsident Volker Bouffier	3093
Sicherheit, Unterstützung und Entlastung		Janine Wissler	3097
für Familien in Hessen notwendig – Sozial-		Claudia Ravensburg	3102
minister Klose muss endlich einen konkre-		Kathrin Anders	3104
ten Plan vorlegen, wie Kitas, Kindertages-			
pflege und Horte in Hessen öffnen können		13. Bericht	
– Drucks. 20/2793 –	3077	Petitionsausschuss	
<i>Dem Sozial- und Integrationspolitischen Aus-</i>		Erster Bericht der Vorsitzenden des Petiti-	
<i>schuss überwiesen</i>	3105	onsausschusses	
73. Dringlicher Antrag		betreffend Tätigkeit in der 20. Wahlperi-	
Fraktion DIE LINKE		ode, Berichtszeitraum 2019	
Für eine verantwortungsvolle Öffnung der		– Drucks. 20/2597 –	3106
Kindertagesstätten		<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	3113
– Drucks. 20/2845 –	3077	Manuela Strube	3106
<i>Dem Sozial- und Integrationspolitischen Aus-</i>		Yanki Pürsün	3108
<i>schuss überwiesen</i>	3105	Heidmarie Scheuch-Paschkewitz	3108
75. Dringlicher Antrag		Katrin Schleenbecker	3109
Fraktion der Freien Demokraten		Bernd-Erich Vohl	3110
Kindertagesbetreuung verantwortungsvoll		Birgit Heitland	3111
öffnen – Konsequenzen aus dem Wort-		Oliver Ulloth	3112
bruch des Ministers ziehen		Minister Peter Beuth	3113
– Drucks. 20/2850 –	3077		
<i>Dem Sozial- und Integrationspolitischen Aus-</i>		50. Entschließungsantrag	
<i>schuss überwiesen</i>	3105	Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/	
Lisa Gnadt	3078, 3103	DIE GRÜNEN	
Christiane Böhm	3079	Starke Demokratie auch in Krisenzeiten –	
René Rock	3081, 3099	Hessen stellt sich entschlossen und ge-	
Ines Claus	3083	schlossen gegen Extremismus, Antisemitis-	
		mus und Verschwörungsideologien	
		– Drucks. 20/2792 –	3113
		<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i>	3125

74. Dringlicher Antrag	
Fraktion der Freien Demokraten	
Demokratie und Grundrechte wahren – auch während der Corona-Pandemie	
– Drucks. 20/2846 –	3114
<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i>	3125
Lukas Schauder	3114
Stefan Müller (Heidenrod)	3115
Armin Schwarz	3116
Minister Tarek Al-Wazir	3117
Heike Hofmann (Weiterstadt)	3117
Volker Richter	3119
Holger Bellino	3120
Hermann Schaus	3121
Manfred Pentz	3122
Minister Peter Beuth	3124
6. Zweite Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion der Freien Demokraten	
Gesetz zum Ausbau von Radschnellverbindungen in Hessen	
– Drucks. 20/1885 zu Drucks. 20/1080 –	3125
<i>Nach zweiter Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen zurücküberwiesen</i>	3135
Dr. Stefan Naas	3125
Arno Enners	3127
Karin Müller (Kassel)	3127
Markus Meysner	3129
Tobias Eckert	3131
Janine Wissler	3132
Minister Tarek Al-Wazir	3133
7. Zweite Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion der Freien Demokraten	
Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung	
– Drucks. 20/2753 zu Drucks. 20/782 –	3136
<i>Beratung beendet</i>	3145
8. Zweite Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung	
– Drucks. 20/2754 zu Drucks. 20/1645 –	3136
Änderungsantrag	
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
– Drucks. 20/2849 –	3136
<i>Beratung beendet</i>	3145
Vizepräsident Frank Lortz	3105
Tobias Eckert	3136
Jürgen Lenders	3136, 3144
Heiko Kassekert	3137

Elke Barth	3138
Hildegard Förster-Heldmann	3139
Dimitri Schulz	3140
Jan Schalauske	3142
Minister Tarek Al-Wazir	3143
9. Zweite Lesung	
Gesetzentwurf	
Landesregierung	
Gesetz zu dem Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern	
– Drucks. 20/2761 zu Drucks. 20/2657 –	3145
<i>Beratung beendet</i>	3151
Jürgen Frömmrich	3145
Saadet Sönmez	3145
Thomas Hering	3147
Klaus Herrmann	3148
Lukas Schauder	3149
Nancy Faeser	3150
Stefan Müller (Heidenrod)	3151
Minister Peter Beuth	3151
10. Zweite Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion der AfD	
Gesetz zur Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenbezüge während der Corona-Krise im Jahr 2020	
– Drucks. 20/2794 zu Drucks. 20/2623 –	3151
<i>Beratung beendet</i>	3161
11. Zweite Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion DIE LINKE	
Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags	
– Drucks. 20/2795 zu Drucks. 20/2668 –	3151
<i>Beratung beendet</i>	3161
12. Zweite Lesung	
Dringlicher Gesetzentwurf	
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten	
Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags	
– Drucks. 20/2796 zu Drucks. 20/2684 –	3151
<i>Beratung beendet</i>	3161
Jürgen Frömmrich	3151, 3156
Robert Lambrou	3152, 3159
Torsten Felstehausen	3153
Holger Bellino	3154, 3159
Günter Rudolph	3155, 3160
Jürgen Lenders	3158

Im Präsidium:

Präsident Boris Rhein
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsidentin Karin Müller
Vizepräsidentin Heike Hofmann
Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
Minister der Finanzen Michael Boddenberg
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Minister für Soziales und Integration Kai Klose
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Oliver Conz

Abwesende Abgeordnete:

Lena Arnoldt
Karl Hermann Bolldorf
Dirk Gaw
Rolf Kahnt
Claudia Papst-Dippel
Lucia Puttrich
Dr. Dr. Rainer Rahn

(Beginn: 9:03 Uhr)

Präsident Boris Rhein:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie an einem sonnigen Plenartag ganz herzlich begrüßen und eröffne die 41. Plenarsitzung des Hessischen Landtags.

Mit Blick in den Saal stelle ich die Beschlussfähigkeit fest und darf Sie vor Eintritt in die Tagesordnung bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Gestern haben wir vom Tod einer ehemaligen Kollegin erfahren, derer wir gedenken möchten.

Im Alter von 95 Jahren ist am 18. Mai 2020 die frühere Abg. Maria Vater verstorben. Sie ist am 10. Oktober 1924 in Thalwenden geboren.

1965 wurde sie die Leiterin der Verbraucherberatung in Kassel und war später auch als Referentin im Volksbildungswerk sowie in der Ausbildung der Hauswirtschaftsmeisterinnen tätig. 1950 wurde Maria Vater Mitglied der SPD. Sie war ab 1972 Mitglied im Unterbezirksvorstand Kassel der SPD. Für die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen war sie Mitglied im Bundesvorstand sowie stellvertretende Vorsitzende im Bezirk Hessen-Nord.

1974 war Maria Vater Mitglied der 6. Bundesversammlung. Sie engagierte sich ehrenamtlich als Mitglied des Kreisfrauenausschusses Kassel des DGB, davon 30 Jahre als Vorsitzende. Sie engagierte sich auch als Elternbeiratsvorsitzende und war darüber hinaus von 1978 bis 1981 die Vorsitzende des Büros für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e. V.

Maria Vater war vom 1. Dezember 1970 bis zum 30. November 1982 Mitglied des Hessischen Landtags. Sie gehörte in dieser Zeit unter anderem dem Ältestenrat, dem Präsidium, dem Petitions-, dem Rechts- und dem Sozialpolitischen Ausschuss an.

Maria Vater war verheiratet und Mutter von zwei Kindern. Unser Mitgefühl gilt der Familie und den Angehörigen.

(Schweigeminute)

Herzlichen Dank, dass Sie sich zu Ehren von Maria Vater von Ihren Plätzen erhoben haben.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE, für eine verantwortungsvolle Öffnung der Kindertagesstätten, Drucks. 20/2845. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dies Tagesordnungspunkt 73 und kann, wenn niemand widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 51 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Weiterhin eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend Kindertagesbetreuung verantwortungsvoll öffnen – Konsequenzen aus dem Wortbruch des Ministers ziehen, Drucks. 20/2850. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dies Tagesordnungspunkt 75 und kann, wenn niemand widerspricht, ebenfalls mit Tagesordnungspunkt 51 zu diesem Thema aufgerufen wer-

den. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann machen wir das so.

Außerdem eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend Demokratie und Grundrechte wahren – auch während der Corona-Pandemie, Drucks. 20/2846. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dies Tagesordnungspunkt 74 und kann, wenn niemand widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 50 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Alle sind einverstanden.

Sind Sie bereit, die Tagesordnung zu genehmigen? – Das ist der Fall, niemand widerspricht. Dann machen wir das so.

Zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen heute bis voraussichtlich 18 Uhr, wenn alles gut geht.

Wir beginnen im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen mit Tagesordnungspunkt 51, dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Sicherheit, Unterstützung und Entlastung für Familien in Hessen notwendig – Sozialminister Klose muss endlich einen konkreten Plan vorlegen, wie Kitas, Kindertagespflege und Horte in Hessen öffnen können, Drucks. 20/2793. Im Anschluss daran folgt der Erste Bericht der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Kollegin Strube, betreffend Tätigkeit in der 20. Wahlperiode, Berichtszeitraum 2019, Drucks. 20/2597.

Entschuldigt fehlen heute Abg. Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD), Abg. Rolf Kahnt (AfD), Abg. Karl Hermann Bolldorf (AfD), Abg. Dirk Gaw (AfD) ganztägig, Abg. Klaus Herrmann (AfD) vormittags,

(Unruhe)

Frau Staatsministerin Lucia Puttrich ganztägig sowie Herr Staatsminister Axel Wintermeyer, der uns diese wunderbaren Masken beschert hat, von 12 bis 15 Uhr. Gibt es weitere Entschuldigungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann können wir in die Tagesordnung eintreten. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 51** auf:

Antrag

Fraktion der SPD

Sicherheit, Unterstützung und Entlastung für Familien in Hessen notwendig – Sozialminister Klose muss endlich einen konkreten Plan vorlegen, wie Kitas, Kindertagespflege und Horte in Hessen öffnen können
– Drucks. 20/2793 –

verbunden mit **Tagesordnungspunkt 73:**

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Für eine verantwortungsvolle Öffnung der Kindertagesstätten
– Drucks. 20/2845 –

und **Tagesordnungspunkt 75:**

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Kindertagesbetreuung verantwortungsvoll öffnen – Konsequenzen aus dem Wortbruch des Ministers ziehen
– Drucks. 20/2850 –

Frau Gnadl steht sozusagen Gewehr bei Fuß, schon eine ganze Weile – es dauert eben mit den Mitteilungen, ich beile mich deswegen auch ganz besonders.

(Heiterkeit)

Ich erteile jetzt Frau Kollegin Gnadl für die Fraktion der SPD das Wort.

Lisa Gnadl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern haben auf dem Kranzplatz vor der Staatskanzlei Kinder und ihre Eltern demonstriert und auf ihre derzeitige Situation aufmerksam gemacht. Sie haben deutlich gemacht, welchen Belastungen sie derzeit ausgesetzt sind und wie viel Hoffnung sie in die Ankündigung des Sozialministers im Hinblick auf die Öffnung der Kitas ab dem 2. Juni gesetzt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was von dieser Hoffnung übrig geblieben ist, das ist vor allem Entsetzen darüber, was jetzt umgesetzt werden soll, sowie Verzweiflung und auch Wut.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Diese Landesregierung lässt die Kinder und ihre Familien im Stich. Schlimmer noch: Sie halten es noch nicht einmal für notwendig, zu dieser Demonstration zu gehen und sich überhaupt anzuhören, was die Familien dort zu sagen haben.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Hört, hört! – Weitere Zurufe)

Keiner von CDU und GRÜNEN, niemand aus der Landesregierung hat es für nötig gehalten, gestern dorthin zu gehen und sich die Sorgen und Nöte der Eltern anzuhören.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Familien sind in der aktuellen Situation hohen Belastungen ausgesetzt. Sie sind nach zehn Wochen am Limit. Wer selbst kleine Kinder zu Hause hat und diesen Spagat zwischen Berufstätigkeit, Homeschooling und Kinderbetreuung tagtäglich durchführt, der weiß, was in diesen Familien los ist – ich weiß, wovon ich spreche. Viele Familien plagen Existenzsorgen, oder sie leben in beengten Wohnverhältnissen. Einige Eltern haben bereits ihren Jahresurlaub aufbrauchen müssen und wissen nicht, wie es in den Sommerferien weitergeht und wie sie das in den Ferien überhaupt hinkommen sollen. Vor allem spüren die Kinder und Jugendlichen die Belastungen der Eltern ganz besonders. Hinzu kommt, dass ihnen natürlich auch die sozialen Kontakte mit den Gleichaltrigen fehlen; die gewohnten Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten sind eingeschränkt. Auch die benötigte Förderung durch Kitas und Schulen fehlt. Kinder haben ein Recht auf Unversehrtheit, und sie haben auch ein Recht auf Bildung.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Kinderkrippen und Kindertagesstätten sind für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keine Aufbewahrungsanstalten. Sie sind Orte des Lernens, und sie sind für uns frühkindliche Bildungseinrichtungen.

(Vereinzelter Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Je länger die Schließung der Einrichtungen dauert, desto schwerer werden die Folgen für die Kinder und ihre Familien.

Die Corona-Pandemie ist eine noch nie da gewesene Situation für unser Gesundheitssystem und für unsere Gesundheitspolitik. Die drastischen Einschränkungen waren nötig, um das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bekommen. Für die notwendigen Maßnahmen gab es in der Bevölkerung auch immer Rückendeckung. Aber man kann eben diesen Kredit auch ganz schnell verspielen, und diese Hessische Landesregierung ist auf dem besten Weg dorthin.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und DIE LINKE)

Jetzt wird es Zeit, dass die Familien eine verlässliche Perspektive in dieser Situation erhalten und dass die Kinder endlich wieder zurück in ihre Einrichtungen gehen können.

Familien haben Anspruch auf eine Landesregierung, die bereit ist, Verantwortung in dieser schweren Zeit zu übernehmen, die Entscheidungsstärke demonstriert und die vorgeht, Wege aufzeigt und vor allem offen kommuniziert. All dies haben wir in Hessen nicht. In Hessen fehlen die klare politische Führung und die verlässliche Kommunikation in diesen Krisenzeiten, insbesondere im Sozialministerium.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Wo es unbequem wird und vielleicht auch mit einem gewissen Risiko verbunden ist, ducken Sie sich jetzt weg und versuchen, die Verantwortung nach unten abzuschieben. Das sieht man jetzt bei der geplanten Kita-Öffnung. Ja, viele Familien brauchen wieder eine Kinderbetreuung, die allen Kindern offen steht und zumindest eine verlässliche, wenn auch eingeschränkte Betreuung garantiert. Uns allen ist klar, dass damit auch ein gewisses Risiko verbunden ist, dass es auch zu neuen Infektionsherden kommen kann. Hier muss man als Sozialminister sagen: Gehe ich dieses Risiko ein, oder nehme ich dieses Risiko nicht in Kauf? – Aber Sie machen weder das eine noch das andere.

(Beifall SPD)

Sie machen nur große Ankündigungen: Ab dem 2. Juni sollte es in Hessen wieder einen eingeschränkten Kita-Regelbetrieb für alle Kinder geben. Bis zu den Sommerferien, also bis Anfang Juli, sollten alle Kinder wieder ihre Einrichtungen von innen gesehen haben und besuchen können. – Das alles entpuppt sich als haltlos. Die Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie die Träger der Einrichtungen können nicht auf das zählen, was Sie sagen.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE)

Ab dem 2. Juni gibt es in Hessen weiterhin nur eine Notfallbetreuung, anders kann man das nicht nennen. Das ist noch nicht einmal eine tatsächlich ausgeweitete Notfallbetreuung, weil Sie auf der einen Seite zwar den Spielraum für einige Kinder erhöhen, in diese Notfallbetreuung hineinzukommen; aber auf der anderen Seite schränken Sie mit der Verordnung, die Sie gestern endlich auf den Tisch gelegt haben, die Notfallbetreuung für einige Kinder wieder ein.

Alle weiteren Entscheidungen, die darüber hinausgehen, schieben Sie auf andere ab, nämlich auf die kommunale

Ebene. Sie nennen das: „Wir lassen freie Hand“. Ich nenne das Zynismus.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Lachen und Zurufe Jürgen Frömmrich und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Wagner und Herr Frömmrich, ich weiß gar nicht, was Sie so lustig finden. Ich finde, die Situation für Eltern in Hessen ist sehr ernst.

(Beifall SPD – Günter Rudolph (SPD): Das ist der Oberlehrer der GRÜNEN!)

Nur wenn nach Aufnahme der Kinder mit Anspruch auf Notfallbetreuung noch freie Plätze bleiben, sollen andere Kinder in Absprache der Träger mit den Jugendämtern zum Zuge kommen. Es sollen dann also die Träger und Jugendämter entscheiden. Die Konflikte, die es vor Ort geben wird, sind doch vorprogrammiert. Der Sozialminister zieht sich hier aus der Affäre. Er gibt weder Vorgaben zu der Größe der erlaubten Gruppen noch zu erweiterten Räumlichkeiten für die Betreuung. Das heißt, bei den Kommunen und Trägern, die möglicherweise vorsichtig agieren und kleinere Gruppen einrichten, kann dann der Minister den enttäuschten Eltern mitteilen: Das ist leider die Entscheidung vor Ort. – Denjenigen Kommunen, die vielleicht großzügigere Entscheidungen treffen und möglicherweise am Ende eine Infektion in ihrer Einrichtung haben, können Sie dann auch den Schwarzen Peter zuschieben. Es liegt ja die alleinige Verantwortung für die Entscheidung, die da getroffen wurde, vor Ort. Dieses Schwarzer-Peter-Spiel ist das Gegenteil von einer verantwortungsvollen Regierungspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Ein Blick in andere Bundesländer zeigt, dass es auch anders geht.

(Zurufe SPD: Genau!)

Viele Bundesländer haben frühzeitig einen Plan aufgestellt, wie sie eine stufenweise Öffnung der Kitas ermöglichen werden. So hat z. B. Niedersachsen gesagt: Wir fahren bis zum 8. Juni den Kita-Betrieb auf 50 % hoch; ab dem 1. August kehren wir zum Regelbetrieb zurück.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Oder Bundesländer wie Rheinland-Pfalz und Hamburg nehmen die Kinder schrittweise nach Altersgruppen

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– jetzt hören Sie mir doch erst einmal zu –, angefangen mit den Vorschulkindern, wieder auf. Diese Bundesländer verfolgen einen konkreten Stufenplan, auch mit entsprechenden zeitlichen Angaben.

Andere Bundesländer, wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen und bald auch NRW und Baden-Württemberg, öffnen die Kitas tatsächlich für alle Kinder mit einer entsprechenden strikten Trennung der Gruppen, Hygieneauflagen und verkürzten Öffnungszeiten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, sie öffnen für alle Kinder.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Der Weg, den Hessen jetzt einschlägt, ist weder das eine noch das andere. Das ist das Fatale des Handelns dieser

Landesregierung. Sie delegieren einfach nur die Verantwortung nach unten und machen keine klaren Vorgaben. Sie nennen keine klaren Kriterien, nach denen die Träger und die Kommunen vor Ort handeln können.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Das führt dazu, dass weder die Kinder und die Eltern noch die Träger der Einrichtungen oder die Erzieherinnen und Erzieher wissen, wie es am nächsten Dienstag für sie weitergeht. Was sollen die Eltern ihren Kindern antworten, wie es für sie ab Dienstag weitergeht? Was sollen berufstätige Eltern jetzt eigentlich dem Arbeitgeber sagen? Wie sollen sich die Erzieherinnen und Erzieher und die Träger der Einrichtungen auf die Situation nächste Woche vorbereiten? Nach welchen Kriterien sollen jetzt eigentlich die Jugendämter über diese sogenannten freien Plätze entscheiden? – Auf all diese Fragen geben Sie keine Antworten. Für all diese Fragen übernehmen Sie keine Verantwortung, Herr Sozialminister. Zur Aufgabe eines Sozialministers gehört es eben auch dazu, Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall SPD, DIE LINKE und René Rock (Freie Demokraten))

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin, Sie müssten langsam zum Ende kommen.

Lisa Gnagl (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Wenn man diese nicht wahrnehmen will oder kann, dann ist man nicht gezwungen, dieses Amt auszuführen. Man muss es eben nicht nur wollen, man muss es auch können.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Gnagl. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Böhm für die Fraktion DIE LINKE. Ich gehe jetzt nach den Anträgen vor. Dann kommt die FDP mit dem Fraktionsvorsitzenden Rock. Aber jetzt erst einmal Frau Böhm, bitte schön.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wer die Kommentare vieler hessischer Eltern in den sozialen Netzwerken und die Schreiben der Eltern und Verbände wahrnimmt, wer die gestrige Kundgebung vor der Staatskanzlei verfolgt hat – Kollegin Lisa Gnagl hat gerade schon etwas dazu gesagt – oder auch den offenen Brief der Kinderbeauftragten aus Frankfurt liest, kommt zu einem eindeutigen Fazit: Die schwarz-grüne Landesregierung hat Eltern, Erzieher und Kinder maßlos enttäuscht.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Seit Wochen gibt es Hinweise aus der Wissenschaft, von Elterninitiativen, Gewerkschaften, vom Kinderschutzbund und von vielen anderen, dass es nicht nachvollziehbar ist, warum fast alles wieder öffnen darf, es aber keine Priorität für frühkindliche und schulische Bildung gibt. Wochenlang hat Sozialminister Klose mantraartig betont, dass mit dem eingeschränkten Regelbetrieb ab dem 2. Juni alles zum Besseren gewendet würde. – Und dann geben Sie letzte

Woche eine Pressekonferenz, die das genaue Gegenteil belegt.

Ihr sogenanntes Konzept bedeutet schlicht und ergreifend, dass sich das Land zurücklehnt – Frau Gnadl hat es gesagt – und die komplette Verantwortung an die Kommunen delegiert. Sie hatten so viel Zeit, sich Gedanken über eine Wiedereröffnung zu machen. Herausgekommen ist aber nichts. Sie hatten die Möglichkeit, mit Trägern ein Konzept zu erarbeiten. Dass jetzt aber nur die Kommunalen Spitzenverbände mitreden dürfen und da auch nur einzelne Interessen berücksichtigt werden, ist wirklich ein Skandal.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Sie können nicht sagen, wie hoch die Betreuungskapazitäten in den Kitas sind. Deswegen sind Sie auch nicht in der Lage, Aussagen zu Maximalgrößen von Gruppen zu treffen oder auch, wie Thüringen, Maßgaben vorzugeben, wie viele Kinder wie viel Raum beanspruchen. Sie wagen es nicht einmal, eine klare Empfehlung auszusprechen, dass Erzieherinnen und Erzieher, die zu Risikogruppen gehören, nicht beschäftigt werden sollen. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen müssen sich jetzt – ohne Ihre Unterstützung – allein mit der Situation und ihrem Arbeitgeber auseinandersetzen.

Die Eltern, die sich auch dank der von der schwarz-grünen Landesregierung zu verantwortenden Öffnungsreihenfolge – zuerst die Autohäuser, dann die Shoppingmalls, dann die Tattoostudios und die Biergärten – einem immensen Druck vonseiten ihrer Arbeitgeber ausgesetzt sehen, wissen nach Ihrer Pressekonferenz und Ihrem angeblichen Konzept genauso wenig wie zuvor, wie sie nächste Woche ihre Arbeitssituation überstehen können.

Ich möchte jetzt aber auch keine Einrichtungsleiterin sein. In den Einrichtungen laufen jetzt aktuell die Telefone heiß, weil Hunderte von Eltern sich erkundigen, ob ihr Kind ab dem 2. Juni eines der Glücklichen ist, das wieder in die Einrichtung kommen darf. Die Einrichtungsleitungen haben darauf keine Antworten, weil Sie sich geweigert haben, irgendwelche Standards oder Rahmenbedingungen vorzugeben. Es ist unverantwortlich, dass Sie die Träger, die Erzieherinnen und Erzieher und vor allem die Eltern und Kinder schlicht im Regen stehen lassen.

(Beifall DIE LINKE)

Man kann ja nicht sagen, dass es keine Konzepte gäbe. Es gibt eine Vielzahl von Vorschlägen. Es gibt den Vorschlag von ver.di, der hohe Ansprüche an den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Kolleginnen und Kollegen stellt. Es gibt Vorschläge, wie das Positionspapier der vier medizinischen Fachgesellschaften aus der vergangenen Woche, die fordern, wieder alles aufzumachen, weil sie Kindern und Jugendlichen ein deutlich geringeres Infektions- und Übertragungsrisiko zusprechen. Aber auch der Virologe Drosten spricht sich für die Öffnung der Kitas und Schulen aus. Und es gibt die Konzepte aus den verschiedenen Bundesländern. – Das ist nur eine kleine Auswahl.

Auch die Opposition hat Konzepte vorgelegt. Wir haben unseres schon vor vier Wochen vorgelegt. Aber die Landesregierung ignoriert das leider völlig und bezieht keine Position dazu.

Hätten Sie nur einmal den Blick in die anderen Bundesländer gewagt, dann wäre Ihnen vielleicht noch etwas aufgefallen: Es ist durchaus machbar, dass die Elternbeiträge für die geschlossenen Kitas vom Land übernommen werden

können. Ich nehme nur einmal unsere direkten Anrainer: Thüringen hat die Kita-Beiträge komplett übernommen. Bayern hat sie übernommen. Baden-Württemberg zahlt 100 Millionen € an seine Kommunen, damit diese die Beiträge erlassen können. In Rheinland-Pfalz gilt sowieso schon die fast komplette Beitragsfreiheit. In Hessen hört man von der Landesregierung nur, dass die Forderungen der Kommunen, die es nicht mit ansehen konnten, dass die Eltern so unter Druck stehen und dann dafür auch noch Geld abgeknöpft bekommen, auf eine große Halde kommen und man einmal schauen kann, was davon finanziert ist. Geben Sie endlich die Zusage, die Elternbeiträge für die Corona-Monate aus originären Landesmitteln zu übernehmen.

(Beifall DIE LINKE)

Natürlich haben wir von der Landesregierung keine Detailplanung erwartet. Aber wie wäre es denn z. B. gewesen, wenn Sie sich zu einem zeitweisen Aufenthalt in Kitas geäußert hätten, wenn Sie Empfehlungen ausgesprochen hätten, dass die Kinder in der Schuleingangsphase bevorzugt wieder in die Kitas aufgenommen werden sollen? Aber den Trägern diese Entscheidung aufzubürden, führt nicht zu Chancen- und Bildungsgerechtigkeit, sondern zu Willkür, die am Ende noch zahlreiche negative Folgen haben wird.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel für die negativen Folgen nennen: Nehmen wir einmal ein mittelständisches Unternehmen, in dem drei junge Mütter mit Kindern im Kita-Alter normalerweise in Vollzeit beschäftigt sind. Ich sage mit Absicht „Mütter“; denn wir wissen, dass die Frauen in dieser Krise überproportional viel Sorgearbeit zulasten von Erwerbsarbeit leisten müssen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Mit Blick auf die nächste Woche kann jetzt eine Mutter der Personalabteilung mitteilen, dass sie wieder voll einsteigt. Eine andere teilt mit, dass ihre Kinder die Kita drei Tage pro Woche nutzen können. Die andere muss Heimarbeit mit Kinderbetreuung vereinbaren – was bekanntlich nicht geht; das wissen wir ja –, weil ihre Kita sie zufällig nicht ausgewählt hat.

Jetzt kommt die erwartete Rezession, und die Geschäftsführung muss oder will Personal abbauen. Welche der drei Mütter geht voraussichtlich in die Erwerbslosigkeit? – Das können Sie sich jetzt an drei Fingern abzählen. Oder nehmen wir einmal an, es steht eine Beförderung in demselben Unternehmen an. Welche der drei Frauen wird befördert? – Keine, weil ein Mann den Job bekommt, der erfolgreich seiner Frau in den vergangenen Monaten den größten Teil der Sorgearbeit aufdrücken konnte.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Das ist die Realität, die viele Frauen durch diese Krise verstärkt erleben. Wir erleben einen massiven Rückschritt in der Emanzipation der Frauen, eine unfreiwillige Rückkehr zur Geschlechtertrennung in der Arbeitswelt. Selbst dort, wo Partnerinnen und Partner mit und ohne Kinder dies bisher anders gelebt haben und sich dieser Widersprüche bewusst sind, erleben wir genau diese Tendenz. – Ihr Umgang mit den Themen Kita- und Schulöffnung verstärkt diese Entwicklung deutlich, und das regt mich wirklich maßlos auf.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Das Wichtigste dabei sind aber die Kinder. Sie müssen aktuell ganz viel Ungewohntes erfassen. Was ist denn dieses Corona-Monster? Warum darf ich Oma und Opa nicht sehen? Warum laufen Papa und Mama und andere mit so komischen Masken herum? Warum durfte ich die ganze Zeit nicht auf den Spielplatz, und wo sind meine Freunde aus der Kita die ganze Zeit?

Während aktuell viel über Grundrechtseinschränkungen diskutiert wird, fallen die Kinderrechte komplett hinten runter. Gelten denn die Rechte der Kinder auf umfassende Bildung, auf Beteiligung, auf körperliche Unversehrtheit und auf soziale Sicherheit in Hessen noch?

Ich möchte dazu noch einmal auf den eingangs erwähnten Brief der Frankfurter Kinderbeauftragten hinweisen, der die Position des Kindes in der aktuellen Situation deutlich herausstellt. Vielleicht wäre diese Perspektive auch in Hessen deutlicher wahrnehmbar, wenn nicht seit einem Jahr die Stelle der Kinderrechtsbeauftragten unbesetzt wäre. Das ist eine weitere Leerstelle dieser Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Kinderrechte nur in die Verfassung zu schreiben und sie dann zu ignorieren, ist kinderfeindlich.

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Ja, genau!)

Im offenen Brief aus Frankfurt wird völlig zu Recht darauf verwiesen, dass in der aktuellen Situation wieder Kinder zu Objekten degradiert und nicht in ihrer Subjektposition wahrgenommen werden.

Wir wissen, dass aktuell die Zahl der Kinder, die Gewalt erleben, deutlich zugenommen hat. Kinder und Jugendliche können gewalttätigen Situationen im häuslichen Umfeld in der Pandemie viel schlechter aus dem Weg gehen. Eltern, die nur über eine eingeschränkte Resilienz verfügen, drohen, familiäre Konflikte gewaltsam zu beenden.

Noch dazu war das ambulante Gewaltschutz- und Unterstützungssystem zu Beginn der Krise weitgehend lahmgelegt – das ist es immer noch –, weil Schutzmaterialien für die Beschäftigten fehlten oder deren Kinder anfangs nicht in die Notbetreuung durften. Noch heute sind viele Fachkräfte der Jugendämter zur Verstärkung der Gesundheitsämter abgeordnet. Das alles wird natürlich dadurch verschlimmert, dass Kitas und auch Schulen, die einen wesentlichen Beitrag zum institutionalisierten Gewaltschutz liefern, weitgehend geschlossen sind.

Eine klare Empfehlung für einen zeitweisen Besuch der Kitas wäre so wichtig, damit möglichst zeitnah möglichst viele Kinder wieder mit außerfamiliären Bezugspersonen in Kontakt kommen und Gewaltschutzkonzepte wieder besser greifen können.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Herr Klose, Sie haben ein Konzept verkündet, das keines ist. Sie haben dieses lediglich mit den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbart. Sie haben niemanden sonst beteiligt – weder Eltern noch Träger und schon gar nicht die Kinder. Sie haben deutlich gemacht, dass Ihnen Autos und Biergärten wichtiger sind als Kinder. Das ist eine Bankrotterklärung für eine schwarz-grüne Regierung.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Mein letzter Satz: Beenden Sie Ihr Versteckspiel, schaffen Sie die notwendigen Rahmenbedingungen, damit alle Kinder in Hessen einen gerechten Zugang zu hessischen Bildungseinrichtungen haben. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Böhm. – Nächster Redner ist der Vorsitzende der Fraktion der Freien Demokraten, der Kollege René Rock.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Gestern demonstrierten Eltern in Wiesbaden vor der Staatskanzlei. Diese Eltern demonstrieren seit Wochen auch in anderen hessischen Städten. Gestern bestand für alle Fraktionen die Möglichkeit, sich mit diesen Eltern auszutauschen. Jeder hätte dorthin gehen können. Alle Fraktionen haben eine Einladung bekommen. Das war aus dem E-Mail-Verteiler, der uns vorliegt, klar ersichtlich.

Allerdings kam kein Vertreter der regierungstragenden Fraktionen und hat sich mit den Eltern auseinandergesetzt. Niemand war da, um sich die Sorgen anzuhören. Niemand war da, um diese aus unserer Sicht falsche Entscheidung des hessischen Sozialministers Kai Klose zu verteidigen. Auch das spricht Bände.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und DIE LINKE)

Die Kita-Öffnung in Hessen ist unser Thema. Das ist ein wichtiges Thema. Warum? Meine Vorrednerinnen haben zum Teil auf wichtige Punkte hingewiesen. Die Kitas sind viel mehr als Betreuungseinrichtungen. Die Kitas sind Bildungseinrichtungen. Die Kitas in Hessen mit ihrem gut ausgebildeten Personal, mit ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verantworten Bildungs- und Entwicklungschancen für unsere Kinder. Sie stehen dafür, dass die Spaltung der Gesellschaft reduziert wird, indem die Chancen der Kinder verbessert werden – auch der Kinder, die vielleicht nicht aus bildungsnahen Haushalten kommen. Dort wird unfassbar wichtige Arbeit geleistet. Wenn die Kinder nicht in die Kitas kommen, wenn sie allein in ihren Familien sind – in vielen Familien lebt nur ein einziges Kind –, werden sie in dieser Situation sozial und emotional vereinsamen, wenn sie nur mit Erwachsenen zusammen sind.

Auch die Frage der Schutzfunktion ist angesprochen worden. Wenn die Familien mehr Stress ausgesetzt werden – in dieser Pandemiesituation sind die Familien unfassbar viel Stress ausgesetzt –, haben sie vielleicht Angst um ihre Existenz mit Blick auf die Finanzen. Eltern müssen plötzlich im Homeoffice arbeiten und haben das noch nie gemacht. Sie müssen die technischen Voraussetzungen schaffen und sich an neue Arbeitsweisen gewöhnen. „Homeoffice“ heißt nicht, dass man zu Hause ist und dass man sich um seine Kinder kümmern kann, sondern das heißt, dass man arbeiten muss und dass man diese Arbeit bewältigen

will und bewältigen muss, weil man sonst seinen Job verliert. Das ist die Realität der Familien in unserem Land.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und DIE LINKE)

Wir haben gestern die Forderungen der Familien gehört. Wir haben die Ängste und Nöte gehört. Wir haben gehört, dass Eltern sagen: Wir sind keine Lehrer. Wir sind nicht als Lehrer ausgebildet. Wir können die Lehrer auch nicht zu Hause ersetzen. Wir können auch die vielen Herausforderungen gleichzeitig nicht stemmen.

Wenn Sie die Familien in unserem Land im Stich lassen, lassen Sie die Gesellschaft in unserem Land im Stich. Das kann doch nicht der Wille dieser Landesregierung sein. Darum: Gehen Sie in sich und denken über Ihre Politik noch einmal nach. So kann es nicht bleiben. Die Kitas in Hessen müssen wieder geöffnet werden.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Viele gesellschaftliche Auswirkungen, die wir noch gar nicht wirklich absehen können, werden dadurch immer weiter verschärft. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Frage der Gleichstellung der Frau, die Frage, wer die Hauptlast der Kinderbetreuung, der Erziehung und der Bildung in unserem Land trägt – das alles wird immer weiter zugespitzt und verschärft sich. Wie soll das Wiederanfahren der Wirtschaft gehen, wenn die Eltern zu Hause mit Kinderbetreuung und mit Ersatzfunktion für die Lehrer in unserem Land sind? Wie soll das alles funktionieren? Ich kann Ihnen sagen: Es wird nicht funktionieren, wenn die Kitas in unserem Land nicht wieder geöffnet werden.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Dann fragt man sich tatsächlich: Was macht denn die Landesregierung in dieser Zeit? Wie reagiert der verantwortliche Minister in unserem Land? Was macht Kai Klose? Wo ist Kai Klose in dieser herausfordernden Situation? Was tut er, um die Kitas, um die Eltern und um die Familien in unserem Land zu unterstützen und sie in dieser schwierigen Zeit in die Lage zu versetzen, all diese Herausforderungen zu bewältigen? Die Kitas schlossen im März. Dann hörte man nichts von unserem Sozialminister. Andere Sozialminister anderer Bundesländer engagierten sich und haben Pläne vorgelegt. Es gibt einen Vierphasenplan, der auch auf Bundesebene beschlossen worden ist und in dem klar geregelt ist, wie eine Rückkehr in die Kitas erfolgen kann. Wo war Hessen? Hessen hat sich nicht engagiert.

(Lautes Lachen Ministerin Priska Hinz – Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren völlig überrascht, als wir vor drei Wochen erfahren haben, dass tatsächlich Hessen am 2. Juni in die eingeschränkte Regelbetreuung zurückkehren würde.

(Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist „wir“, Herr Rock? Nur weil Sie es nicht gehört haben, können Sie nicht auf alle schließen!)

Das hat dieses Land völlig überrascht in dieser Situation. Ich kann nur sagen: Sie haben etwas zum 2. Juni versprochen. Sie haben dieses Versprechen gebrochen. Das ist Ihre Verantwortung, Herr Klose.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege Rock, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Wagner?

René Rock (Freie Demokraten):

Nein, er kann das nachher noch vortragen. – Ich will mich an dieser Stelle damit auseinandersetzen: Was ist die Verantwortung dieses Ministers? Was ist die Verantwortung der Hessischen Landesregierung gegenüber den Familien in unserem Land? Sie haben in diesem Plenarsaal am 5. Mai verkündet, dass die Regelbetreuung in Hessen am 2. Juni wieder in Kraft gesetzt wird. Klar ist, was mit „Regelbetreuung“ gemeint ist. Heute steht noch auf der Internetseite der Staatskanzlei und des Ministeriums, dass der Regelbetrieb wieder anlaufen sollte.

Was bedeutet „Regelbetrieb“? Das bedeutet, dass wieder alle Kinder in unserem Land ein Anrecht haben, in die Kita zu gehen. Genau das tun sie nicht.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Sie haben von diesem Pult aus ein Versprechen gegeben, das sich an die Familien in diesem Land und an die Eltern richtete. Sie haben auch uns im Hessischen Landtag in einer klar nachvollziehbaren Pressemitteilung, die auch auf Internetseiten verkündet wurde, die Versprechung gemacht: Der eingeschränkte Regelbetrieb soll am 2. Juni in diesem Land wieder in Kraft gesetzt werden. – Sie haben letzte Woche den Fachsprechern mitgeteilt, dass das nicht passieren wird. Sie haben dafür keine Begründung geliefert. Das kann nicht das Pandemiegeschehen in diesem Land sein, da es in diesem Land genauso wie in anderen Ländern im Griff ist. Erkennbar ist nicht, dass in Hessen eine besondere Entwicklung der Gesundheitssituation besteht.

Darum: Herr Klose, erklären Sie uns, warum Sie von Ihrem Versprechen abgerückt sind und warum Sie die Kinder in unserem Land in zwei Gruppen einteilen – aus unserer Sicht ohne Not. Wir haben Notbetreuung in den Kitas in unserem Land. Was bedeutet das? Es ist abhängig vom Beruf der Eltern, ob ein Kind Anrecht hat, in eine Kita zu gehen. Sie sagen: Die einen sind systemrelevant, und die anderen sind nicht systemrelevant. – Sie spalten dieses Land, indem Sie eine Trennung von wichtigen und unwichtigen Kindern vornehmen. Das kann man nur machen, wenn es absolut notwendig ist. Das muss aufgehoben werden, sobald das zu verantworten ist.

(Zustimmung Nina Eisenhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha! – Eben!)

Sie selbst haben an diesem Pult erklärt, Sie hielten es für verantwortlich, am 2. Juni diese Kinderbetreuung wieder in Gang zu setzen.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch mal, wann! – Weitere Zurufe)

Herr Minister Klose, Sie haben am 5. Mai hier erklärt, Sie hielten es für möglich und richtig, diese Notbetreuung innerhalb von drei Wochen einzustellen.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher will ich Ihnen sagen, Herr Klose: Wer sich hierhin stellt, wer sich wegduckt, wer drei Werkzeuge vor der ver-

kündeten Öffnung einen Hygieneplan vorlegt, wer sich in der Art und Weise wegduckt, Verantwortung ausweicht,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Machen Sie doch mal einen Vorschlag!)

ist aus meiner Sicht nicht in der Lage, ein Ministerium in dieser Krise verantwortungsvoll zu führen. Ziehen Sie die Konsequenzen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Wenn diese Landesregierung Entscheidungen trifft, die sich nicht als sinnvoll erweisen, reicht oftmals ein Anruf einer Lobbygruppe, um diesen Fehler der Regierung zu korrigieren. Wir haben das bei der 5-m²-Regelung bei den Gaststätten gesehen. Da musste der DEHOGA beim Ministerpräsidenten anrufen, und innerhalb von einer Woche wurde die 5-m²-Regelung aus der Welt geschafft.

(Holger Bellino (CDU): Quatsch! – Weitere Zurufe)

Verkündet vom Generalsekretär der CDU, erfahren wir: Das Problem ist gelöst. – Anscheinend haben die Eltern in unserem Land keine Lobby. Keiner kann beim Ministerpräsidenten anrufen, um auf die vielen Herausforderungen für die Familien hinzuweisen. Die Familien haben in diesem Land keine Lobby.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und DIE LINKE –
Lachen Minister Tarek Al-Wazir)

Wenn die Eltern in diesem Land demonstrieren, sind die GRÜNEN weit davon entfernt, sich einmal zu informieren, was die Interessen der Eltern sind. Darüber müssen Sie sich im Klaren sein.

Lieber Herr Ministerpräsident Volker Bouffier, Sie genießen großes Vertrauen in der Bevölkerung.

(Manfred Pentz (CDU): So ist es!)

Sie haben als Ministerpräsident in diesem Land großes Vertrauen bei den Menschen gewonnen.

(Manfred Pentz (CDU): Im Gegensatz zur FDP!)

Werden Sie diesem Vertrauen gerecht, und schauen Sie genau hin, wer in Ihrem Kabinett geeignet ist, diese Krise zu bewältigen.

(Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das jetzt eine Bewerbungsrede? – Heiterkeit)

Herr Ministerpräsident Volker Bouffier, ich bitte Sie an dieser Stelle, genau zu beobachten: Wie war der Umgang mit den Schutzregeln in den Altersheimen durch den Minister? Was war der Aufstand der Träger an dieser Stelle?

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben bis heute noch kein Schutzkonzept und kein Konzept, wie wir mit dem Testen umgehen. Wir haben das Thema der Kitas. Denen hat dieser Minister etwas versprochen und dann sein Wort gebrochen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sie haben zehn Minuten lang geredet! Wo ist Ihr Vorschlag, Herr Rock?)

Was soll noch passieren, dass Sie die Konsequenzen ziehen und diesen Schwachpunkt aus Ihrem Kabinett entfernen, Herr Bouffier? Was soll noch passieren?

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mein Gott! – Unglaublich! – Ni-veaulos! – Weitere Zurufe)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege Rock, Sie müssen langsam zum Ende kommen.

René Rock (Freie Demokraten):

Lieber Kai Klose, Sie haben den Menschen in diesem Land etwas versprochen. Sie haben das Versprechen gebrochen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sie müssen in der eigenen Fraktion ganz schön unter Druck stehen! – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Not muss ganz schön groß sein!)

Sie waren nicht bereit, sich den Menschen in dieser Diskussion zu stellen. Darum: Ziehen Sie die Konsequenzen. Oder der Ministerpräsident soll die Konsequenzen ziehen. Sie sind ein Risiko für unser Land. Bitte beenden Sie Ihre Tätigkeit. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Rock. – Für die Fraktion der CDU spricht ihre Vorsitzende, Kollegin Ines Claus.

(Günter Rudolph (SPD): Alles bestens in Hessen!)

Ines Claus (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege René Rock, bevor ich anfangen möchte, erkläre ich den Unterschied zwischen dem Autohaus und dieser Entscheidung. Es geht hier um unsere Kinder. Die Kinder und die Eltern haben eine Riesenlobby bei uns. Deswegen verdienen sie verantwortbare Entscheidungen.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Es gibt gar keine Entscheidung!)

Deswegen ergibt dieser Vergleich überhaupt keinen Sinn.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – René Rock (Freie Demokraten): Aber Herr Klose hat doch angekündigt, dass die Kitas öffnen! – Nancy Faeser (SPD): Und die Menschen, die ihre Jobs verlieren? Wer verantwortet das?)

– Ja, bleiben Sie ruhig. – Viele Familien sitzen gerade zusammen zu Hause, seit zehn Wochen. Das entspricht 1.000 Betreuungsstunden. Ich weiß, wie lange eine Betreuungsstunde manchmal werden kann. Ich kann mir auch vorstellen, welche Sätze zu Hause gerade am meisten fallen: „Nur noch ganz kurz“, „Ich komme gleich“, und „Nur noch eine Folge, dann ist aber Schluss“.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Sätze, die zu Hause gerade Normalität sind.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe volles Verständnis für diese Situationen, die sich zu Hause bei den Menschen abspielen; aber wir haben uns das nicht gewünscht.

Wir haben eine Krise, und das müssen wir weiterhin ernst nehmen. Ich komme noch einmal darauf zurück: Es geht um unsere Kinder. – Wir haben noch darüber diskutiert, wie gefährlich dieses Virus ist. Jetzt komme ich wieder zu Ihren Ausführungen. Sie sagen: Machen Sie die Kitas auf. Machen Sie sie halb auf. Machen Sie sie ein bisschen auf. Erweitern Sie die Notbetreuung, oder doch nicht, wir wissen es gerade nicht.

(Heiterkeit – Christiane Böhm (DIE LINKE): Das ist die Politik der Landesregierung!)

Wissen Sie, was das ist? Das ist: „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss Ihnen zum Stichwort „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ nicht erklären, dass es gerade bei der Hygiene wichtig ist, sie einzuhalten und sich ordentlich die Hände zu waschen, um einmal diesen Vergleich zu ziehen.

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin Claus, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rock zu?

(Die Rednerin winkt ab.)

Ines Claus (CDU):

Was hat unsere Landesregierung gemacht? Sie hat gesagt: Wir wollen so viele Kinder wie möglich wieder in die Kitas bringen – unter verantwortbaren Voraussetzungen.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Wir wissen nicht, was möglich ist!)

Jetzt erzähle ich Ihnen noch etwas: Wir haben 6.000 Kitas in Hessen. Die Bandbreite dieser Kitas reicht von einem Waldkindergarten im Ried bis zu einem Altbaukindergarten im Frankfurter Westend. Wollen Sie da eine Schablone drauflegen, und sagen: „Das passt, so machen wir es“?

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen das nicht. Wir wollen dezidierte Konzepte, so dass man damit arbeiten kann, damit den Eltern und den Kindern geholfen und der Gesundheitsschutz gewährleistet ist. „Verantwortbar“ heißt, die Prämissen zu erfüllen, ausreichend Platz, Personal und vor allem die Möglichkeit vorzuhalten, die Kinder zu betreuen. Wie gehen wir mit der Gruppe der vulnerablen Erzieher um? Was haben Sie dazu gesagt? Auch nichts.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Wir haben dazu etwas gesagt! Sie haben nichts gesagt!)

Sie wollen erst alles öffnen, das dann aber wegen der Erzieher doch nicht tun.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt erzähle ich Ihnen noch etwas: Das war nicht unsere Idee. Das haben uns die Kommunalen Spitzenverbände erzählt.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Na super!)

Das heißt: Der Sozialminister hat genau das eingehalten, was er am 5. Mai gesagt hat.

(Holger Bellino (CDU): So ist es!)

Er hat Gespräche aufgenommen mit denen, die die Kitas tragen.

(Lisa Gnadl (SPD): Hat er auch Gespräche mit den freien Trägern der Kitas aufgenommen?)

Das sind diejenigen, die verantwortlich sind. Das ist auch nicht neu für sie. Das ist deren Tagesgeschäft. Sie sind immer dafür verantwortlich, für Waldkindergärten, für Stadtkindergärten und für Sportkindergärten Betriebserlaubnisse auszustellen. Deswegen war es richtig, was der Sozialminister gemacht hat.

Wenn die Kommunalen Spitzenverbände sagen, dass sie das so wollen, dann ist es doch gerade unter den Prämissen, die ich schon erwähnt habe, sinnvoll, dass so verfahren wird.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal auf die Eltern eingehen, weil ich deren Sorgen sehr ernst nehme. Sie wollen wissen: Ist der Platz am Dienstag frei?

(Wiebke Knell (Freie Demokraten): Ja!)

Ich erkläre ihnen dann die Rechenformel. Die Rechenformel, die hinter diesem Konzept steht, ist – mathematisch ausgedrückt –: Die Betriebserlaubnisgröße minus der Kinder in der Notbetreuung und der vulnerablen Erzieher. So ergibt sich die Zahl. Das hilft jetzt zwar auch nicht weiter

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Das hilft uns wirklich nicht! – Weiterer Zuruf)

– das gibt es dann im Protokoll nachzulesen –, aber ganz praktisch kann ich Ihnen sagen: Wir müssen konkret vor Ort schauen, wie viele Erzieher zur Verfügung stehen.

(Lisa Gnadl (SPD): Wer? Wer sind denn „wir“? – Gegeruf: Wer soll das denn sonst tun?)

In jeder Kita muss geschaut werden, wie viele Plätze übrig bleiben, und die müssen dann aufgefüllt werden. Das ist unser Konzept. Das bedeutet, dass bis zu 60 %, 70% oder 80 % aller Kinder einen Platz bekommen können, wenn die Voraussetzungen vor Ort vorliegen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann erkläre ich noch schnell den Unterschied zur Schule: Wir haben eine Schulpflicht und eine Kindergartenmöglichkeit.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Recht!)

– Ja ein Recht, aber zwischen Recht und Pflicht gibt es einen Unterschied; Frau Böhm, das wissen Sie.

(Marius Weiß (SPD): Zwischen Recht und Möglichkeit aber auch! – Christiane Böhm (DIE LINKE): Sie ist doch Juristin, oder?)

Bei den Schulen haben wir eine originäre Landeszuständigkeit. Das erklärt den formalen Unterschied.

Ich möchte in dieser Debatte nicht versäumen, den Erzieherinnen und Erziehern ganz eindeutig Danke zu sagen. In der Notbetreuung, die sie sich auch nicht gewünscht haben, weil sich niemand diese Krise gewünscht hat, haben sie eine hervorragende Arbeit gemacht,

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christiane Böhm (DIE LINKE): Ein guter Dank wäre ein Konzept gewesen! – Elisabeth Kula (DIE LINKE): Davon können sich die Erzieherinnen auch nichts kaufen!)

für die Kinder, die in der Notbetreuung alleine betreut wurden, aber auch für die Kinder, die zu Hause waren. Sie haben Kontakt mit diesen Kindern aufgenommen, sie haben angerufen, sie haben die Kita-Zäune so verziert, dass es für die Kinder schön war. Das verdient unsere äußerste Wertschätzung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder vor uns hat doch gerade einen Kita-Zaun vor Augen, der so bemalt ist und durch Basteleien verschönert wurde. Sie haben den Eltern auch Input für ihr Zuhause mitgegeben. Deswegen ein Dankeschön für diese kreative Arbeit, die in dieser Krise geleistet wurde.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie mit der Schablone darübergerhen wollen, sage ich: Es gibt auch einen Unterschied zwischen Ü 3 und U 3. Frau Böhm hat gerade gesagt: Da muss doch jetzt jeder irgendwie in den Kindergarten. – Ich weiß nicht, ob wir einem Kind im Alter von 15 Monaten einen Gefallen tun, wenn man ihm sagt: Du darfst für zwei Stunden in den Kindergarten, dann nehme ich dich wieder mit. – Alle Mütter oder Väter wären dann zwei Stunden damit beschäftigt, das Kind abzugeben und wieder mitzunehmen.

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Das können die Eltern schon selbst entscheiden!)

Wir müssen das Alter des Kindes im Blick behalten. Ich sage noch einmal: Es geht um die Kinder. – Deswegen kann ich solche Diskussionen nicht ertragen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte thematisch kurz bei den Kindern bleiben; denn wir waren in dieser Ausnahmesituation nicht allein. Unsere Kinder waren bei uns. Sie haben Corona mitbekommen. Sie haben auch mitbekommen, dass die Eltern Masken tragen und dass Oma und Opa auf einmal nicht mehr da sind. Wissen Sie, was? Die Kinder haben auch eine neue Normalität gelernt. Genau das ist in diesem Hygienekonzept abgebildet. Da steht, dass man 20 bis 30 Sekunden lang die Hände waschen soll. Das schaffen unsere Kleinen in der Kita auch.

Wissen Sie, wie die Kinder das umsetzen? Ich habe zwei Fünfjährige, die zweimal „Happy Birthday“ singen, wenn sie sich die Hände waschen. Das ist ein Konzept, das trägt, das setzen sie um, und damit erreichen sie, dass sie beim Händewaschen auf 30 Sekunden kommen. Bei dieser Debatte gehört auch dazu, dass wir einen Blick auf die Kinder richten und nicht immer nur sagen, dass es um Betreuungseinrichtungen geht; denn in diesem Fall geht es um die Kinder.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kurz zusammengefasst: Die Entscheidung des Sozialministers und der Hessischen Landesregierung war goldrichtig, weil wir uns immer, auch bei der Notbetreuung, am Kindeswohl orientiert haben – im Gegensatz zu anderen Bundesländern.

Was wir vorgelegt haben, ist bei Umsetzung der neuen Hygienepläne ein passgenaues Konzept vor Ort.

(Zuruf Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

Ich danke allen Bürgermeistern, die diese Konzepte mit den Kita-Leitungen momentan umsetzen. Niemand hat sich diese Krise gewünscht – niemand. Wir müssen aber jetzt damit umgehen. Unser Ziel ist und bleibt ein verantwortungsvolles Betreuen unserer Kinder.

(Torsten Warnecke (SPD): Ihre Verantwortung abzuschieben, bleibt das Ziel!)

Mit dieser passgenauen Öffnung gehen wir einen weiteren Schritt in Richtung Regelöffnung. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Claus. – Nächster Redner ist der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Kollege Mathias Wagner.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt kommt der Experte! Der ist ein Oberschulmeister! – Torsten Warnecke (SPD): Vor dem Schlafen und nach dem Essen Händewaschen nicht vergessen, Ihre Landesregierung! – Heiterkeit SPD und DIE LINKE)

Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will vorausschicken: Ich teile alles, was die Vorrednerinnen zu der schwierigen Situation für Eltern und Kinder gesagt haben. Ich teile alles, was zu den schwierigen Organisationsprozessen ausgeführt wurde, vor denen die Kitas und Krippen jetzt stehen. Das ist unbestreitbar richtig.

Was uns nicht weiterhilft – da unterscheide ich mich von den Oppositionsfraktionen –, ist, so zu tun, als könne man im Hessischen Landtag die Krise einfach wegreden und die Probleme gar nicht mehr wahrnehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Christiane Böhm (DIE LINKE): Wir können sie auch aussitzen!)

Es muss darum gehen, unter den Bedingungen der Krise ein größtmögliches Maß der früher üblichen Betreuungszeiten sicherzustellen.

(Nancy Faeser (SPD): Sehr richtig!)

Dafür ist das Konzept, auf das die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen setzt, genau richtig. Wir handeln gemeinsam mit den Kommunen,

(René Rock (Freie Demokraten): Es gibt doch gar kein Konzept!)

wir bieten größtmögliche Flexibilität und schaffen es so, ein größtmögliches Maß an Betreuungszeit für die Eltern und für die Kinder sicherzustellen. Das ist genau der richtige Weg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich will darauf hinweisen: Das Land betreibt keine Kitas. Das machen die Kommunen entweder selbst, oder sie beauftragen freie Träger.

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Das ist die Hälfte der Kitas!)

Weil das so ist, ist es richtig, dass die Landesregierung nicht am Tisch in Wiesbaden entschieden hat, wie die Kommunen handeln sollen, sondern dass sie gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden, die Arbeitgeber sind, es vor Ort umsetzen müssen und vieles davon bezahlen, ein Konzept erarbeitet haben und dieses Konzept gemeinsam tragen und umsetzen. Genau das ist richtig, und nicht das Geschwätz von irgendwelchen abstrakten Standards, die die Kommunen gar nicht umsetzen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Sie müssen uns, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das nicht glauben. Aber vielleicht nehmen Sie ernst, was der Präsident des Hessischen Städtetags gesagt hat,

(Zurufe Freie Demokraten)

der Kasseler Oberbürgermeister Christian Geselle – Mitglied der SPD, wenn ich mich nicht irre. Wörtliches Zitat:

Wir freuen uns, dass Land und Kommunen im Dialog gemeinsam einen Weg gefunden haben, wie wir Kindern und Eltern ab dem 2. Juni realistische und für sie brauchbare Betreuungszeiten anbieten können.

Land und Kommunen gemeinsam – ich finde, das ist der richtige Weg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Präsident Boris Rhein:

Kollege Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Jörg-Uwe Hahn?

(Der Redner winkt ab.)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich verstehe, dass Sie die Regierung kritisieren.

(Zuruf: Sie leben in einer anderen Welt! – Zuruf Torsten Warnecke (SPD))

Das ist der Job der Opposition. Das ist in Ordnung. Was ich allerdings nicht verstehe, ist, dass die Oppositionsfraktionen in diesem Hause glauben, es besser zu wissen als die Kommunen, besser als diejenigen, die vor Ort in der Verantwortung stehen, besser als diejenigen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber der Erzieherinnen und Erzieher sind. Ich verstehe nicht, warum Sie glauben, das besser zu wissen als diejenigen, die es in kommunaler Verantwortung umsetzen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es ist schon ein starkes Stück, dass Sie Ihrem eigenen Präsidenten des Städtetags sagen, dass Sie es hier im Hessischen Landtag besser wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, völlig absurd wird Ihre Argumentation, wenn wir nach Rheinland-Pfalz schauen, wenn wir also einfach einmal über die Rheinseite

gehen. Dort macht Ihre SPD-Ministerin exakt das Gleiche, was wir hier in Hessen machen. Liebe Kollegin Gnadl, liebe Kollegin Faeser, was den Eltern und den Kindern nicht hilft, ist eine Partei, die ihre Meinung davon abhängig macht, auf welcher Rheinseite sie gerade steht. Das hilft Eltern und Kindern nicht.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Lisa Gnadl (SPD) – Weitere Zurufe)

Rheinland-Pfalz setzt auf eine Vereinbarung mit den Kommunen. Diese Ausgeburt rheinland-pfälzischer Regierungskunst der SPD ist in diesem Landtag auf einmal falsch.

(Zurufe SPD)

Rheinland-Pfalz setzt auf eine größtmögliche Flexibilität vor Ort und verzichtet auf landesweite Vorgaben. In Rheinland-Pfalz ist das die Ausgeburt sozialdemokratischer Regierungskunst. Hier in Hessen soll das falsch sein.

(Zurufe SPD)

Rheinland-Pfalz macht keine Vorgaben zur Gruppengröße. In Rheinland-Pfalz ist das die Ausgeburt sozialdemokratischer Regierungskunst. In Hessen soll das auf einmal falsch sein. Eine Partei, die ihre Meinung von der Rheinseite abhängig macht, braucht kein Mensch, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe)

Frau Faeser, ich habe gerade noch einmal nachgeschaut. 11 km sind es von hier bis in den Mainzer Landtag. Dafür braucht man 34 Minuten mit dem Fahrrad. Na gut, ich brauche 36 Minuten für diese 11 km. Hier hat Ihre Rednerin gesagt, es sei der falsche Weg, gemeinsam mit den Kommunen und mit den Jugendämtern die Entscheidung zu treffen, welche Kinder in die Kita zurück können. Wie klingt das bei der SPD 11 km weit entfernt?

Ich zitiere aus der Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz:

Mit den Leitlinien erhalten die Kita-Leitungen vor Ort zudem die notwendige Flexibilität, um auf der Grundlage der räumlichen und personellen Kapazitäten und in Abstimmung mit den Jugendämtern passende Lösung auf dem Weg zurück zum Regelbetrieb zu entwickeln.

Die doppelte Sozialdemokratie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe)

Die familienpolitische Sprecherin der hessischen SPD erklärt, es sei ein Skandal, dass wir am 2. Juni nicht zum vollständigen Regelbetrieb zurückkehren können.

(Torsten Warnecke (SPD): Weil Sie das versprochen hatten! Das ist der Skandal!)

Wie klingt das bei der familienpolitischen Sprecherin der SPD in Rheinland-Pfalz?

Eine schnelle Rückkehr zum normalen Kita-Betrieb wird es vorerst nicht geben können.

Wer seine Meinung davon abhängig macht, auf welcher Rheinseite er gerade steht, der hilft weder Kindern noch Eltern, noch Kommunen, noch Kita-Trägern. Dem geht es

nicht um die Sache, sondern der will einfach nur inhaltsleeres Geschwätz hier im Landtag vortragen.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe)

Ich will es noch einmal sehr klar sagen: Wer in Mainz so redet und in Wiesbaden so

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Ist das das einzige Argument, das Sie haben? – Weitere Zurufe)

und dann solche unverschämten Unterstellungen und Behauptungen vorbringt gegenüber dem Sozialministerium, gegenüber dem Sozialminister und gegenüber den Menschen, die in diesem Ministerium jeden Tag hart daran arbeiten, die Folgen der Krise zu bewältigen, der ist schlicht und einfach nur noch unverschämt, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe)

Rheinland-Pfalz ist nicht das einzige Land, das es so macht wie Hessen. Auch in Thüringen ist das so.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Nein! Das stimmt nicht!)

– In Thüringen ist es genauso. – In Schleswig-Holstein wird davon geredet, dass Kinder nur tageweise in die Kita zurückkehren können. Ich kritisiere das nicht. Ich weise nur darauf hin, dass wir alle in einer schwierigen Situation sind.

In Nordrhein-Westfalen – Herr Kollege Rock hat hier gerade wieder Reden gehalten – gibt die Landesregierung landesweit etwas vor, nämlich zehn Stunden weniger Betreuung als bisher. Zwei Sätze weiter heißt es: Vor Ort kann von diesen Regeln abgewichen werden. – Über was diskutieren wir hier eigentlich?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe)

– Deshalb sage ich es ja. – Wir brauchen Lösungen, die Eltern und Kindern tatsächlich helfen. Was wir nicht brauchen, ist ein Meinungsflipflop, je nachdem, auf welcher Rheinseite man gerade steht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Zu einer Kurzintervention hat sich die Fraktionsvorsitzende der SPD, Kollegin Nancy Faeser, zu Wort gemeldet.

(Zuruf Torsten Warnecke (SPD))

Nancy Faeser (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Wagner, ich will Ihnen einmal etwas vorlesen. In der gestrigen Ausgabe der „Frankfurter Rundschau“ hieß es:

Corona-Krise: Baden-Württemberg will Kitas bis Ende Juni vollständig öffnen

Ihre Unterscheidung zwischen Wiesbaden und Mainz ist natürlich etwas anderes.

(Zuruf Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Wagner, das, was Sie hier gemacht haben, war völlig inhaltslos. Sie haben nur auf Rheinland-Pfalz gezeigt.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Zurufe)

Die Sorgen der Eltern in diesem Land haben Sie jedoch völlig ignoriert. Wissen Sie eigentlich, was bei den Eltern in Hessen los ist? Es gibt Menschen, die um ihren Job fürchten. Die haben sich darauf verlassen, was dieser Sozialminister versprochen hat. Von diesem Pult aus hat er versprochen, dass ab dem 2. Juni wieder ein eingeschränkter Regelbetrieb in den Kitas möglich sein wird. Darauf haben sich die Menschen verlassen, die nun bitter enttäuscht wurden, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Zurufe)

Frau Kollegin Claus, was Sie und ich in den vergangenen zehn Wochen erlebt haben, ist mit der Situation in vielen Familien in Hessen sicherlich nicht vergleichbar. Ja, wir haben auch Kinder im Kita-Alter, und es war nicht immer leicht. Wir sind aber doch privilegiert. Wir haben einen Garten, in dem Kinder spielen können. Wir haben einen Mann, der mitgeholfen hat.

Das ist aber nicht in jeder Familie in Hessen der Fall. Es gibt unglaublich schwierige Wohnverhältnisse, wo die Menschen seit elf Wochen auf engstem Raum ohne Perspektive leben. Man kann von einer Landesregierung aber erwarten, dass sie den Eltern und den Kindern Perspektiven eröffnet. Das haben Sie aber nicht gemacht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Herr Kollege Wagner, das ist Ihre Verantwortung hier in Hessen. Die Kollegin Gnadt hat auch nicht das gesagt, was Sie ihr unterstellt haben. Vielmehr hat sie gesagt, dass wir einen Plan brauchen, der beschreibt, wie das unter den Bedingungen der Pandemie möglich ist. Jetzt hat sich der Sozialminister hingestellt und gesagt, es gebe einen eingeschränkten Regelbetrieb. Das hat Erwartungshaltungen geweckt.

(Zuruf)

– Nein, gibt es nicht. In Hessen gibt es lediglich eine Ausweitung der Notbetreuung.

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

Nancy Faeser (SPD):

Deshalb ist es für die Eltern in Hessen so schwer. Deshalb haben wir uns für den heutigen Setzpunkt entschieden: damit Sie den Eltern eine Perspektive geben, unter Einhaltung der Hygienevorschriften. Natürlich muss dabei die Gesundheit der Kinder im Vordergrund stehen. Es braucht aber auf jeden Fall einen Plan.

Letzter Satz: Sie stellen sich hierhin und behaupten, Sie hätten alles mit den Kommunen vereinbart. Wissen Sie ei-

gentlich, dass die Kommunen nur knapp 50 % der Träger in Hessen ausmachen? Sie haben nicht ein einziges Mal mit den freien Trägern im Land gesprochen, die für Kindertagesstätten verantwortlich sind.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Zurufe)

Was ist denn das für ein Verhalten, die Verantwortung so nach unten abzugeben, ohne sich darum zu kümmern, einen Rahmen zu setzen, der notwendig ist?

Herr Kollege Wagner, da reicht es nicht aus, auf Rheinland-Pfalz zu verweisen.

(Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Faeser. – Zur Erwidierung hat nun der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mathias Wagner, das Wort.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Jetzt kommt wieder Stadt-Land-Fluss! – Weitere Zurufe)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin Faeser, ich habe meine Rede ausdrücklich begonnen mit dem Hinweis auf die schwierige Situation, in der sich Kinder und Eltern befinden. Außerdem habe ich ausdrücklich all das geteilt, was hier gesagt wurde. Wir alle stehen in der Verantwortung, in dieser schwierigen Situation Antworten zu geben und Lösungen zu finden, wie wir zu einem größtmöglichen Maß an Betreuungszeit zurückkehren können.

Ich glaube, der Weg, den Rheinland-Pfalz, Hessen und andere Bundesländer gehen, ist genau der richtige Weg, nämlich nicht landesweite Vorgaben zu machen für eine Kita-Landschaft, die vor Ort völlig unterschiedlich ist.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Rahmenbedingungen, keine Vorgaben!)

Insofern ist es richtig, was Rheinland-Pfalz, Hessen und andere Bundesländer machen, nämlich auf die Gemeinsamkeit mit den Kommunen zu setzen, auf eine größtmögliche Flexibilität vor Ort. Das wird dazu führen, dass wir im eingeschränkten Regelbetrieb ein größtmögliches Maß an Normalität erreichen werden. Darauf habe ich hingewiesen, Frau Kollegin Faeser.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Warum der Weg, auf eine größtmögliche Flexibilität und auf die Einbindung der Kommunen zu setzen, im einen Bundesland richtig und im anderen Bundesland falsch sein soll, das haben Sie immer noch nicht beantwortet, Frau Faeser. Das haben Sie schlicht und ergreifend immer noch nicht beantwortet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir werden in zwei Wochen sehen, welche Bundesländer für Eltern mehr Normalität hergestellt haben, diejenigen mit den starren landesweiten Vorgaben oder die Bundesländer, die wie Rheinland-Pfalz und Hessen auf Flexibilität

gesetzt haben. Ich bin mir sicher, dass sich die Debatte dann vollkommen anders darstellen wird. Dann wird sich zeigen, dass die Flexibilität zu mehr Betreuungszeit geführt hat.

Nun zu Baden-Württemberg. Ja, natürlich sind wir der baden-württembergischen Landesregierung außerordentlich dankbar, dass sie die Studie in Auftrag gegeben hat. Wenn sich die Ergebnisse der Studie bewahrheiten, dann werden wir wahrscheinlich die nächste Stufe vom eingeschränkten Regelbetrieb zum vollständigen Regelbetrieb schneller gehen können. Das ist doch gar keine Frage. Aktuell reden wir aber doch über den eingeschränkten Regelbetrieb. Unser Konzept, das auf Flexibilität und die Einbindung der Kommunen setzt, ist besser, als den Leuten Sand in die Augen zu streuen, wie Sie das hier tun, Frau Faeser. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Wagner. – Nächster Redner ist der Kollege Volker Richter für die Fraktion der AfD.

Volker Richter (AfD):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Claus, da Sie sich immer so ausdrücklich bedanken, hätten Sie sich gestern auch bei den Demonstranten bedanken können. Das wäre eine nette Geste gewesen.

Lieber Herr Wagner, wenn die Opposition so reden würde wie Sie, wenn sich die Opposition auf diese Art und Weise echauffieren würde, wie Sie das getan haben, dann würden Sie das von diesem Pult aus als Hetze bezeichnen.

(Beifall AfD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, es geht los!)

– Sie müssen mit Kritik leben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie müssen mit Widerspruch leben!)

– Damit lebe ich gerne.

Hat die Landesregierung Kinder und Eltern alleingelassen? Nun, vielleicht nicht gänzlich, aber die hessische Regierungskoalition hat einmal mehr aufgezeigt, welchen Stellenwert die Familien in Hessen für sie haben. Da kommen Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, nicht sonderlich gut weg, auch wenn Sie das Kita-Konzept wieder einmal, wie alle Maßnahmen der Regierung, selbst sehr loben. Wir haben gerade gehört, wie sehr Sie es verstehen, sich propagandistisch gut darzustellen.

(Beifall AfD – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei haben andere Bundesländer schon lange vor Hessen reagiert. Wieso können andere etwas, was Sie nicht hinbekommen?

(Beifall AfD – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir Sachsen als Beispiel. Dort wurde frühzeitig verstanden, wie wichtig eine Kinderbetreuung bereits zum Zeitpunkt der ersten Lockerungen wirtschaftlicher Maßnahmen ist.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wiederhole den Satz: Nehmen wir Sachsen als Beispiel. Dort wurde frühzeitig verstanden, wie wichtig eine Kinderbetreuung bereits zum Zeitpunkt der ersten Lockerungen wirtschaftlicher Maßnahmen ist.

Neben Vorgaben zu Hygienemaßnahmen in den Einrichtungen, der räumlichen und personellen Trennung von Betreuungsgruppen, der Einrichtung separater Bring- und Abholbereiche, die eine Einhaltung der Abstands- und Hygienevorgaben gewährleistet, sowie der Einführung einer Gesundheitsbestätigung zur Sensibilisierung für Symptome des neuartigen Corona-Virus wird hier die Betreuung von Schülern zwischen Hort und Schule verpflichtend abgestimmt.

Hessen hingegen stellt erst nach über einem Monat nach den Lockerungen ein gemeinsam mit den Kommunen erstelltes Kita-Konzept vor, das leider erst zum 2. Juni dieses Jahres als Verordnung in Kraft tritt. Meine Damen und Herren, auch das funktioniert nicht richtig, wie wir gehört haben.

(Beifall AfD)

Bei der Durchsicht des hessischen Kita-Konzepts tauchen bei uns mehr Fragen auf, als geklärt werden können. Nehmen wir als Beispiel, dass aus hessischen Kindergärten berichtet wird, dass es zu einem regelrechten Gedränge beim Bringen und Abholen der Kinder vor den Einrichtungen kommt. Für Hessen fehlt eine klare Anweisung, wie so etwas verhindert werden kann. Ebenso fehlt die klare Anweisung, dass die Gruppen voneinander getrennt werden müssen und das Personal nur in Ausnahmesituationen in eine andere Gruppe gehen darf.

Bei alledem gibt man den Betreuungseinrichtungen eine Vorbereitungszeit von nur knapp einer Woche, um die erforderlichen Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, man gäbe Ihnen eine Woche, um etwas umzusetzen. Ich glaube, wir alle wissen, wie das hier im Landtag funktionieren würde – nämlich gar nicht.

Die Forderungen der SPD wiederum, schnellstmöglich einen Plan vorzulegen, in welcher Form Kindertagesstätten ihre Angebote wieder aufnehmen können, wurden bereits umgesetzt, wobei es hier, wie eben erwähnt, im Vergleich zu Sachsen sicherlich einen erheblichen Nachholbedarf gibt.

Bei der Frage der Betreuung von Angehörigen, die zu Hause von der Familie gepflegt werden und zeitweise in Tages- oder Nachtpflegeeinrichtungen untergebracht sind, setzt man weiterhin auf eine Notbetreuung. Familienfreundlichkeit geht anders, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition.

(Beifall AfD)

Der geforderte „Sonderfonds Kinderbetreuung“ ist ebenfalls seit Langem überfällig und dringend notwendig. Viele hessische Eltern und Alleinerziehende befinden sich durch die angespannte Arbeitsmarktsituation in einer finanziell prekären Situation. Viele sind in Kurzarbeit oder sogar ent-

lassen worden und wissen nicht mehr ein und nicht mehr aus. Das ist die bittere Realität.

Da ist es doch nicht hinnehmbar, dass Eltern und Alleinerziehende für eine nicht erbrachte Leistung finanziell aufkommen sollen – vor allem dann nicht, wenn die fehlende Betreuungsmöglichkeit erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit im Homeoffice gehabt hat. Dass hier viele kommunale Selbstverwaltungen reagiert haben, sollte klarmachen, dass die genannte Personengruppe zwingend finanzielle Unterstützung benötigt.

Ursächlich für das bislang nicht zur Verfügung stehende bedarfsgerechte Angebot an Kinderbetreuung sind somit in nicht unerheblichem Maße Entscheidungen des Landes Hessen. Selbstverständlich muss das Land Hessen für den entstandenen Ausfall aufkommen. Die kommunalen Selbstverwaltungen hatten bereits vor der Corona-Krise erhebliche Finanzierungsprobleme. Daher können diese, vor allem bei Ausfällen in Milliardenhöhe bei den kommunalen Steuern, nicht noch weiter belastet werden. Das ist nicht mehr zu schaffen und wird am Ende erhebliche Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer bedeuten, also zusätzliche Belastungen gerade für Familien, die aber schon jetzt massiv unter der Situation zu leiden haben. Das schaffen unsere Bürger nicht, und das schaffen unsere Städte und Gemeinden nicht.

(Beifall AfD)

Daher ist es auch und gerade für hessische Eltern enorm wichtig, dass der bestehende Betreuungsbedarf schnellstmöglich unter Einhaltung der in der Kinderbetreuung möglichen Infektionsschutzmaßnahmen und Hygienestandards wieder gedeckt werden kann.

Entgegen der Forderung der SPD vertreten wir als Alternative für Deutschland allerdings den Standpunkt, dass eine qualitativ hochwertige Betreuung unserer Kinder, bei denen ein Betreuungsbedarf besteht, Vorrang vor einer minderwertigen quantitativen Betreuung aufgrund eines Betreuungsanspruchs haben muss.

Entsprechende Lösungen sind allerdings dem hessischen Kita-Konzept zu entnehmen, in dem zu erwartende Personalausfälle bereits Berücksichtigung finden.

Nun noch zu einem letzten Punkt: die Informationskampagne. Die hier genannten Leistungen und Angebote fallen in den Zuständigkeitsbereich der Kreise. Wenn die Landesregierung frühzeitig auf den Mehrbedarf für die Kontaktpersonennachverfolgung bei den Gesundheitsämtern reagiert hätte, würden dort genügend Mitarbeiter für die Erbringung dieser Leistungen und Angebote zur Verfügung stehen.

(Beifall AfD)

Warum dieses Problem erst im kommenden Herbst besprochen werden soll, erschließt sich uns wahrhaftig nicht.

Ebenso verwunderlich ist die Aussage, dass es „auch in der aktuellen Krise ausreichend Schutzunterkünfte“ gibt. Den Antworten auf unsere Anfragen aus dem vergangenen Jahr zum Thema Frauenhäuser und zahlreichen Berichten in den Medien konnte man entnehmen, dass es bereits vor der Corona-Krise zu wenige Plätze gegeben hat und dass sich in der letzten Zeit bezüglich der Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze leider nichts geändert hat. Woher nehmen Sie also die Aussage, dass es auch in der aktuellen Krise ausreichend Schutzunterkünfte gebe?

(Beifall AfD)

Die SPD-Fraktion fordert im letzten Punkt ihres Antrags die Zentralisierung kommunaler Aufgaben – ohne Nennung eines Zeitrahmens. Mit dem Thema „personelle Ausstattung der Gesundheitsämter“ werden wir uns allerdings morgen noch ausführlich beschäftigen. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Kollege Richter. – Für die Landesregierung spricht der Sozialminister, Kollege Kai Klose.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Jugend- und Familienministerkonferenz von Bund und Ländern hat sich vor wenigen Wochen auf einen Stufenplan zur Wiedereröffnung der Kitas verständigt. Das war ein guter und wichtiger Schritt, um bundeseinheitlich möglichst nah beieinander vorgehen zu können.

Die Situation, die dieses Virus ausgelöst hat, ist nämlich für die Kinder, die ihre Freundinnen und Freunde über Wochen nicht sehen konnten und verunsichert sind, aber selbstverständlich auch für die Eltern, die oftmals neben der Arbeit im Homeoffice ihre Kinder betreuen müssen, eine ganz enorme Herausforderung. Diese Mehrfachbelastung nehme ich als hessischer Familienminister besonders ernst. Genau deshalb habe ich vor drei Wochen von diesem Pult aus gesagt, dass wir den eingeschränkten Regelbetrieb als nächste Stufe des erwähnten Plans in Hessen zum 2. Juni umsetzen werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sagte ich zu einem Zeitpunkt, als z. B. in Nordrhein-Westfalen noch von einer Fortführung der Notbetreuung bis September dieses Jahres die Rede war. Wir wissen, dass die Folgen dieser Pandemie die Eltern vor erhebliche Probleme gestellt haben und dass durch die Pandemiefolgen auch Frust, Ärger und Enttäuschung entstanden sind. Seit zehn Wochen meistern Eltern diese Herkulesaufgabe in der ganzen Republik. Deshalb will ich, wie am 5. Mai, noch einmal allen Familien ausdrücklich danken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schließe ausdrücklich meinen Dank an die Träger, an die Kita-Leitungen und an die Erzieherinnen und Erzieher an, die in den letzten Wochen für eine beinahe reibungslos funktionierende Notbetreuung gesorgt haben.

Wir müssen aber auch klar bleiben. Die Ursache für alle diese Einschränkungen, auch für die Schließung der Kitas in allen Bundesländern, ist das Corona-Virus und nicht irgendeine Willkürentscheidung einer wild gewordenen Landesregierung, wie Sie es darzustellen versucht haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sowohl für die Familien als auch für den Gesundheitsschutz verantwortlich. Ich weiß noch sehr genau, welche Debatten wir im März und im April dieses Jahres geführt haben. Damals haben sich die Forderungen überschlagen, diese oder jene Einrichtung noch zu schließen, die andere Länder schon geschlossen hatten. Das höchste Ziel, gerade im März und im April, war und ist es bis heu-

te, Infektionsketten zu durchbrechen und die grassierende Ausbreitung des neuartigen Virus zu stoppen. Dieses Virus ist auch weiterhin da. Deshalb müssen wir dabei bleiben, umsichtig zu handeln.

Genau deshalb setzen wir den Stufenplan der Jugend- und Familienministerinnen und -minister in seinem maßvollen Vorgehen auch in Hessen um. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt des Plans: Ab dem 2. Juni nehmen die Kindertagesstätten den eingeschränkten Regelbetrieb auf. Wir gehen diesen Schritt Hand in Hand mit den Kommunen; denn das Land betreibt keine Kindertagesstätten, und die Situationen vor Ort unterscheiden sich extrem, beispielsweise deswegen, weil aufgrund der Pandemie nicht alle Fachkräfte zur Verfügung stehen können. Deshalb war es uns so wichtig, uns gemeinsam mit der kommunalen Familie darauf zu verständigen, wie wir diesen Weg in Hessen beschreiten wollen. Es ist ein Weg, der den Kommunen ein Höchstmaß an Flexibilität und Gestaltungsspielraum ermöglicht, gerade weil die Situation vor Ort so unterschiedlich ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach allem, was ich hier gehört habe, muss ich schon sagen: In hessischen Kitas werden in „normalen“ Zeiten 278.000 Kinder betreut – in völlig unterschiedlichen Kitas. Sie von der Opposition singen sonst immer das Hohelied auf die kommunale Selbstverwaltung. Jetzt haben wir uns in großem Einvernehmen mit den Kommunen verständigt, die gesagt haben, sie können vor Ort am besten entscheiden, wie sie die zusätzlichen freien Plätze vergeben. Die Kommunen wollen die Verantwortung dafür übernehmen. Die Kommunen haben vom Land einen lokalen Entscheidungsspielraum eingefordert, damit sie die Betreuungsnachfrage einerseits und die Hygiene- und Infektionsschutzregeln andererseits gleichermaßen berücksichtigen können, je nach den ganz unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort. Das ist höchst sinnvoll, um möglichst schnell möglichst vielen Kindern wieder eine Betreuung zu ermöglichen. Aber auch das passt Ihnen von der Opposition offensichtlich nicht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir ermöglichen das große Maß an Flexibilität, das die Kommunen haben wollten und das im Interesse der Eltern und der Kinder liegt. Kollege Mathias Wagner hat den Präsidenten des Hessischen Städtetags, Herrn Oberbürgermeister Geselle aus Kassel, bereits zitiert. Das, was er gesagt hat, ist in der Sache glasklar. Was Ihnen von der Opposition offensichtlich nicht in den Kram passt, ist, dass die Landesregierung und die Kommunen an einem Strang ziehen. Deshalb bauen Sie hier einen solchen Popanz auf.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihre Haltung nicht nachvollziehen. Genauso wenig kann ich nachvollziehen, dass die für die Kitas zuständige Dezernentin der größten Stadt in diesem Land im Nachhinein Angst vor der eigenen Courage bekommt. Da kann ich mich nur der Äußerung des Direktors des Hessischen Städtetags anschließen, der sich überrascht gezeigt und gesagt hat, schließlich sei der Frankfurter Oberbürgermeister bei der Telefonkonferenz zum Thema dabei gewesen und habe keinen Widerspruch erhoben. – Um die Sache geht es hier ganz offensichtlich nicht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unsere gestern veröffentlichte Verordnung setzt den Rechtsrahmen. Sie beruht auf dem

Konzept der kommunalen Familie. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir die beste Betreuung vor Ort, die unter den Bedingungen, die uns diese Pandemie aufzwingt, möglich ist. Deshalb setzen wir keine Betreuungsgrenzen in Form von Gruppengrößen oder Raumregelungen. Das würde die Möglichkeiten vor Ort nämlich nur limitieren. Eine Kita mit einem großen Außengelände kann beispielsweise ganz andere Möglichkeiten eröffnen als eine, die darüber nicht verfügt.

Es wurde schon angesprochen: Diesen Weg beschreiten wir nicht allein. Unser Nachbarland im Westen, Rheinland-Pfalz, hat wie Hessen eine Vereinbarung getroffen, nach der flexibel vor Ort entschieden wird, wie dem Betreuungsbedarf der Eltern bestmöglich entsprochen werden kann. Unser Nachbarland im Osten, Thüringen, will die Betreuung so organisieren, dass sie den räumlichen und personellen Voraussetzungen vor Ort entspricht. Auch Hessen geht genau diesen Weg.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Was Sie dort bejubeln, verteufeln Sie hier, und Sie hoffen, dass es niemand merkt.

Wir befinden uns auf einem guten Weg zurück, der gemeinsam mit den Kommunen verantwortlich besritten wird. Gerade die Kommunen wollen den Eltern ein möglichst gutes Angebot machen, und sie wissen am besten, wie sie den Betrieb unter den Einschränkungen, die das Virus mit sich bringt, organisieren können. Wir unterstützen die Kommunen dabei, unter anderem mit den Hygieneempfehlungen, die wir vorgelegt haben. Angesichts dieser Lage ist es besser, flexible Konzepte zu haben, die in Übereinstimmung mit den Kommunen erarbeitet wurden, als starre Grenzen, die allein das Land vorgibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Kommunen und wir vereinbart haben, ändert die Situation in der Kindertagesbetreuung ab Dienstag ziemlich grundlegend; denn erstmals seit dem 16. März 2020 können in den Kitas freie Plätze im Rahmen der Betreuungskapazitäten vergeben werden. Diese Kapazitäten ergeben sich aus der Zahl der zur Verfügung stehenden Fachkräfte und der Zahl der Räume. Beide unterscheiden sich von Kita zu Kita. Bisher gab es aber keine freien Plätze; denn der Betrieb beschränkte sich auf die Notbetreuten.

Zusätzlich haben wir uns darauf geeinigt, dass alle Kinder, die bislang schon einen Anspruch auf Notbetreuung hatten, weiterhin betreut werden. Das sind die Kinder nach den Kindeswohlkriterien und die Kinder, deren Eltern bestimmten Berufsgruppen angehören, mit einer Einschränkung: In Bezug auf die Gruppe der berufstätigen Eltern – bezogen auf die definierten Berufsgruppen – gilt neu, dass beide Elternteile berufstätig sein müssen.

Die Gruppen, die bisher in der Notbetreuung waren, haben zu einer Auslastung der Kitas von 20 % im Landesschnitt geführt. Da liegt es doch auf der Hand, dass aufgrund unserer flexiblen Regelung viele weitere Plätze entstehen, die dann von den Trägern in Abstimmung mit dem Jugendamt vergeben werden. Wie gesagt, das sind Plätze, die es zuvor wegen des Virus gar nicht gab.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für mich ist und bleibt entscheidend, dass es für möglichst alle Kinder möglichst bald wie-

der eine möglichst umfassende und gute frühkindliche Bildung und Betreuung gibt. Was würde es denn nutzen, wenn das Land vorgäbe, ob ein Kind drei oder vier Stunden betreut wird oder ob das donnerstags oder dienstags erfolgt? Wir sind uns sicher, dass dieser Weg, den auch andere Länder gehen, der richtige Weg in dieser Krise ist, um den Bedarfen so weit wie irgend möglich entgegenkommen zu können.

Selbstverständlich ist es unser Ziel, den vollständigen Regelbetrieb und damit die Rückkehr zum Zustand vor Corona schnellstmöglich zu realisieren. Deshalb wiederhole ich, was ich eingangs gesagt habe: Niemand hat sich diese Situation mit ihren Belastungen herbeigewünscht. Wann es aber möglich sein wird, den vollständigen Regelbetrieb wieder aufzunehmen, hängt entscheidend von der Entwicklung des Infektionsgeschehens ab und davon, was wir über dieses Virus lernen, z. B. aus der baden-württembergischen Studie, wenn sie denn vorliegt. Klar, es waren Zwischenergebnisse, die gestern geschildert wurden. So viel Ehrlichkeit gehört dazu. Wir müssen uns genau anschauen, wie es weitergeht und was wir über die Ansteckungsgefahr von Kindern lernen.

Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung wird im Dialog mit allen Verantwortlichen weiter planvoll und Schritt für Schritt Lösungen finden, damit gerade Familien und ihre Kinder auch in diesen herausfordernden Zeiten den notwendigen Schutz, die Sicherheit und die Unterstützung erfahren. Hessen bleibt auch hier besonnen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Minister. – In der zweiten Runde hat sich Kollegin Faeser, Vorsitzende der Fraktion der Sozialdemokraten, zu Wort gemeldet.

Nancy Faeser (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Sozialminister, ich hätte mir bei Ihrer Rede etwas mehr Empathie für die Situation der Eltern in diesem Land gewünscht.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

– Sie brauchen gar nicht so zu tun. – Ich glaube, die Eltern in diesem Land schauen sich die heutige Debatte an, und sie sehen, was sie von einem Sozialminister zu erwarten haben, der sich offensichtlich nicht darum kümmert, wie es für die Eltern in diesem Land in ihrer schwierigen Situation weitergehen kann.

(Marius Weiß (SPD): Der aber Familienminister ist!
– Zuruf Minister Tarek Al-Wazir)

– Ja, Herr Al-Wazir, da müssen Sie durch.

(Lachen Minister Tarek Al-Wazir)

Da Sie die ganze Zeit auf Rheinland-Pfalz verwiesen haben, mache auch ich das jetzt gerne. Bereits am 20. März wurde in Rheinland-Pfalz ein 14-seitiges Papier zwischen dem dortigen Bildungsministerium – die Kita ist nämlich in Rheinland-Pfalz eine Bildungsaufgabe – und den jeweiligen Trägern vereinbart, und zwar allen Trägern: die Trä-

ger der kommunalen Seite und die freien Träger. Wo gab es das in Hessen? Gar nicht gab es das in Hessen. Am 22. Mai gab es die vereinbarten Leitlinien, wieder in Zusammenarbeit mit allen Trägern. Das ist es, was wir in Hessen vermissen. Das gibt es hier nämlich nicht. Hier gab es vor wenigen Tagen lediglich ein zweieinhalbseitiges Papier.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gegenruf Torsten Warnecke (SPD): Solche GRÜNEN braucht auch niemand!)

Ich will jetzt einmal Aussagen von Eltern der Initiative „Familien in der Krise“ zitieren – da müssen Sie jetzt durch –, die Sie gestern ignoriert haben. Sie waren eingeladen; Sie sind nicht hingegangen. Meine Damen und Herren, Sie haben nicht einmal das Gespräch mit den betroffenen Eltern gesucht.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich zitiere aus den Beiträgen der Initiative:

Viele von uns sind am Ende ihrer Kräfte und haben sehnsüchtig darauf gewartet, dass ab 02.06. endlich der eingeschränkte Regelbetrieb für die Kitas in Hessen beginnt. Doch was der hessische Sozialminister heute verkündet hat, ist kein eingeschränkter Regelbetrieb, sondern ein schlechter Scherz.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihr wolltet das doch so!)

Hauptsache, keine Verantwortung übernehmen und alles auf die Träger abwälzen. Danke für nichts.

So weit die Initiative „Familien in der Krise“.

(Zuruf Minister Tarek Al-Wazir – Weitere Zurufe)

Ich will noch einmal sagen: Elf Wochen lang haben die Eltern Arbeit, Betreuung und Haushalte vereinbaren müssen. Sie haben eine unglaubliche Last in diesem Land zu tragen. Jetzt reden wir einmal über die Prioritäten, die diese Landesregierung bei den Familien und den Kindern in diesem Land setzt.

Wir sind gerade in einer Phase der Pandemie, in der vieles geöffnet wird. Es ist in der Tat so – das müssen Sie sich gefallen lassen –: Sie öffnen alles Mögliche. Schwimmbäder werden geöffnet, Autohäuser werden geöffnet, Restaurants werden geöffnet. Da werden Änderungen vorgenommen, weil sich Lobbygruppen einmischen, wie der DEHOGA in der letzten Woche. Aber bei den Kitas und bei den Schulen machen Sie einfach viel zu wenig. Sie bieten den Eltern dort keine Perspektiven. Dabei bleibe ich.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zuruf Ministerpräsident Volker Bouffier)

– Herr Ministerpräsident, da ich Sie gerade hinter mir höre: Es ist die falsche Prioritätensetzung. Was haben die Eltern denn unter den Regeln, die Sie jetzt vorgegeben haben, für eine Perspektive? Auch dass die Kommunen mit dabei sind, macht es für uns nicht besser.

(Minister Tarek Al-Wazir: Doch!)

Viele Bürgermeister haben das Problem. Sie melden sich bei uns, und zwar parteiübergreifend. Wir sind in diesen Tagen auf der Seite der Eltern und der Kinder.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, das macht es überhaupt nicht besser. – Ich will Ihnen sagen, was sich für die Eltern jetzt nicht einmal ändert. Jetzt gibt es sogar noch eine Regelung für Kinder in der Notbetreuung, bei denen ein Elternteil einen systemrelevanten Beruf ausübt, wonach auch der Partner arbeiten muss. Das heißt, für manche Familien gibt es sogar eine Verschlechterung. Es sind auch unglaublich wenige Plätze, die jetzt neu vergeben werden können. An wen sollen wir sie vergeben? Sie produzieren Klagen ohne Ende von Eltern, die dann keinen Anspruch haben.

(Günter Rudolph (SPD): Glücksspiel!)

Die „hessenschau“ hat in dieser Woche getitelt: „Es wird zum Glücksfall, ob man einen Betreuungsplatz bekommt“. Herr Sozialminister, das ist die Realität in Hessen, und das werfen wir Ihnen vor. Da hätten wir von Ihnen Antworten erwartet, so, wie es sie in vielen anderen Bundesländern gibt, übrigens auch in Baden-Württemberg, wo Sie an erster Stelle die Verantwortung tragen. Dort werden, wie gesagt, die Kitas noch im Juni geöffnet.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kritisieren Sie nicht! – Gegenruf Torsten Warnecke (SPD): Das war immer etwas anderes!)

Herr Bocklet, da brauchen wir uns nicht vorzuwerfen, wer was in welchem Bundesland macht. Es geht um die Situation hessischer Eltern und hessischer Kinder, die nach elf Wochen mit ihrem normalen Leben – mit Homeoffice, mit Kinderbetreuung, mit dem Haushalt – nicht mehr zurechtkommen und zu Recht einen Anspruch darauf haben, hier einen Betreuungsplatz zu bekommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich kenne das Papier, das Sie mit den Kommunalen Spitzenverbänden beschlossen haben und in dem steht, was vereinbart wurde. Es fehlt – das ist es, was den Bürgermeistern richtig wehtut – eine Regelung der Frage, wie man mit Personal flexibel umgehen kann. Es steht lediglich darin, das Jugendamt müsse die Rechtsaufsicht nicht mehr so sehr wahrnehmen, wie es das bislang getan habe. Das reicht nicht aus. Wenn Sie flexible Lösungen wollen, brauchen Sie auch den flexiblen Einsatz von Personal – nicht von Personal, das von der Pandemie betroffen ist, sondern von anderem, qualifizierten Personal, das in dieser Situation eingesetzt werden kann.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer soll das bezahlen? – Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin Faeser, Sie müssten langsam zum Ende kommen.

Nancy Faeser (SPD):

Letzter Satz. – Das gilt auch für die Räumlichkeiten. Wir alle wissen doch, dass allein mit den Räumlichkeiten der über 6.000 Kitas in diesem Land eine Ausweitung der Betreuung unter Einhaltung der Pandemievorschriften kaum möglich ist. Deswegen brauchen wir die Nutzung weiterer Räumlichkeiten. Auch dazu vermisste ich in Ihrem Konzept eine Vorgabe. Das ist es, was viele Kommunen dieser Tage erwarten.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, das steht nämlich nicht darin. – Das sind – ich sage es noch einmal – die Erwartungshaltungen von Eltern, die in diesem Land um ihre Jobs fürchten. Denn welcher Arbeitgeber kann es sich, wie vielleicht wir als Fraktionen, dieser Tage leisten, flexibel damit umzugehen? Viele Arbeitnehmer draußen können es sich nicht mehr leisten, Arbeitnehmerinnen zu haben – die sind es nämlich meistens –, die ihre Kinder weiterhin betreuen müssen. Diesen Arbeitnehmerinnen droht der Jobverlust. Deswegen erwarten wir von Ihnen, dass Sie die Lage der Eltern und der Kinder in diesem Land ernster nehmen, konzeptionell vorgehen und Lösungen anbieten.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Faeser. – Es hat sich jetzt der Ministerpräsident gemeldet.

Bevor ich ihm das Wort erteile, will ich den kritischen Zuruf des Kollegen Günter Rudolph aufnehmen. Günter Rudolph hat zu Recht die von der Regierungsbank kommenden Zwischenrufe kritisiert. Ich weiß selbst, wie das ist: Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche. – Das ist eine Frankfurter Weisheit. Deswegen darf ich höflich darum bitten, dass die Zwischenrufe von der Regierungsbank unterbleiben.

Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt aber das Wort. – Bitte?

(Zuruf Ministerpräsident Volker Bouffier)

– Nein, Sie waren nicht gemeint. Herr Ministerpräsident, Sie waren nicht der Angesprochene. Der Kollege Al-Wazir war der Angesprochene; ich wollte das nicht konkretisieren. Ich glaube, das war jetzt eine wichtige Klarstellung. – Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mir lange überlegt, ob ich in dieser Debatte das Wort ergreife. Ich finde, ich muss es jetzt tun – nicht weil ich mich, wie Sie vielleicht glauben, in die Einzelheiten einmischen will. Als einer, der seit 1982 dem Hessischen Landtag angehört, verstehe ich, wie die Rollen zwischen Opposition und Regierung üblicherweise verteilt sind. Geschenkt.

Ich mache mir über etwas anderes Sorgen. Frau Kollegin, Sie haben eben die Menschen, die uns zuschauen, angesprochen. Ja, was erwarten die von uns? Sie erwarten von uns, dass wir nach bestem Wissen und Gewissen verantwortlich diskutieren und entscheiden. Kollege Klose hat seinen Redebeitrag mit dem Satz beendet: „Hessen bleibt ... besonnen“.

Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass es in Hessen in den letzten zwei Monaten nie zur Diskussion stand, ob wir die Schnellsten, die Härtesten, die Einfallsreichsten oder was auch immer sind, sondern wir haben sehr sorgfältig, Stück für Stück abgewogen und verantwortlich entschieden. Das tun wir auch in dieser Frage. Ich finde, wir tun uns allen keinen Gefallen, wenn wir solche Debatten um einer billi-

gen Schlagzeile oder um eines Augenblickserfolgs willen führen. Frau Kollegin, Sie haben jetzt dreimal das Wort ergriffen.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Zweimal! – Weitere Zurufe)

– Zweimal, okay. – Jeder erfahrene Parlamentarier weiß, das macht man nur dann, wenn man den Eindruck hat, dass das oppositionelle Anliegen nicht so herübergekommen ist, wie man sich das gedacht hat.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darauf kommt es mir überhaupt nicht an.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Frau Kollegin, schauen Sie: Ich habe es mir gut überlegt – wir haben ja noch ein langes Programm –, aber ich nehme mir jetzt die Freiheit, weil die Menschen von uns etwas erwarten.

(Nancy Faeser (SPD): Genau!)

Wir haben in der letzten Zeit relativ häufig gesagt – ich finde, es ist notwendig –: Wir halten zusammen.

Ich habe z. B. gestern in der Debatte über die Gesetzentwürfe zur Änderung und zur Anpassung des Schulgesetzes sehr aufmerksam zugehört. Dann habe ich mich gelegentlich gefragt: Haben wir alles vergessen, was noch vor zwei Monaten war? – Der Generalsekretär, Kollege Degen, hat gestern allen Ernstes erklärt, wir hätten bei der Schulbildung überhaupt keine Ahnung, was wir da tun. Der Ministerpräsident habe mittwochs erklärt: „Die Schulen bleiben auf“, und donnerstags hätten wir gesagt: „Wir müssen sie zumachen“. Haben Sie völlig vergessen, was damals passiert ist?

Wir müssen den Menschen sagen: Zaubern kann keiner, aber man kann mit etwas verantwortlich umgehen. Ich bleibe dabei, und ich weiß noch sehr genau, was an diesem Mittwoch war – die Bilder von Bergamo und alles drum herum. Alle hatten Angst. Niemand wusste, was zu tun war – keiner von uns. Wir haben eine Pandemie, die niemand kannte und von der wir bis heute nicht wissen, wie sie wirkt. Wir haben keine Medikamente, keinen Impfstoff und niemanden, der uns genau sagen kann, wie es weitergeht.

(Nancy Faeser (SPD): Da widerspricht Ihnen gar keiner!)

Jetzt stellt sich die Frage, was verantwortliches Handeln ist. Die erste Hoffnung ist, dass einem die Wissenschaft genau erklären kann, was jetzt zu tun ist. Orientierung gibt der Kollege –

(Zuruf)

– Genau, als Mann der Kirche.

(Heiterkeit CDU)

Das Robert Koch-Institut mit Herrn Drosten und Herrn Wieler an der Spitze hat uns am Mittwoch erklärt, es sei falsch, die Schulen zu schließen. Das können Sie alles nachlesen. Haben Sie das alles vergessen?

Am Donnerstag, einen Tag später, war die erste Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten. Anwesend: die Spitze des Robert Koch-Instituts, die Spitzen aller Epidemiologen. Da haben wir das diskutiert, und da hat

Herr Drostens gesagt: Ich ändere heute meine Meinung; ich finde, wir sollten die Schulen zumachen. – Ich habe Herrn Drostens und Herrn Wieler dann gefragt: Wie kommen Sie eigentlich dazu, gestern zu erklären, es sei falsch, die Schulen zuzumachen, und heute zu erklären, es sei richtig, die Schulen zuzumachen? – Das, was er im Folgenden erklärt hat, können Sie alles nachlesen. Das erkläre ich jetzt deshalb, weil man, wenn es um Kinder geht, gar nicht genug Vorsicht walten lassen kann. Es geht nämlich darum, dass wir verantwortlich handeln.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, was er dann erklärt hat? Dann hat er gesagt – ich weiß es noch ganz genau; Kollege Wintermeyer war dabei –: Ich habe mich heute Nacht mit einer Kollegin aus den USA ausgetauscht. Sie hat untersucht, wie die Städte in den USA mit der Spanischen Grippe 1918/19 durchgekommen sind. Sie hat festgestellt, dass, wer die Schulen zugemacht hatte, besser durchgekommen ist als die, die sie später zugemacht haben. Deshalb erklären wir Ihnen heute, es ist besser, dass Sie die Schulen zumachen. – Das kann man nachvollziehen.

Ich habe dann gesagt: Verstehen Sie eigentlich, was ist, wenn wir den Leuten heute das und morgen das sagen? – Er sagte: Passen Sie auf, ich bin Wissenschaftler, ich bin nur der Wissenschaft verpflichtet. Was die Politik damit macht, müssen Sie entscheiden. – Ich werfe es den Wissenschaftlern nicht vor, weil die Wissenschaftler genau das gleiche Problem wie andere haben. Sie wissen es auch nicht. Der Sinn von Wissenschaft ist, zu forschen und zu schauen, ob man sich auf einem sicheren Plafond befindet.

Das gleiche Problem hatten wir bei dem Mundschutz. Haben Sie sich erinnert? Der Mundschutz ist falsch, der Mundschutz ist richtig. Das gleiche Problem haben wir heute bei der Frage, was bei den Kitas richtig ist.

In der Zeitung mit den großen Buchstaben können Sie heute lesen, dass all das, was Herr Drostens erklärt habe, irgendwie falsch sei – eine große Geschichte. Ich will mich damit nicht lange aufhalten. Aber ich habe nicht vergessen, dass wir noch vor relativ kurzer Zeit gewarnt wurden, es gebe keine größere Virenschleuder als kleine Kinder. Deshalb sei es unverantwortlich, jetzt einfach zu sagen: Auf gehts. – Das ist wenige Wochen her. Haben Sie das alles vergessen?

(Zurufe SPD: Nein!)

Deshalb bleibt es dabei: Wenn man keine gesicherten Erkenntnisse hat, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Man rennt einfach los und hofft, dass man nicht an die Wand rennt, oder man geht Stück für Stück und besonnen vor. Deshalb war es absolut richtig, dass der Sozialminister in der letzten Sitzung erklärt hat, dass wir Stück für Stück vorgehen. Genau das, was wir gesagt haben, machen wir. Darauf können sich die Menschen in Hessen verlassen, und das wird auch in Zukunft so sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann habe ich eine zweite Bitte: Unterstellen wir uns doch nicht wechselweise mangelnde Empathie. Wollen Sie dies allen Ernstes behaupten? Mit Verlaub: Mit dieser billigen Münze sollten wir uns gegenseitig keine Vorwürfe machen. Ich tue das nicht.

Es gibt Menschen, die gar keine Kinder haben. Es gibt andere, die drei oder vier Kinder haben. Es gibt Menschen,

die in einer sehr bedrückenden Situation sind. Andere haben eigene Häuser und Gärten. Mancher kann sich sogar Betreuung leisten, und andere können das nicht. Ich sage mit Zurückhaltung: Gerade in Volksparteien haben wir die alle – solche und solche. Wir sollten dem widerstehen, dem einen oder anderen zu unterstellen, dass ihm die Empathie dafür fehlt, was diese Menschen zu leisten haben. Das kann unter uns doch überhaupt nicht Streitig sein.

Genauso wenig kann es Streitig sein, dass wir Empathie empfinden müssen für Menschen, von denen wir wissen, dass wir für sie bis heute noch keinen guten Weg gefunden haben, nämlich für die, die in den Altenheimen sitzen. Ich war der Erste in Deutschland, der gesagt hat, es ist mit den Grundrechten nicht vereinbar, jemanden konsequent wegzuschließen, ohne jede Form von Besuch. Trotzdem wissen wir, dass die Vertreter aller Träger zu mir kommen und sagen: Am besten lassen Sie uns den Laden zumachen. – Das ist die Wahrheit. Es ist völlig egal, wie der Träger heißt. Alle haben eine Empathie dafür. Deshalb versuchen wir, das Thema zur Seite zu schieben, und sagen: Wir überbieten uns nicht in Empathie, sondern unsere Sorge und unser Mitgefühl gelten allen. Wenn wir wenigstens das hinkriegen, bleiben wir ein Stück zusammen.

Niemand weiß heute, wie es weitergeht, wenn die zweite Welle kommt. Zum Beispiel erklärt der Leiter des Frankfurter Gesundheitsamts öffentlich, die zweite Welle gebe es nicht. Das lese ich und nehme es zur Kenntnis. Ich muss es zur Kenntnis nehmen. Es gibt andere, die mir sagen: Doch, die zweite Welle kommt bestimmt, wir wissen nicht, wann, und wir wissen nicht, wie. – Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Sie machen die Augen zu und sagen: „Es ist mir alles egal“, oder: „Ein Regelbetrieb“ – wie Nordrhein-Westfalen bis vor Kurzem; das ist gerade vorgetragen worden – „in den Kitas und in den Schulen ist in diesem Jahr undenkbar“. Wissen Sie, wann das war? Das war zu Beginn des Monats Mai.

Deshalb noch einmal: nicht die billige Münze. Die kluge und abgewogene Art ist das, was die Menschen jetzt brauchen, nicht weil wir klüger als andere sind, aber weil wir gezeigt haben, dass man sich auf uns verlassen kann. Wir haben den Mut, gelegentlich auch öffentlichen Forderungen zu widerstehen, nicht weil wir sie nicht ernst nehmen, sondern weil wir nicht zu der Überzeugung gekommen sind, dass wir es jetzt verantworten können, diesem oder jenem Anliegen zu entsprechen.

Nehmen wir die Beispiele Autohäuser und Möbelhäuser: Sie wissen selbst, die Vergleiche hinken in jeder Richtung. So billig und mit so kleiner Münze sollten wir uns nicht wechselweise die Zeit stehlen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die Eltern, die arbeiten! – Christiane Böhm (DIE LINKE): Aber Autohäuser sind beeindruckender!)

– Verehrte Frau Kollegin Wissler, ich habe täglich Hunderte von Zuschriften. Ich telefoniere auch mit relativ vielen. Ich bilde mir ein, relativ gut mitzukriegen, wie es im Land aussieht.

Jetzt will ich einmal mit einer weiteren Legende aufräumen, mit der Legende, dass andere Länder alles irgendwie viel besser oder schlechter machen. Das ist grober Unsinn.

(Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, ich beteilige mich in aller Regel nicht an dem Wettbewerb unter Kolleginnen und Kollegen.

Ich werde mich auch weiter daran halten. Aber alle machen im Prinzip das Gleiche – alle. Frau Kollegin Claus hat darauf hingewiesen – ich will, nicht aus Langeweile, doch noch einmal den Kern deutlich machen –: Was hat sich eigentlich während der Corona-Pandemie bei den Kitas verändert?

Die Zahl der Kinder ist gleich geblieben. Die Zahl der Plätze ist auch gleich geblieben. Da hat sich gar nichts verändert. Das Einzige, was sich verändert hat, ist, dass ein Teil der Erzieherinnen und Erzieher über 60 Jahre ist und zu Hause bleiben kann – nicht muss – und dass ein Teil Vorerkrankte sind. Niemand weiß, wie viele es sind, schon gar nicht das Land. Zuständig für das Ganze ist nie das Land, sondern es sind immer die Kommunen als Träger der Kinderbetreuung. Genau wissen es die, die die Kommunen beauftragt haben. Das ist in ganz Deutschland so. Es ist überall so.

Keiner kommt mit noch so intensiver Debatte an dem Problem vorbei, dass wir nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher haben. Das ist doch das einzige Problem, um das es geht. Die können Sie auch mit noch so leidenschaftlicher Debatte nicht herbeizaubern. Dann müssen Sie, wenn Sie den Eltern nicht etwas Falsches erzählen wollen, ihnen sagen: Passt auf, wir ermöglichen es, soweit es irgend geht, die Kapazität der Kitas zur Verfügung zu stellen. Das Einzige, was wir euch garantieren können, ist, dass, wenn in einer Kita zwei Erzieherinnen krank oder vorerkrankt sind, es nicht böser Wille und nicht Unfähigkeit sind. – Dann ist es eben so. Dann kann niemand und schon gar nicht der Hessische Landtag den Eltern garantieren, dass es in dieser Kita eine Vollbetreuung gibt. Das sollten wir gelegentlich anerkennen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es standen bei der Notbetreuung lange Zeit in der Regel unter 10 % der Plätze zur Verfügung. Wir haben heute im Schnitt 20 % und ein bisschen mehr, manchmal 50 %. Jetzt fehlt mir jedes Verständnis dafür, wenn behauptet wird, dass die Zahl der weiteren Plätze, die offen zu vergeben sind, eine kleine Summe wäre. Das ist der mit Abstand größte Betrag. Das ergibt schon die Mathematik.

Jetzt geht es um die spannende Frage, wie man es organisiert, das Ziel zu erreichen, dass möglichst viele Eltern – was sie alle wünschen – die Kinder in die Kita bringen können und planbare Zeit haben.

(Nancy Faeser (SPD): Genau!)

Ich bin z. B. der Auffassung, zwei Stunden am Tag oder Ähnliches sind für die Eltern Unsinn.

Jetzt passiert Folgendes – ich hätte gerne von Ihnen gewusst, was Sie gemacht hätten –: Die Kommunen kommen und sagen: Passt mal auf, wir haben uns Gedanken gemacht, und wir haben einen Vorschlag, und in dem Vorschlag steht etwas drin. – Der Brief kam am 18. Mai. Den haben Sie. Da müssen wir nicht drum herumreden. Da steht in fünf Punkten genau drin, welche Vorschläge die Kommunen machen.

Der erste Punkt war, dass es weiter nach dem Infektionsschutzgesetz gehen muss. Warum? Wenn sie nach dem SGB VIII gehen – darauf hat in der Debatte niemand hingewiesen; das hatten Sie neulich –, haben sie das Problem, dass es einen Rechtsanspruch auf Kita gibt.

Jetzt sagen die Kommunen: Das wollen wir nicht, weil wir dann in eine Schadenersatzproblematik kommen. – Ich finde, das kann man verstehen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, absolut!)

Oder ist hier irgendeiner im Saal, der das anders sieht? – Okay, dann sind wir uns schon einmal einig. Erster Punkt: einig.

Der zweite Punkt – damit wir jetzt nicht drum herumreden – ist die Forderung der Kommunen: Das Betretungsverbot muss bleiben.

Das Betretungsverbot können Sie nur machen, wenn Sie nach dem Infektionsschutzgesetz vorgehen. Das war Punkt 2. Soll das anders sein, Freie Demokraten, SPD oder wer auch immer? – Dann sagen Sie es.

Dritter Punkt. Die Notbetreuung muss aufrechterhalten bleiben. Wollen Sie das anders machen? – Dann sagen Sie es. In Punkt 3 steckt ausdrücklich: Wir wollen die Notbetreuung gerechter verteilen. Wir wollen, dass beide arbeiten müssen. – Vorher hatten wir gesagt: Es reicht, wenn einer arbeitet. – Diese Forderung wurde damit begründet, dass die Kommunen vorgetragen haben, dass es ungerecht sei, wenn Eltern einen Notbetreuungsplatz bekommen und somit privilegiert sind, weil sie einen Anspruch auf Notbetreuung haben, obwohl einer der Elternteile nicht arbeiten muss. Daher haben die Kommunen gesagt: Das wollen wir nur haben, wenn beide Elternteile arbeiten. – Das kann man anders beurteilen.

Punkt 4. Es sollen auf jeden Fall all diejenigen Kinder einen Platz bekommen, wo das Kindeswohl gefährdet ist und welche einen besonderen Förderbedarf haben. Ist zu Punkt 4 jemand anderer Meinung?

In Punkt 5 steht: Wir möchten auch, dass die weiteren freien Plätze – die Notbetreuung ist der eine Teil, die Summe X aufgrund von Krankheit und Vorbelastung; und der große Block dazwischen steht in Punkt 5 – unter der Regie des jeweils zuständigen Jugendamts vergeben werden. Herr Kollege Rock, sind die Freien Demokraten anderer Auffassung? Haben Sie einen anderen Vorschlag? Frau Kollegin Faeser, hat die SPD einen anderen Vorschlag? Möchten Sie das anders machen?

Es waren fünf Punkte. Diese fünf Punkte kamen am Montag, dem 18. Mai, auf. Ich griff also – wie ich dies immer zu halten pflege – zum Telefon und sagte: Ich halte das für so wichtig, dass wir unverzüglich konferieren müssen.

(Zuruf Nancy Faeser (SPD))

– Frau Kollegin, am 19. Mai 2020 gab es eine Telefonkonferenz des Corona-Kabinetts, bestehend aus dem Sozial-, dem Wirtschafts-, dem Finanz-, dem Kultus- und dem Innenminister, dem Chef der Staatskanzlei, dem Regierungssprecher sowie dem Ministerpräsidenten. Und es gab gemeinsam mit sämtlichen Spitzen der Kommunalen Spitzenverbände eine Konferenz, nicht nur mit den Präsidenten, sondern mit allen Vizepräsidenten und Geschäftsführern; alle waren dabei. Dann haben wir das besprochen, Punkt für Punkt; und dann habe ich gefragt – genau so ist es passiert –: Wenn ihr das wollt, werdet ihr uns dann vorhalten, wir würden uns davonstehlen?

Auch stellte sich die Frage: Soll es Vorgaben geben? Soll es Vorgaben geben in Bezug auf die Gruppengröße? Soll es Vorgaben geben in Bezug auf die Fachbetreuung, also den Fachkräfteschlüssel und solche Sachen? Dies wurde Punkt

für Punkt abgearbeitet, jeder einzelne Punkt. Und es wurde geantwortet: Bitte erlassen Sie uns Vorschriften, die man machen kann, die aber bei knapp 6.000 Kitas und – es ist oft genug gesagt worden – völlig unterschiedlichen Sachverhalten für uns nicht sachgerecht sind, weil die Verhältnisse völlig unterschiedlich sind. Wir werden diese große Aufgabe nur lösen können, wenn wir in der Lage sind, vor Ort flexibel zu reagieren. – Das Ergebnis dieser Konferenz war: einstimmige Zustimmung; alle haben zugestimmt.

Jetzt frage ich Sie: Hätten wir anders handeln sollen? – Herr Kollege Rock, hätten wir sagen sollen: „Okay, was die Kommunen vorschlagen, ist schön, das machen wir aber nicht; wir finden irgendetwas Besseres“? – Frau Kollegin Faeser, hätten wir sagen sollen: „Schön, dass ihr euch Gedanken gemacht habt, aber wir finden es blöd“, um dann anschließend zu hören: „Die Kommunen, die Träger, die nach dem Gesetz zuständig sind, haben euch einen vernünftigen Vorschlag gemacht, doch ihr bornierten Figuren in der Landesregierung lehnt diesen ab. Wie konntet ihr so unverantwortlich sein“? – Meine Damen und Herren, das wäre Unsinn gewesen.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Faeser, dann auch noch zu diesem wunderbaren Hinweis, mit wem wir noch hätten reden sollen und wie schnell so etwas geht. Ich habe manchmal den Eindruck, manche muss ich darum bitten, zu verstehen, in welcher Zeit wir leben.

(Nancy Faeser (SPD): Ja, das haben andere auch gemacht! Sie haben frühzeitig mit Trägern Gespräche geführt!)

Wir haben die Kommunen am 19. Mai unterrichtet und gemeinsam beschlossen, dass die Kommunalen Spitzenverbände unverzüglich all ihre Mitgliedskommunen – alle – informieren.

(Nancy Faeser (SPD): Warum hat es in der Zeit davor keine Gespräche gegeben?)

– Gnädige Frau, wir arbeiten hieran jeden Tag – ich will nicht sagen: „Tag und Nacht“, aber 15 Stunden mindestens –; und das Wichtigste war mir jetzt erst einmal, dass wir mit den Zuständigen reden. Was erwarten Sie denn? Ich kann doch nicht mit jedem Träger reden.

(Fortgesetzte Zurufe SPD – Glockenzeichen)

Was hätten Sie uns denn erzählt, wenn wir dies nicht vorgelegt hätten? Es ist, mit Verlaub, nicht in Ordnung, sich hierhin zu stellen und zu sagen: „Ihr habt nicht mit jedem geredet“, aber gleichzeitig zu fordern, innerhalb von zehn Tagen ein Konzept für das ganze Land auf den Tisch zu legen. Das ist doch absurd.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nancy Faeser (SPD): Doch, das ist in Ordnung!)

Nur, damit das auch einmal geklärt ist: Ich habe öffentlich um Vorschläge gebeten, wie wir es denn machen sollen. Bis zur Stunde, bis jetzt, habe ich von keinem einzigen Träger irgendeinen Vorschlag erhalten. Kennen Sie einen, der einen Vorschlag gemacht hat? Ich kenne keinen. Ich werfe den Trägern das nicht vor; diese haben alle Hände voll damit zu tun, die Dinge gängig zu machen. Das weiß ich doch. Aber Sie können uns doch nicht vorwerfen, dass wir nicht mit jedem geredet hätten, wenn wir nur zehn Tage lang Zeit haben. Wir haben ein kluges Konzept erarbei-

tet. Wir haben das gemeinsam gemacht; und wir haben die beste Chance – –

(Nancy Faeser (SPD): Was heißt denn „zehn Tage Zeit“? Es gibt in anderen Bundesländern schon seit März Konzepte! Das ist doch gar nicht gegen Sie persönlich gerichtet! – Unruhe – Glockenzeichen)

– Frau Kollegin Faeser, passen Sie auf. Schauen Sie einmal; ich habe Ihnen jetzt alles vorgetragen, was ich dazu sagen kann. Ich habe Sie fünfmal gefragt, ob Sie etwas anderes gemacht hätten. Sie haben nicht einmal Ja gesagt.

(Nancy Faeser (SPD): Doch!)

– Nein. Was hätten Sie gemacht?

(Nancy Faeser (SPD): Ich hätte Handlungsempfehlungen erarbeitet und Richtlinien herausgegeben! Ich hätte mich früher mit den Trägern zusammengesetzt, so wie es andere Bundesländer getan haben! – Lachen und demonstrativer Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin, es ist gut, dass Sie das noch einmal gesagt haben.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Das will ich jetzt einmal festhalten, damit es auch jeder mitbekommt: Kollegin Faeser war der Auffassung, wir hätten Handlungsanweisungen und Richtlinien herausgeben müssen. Und was hätten wir in diese Richtlinien geschrieben? – Gruppengröße, und was weiß ich nicht alles. Dann hätten wir vor Ort festgestellt, dieses Ministerium und diese Landesregierung haben tolle Richtlinien, sie passen vor Ort aber nirgendwo, mit dem Ergebnis: Die Einzigen, die hierunter gelitten hätten, wären die Eltern.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb will ich das deutlich herausarbeiten: Wenn Sie Verantwortung so sehen, dass man theoretische Vorschriften macht,

(Unruhe – Glockenzeichen)

dann ist das in Ordnung; das können Sie so sehen. Wir sehen Verantwortung aber darin, dass wir mit denjenigen, die zuständig sind, einvernehmlich möglichst so viele Plätze schaffen, dass in diesem Lande wieder möglichst viele Kinder in die Kita gehen können.

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Wir sind – die Kollegen haben darauf hingewiesen – in einer dynamischen Entwicklung. Die Baden-Württemberger haben jetzt ein Teilergebnis herausgenommen; und Kollege Kretschmann hat Folgendes erklärt – zum Mitschreiben –: Wir haben noch keine endgültigen Ergebnisse. – Winfried Kretschmann ist diesbezüglich immer sehr engagiert ehrlich und sagte: Der Druck der Eltern war aber so groß, dass ich mich jetzt entschieden habe, bevor wir die endgültigen Ergebnisse haben, dass wir sagen, wir wollen in den Regelbetrieb. – Und er schob hinterher: soweit es vor Ort möglich ist.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Das steht so in Sachsen und in Schleswig-Holstein; das schreibt jedes Land. Und wissen Sie, warum? – Weil wir in Sachsen, in Baden-Württemberg und in Hessen zwar politisch leidenschaftlich diskutieren können – das ist in Ord-

nung –, aber eines nicht können: Wir können nicht zaubern. Wenn die Erzieherinnen vor Ort nicht zur Verfügung stehen, ist es doch klüger, man macht eine größere Gruppe, als den Eltern sagen zu müssen: Passt auf, wir haben einen super Plan; die Gruppenstärke beträgt 15 Kinder; leider Gottes können wir aber keine zweite Gruppe bieten; und daher bleiben die Kinder zu Hause. – Ich bin der Auffassung, dass es besser ist, wenn es 18 oder 19 Kinder sind, die Eltern ihre Kinder aber wieder in die Kita schicken können.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, meine Damen und Herren: Wir werden diesen Prozess Stück für Stück umsetzen. Der einzige offene Punkt ist die Frage: Wann geben sie die Notbetreuung auf? Das ist der einzige Punkt, um den es inhaltlich überhaupt geht. Alles andere ist, mit Verlaub, uninteressant.

(Nancy Faeser (SPD): Nein!)

– Frau Kollegin, Sie haben sich zweimal geäußert. Die Bevölkerung wird verstanden haben, was Sie meinen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das mit den Vorgaben und Richtlinien noch einmal deutlich gemacht haben.

Bleiben wir dabei: Die Hessische Landesregierung wird immer versuchen, gerade mit denjenigen, die besonders betroffen sind, sowohl mit den Eltern als auch mit den Trägern aller Art, in einem vernünftigen, praxisgerechten Prozess gute Ergebnisse zu erzielen. Dabei lassen wir uns nicht von anderen treiben, aber wir bleiben engagiert. Deshalb kann es durchaus sein, wenn wir sehen, was anhand der Untersuchungen herauskommt, dass wir die Notbetreuung vor den Sommerferien beenden können. Dann werden wir aber noch immer das Problem eines eingeschränkten Betriebs haben, weil wir keine 100-prozentige Kapazität an Erzieherinnen haben. Damit sind wir wieder ein Stück weiter.

Meine Hoffnung ist, dass wir möglichst bald wieder viele Kinder in unseren Kitas haben werden – übrigens auch in den Schulen. Dort herrscht doch die gleiche Situation, was die Erkrankungen angeht. Ich akzeptiere, dass man hier ganz engagiert diskutiert. Aber, meine Damen und Herren, ich sage zum Schluss noch einmal: Wir werden den Zusammenhalt viel mehr brauchen, als mancher dies heute glaubt. Da wir nach wie vor in vielen Bereichen noch nicht wissen, wie sich die Dinge entwickeln werden, sind wir gut beraten, wenn wir umsichtig, besonnen und gleichfalls entschlossen handeln. Die Hessische Landesregierung und insbesondere der Sozialminister stehen hierfür. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Das waren knapp 30 Minuten. – Es kommt jetzt Frau Kollegin Wissler dran. Bitte sehr.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wie lange habe ich denn jetzt?)

– Es wird aufgeteilt, jede Oppositionsfraktion hat zehn Minuten.

(Zuruf DIE LINKE: Nein, eine halbe Stunde!)

– Jede Oppositionsfraktion hat jetzt zehn Minuten. Wir wollen einmal sehen, wie lange ihr Luft habt; dann sehen wir weiter. – Bitte.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, es ist gut, dass Sie sich in dieser Debatte zu Wort gemeldet haben; denn dies zeigt, dass die Situation doch sehr ernst ist.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass Sie gezeigt hätten, dass man sich auf diese Landesregierung verlassen könne. Genau dieses Gefühl haben viele Eltern in diesem Lande – auch diejenigen, die gestern vor der Staatskanzlei demonstriert haben – nicht.

(Beifall DIE LINKE – René Rock (Freie Demokraten): Das ist der Beweis!)

Sie haben nicht das Gefühl, dass man sich auf diese Landesregierung und auf irgendwelche ihrer Ankündigungen noch verlassen kann. Herr Ministerpräsident, Verlässlichkeit bedeutet, dass man tut, was man sagt und was man ankündigt. Wenn man nicht tun kann, was man gesagt und angekündigt hat, dann ist es das Mindeste, dass man dies einräumt und erklärt, warum man seine Ankündigungen nicht in die Tat umsetzen kann. Was aber nicht geht, ist, sich hinzustellen und so zu tun, als hätte man das alles nie gesagt und nie verkündet, und als würde man alles einhalten, was man vorher gesagt hat. Dann fühlen sich die Leute veräppelt, und zwar vollkommen zu Recht.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Das hat mit Verlässlichkeit nichts zu tun. Es waren auch nicht die Kommunen, die verkündet haben, dass es ab dem 2. Juni wieder einen eingeschränkten Regelbetrieb geben werde. Das waren nicht die Kommunen, sondern der Sozialminister hat vor genau drei Wochen und genau an diesem Pult davon gesprochen, dass es ab dem 2. Juni einen eingeschränkten Regelbetrieb geben werde. Wörtlich haben Sie gesagt: Es wird ein eingeschränkter Betrieb sein.

Ziel ist aber, dass auch jedes Kita-Kind vor den Sommerferien seine Kita noch einmal von innen sieht.

Das haben Sie gesagt. Darauf haben sich die Familien in diesem Land verlassen, Herr Klose.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Zuruf)

– Nein, das machen Sie nicht. Was hier geplant ist, ist kein eingeschränkter Regelbetrieb, sondern es ist im besten Fall die Ausweitung der Notbetreuung.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht! – Weitere Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist für einige Familien sogar eine Verschlechterung.

(Anhaltende Zurufe – Glockenzeichen)

Ob es zusätzliche Betreuung gibt oder nicht, hängt von den Kapazitäten vor Ort ab.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hängt davon ab, ob zufälligerweise ein Erzieherinnenkollegium viele Menschen aus der Risikogruppe beinhaltet, ob die räumlichen Bedingungen stimmen.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Zusagen kann man doch nicht machen, wenn man nicht bereit ist, sie auch einzuhalten, und dann einfach die Verantwortung an die Kommunen abschiebt und so tut, als hätte man damit nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Anhaltende Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist denn mit den Familien, die seit elf Wochen ihre Kinder zu Hause betreuen? Sie leisten Betreuungsarbeit, sie machen Homeschooling, und das alles neben dem Homeoffice. Nein, Homeoffice und Betreuung von kleinen Kindern sind nicht vereinbar. Sie müssen die Schulkameraden und die Spielkameraden ersetzen und haben nicht einmal die Großeltern zur Unterstützung.

(Anhaltende Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stehen teilweise um 5 Uhr morgens auf, damit sie noch arbeiten können, bevor die Kinder wach werden, und arbeiten teilweise bis spät in die Nacht. Das machen sie seit elf Wochen. Teilweise haben sie ihren Jahresurlaub dafür genommen,

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen)

sie haben unbezahlten Urlaub genommen, teilweise leben sie vom Kurzarbeitergeld und machen sich existenzielle Sorgen. Was ist denn mit diesen Familien, die sich darauf verlassen haben, dass es am 2. Juni eine Lösung gibt? Das, was die Landesregierung vorgelegt hat, ist doch kein Konzept. Das ist das Abschieben von Verantwortung auf die Träger vor Ort, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Der Druck in den Familien ist doch da. Kinder brauchen doch andere Kinder. Natürlich ist es klar, dass man nicht jedes Kind jeden Tag acht Stunden in die Kita bringen kann. Das hat auch niemand gesagt. Es müssen doch Angebote geschaffen werden, dass allen Kindern ein Angebot gemacht werden kann, ein regelmäßiges Angebot,

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil die Kinder Kinder brauchen und weil die Eltern auch Zeit zum Durchschnaufen brauchen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Es gibt in vielen Familien eine Überforderungssituation. Es gibt eben auch einige wenige Familien, in denen sich das in häuslicher Gewalt und in Aggressionen äußert. Auch hier haben wir wieder die sozialen Unterschiede, die deutlich zutage treten. Es ist ein Unterschied, ob man seine zwei Kinder in einem Haus mit Garten betreut oder in einer beengten Zweizimmerwohnung irgendwo in der Stadt. Natürlich ist es ein Unterschied, ob man beim Homeschooling sein Kind unterstützen kann oder nicht. Das heißt also, die sozialen Ungleichheiten nehmen immer weiter zu, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sie versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem Sie sagen: Die Verantwortlichen vor Ort sollen es re-

geln. – Die Kita-Leitungen müssen sich doch jetzt herumstreiten mit den Eltern, mit völlig verzweifelten Eltern, die nicht wissen, was sie ihrem Arbeitgeber sagen sollen, die nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen und wie sie nach elf Wochen noch ihr Kind betreut bekommen. Die Kita-Leitungen müssen sich jetzt mit, völlig zu Recht, verzweifelten Eltern herumstreiten und gleichzeitig mit Erzieherinnen aus der Risikogruppe diskutieren, ob sie überhaupt zur Arbeit gehen können.

Diese Situation führt doch dazu, dass Eltern gegeneinander ausgespielt werden. Jeder versucht, einen Betreuungsplatz zu bekommen. Es ist ein zu kurzes Tisch Tuch, weil es überhaupt keine Vorgaben vom Land gibt. Das ist doch die Kritik: Es gibt einfach keine Vorgaben.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Es gibt keine Form von Mindeststundenbetreuung für alle Kinder. Herr Minister, das wäre doch etwas, auf das man vor Ort Bezug nehmen könnte. Wenn Sie geregelt hätten, dass jedes Kind mindestens zwei Tage in der Woche in die Kita gehen kann, oder mindestens soundso viele Stunden in der Woche, dann wären das Vorgaben gewesen,

(Zuruf Manfred Pentz (CDU))

auf die man sich vor Ort hätte beziehen können. Aber das machen Sie nicht. Sie verlagern die Verantwortung und damit den gesamten Ärger auf die Träger vor Ort. Das werfen wir Ihnen vor, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Dann muss man sagen, Sie tun so, als wären Sie dafür nicht verantwortlich, als wäre an allem das Virus schuld. Ja, das war das Virus. Aber sorry, wer hat denn beschlossen, dass wir alles wieder öffnen? Wer hat das beschlossen? Das war diese Landesregierung. Das war eine völlig falsche Prioritätensetzung. Man kann doch nicht sagen, dass man von Bundesliga über Autohäuser bis zum Glücksspiel alles wieder öffnet, aber die Kitas und die Schulen nicht. Was ist das denn für eine Prioritätensetzung, meine Damen und Herren?

(Beifall DIE LINKE und SPD – Zurufe Manfred Pentz (CDU) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glockenzeichen)

Es tut mir leid, aber wenn dann ein Ministerpräsident fragt, was die Öffnung von Möbelhäusern und die Öffnung von Gastronomie mit dem Thema Kinderbetreuung zu tun hat,

(Zuruf Manfred Pentz (CDU))

dann kann ich nur den Kopf schütteln. Ich erkläre Ihnen den Zusammenhang gerne, Herr Ministerpräsident: Die Verkäuferin im Möbelhaus muss jetzt wieder arbeiten gehen. Die Kellnerin muss jetzt wieder arbeiten gehen, weil die Gastronomie geöffnet ist.

(Anhaltende Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die H&M-Verkäuferin muss wieder arbeiten gehen.

(Zuruf: Darf!)

– Ja, sie darf wieder arbeiten gehen. Wenn sie nicht arbeiten gehen kann, weil sie ein Betreuungsproblem hat, muss sie es ihrem Arbeitgeber erklären.

Wenn man alles öffnet, aber nicht dafür sorgt, dass die Menschen eine Kinderbetreuung haben, dann organisiert

man den Menschen ein riesiges Problem, und zwar vor allem den Frauen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Herr Ministerpräsident, ich kann verstehen, was Sie sagen, wie schwierig das mit der Öffnung der Kitas ist. Das kann ich alles verstehen. Ich finde sogar, dass man diesen Standpunkt einnehmen kann. Dann kann man aber nicht alles andere öffnen. Die Reihenfolge stimmt nicht. Man kann nicht sagen: Wir machen alles wieder auf, jeder soll wieder arbeiten gehen, aber wir schaffen keine Betreuung in den Kitas und den Schulen. – Ja, wie soll das denn funktionieren? Was sollen denn die Leute ihren Arbeitgebern sagen? – Das Geschäft hat wieder auf, aber ich bekomme mein Kind nicht betreut. Ich bin nicht systemrelevant, sorry Arbeitgeber, aber ich komme nicht. Den Jahresurlaub habe ich dummerweise auch schon genommen.

Darauf müssen Sie doch eine Antwort geben. Dann hätten Sie nicht alles öffnen dürfen. Dann hätte man sagen müssen, dass man Bereiche zu lässt, weil man die Kitas im Moment nicht öffnen kann.

(Manfred Pentz (CDU): Sie wissen alles besser!)

– Das ist richtig, Herr Pentz. Da kann ich Ihnen nur zustimmen.

(Beifall DIE LINKE)

Dann muss man sagen, dass die Familien ein Corona-Übergangsgeld bekommen, damit ihre Existenz gesichert ist, weil sie sich um die Kinder kümmern müssen, weil sie nur für zwei Tage eine Betreuung haben.

(Zuruf Manfred Pentz (CDU) – Glockenzeichen)

Das hätte man machen können, dann kann man aber nicht alles andere öffnen.

Das ist doch das Schlimme, dass die mächtigen Lobbys, die am lautesten schreien, die weitestgehenden Öffnungen und die Milliardenbeträge bekommen. Da stimmen einfach die Prioritäten nicht, meine Damen und Herren. Es ist die falsche Reihenfolge.

(Beifall DIE LINKE)

Der Rechtsanspruch für die Kinderbetreuung ist hart erkämpft, das hat auch etwas mit Gleichberechtigung von Frauen zu tun. Diese Gleichberechtigung kann man sich nicht wegnehmen lassen. Es hätte dem Corona-Kabinett in Hessen auch nicht schlecht getan, wenn ihm auch eine Frau angehört hätte. Dann hätte man vielleicht auch ein paar Diskussionen anderes geführt.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz kann ausgesetzt werden. Das wurde in der Corona-Krise gemacht. Das kann man doch aber nicht dauerhaft und über Wochen und Monate hinweg machen, wenn Menschen gleichzeitig erwerbstätig sind. Sie haben auch von dem besonderen Schutz für Kinder gesprochen. Auch das finde ich schwierig. Spielplätze werden geöffnet, Schwimmbäder werden geöffnet, Kinder können in Shoppingmalls und Freizeitparks gehen, nur nicht in die Kita.

Da argumentieren Sie mit dem Schutz der Kinder. Dann sagen Sie, dass Sie den Erzieherinnen danken. Die größte Hilfe für die Erzieherinnen wäre ein gescheites Konzept: Schutz von Risikogruppen, regelmäßige Tests, Vorgaben

für die Gruppengröße und eine langfristige Aufwertung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung. Ich verstehe auch nicht, warum Sie sagen, Sie könnten keine Vorgaben machen, weil es vor Ort überall anders wäre. Für die Gastronomie konnten Sie doch auch Vorgaben machen mit dieser 5-m²-Regelung. Es ist doch auch jede Kneipe anders: Es gibt einen Biergarten, eine Eckkneipe. Da können Sie Vorgaben machen, das ist überhaupt kein Problem, aber bei Kitas geht das nicht. Bei Kitas ist das alles viel zu bürokratisch. Sie sagen, jede Kita sei anders.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Wissler, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

(Holger Bellino (CDU): Was ist denn das für ein Niveau? – Lachen und Gegenrufe DIE LINKE)

Unterstützen Sie die Familien. Unsere Solidarität gilt den Erzieherinnen und Erziehern, die sowieso schon schwierige Arbeitsbedingungen hatten und für die es noch schwieriger geworden ist.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen)

Unsere Solidarität gilt den Eltern. Sie setzen die falschen Prioritäten, und Sie versuchen, die Verantwortung an die Kommunen abzuschieben, die sowieso schon auf den wegfallenden Kita-Gebühren sitzen bleiben, die sowieso unterfinanziert sind und jetzt unter wegbrechenden Gewerbesteueereinnahmen leiden. Denen würden Sie jetzt die gesamte Verantwortung auf, ohne Vorgaben zu machen. Das können Sie in jedem anderen Bereich auch, aber bei den Kitas nicht. Deswegen ist das eine vollkommen falsche Prioritätensetzung dieser Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollegin Wissler. – Meine Damen und Herren, es ist eine extreme Unruhe im Raum. Ich darf Sie bitten – es ist auch ein Akt der Fairness gegenüber der Rednerin oder dem Redner –, den Lärmpegel etwas zurückzufahren. Ich höre auch nicht mehr, was hier los ist.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Stell dir vor, wir wären alle da!)

Nächster Redner ist der Kollege René Rock, Fraktionsvorsitzender der FDP. Bitte sehr.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat uns Hinweise gegeben über parlamentarische Gepflogenheiten, wie Opposition sich verhält und wie man im Parlament miteinander umgeht.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Wenn der Fachminister gesprochen hat, unter Druck ist und der Ministerpräsident rausgeht, um sich vor seinen Fachminister zu stellen, dann ist das ein starkes Symbol und zeigt deutlich, wie schwach und angeschlagen der Fachminister ist. Auch das ist eine parlamentarische Gepflogenheit, die wir alle kennen.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und DIE LINKE)

Das, was der Ministerpräsident gesagt hat, hat die Schwäche des Ministers offenbart. Vieles von dem, was der Ministerpräsident ausgeführt hat, hätte der Fachminister ausführen müssen. Das hat er nicht getan. Dazu musste erst der Ministerpräsident kommen. Auch das zeigt die Schwäche von Minister Klose, und warum er für sein Amt nicht geeignet ist.

(Beifall Freie Demokraten – Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat hier gerne und auch in anderer Funktion einen Satz geprägt, der sich bei mir festgesetzt hat. Dieser Satz lautet – ich habe ihn extra verinnerlicht –: Vertiefte Sachkenntnis verhindert die muntere Debatte.

(Beifall Freie Demokraten)

Das hat sich bei mir eingepreßt. Dann ist mir aufgefallen, Herr Ministerpräsident, dass bei den Oppositionsfractionen zu dem Thema immer die Fachsprecher gesprochen haben. Nur bei den Regierungsfractionen wurden die Fraktionsvorsitzenden rausgeschickt, die nichts zum Thema gesagt haben, sondern nur versucht haben, ihren Minister zu schützen. Sie haben nichts zum Thema beigetragen. Das zeigt, wie angeschlagen dieser Minister ist.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weder Frau Claus noch Herr Wagner haben einen Ton zum Thema gesagt. Sie haben kein Beispiel gebracht, das sachgemäß ist.

(Widerspruch CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe – Glockenzeichen)

– Sie können ruhig schreien. Das zeigt, dass Sie getroffen sind, wenn Sie so schreien.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn ich an dieser Stelle höre, dass man uns vorwirft, wir hätten kein Konzept, dann zeigt das, wie gut Sie sich auf die Debatte vorbereitet haben. Die Anträge der Oppositionsfractionen liegen vor, darin ist ein Konzept enthalten. Sie können unser Konzept auch auf unserer Internetseite nachlesen.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da steht alles drin. Das haben Sie zur Vorbereitung noch nicht einmal gemacht. Das zeigt, wie ernst Sie dieses Thema nehmen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Ministerpräsident hat einen ganz wichtigen Satz gesagt, der in einer Krise eigentlich heilig ist. Er ist auf das Thema Orientierung gekommen, das haben Sie reinggerufen. Darauf hat der Ministerpräsident gesagt, und ich glaube auch, dass er dafür steht – es gibt immer Kleinigkeiten, bei denen man das anders bewertet, aber im Grundsatz steht Volker Bouffier dafür –: Was wir sagen, das machen

wir auch. – Das ist wichtig für die Menschen in unserem Land, dass sie sich auf ihre Regierung verlassen können, Herr Ministerpräsident.

(Beifall Freie Demokraten)

Darum habe ich auch im ersten Teil meiner Rede gesagt: Herr Ministerpräsident, Sie haben in diesem Land ein hohes Ansehen. – Sie haben ein hohes Ansehen, weil Sie von diesem Pult für uns ehrlich und nachvollziehbar Ihre Sichtweise dargestellt haben. Ich teile sie nicht in allen Punkten, aber ich kann jetzt mit Ihnen ganz konkret diskutieren, wo ich sie nicht teile. All das, was Sie getan haben, zeigt, wie schwach dieser Sozialminister ist. Er hat nämlich nichts von dem an dieser Stelle getan.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich will Ihnen noch einmal sagen, und damit komme ich auf die Frage der Fachkenntnis zurück: Was ist denn der Unterschied zwischen dem, was wir bis jetzt hatten, und der am 5. Mai von Minister Klose angekündigten eingeschränkten Regelbetreuung? Der Ministerpräsident hat es ausgeführt: Der Unterschied von dieser Regelbetreuung zur Notbetreuung ist, dass wir bei der Notbetreuung nach dem Seuchenschutzgesetz arbeiten und der öffentliche Gesundheitsdienst das letzte Wort hat. Dabei ist die absolute Prämisse: Seuchenschutz, Gesundheitsschutz und nichts anderes.

Beim Regelbetrieb arbeiten wir nach dem SGB VIII, dem Sozialgesetzbuch, die Eltern und Kinder haben Rechte, und in den Einrichtungen gilt: Der Betreuungsauftrag steht im Vordergrund. – Genau dieser riesige Unterschied macht es aus. Dieser riesige Unterschied ist der Wortbruch, den Sie zu verantworten haben, Herr Minister Klose.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Zurzeit sind die hessischen Kinder aufgeteilt, getrennt zwischen Kindern von systemrelevanten Eltern und Kindern von Eltern, die nicht systemrelevant sind. Wenn man die Wirtschaft hochfährt und die Kinder in unserem Land in dieser Zeit ernst nimmt, sind aus unserer Sicht alle Kinder systemrelevant. Deswegen muss diese Regelung geändert werden, Herr Minister Klose, ganz klar.

(Beifall Freie Demokraten)

Lieber Herr Ministerpräsident, ich will zwei Dinge, die Sie gesagt haben, noch einmal aufrufen, weil ich dazu eine andere Meinung habe. Sie haben hier die Gleichung vorgetragen: Landesregierung und Kommunen. Dann haben Sie einen Strich drunter gemacht und das Ergebnis aufgerufen. Momentan lässt sich wenig dagegen sagen. Sie haben bei der Gleichung vielleicht den Städte- und Gemeindebund herausgelassen und nur mit dem Landkreistag und dem Städtetag gesprochen. Dazu komme ich nachher noch bei meinem zweiten Punkt.

(Zuruf Ministerpräsident Volker Bouffier)

– Die rudern aber jetzt ein Stück weit zurück, Herr Ministerpräsident. Das erleben Sie ja.

(Zuruf Ministerpräsident Volker Bouffier – Glockenzeichen)

Ich will auf einen anderen Punkt hinaus. Dieser andere Punkt ist: Sie haben eine Gleichung Landesregierung und Kommunen.

(Zurufe)

Wissen Sie, was in Ihrer Gleichung fehlt? – Das sind die Familien und Eltern. In dieser Gleichung reden Sie nur mit der Exekutive und der kommunalen Exekutive. Wo sind in Ihrer Gleichung die Eltern? Das ist das, was ich Ihnen sage: Bei Ihrer Abwägung haben Sie die Familien und Eltern weggelassen, und darum kommen Sie zu dem Ergebnis.

(Beifall Freie Demokraten)

Warum haben die Eltern keine Lobby in diesem Landtag und auf Landesebene? Weil diese Landesregierung aus GRÜNEN und CDU seit zwei Jahren verhindert, dass die Eltern auf Landesebene einen Elternbeirat für die Kitas haben, dass auch sie eine Lobbyvereinigung haben, die ihre Inhalte klar darstellen kann.

(Beifall Freie Demokraten)

Das ist übrigens eine Forderung der gesamten Opposition, und Sie schieben sie immer wieder auf. Heute bräuchten wir diesen Kita-Elternbeirat, damit die Eltern eine Stimme haben. Das haben Sie verhindert.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Darum fehlen in dieser Gleichung zwischen der Landesregierung und den Kommunen – Sie haben jetzt die freien Träger nicht dabei gehabt, aber ich subsumiere einmal – die Familien, die Kinder und die Eltern. Erst wenn Sie sie in die Gleichung aufnehmen, ist das Ergebnis so, dass wir mit der Abwägung leben können. Wir haben das gemacht, und daher kommen wir zu einem anderen Abwägungsergebnis als die Landesregierung.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Ministerpräsident, ich weiß, dass Sie uns in den Debatten gut zuhören. Daher bitte ich Sie, das in Ihre Erwägungen mit aufzunehmen. Denn ich glaube, dass auch Sie zu einem anderen Ergebnis kommen würden, wenn Sie das machten; denn ich glaube an dieser Stelle an Ihre Vernunft.

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist: Warum sind der Städtetag und der Landkreistag so dagegen, dass die Regelbetreuung wieder aufpoppt? Warum? Ich sage Ihnen: Das entscheidende Argument ist nicht das Kindeswohl. Lieber Herr Ministerpräsident, Sie haben es an dieser Stelle selbst ausgeführt: Sobald der Rechtsanspruch der Eltern gilt, können die Eltern theoretisch versuchen, ihren Rechtsanspruch einzuklagen. Dann geht es bei den Landkreisen und Städten womöglich um viel Geld. Das ist doch das wirkliche Problem – jetzt ist es ganz still –; es geht nicht um die Kinder, es geht nur um das Geld.

(Beifall Freie Demokraten)

Die hessischen Kinder dürfen nicht in die Kindertagesstätte gehen, weil Sie als Landesregierung nicht in der Lage waren, den Landkreisen und Städten zu sagen: Im Zweifel, wenn es wirklich so kommen sollte, wenn Gerichte so entscheiden sollten, sind wir bereit, diese Risiken für Sie zu übernehmen, und wir bezahlen die womöglich anstehenden Strafzahlungen, erstatten sie Ihnen als Land. – Dann hätten Sie eine ganz andere Diskussionsebene gehabt. Aber weil Sie das finanzielle Problem nicht gelöst haben, nur deshalb sind die Städte und die Kreise überhaupt auf diese Idee gekommen. Das ist doch die Wahrheit, und Sie haben es ein Stück weit hier ausgeführt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall Freie Demokraten)

Ein weiterer Punkt, über den wir noch gar nicht gesprochen haben. Es ist viel über Erzieherinnen und Erzieher gesprochen worden. Warum gibt es kein Schutzkonzept für die Erzieherinnen und Erzieher? Ein unfassbarer Mangel. Warum ist nicht klar geregelt, dass jede Erzieherin und jeder Erzieher ein Recht hat, mindestens einmal die Woche oder von mir aus immer, wenn sie oder er das Gefühl hat, er oder sie könnte von der Pandemie betroffen sein, getestet zu werden? Warum kann nicht jeder Erzieher, nicht jede Erzieherin getestet werden? Warum nicht?

(Beifall Freie Demokraten, SPD und DIE LINKE)

Ich sage Ihnen, und es ist völlig überraschend, worum es geht: Es geht ums Geld. Wer zahlt den Test? Darum geht es. Warum sind die Altenheime in Hessen nicht durchgetestet worden?

(Zuruf: Weil es keinen Sinn macht!)

Die Landkreise müssten es bezahlen. Es geht wieder nur ums Geld. – Es geht um die Menschen. Darum sage ich hier: „nur ums Geld“.

Ich bin der Meinung, dass die Familien mehr Unterstützung brauchen. Die beste Unterstützung ist, dass wir ihren Kindern wieder den Zugang zu den Bildungseinrichtungen in unserem Land öffnen. Dann wären viele Probleme abgewendet. Damit wenden wir auch eine potenzielle Bildungskrise in unserem Land ab, die die Gräben vertieft, die die Zukunftschancen unserer Kinder vermindert.

Lieber Herr Ministerpräsident, Sie haben die richtigen Punkte angesprochen. Sie haben gesagt, worauf es in der Krise ankommt: dass die Menschen in diesem Land ihrer Regierung vertrauen können. Das heißt, dass man dem, was die Regierung sagt, auch glauben kann.

Vor drei Wochen und einem Tag hat an diesem Pult der Sozialminister den Menschen etwas zum Rechtsanspruch versprochen, dass jedes Kind wieder in die Kita gehen darf. Ich könnte hier das Zitat, das Frau Wissler vorgelesen hat, genau wiederholen, weil ich es auch dabei habe. Herr Klose, Sie haben genau das versprochen, und Sie haben es nicht eingehalten. Sie haben sich nicht entschuldigt, Sie haben es nicht begründet. Das ist ein weiterer von vielen Fehlritten, die Sie sich in dieser Krise geleistet haben. Der Ministerpräsident musste herauskommen und sich vor Sie stellen.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Rock, Sie müssen zum Schluss kommen.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Ministerpräsident, suchen Sie sich jemand anderen, der es besser macht. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Ravensburg, CDU-Fraktion. Fünf Minuten Redezeit.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rock schaut jetzt zwar in eine andere Richtung, aber ich möchte auf seine Rede kurz zurückkommen. Seine Äußerung, alle Kinder sind systemrelevant, ist zwar schön und richtig, hat aber mit der Lösung des Problems, vor dem wir stehen, nicht das Geringste zu tun.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns geht es darum, ein praktikables, ein umsetzbares Konzept zu finden, wie wir die Notbetreuung, die auch Sie beibehalten wollen, beibehalten können, die Kitas für möglichst viele Kinder öffnen und gleichzeitig – das haben Sie leider nicht erwähnt – auch das Wohl und Wehe und die Gesundheit der Erzieherinnen und Erzieher im Auge behalten. Das ist unser Ziel.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Tests sind zwar schön, aber sie sind keine Prävention. Wir müssen Erzieherinnen und Erzieher, die mit besonderen Risiken behaftet sind, die über 60 Jahre alt sind oder die Vorerkrankungen haben, schützen. Momentan können sie überhaupt nicht in den Kitas arbeiten. Deshalb steht nicht das gesamte Personal in den Kitas zur Verfügung. Wir müssen mit den Gegebenheiten auskommen, und das Hygienekonzept, das Sie eingefordert haben, liegt vor und steht den Kitas zur Verfügung.

Ich will zurückkommen auf das Thema Eltern. Eltern und Kinder sind in den letzten Wochen besonders belastet worden. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Deshalb ist es jetzt so wichtig, dass genau diejenigen, die so lange belastet worden sind, die Chance bekommen, in den eingeschränkten Regelbetrieb überzugehen.

Wie sieht das praktisch aus? Der Minister hat es vorhin erwähnt: Der Durchschnitt in den hessischen Kindertagesstätten ist eine Notfallbetreuung, bei der 20 % der möglichen Kapazitäten der Kindertagesstätten zur Verfügung stehen.

Wir können die Kindertagesstätten ausweiten, und zwar so, wie es vor Ort in der jeweiligen Kita möglich ist. Da gibt es Kindertagesstätten, die enge Räumlichkeiten, wenig Freigelände und einen hohen Personalausfall haben. Es gibt aber auch Kindertagesstätten auf dem Land, die viel Platz haben. Sie haben im Moment eine Auslastung von 10 % oder 12 %, und sie können aufnehmen. Deshalb gibt es keine Möglichkeit, dass wir einheitliche Rahmenbedingungen mit genauen Vorgaben vom Land schaffen. Dann würden wir Eltern ausschließen, was wir gar nicht wollen.

Also müssen wir das gemeinsam mit den Kommunen machen, mit den Jugendämtern vor Ort, die praktikabel und vernünftig mit jeder Kindertagesstätte Regelungen treffen, damit wir es möglichst vielen Eltern ermöglichen, ihre Kinder in die Kindertagesstätten zu geben. Das ist der Weg.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Faeser, Sie werfen uns vor, dass wir die Notbetreuung auf die Eltern begrenzen, die in systemrelevanten Berufen arbeiten und die beide berufstätig sind. Das bedeutet aber doch: Wir möchten möglichst vielen Eltern faire Bedingungen schaffen, damit sie auch die Möglichkeit haben, ihre Kinder in die Kindertagesstätte zu geben. Deshalb frage ich mich: Was wollen Sie eigentlich?

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben uns in Hessen vorgeworfen, wir seien zu langsam und würden hinterhertraben. Ich will erinnern: Wir in Hessen haben von Anfang an die Notfallbetreuung so weit wie möglich ausgeweitet. Wir haben sie schrittweise immer wieder erweitert, und wir sind bei den Bundesländern, die die weitestgehenden Regelungen haben. Es war uns wichtig, dass wir den Alleinerziehenden, die Beruf und Familie vereinbaren müssen, ermöglichen, ihre Kinder in die Notbetreuung zu geben. Es war uns wichtig – es ist auch heute wieder erwähnt worden –, das Kinderwohl in den Vordergrund zu stellen. Kinder, die besonders belasteten Familien entstammen, sollen die Möglichkeit haben, herauszukommen, in die sozialen Gruppen zu kommen und in den Kindertagesstätten gut betreut zu werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht auch um die Kinder, die behindert sind. Auch sie haben die Möglichkeit – das entlastet gleichzeitig die Eltern –, in die Notbetreuung zu gehen. Wir öffnen schrittweise. Wir öffnen z. B. auch die Tagespflege. Auch das war ein wichtiger Schritt.

Diese weiteren Schritte müssen kommen. Nur das ist der richtige Weg. Sich darüber zu streiten, wie man die Öffnung in der nächsten Woche bezeichnen muss, das ist fern von dem, was die Eltern, die jetzt vielleicht noch zuhören, sich wünschen. Wir brauchen pragmatische Regelungen. Wir brauchen eine Beachtung der Räumlichkeiten, und wir brauchen einen Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das steht für uns im Vordergrund.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Ravensburg, Sie müssen zum Schluss kommen.

Claudia Ravensburg (CDU):

Ja. – Ich hatte in dieser Debatte manchmal den Eindruck, dass es Ihnen heute nicht so genau darum geht. Sie haben Ihre Anträge hier auch nicht besonders berücksichtigt. Ihnen ging es darum, gegen den Sozialminister zu schießen. Sie ärgert, dass es eine Regelung gemeinsam mit den Kommunen gibt und Sie ihm hinterher nicht vorwerfen können, dass er es mit den Kommunen nicht vernünftig vereinbart hat. Hessen geht den richtigen Weg, und wir werden es in den nächsten Tagen sehen:

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

pragmatische Lösungen, mögliche Öffnung. Das ist nicht der letzte Schritt. Das hat der Minister auch gesagt. Das wissen wir alle. Wir alle wünschen uns,

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Ravensburg, sei so lieb, mach den letzten Satz.

Claudia Ravensburg (CDU):

dass die Eindämmung der Pandemie so weitergeht und wir weiter in der Öffnung voranschreiten können. Das sollten wir uns alle heute wünschen und mitnehmen.

(Lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Gnadl, SPD-Fraktion.

Lisa Gnadl (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand es schon spannend: Der Ministerpräsident hat uns als Oppositionsfractionen aufgefordert, Konzepte vorzulegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Oppositionsfractionen haben im Gegensatz zu den Regierungsfractionen heute Anträge zu dieser Debatte eingebracht. Was fehlt, ist eine Positionierung der schwarz-grünen Fraktionen im Hessischen Landtag zur heutigen Debatte.

(Lebhafter Beifall SPD und Freie Demokraten – Vereinzelter Beifall DIE LINKE)

Wo ist Ihre Positionierung, oder sind Sie sich doch nicht ganz so einig, wie Sie es heute nach außen darstellen? Was wollen Sie als schwarz-grüne Fraktionen im Hessischen Landtag?

(Unruhe – Glockenzeichen)

Offensichtlich ist, dass der Ministerpräsident heute noch einmal ans Redepult gehen musste, weil er die Kohlen aus dem Feuer holen musste für diese Landesregierung und für dieses Versagen des Sozialministers.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Gestern hat eine Demonstration von Familien hier in Wiesbaden, vor der Staatskanzlei, vor dem Regierungssitz dieser Landesregierung, stattgefunden,

(Unruhe – Glockenzeichen)

und kein Mitglied dieser Landesregierung und kein Mitglied dieser schwarz-grünen Fraktionen im Landtag hat es als nötig empfunden, sich auch nur ein einziges Mal die Sorgen und Nöte der Eltern anzuhören. Ich finde, das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich habe meine Rede heute Morgen damit begonnen, dass ich deutlich gemacht habe, dass wir durch die Corona-Pandemie in einer Ausnahmesituation sind. Ich habe zugleich deutlich gemacht, dass es in der Bevölkerung für sämtliche Beschränkungen einen hohen Rückhalt gegeben hat. Aber das Problem besteht doch genau in dem, worüber wir heute diskutieren, dass Sie nämlich die Sorgen und Nöte der Familien, der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Träger der Kindertageseinrichtungen vor Ort nicht ernst nehmen. Sie haben eben nicht das Gespräch mit den Eltern gesucht. Sie haben sich deren Sorgen nicht angehört.

Genau damit verspielen Sie den Kredit, den Sie für die Maßnahmen und die Einschränkungen haben. Denn Sie ge-

hen nicht verantwortungsvoll auf sie zu und handeln dementsprechend.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Für die Eltern bleibt die Frage unbeantwortet, was nächste Woche Dienstag geschehen wird. Diese Antwort sind Sie heute immer noch schuldig geblieben.

(Vereinzelter Beifall SPD und Freie Demokraten)

Diese Antwort können Sie aufgrund der Verordnung, die Sie gemacht haben, auch gar nicht geben. In der Regierungserklärung am 5. Mai 2020 haben Sie gesagt, dass Sie einen eingeschränkten Regelbetrieb für alle Kinder ab dem 2. Juni 2020 ermöglichen wollen. Sie haben aber kein Konzept vorgelegt, wie Sie das ermöglichen wollen.

Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür, dass er heute noch einmal die Abläufe erklärt hat. Zwei der Spitzenverbände, der Hessische Städtetag und der Hessische Landkreistag, haben sich mit einem Schreiben an die Landesregierung gewandt. Sie hatten ein entsprechendes Konzept und die entsprechenden Kriterien dafür, wie man das vor Ort umsetzen könnte. Erst dann haben es diese Landesregierung und der Ministerpräsident für nötig befunden, sich mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände zusammzusetzen. Das ist ein Skandal.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE – Zurufe)

– Herr Frömmrich, genau. – Herr Bouffier hat uns die Abläufe erklärt. Am 5. Mai 2020 hat sich der Sozialminister mit einem großen Versprechen an sämtliche Eltern an dieses Pult gestellt und gesagt, dass alle Kinder bei einem eingeschränkten Regelbetrieb wieder in die Einrichtungen gehen könnten.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Von diesem Rednerpult aus hat er den Eltern dieses Versprechen gegeben.

(Nancy Faeser (SPD): So ist es!)

Danach hat es ein Schreiben der Kommunalen Spitzenverbände gegeben. Erst danach gab es ein Treffen und ein Gespräch mit diesen. Jetzt kennen wir das Ergebnis aus diesem Gespräch. Das Ergebnis lässt die Eltern ratlos zurück. Denn sie wissen nicht, was am nächsten Dienstag auf sie zukommen wird.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Ich will Ihnen einmal ein sehr konkretes Beispiel erzählen. Ich habe gestern meinen Sohn aus der Notbetreuung der Kinderkrippe abgeholt. Die Leiterin hat mich gefragt, wie sie das mit den sogenannten freien Plätzen demnächst machen soll. Sie hat sechs Kinder in der Notbetreuung bei einer Einrichtung für 22 Kinder.

Alle anderen Kinder, die nicht in der Notbetreuung sind, haben Eltern, bei denen beide berufstätig sind. Es gibt in dieser Einrichtung keine andere Härtefallregelung, die sie jetzt noch zusätzlich heranziehen könnte. Das Jugendamt sagt ihr aber: Sie können aber aufgrund der Räumlichkeiten Ihrer Einrichtung die Gruppe nicht wesentlich größer machen.

Was passiert jetzt? Sollen jetzt die freien Plätze für die Kinder verlost werden? Wie wollen Sie diese freien Plätze vergeben? Wo ist da für diese Einrichtung die Verlässlich-

keit? Wo ist da die Verlässlichkeit für die Eltern, was am 2. Juni 2020 passieren wird?

(Beifall SPD, vereinzelt DIE LINKE, René Rock und Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Sie haben sich dann hierhin gestellt und gesagt, es habe keine Schreiben freier Träger gegeben. Ich bin im E-Mail-Verteiler bei Schreiben, die an die Landesregierung und auch an die Abgeordneten der GRÜNEN und der CDU im Hessischen Landtag gegangen sind, die die Sprecherfunktion haben, auf CC gesetzt. Beispielsweise gab es das von der Vereinigung der Waldorfskindergärten, Region Hessen.

Es gibt noch eine weitere Frage, die Sie nach wie vor, bis heute nicht beantworten. Dabei geht es um die Frage, wer eigentlich die Gebühren für die Kindertagesstätten für die Zeit übernimmt, in der die Kinder nicht betreut werden konnten.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Auch das ist eine Härte für die freien Träger. Sie können nämlich nicht auf die Gebührenzahlung der Eltern verzichten. Wir haben schon vor Wochen eingefordert, einen entsprechenden Fonds aufzulegen, damit die kommunalen Einrichtungen und die freien Träger diese Gebühren nicht mehr erheben müssen.

Einem Teil der Kommunen geht es gut. Sie können den Eltern das Zahlen der Gebühren ersparen. Es gibt aber auch einen Teil, die das nicht können. Die freien Träger können schon einmal gar nicht darauf verzichten. Sie haben bis heute noch keine Aussage dazu getroffen,

(Unruhe – Glockenzeichen)

wann Sie die Eltern endlich von dieser finanziellen Belastung entlasten wollen. Damit verspielen Sie gerade bei den freien Trägern den Kredit, weil die freien Träger ohne die Einnahme dieser Gebühren in Existenzschwierigkeiten kommen. Sie können ihre Einrichtung nicht mehr aufrechterhalten, wenn sie die Gebühren von den Eltern nicht mehr einnehmen können. Aber das scheint dieser Landesregierung völlig egal zu sein.

(Beifall SPD)

Ob ich am 2. Juni 2020 für mein Kind einen Betreuungsplatz habe oder nicht, ist am Ende von dem Ort abhängig, in dem ich lebe, und der Einrichtung, die mein Kind besucht. Sie geben den Eltern keine Perspektive. Sie geben den Erzieherinnen und Erziehern keine Perspektive. Sie übernehmen nicht die Verantwortung dafür, ein klares und konkretes Konzept den Mitgliedern des Hessischen Landtags und vor allem den Betroffenen, also den in den Einrichtungen Tätigen, den Trägern, den Menschen in den Kommunen und den Eltern, vorzulegen. Das ist einfach erbärmlich.

(Beifall SPD)

Auf einem Schild, das Kinder gestern auf der Demonstration hochgehalten haben, war zu lesen:

Alle Kinder sind systemrelevant.

Ich finde, diesem Satz ist nichts hinzuzufügen.

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Gnadt, vielen Dank. – Das Wort erhält Frau Kollegin Kathrin Anders für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich einmal auf den Vorwurf eingehen, dass die Mitglieder der Regierungsfractionen nicht empathisch seien, dass sie sich nicht mit den Eltern austauschten und dass sie nicht wüssten, welche Sorgen und Nöte Eltern gerade haben. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe intensive Gespräche mit den Initiatoren der Demonstration gehabt. Nur weil ich mich nicht auf eine Demonstration stelle und vor laufenden Kameras ein trauriges Gesicht mache, heißt das nicht, dass ich die Eltern und ihre Sorgen und Nöte nicht ernst nehmen würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Jetzt möchte ich auf Herrn Rock und die vertiefte Sachkenntnis zu sprechen kommen. Vielleicht reicht meine Sachkenntnis als Erzieherin, als Diplom-Sozialpädagogin und als dreifache alleinerziehende Mutter, um hier etwas als Fachsprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen zu dürfen. Vielleicht reicht das, um noch einmal zu rekapitulieren, was in den letzten Monaten vereinbart wurde.

Das geschah übrigens mit einer Familienministerin der SPD. Zwischen Bundesfamilienministerin Giffey und den Familienministern der Länder wurde vereinbart, dass es erst einmal eine Notbetreuung geben soll. Die wurde dann erweitert. Der nächste Schritt war also die erweiterte Notbetreuung. Die haben wir gerade in Hessen, die erweiterte Notbetreuung.

Genau die Kinder, die Ihnen so wichtig sind, die hier angesprochen wurden, nämlich die Kinder, die ein größeres Schutzbedürfnis haben, die Kinder, die von Behinderung bedroht oder behindert sind, und die Kinder, deren Eltern alleinerziehend sind, arbeiten oder studieren, sind alle in der erweiterten Notbetreuung, und zwar neben den Kindern, deren Eltern in systemrelevanten Bereichen arbeiten gehen müssen, also in den Altenheimen, in der Betreuung und auch in den Krankenhäusern. Wir haben also den erweiterten Notbetrieb.

Zwischen allen Ländern wurde vereinbart, dass man nach der erweiterten Notbetreuung in den eingeschränkten Regelbetrieb geht. Es geht um den eingeschränkten Regelbetrieb. Ich glaube, kaum einer aus der Opposition hat verstanden, was „eingeschränkt“ heißt. Eingeschränkt heißt eingeschränkt. Eingeschränkt kann nicht 100 % bedeuten. Denn das wäre der Regelbetrieb.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Schauen wir uns einmal an, wie das in den anderen Bundesländern so läuft. Ich habe mir vor allem einmal die von der SPD regierten Bundesländer angeschaut.

(Zuruf)

– Genau. – Hamburg hat eine erweiterte Notbetreuung bis zum 29. Juni 2020. Es hat keinen eingeschränkten Regelbetrieb. Hört, hört. Mecklenburg-Vorpommern, ein SPDgeführtes Bundesland mit einer Familienministerin von der SPD, hat – –

(Nancy Faeser (SPD): So einfach geht das nicht! – Gegenrufe: Genau so geht das! – Glockenzeichen)

– Genau so geht das.

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Anders ist die letzte Rednerin in dieser Debatte. Ich bitte, auch ihr die nötige Aufmerksamkeit zu widmen.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

In keinem anderen Bundesland befindet man sich im Normalbetrieb. Alle haben die erweiterte Notbetreuung oder den eingeschränkten Regelbetrieb. Wir sind eines der Ersten, die in den eingeschränkten Regelbetrieb gehen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Unruhe – Glockenzeichen)

Zu Mecklenburg-Vorpommern gibt es auch etwas „Schönes“ zu sagen. In deren Eckpunktepapier, das Sie sonst so loben, können Sie unter Punkt 6 Folgendes lesen. Sie sollten einmal gut zuhören, wie das in Mecklenburg-Vorpommern gemacht wird. Ich zitiere:

Soweit Eltern ihre Kinder selbst betreuen können, sind sie im Rahmen des eingeschränkten Regelbetriebs aufgefordert, dies zur Entlastung des Systems auch werktäglich zu tun.

Da frage ich mich, warum man sich hier über das aufregt, was wir machen.

(Torsten Warnecke (SPD): Weil Sie etwas anderes versprochen haben!)

Wir garantieren für eine feste Anzahl an Kindern eine Betreuung. Das betrifft die, die bisher schon in der Notbetreuung waren. Wir werden die Kapazitäten erhöhen, soweit das möglich ist. Wir können sie nur in dem Maße erhöhen, wie wir das Personal in den Kindertagesstätten zur Verfügung haben.

Herr Rock, Sie haben jetzt doch einen Sozialdezernenten in Ihren Reihen, der viel Verantwortung für die Kindertagesstätten und für die Erzieherinnen und Erzieher trägt. Ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie eine 100-prozentige Regelbetreuung gewährleisten wollen, wenn 20 % der Erzieherinnen und Erzieher nicht zur Verfügung stehen. Wie wollen Sie das leisten?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Diese 20 % sind auf die Einrichtungen nicht gleichmäßig verteilt. Wir haben bei den freien Trägern Kindergärten mit kleinen Gruppen. Bei denen sind es nicht 20 %, sondern 100 %, weil die Erzieherinnen und Erzieher nicht da sind.

Wer hat bei der erweiterten Notbetreuung die Verantwortung übernommen? – Damit kommen wir zu dem Thema, warum die Kommunen die ersten Ansprechpartner für den Familienminister waren. Die Kommunen haben für diese Kinder die Notbetreuung gewährleistet, und zwar immer dann, wenn die freien Träger keine Notbetreuung zur Verfügung stellen konnten, weil ihnen die Erzieherinnen und Erzieher weggebrochen sind oder weil sie zur Risikogruppe gehören. Dann haben die Kommunen die Betreuung

übernommen. Das ist eine großartige Leistung. Dafür sind wir den Kommunen dankbar.

Die Kommunen haben das sicherlich nicht gemacht, weil sie sonst nichts zu tun haben. Vielmehr haben sie das gemacht, weil sie dafür zuständig sind und ihre Verantwortung wahrgenommen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Anders, Sie müssen zum Schluss kommen.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme gerne zum Schluss. – Verantwortung wahrnehmen finde ich sehr wichtig. Mit den Vorgaben, die jetzt da sind, kann jeder die Verantwortung wahrnehmen. Es können alle Kinder – auch im eingeschränkten Regelbetrieb, auch in der Kita von Frau Gnagl – eine Kita besuchen, aber sie werden es eingeschränkt machen müssen. Dieses Konzept muss die Kita vorlegen.

(Zurufe)

– Natürlich, tageweise geht das. 22 Kinder können tageweise in diese Kita. Dazu kann ich Ihnen nachher in fünf Minuten dort hinten ein Konzept schreiben, wie das gehen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Zurufe SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Anders, seien Sie bitte so lieb und sagen es dann in fünf Minuten dort hinten. Sie müssen zum Schluss kommen.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Aber vom Familienminister kann man nicht verlangen, dass er für 6.000 Kitas individuelle Konzepte erstellt. Wir ermöglichen, dass alle Kinder z. B. die erwähnte Kita besuchen können, aber eben nicht 100 %, wie es der Begriff „eingeschränkter Regelbetrieb“ mit sich bringt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Anders. – Wir sind am Ende dieser Debatte. Ich bedanke mich für das fröhliche und freundschaftliche Miteinander in der Aussprache.

Wir haben drei Anträge, das geht alles in die Ausschüsse. – Gut.

(Zuruf)

– Nein, das stimmen wir jetzt nicht ab, die kommen in die Ausschüsse. Das machen wir auch nicht später; wenn sie jetzt in die Ausschüsse kommen, ist es ja weg.

Ich weise darauf hin, dass es jetzt genau 12 Uhr mittags ist. Ich will noch einmal bekannt geben, dass an Ihren Plätzen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN verteilt ist, Drucks. 20/2849, zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs Drucks. 20/2754, Änderung der Hessischen Bauordnung. Das können wir mit Tagesordnungspunkt 8 behandeln, damit es für das Protokoll festgehalten ist.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 13:**

Bericht

Petitionsausschuss

Erster Bericht der Vorsitzenden des Petitionsausschusses

betreffend Tätigkeit in der 20. Wahlperiode, Berichtszeitraum 2019

– **Drucks. 20/2597** –

Seien Sie so lieb und hören ein bisschen zu. Wir sind zeitlich ein bisschen in Verzug. Das sollte eigentlich um 10:15 Uhr aufgerufen werden.

(Zurufe)

Zunächst beginnt die Vorsitzende des Petitionsausschusses, die Kollegin Manuela Strube. Sie hat zehn Minuten Redezeit. Bitte sehr.

Manuela Strube, Berichterstatterin:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich glaube, nach zwei Stunden Überziehen atmen wir alle erst einmal tief durch. Vielleicht täte uns auch eine Mittagspause gut, damit sich die Gemüter wieder ein bisschen beruhigen. Ich erinnere mich noch an das letzte Jahr, da war es genauso: Vorher gab es eine hitzige Debatte, und danach durfte ich mit einem technokratischen Bericht weitermachen. Aber sei es drum, ich freue mich trotzdem.

Ich darf Ihnen heute den Petitionsbericht oder auch Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 2019 vorlegen.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Es ist der erste Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses in der 20. Legislaturperiode. Er wurde exklusiv für Sie vom Petitionsreferat übersichtlich aufbereitet und wird nun hoffentlich genauso übersichtlich von mir vorgetragen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Dankeschön sagen. Danke schön an Frau Engelhardt hinter mir und wahrscheinlich im Livestream die Kolleginnen und Kollegen im Petitionsreferat für ihre grenzenlose Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte dazu sagen, dass sie im vergangenen Jahr auch keine einfachen Zeiten hatten; denn durch Versetzung und Ruhestand waren zwei Referentenstellen über Monate nicht besetzt. Gott sei Dank sind jetzt wieder alle an Bord, und wir fahren weiter.

Da Sie sicherlich alle den Bericht aufmerksam gelesen und mit dem letzten Bericht verglichen haben, ist Ihnen bestimmt aufgefallen, dass wir im letzten Jahr weniger Petitionen hatten. Falls Sie es nicht getan haben sollten, bin ich ja jetzt hier vorn.

Die Anzahl der eingegangenen Petitionen ist um etwas mehr als 6 % auf 944 Petitionen zurückgegangen. Dadurch hat die Arbeit aber nicht abgenommen, vielmehr ist sie komplexer geworden. Doch warum ist die Arbeit mehr geworden? Petitionen sind eben nicht anhand ihrer Anzahl zu fassen, es sind teilweise höchst komplexe Einzelfallent-

scheidungen. Ich glaube, sie werden in Zukunft immer komplexer werden.

Wir leben in Zeiten, in denen oft die Nähe von Politik und Bevölkerung angezweifelt wird – zwei unterschiedliche Ebenen, die nichts miteinander zu tun haben. Wenn man den Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam zuhört, kann man das auch ein Stück weit nachvollziehen.

Petitionen bieten die Möglichkeit, eine direkte Brücke zwischen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Hessischen Landtag zu schlagen – so individuell wie möglich, so unbürokratisch wie nötig.

Für den Petenten oder die Petentin fallen zu keiner Zeit Kosten für das Verfahren an. Dies schließt eine Ungleichbehandlung von Menschen mit unterschiedlich schweren Geldbeutel kategorisch aus, und das ist auch gut so.

(Beifall SPD, vereinzelt AfD und DIE LINKE – Unruhe)

– Ich möchte Sie da drüben bei der FDP nicht stören.

(Zuruf Jürgen Lenders (Freie Demokraten))

– Ja, aber vielleicht ein bisschen leiser. – Petitionen brauchen keine Formatierung, können per Post, Bierdeckel, Internet, Fax oder Postkutsche eingereicht werden, und solange ein Gesuch erkennbar ist und eine reale Person unterschrieben hat, werden wir uns der Sache gerne annehmen. Petitionen sind damit die niederschwelligste Beteiligungsform am aktiven Politikbetrieb im Hessischen Landtag, die wir haben.

Für die Bearbeitung der Petition ist es auch nicht wichtig, ob eine Petition von einer Person oder von einer großen Unterstützerschaft unterschrieben wurde – alle Petitionen werden bei uns gleichbehandelt.

944 Einzelfälle – dies birgt gleichermaßen Chancen und Risiken: Chancen, weil sich jede Person auch bzw. vor allem allein gegen eine mögliche Falschbehandlung einer Behörde oder mit einem guten Einfall an die Landespolitik wenden kann. Risiken, weil es deutschlandweit noch keine einheitlichen Portale oder Informationskampagnen über das Petitionsrecht gibt und private Drittanbieter versuchen, eine demokratische Beteiligungsform als externes Protestorgan zu kanalisieren.

Ja, das alles klingt sehr dramatisch. Doch worum geht es hier? Es sind Portale wie change.org oder openPetition, die Menschen das Gefühl vermitteln, dass, wenn hier möglichst viele Menschen die Petition mit unterzeichnen, die Politiker sich dann quasi um das Anliegen kümmern müssen oder es eventuell auch schneller geht. Es ist aber eben nicht so, dass es auf die Menge der Unterschriften ankommt, sondern auf die einzelne Unterschrift.

Stellen Sie sich vor, Sie beteiligen sich an einer riesigen Unterschriftenaktion, und das Echo verpufft, weil es gar keinen Handlungsspielraum für den Petitionsausschuss gibt. Was bleibt, ist öffentlicher Frust und ein Vertrauensverlust in die Politik – und das können wir wohl kaum wollen.

Dieses Beispiel kann man an der Petition zur Herausgabe der NSU-Akten am besten verdeutlichen. Stand heute haben bei dieser Petition etwa 80.000 Menschen öffentlich unterschrieben und sich dafür ausgesprochen, dass die Aufklärung der NSU-Morde vorangetrieben wird.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

Diese 80.000 Unterschriften können aber lediglich den politischen Druck ausüben, sie haben jedoch keine Auswirkungen auf das eigentliche Petitionsverfahren. Dies ist nur eine von vielen Petitionen auf diesen Plattformen. Gerade bei einem Thema wie den NSU-Morden ist es kein gutes Zeichen, dass externe Kanäle genutzt werden müssen, damit die Bevölkerung gehört wird. Diesbezüglich werde ich, falls die Sitzung stattfindet, im September auf der Vorsitzendentagung von Bund und Ländern das Thema einer gemeinsamen Petitionsplattform als ein eigenes Direktangebot von Bund und Ländern in den Raum werfen und dort für ein einheitliches Konzept werben.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

Es braucht also zwei Kanäle: einen Kanal, um Themen oder Anliegen an die Landesvolksvertretung weitergeben zu können, und eine Plattform, auf der bundesweit Petitionen eingereicht werden können und darüber hinaus auch über die Erfolgsmöglichkeiten dieser Petitionen aufgeklärt wird. Ansonsten wird sich der Petitionsausschuss demnächst in der Öffentlichkeit den Ruf des zahnlosen Tigers gefallen lassen müssen, und das wird dem Grundgedanken einer Petition, wie er aus der Hessischen Verfassung hervorgeht, nicht gerecht.

(Beifall SPD)

Nun kommen wir aber zu dem Teil mit den Zahlen. Die 17 Mitglieder – davon acht Frauen und neun Männer, fast paritätisch besetzt – haben im Jahr 2019 insgesamt achtmal getagt, um sich mit den eingegangenen Petitionen zu befassen. Die Zusammenarbeit im Ausschuss läuft sehr harmonisch. Dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle. Das war in der letzten Wahlperiode nicht immer der Fall, das möchte ich ganz ausdrücklich sagen.

Die Themengebiete und Inhalte der Petitionen sind dabei sehr vielfältig und teils höchst komplex. Je komplexer die Sachverhalte, desto arbeitsintensiver die Behandlung. Auch wenn weniger Petitionen eingegangen sind, steigt die Komplexität, und das erklärt, warum die Arbeit eher mehr als weniger geworden ist.

Insgesamt wurden 607 Petitionen abschließend behandelt, von denen 12 % als positiv bzw. teilweise positiv erledigt wurden. Es konnte also mehr als jede neunte Petition im Sinne des Petenten abgeschlossen werden. Ich glaube, das ist ein gutes Signal.

36 % der Petitionen wurden als neutral abgeschlossen. Darunter fallen z. B. Petitionen, die zuständigkeitshalber an den Deutschen Bundestag oder andere deutsche Landtage abgegeben wurden.

Bei der Mehrheit der Petitionen, nämlich 52 %, konnte dem Anliegen des Petenten nicht entsprochen werden. Das ist grundsätzlich nicht schlimm, die hessischen Behörden haben die kritisierten Entscheidungen also auf der Grundlage von Recht und Gesetz getroffen und die Ermessensspielräume genutzt. Das haben wir mit dem Petitionsverfahren quasi überprüft. Auch wenn dieses Anliegen oft sehr nachvollziehbar ist, ist es unsere Aufgabe, das Verwaltungshandeln der Regierung und der hessischen Institutionen zu kontrollieren und zu überprüfen. Es ist ein gutes Zeichen, wenn sich in einem Rechtsstaat die Verwaltung auch an das vorgeschriebene Gesetz hält. Dies ist mit Blick

auf einige Nachbarn in Europa leider keine Selbstverständlichkeit mehr.

Dennoch steht es unserem Ausschuss nicht zu, die Rechtsaufsicht gegenüber der Landesregierung oder den ihr nachgeordneten Verwaltungen zu übernehmen. Dafür haben wir eine funktionierende Gewaltenteilung mit Gerichten, die das im Sinne unserer Verfassung tun.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens kann der Petitionsausschuss aber eine vermittelnde Aufgabe übernehmen. Das haben wir im letzten Jahr oft getan und viele runde Tische organisiert. Dies ist insbesondere in festgefahrenen Konflikten zwischen Verwaltung und Petenten ein probates Mittel, um teils komplizierte Verwaltungsverfahren den Petenten in verständlicher Art und Weise zu erläutern.

Wie in jedem Jahr machten auch im Jahr 2019 die aufenthaltsrechtlichen Petitionen den größten Teil aus. Mit 24,8 % gegenüber 22,4 % im Jahr 2018 waren die Werte in etwa identisch.

Hier ist zu erwähnen, dass das neue Einwanderungsgesetz vom Anfang dieses Jahres für Menschen, die keinen Aufenthaltstitel haben, aber beispielsweise als Fachkraft in einem Betrieb in Deutschland arbeiten, wodurch ihnen eine Bleibeperspektive ermöglicht wird, sich auf die noch offenen Petitionen im nächsten Petitionsbericht positiv auswirken wird.

Ein Ausblick auf die Zukunft. Bei meiner Antrittsrede im letzten Jahr hatte ich gesagt, dass ich es als meine zukünftige Aufgabe als Vorsitzende ansehe, das Petitionsrecht in Hessen bekannter zu machen und für mehr Öffentlichkeitsarbeit zu sorgen. Die Außendarstellung mit ihren vielfältigen Aktionen – von Hessentag bis zur Verdopplung von Bürgersprechstunden, jede zweite davon außerhalb des Landtags und jetzt in Corona-Zeiten mit Telefonsprechstunden, auswärtigen Sitzungsterminen, runden Tischen, Vor-Ort-Terminen etc. – haben die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss immer mitgetragen und das Petitionsreferat mit viel Engagement organisiert und mit eigenen Ideen geschmückt. Auch hierfür sage ich herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

Damit sind wir natürlich noch nicht am Ende. Wir haben außerdem noch von unserem Landtagspräsidenten Boris Rhein ein kleines Budget bekommen.

(Zurufe: Oho!)

Damit haben wir eine wunderbare Broschüre erstellt. Wer sie noch nicht kennt:

(Die Rednerin hält eine Broschüre hoch.)

sehr bürgerfreundlich. Wir werden jetzt noch einen kleinen Videoclip drehen und damit über das Petitionsrecht informieren. Das war aufgrund von Corona leider noch nicht möglich, aber es kommt jetzt im Sommer. Unser Ziel ist, dass zumindest am Ende der Legislaturperiode jeder Bürger und jede Bürgerin in Hessen weiß, dass sie von diesem Petitionsrecht Gebrauch machen können.

Was wir in Zukunft auch noch tun werden: Wir werden Informationsveranstaltungen organisieren, bei denen wir in den Kommunen über das Petitionsrecht informieren.

Zum Abschluss möchte ich Sie ermutigen: Machen Sie Werbung für dieses wunderbare Recht. Es muss unser Ziel

sein – ich hatte es gesagt –, dass jeder Bürger und jede Bürgerin weiß, dass sie dieses Recht haben, weil der direkte Kontakt zur Volksvertretung so wichtig ist wie nie zuvor. Auf Verschwörungstheorien und öffentlichen Frust kann man am besten mit Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten antworten. Dafür werbe ich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, AfD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Strube. – Bevor wir mit der Debatte beginnen, möchte ich Ihnen, Frau Vorsitzende des Petitionsausschusses, sowie dem gesamten Ausschuss und allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus der Verwaltung im Namen des gesamten Landtags ein Wort des Dankes für die hervorragende Arbeit sagen. Vielen Dank.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Die Debatte beginnt mit dem Kollegen Pürsün. Ich nehme an, du wolltest das jetzt auch sagen, was ich gesagt habe; aber du kannst es auch noch einmal betonen.

(Heiterkeit)

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für dieses Lob. Es ist immer besser, vom Präsidenten gelobt zu werden, als sich selbst loben zu müssen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Der Petitionsbericht zeigt wieder sehr deutlich die Vielfalt der Anliegen, mit denen sich die Bürger Hessens an uns wenden. Er zeigt auch, wie wichtig es ist, dass es eine parlamentarische Anlaufstelle gibt, eine Anlaufstelle für die Bürger, die den Eindruck haben, dass ihr Anliegen auf die eine oder andere Weise von einer Behörde unseres Landes nicht korrekt behandelt wurde – gerade auch in Corona-Zeiten.

Mich hatte im vergangenen Jahr als Berichterstatter eine Petition besonders beschäftigt: die Petition der Bürgerinitiative Niedernhausen Eppstein, die sich gegen die Verlegung der Ultramet-Trasse direkt über ihrer Wohnbebauung gewendet hat. Wir haben im August 2019 einen Ortstermin in Niedernhausen durchgeführt und uns selbst einen Eindruck vor Ort verschafft. Ich muss sagen: Die Führung der bisherigen Stromtrasse verläuft tatsächlich direkt durch den Ort über die Häuser hinweg mit einem so geringen Abstand, dass das kaum zu glauben ist, wenn man direkt davor steht. Auf diese Trasse soll nun auch noch eine Gleichstromleitung aufgelegt werden.

Die Sorgen der Bürger, die unter einer solchen Leitung wohnen, und ihre Ablehnung eines solchen Vorhabens nehmen wir ernst. Der Verlust an Lebensqualität, den wir befürchten, ist für mich – und ich denke, für alle, die an diesem Termin teilgenommen haben; und es waren viele – absolut nachvollziehbar und eindrücklich.

In einem anschließenden Gespräch haben wir mit allen Beteiligten die rechtliche Situation bewertet. Wir haben die Möglichkeiten diskutiert, eine Verschwenkung der Trasse zu erreichen. Die Erkenntnisse aus den Gesprächen und aus der Einsicht in die Dokumente haben mich zu dem

Entschluss gebracht, diese Petition zur Berücksichtigung anzumelden. Ich war mit meiner Fraktion der Ansicht, dass ein solches Votum die Landesregierung in ihren Verhandlungen mit der Bundesnetzagentur und Amprion stützen würde. Gleichzeitig wäre ein solcher Beschluss aber auch ein Signal an die betroffene Bevölkerung in Niedernhausen und allen anderen betroffenen Orten wie Eppstein, Idstein, Rüsselsheim, Hünstetten und Kirberg gewesen – ein Signal, dass der Landtag gemeinsam mit der Landesregierung für die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Bundesbehörden eintritt. Zwar beteuerte die Landesregierung, alles in ihrer Macht Stehende tun zu wollen, um eine Verschwenkung der Trasse zu erreichen. Aber so richtig eindeutig wollte sie sich dann doch nicht positionieren.

Das ist für die betroffenen Bürger eine Farce; genauso wie im Übrigen die Tatsache, dass die Koalitionsfraktionen der Berücksichtigung der Petition nicht einmal zugestimmt haben. Nach unserer Einschätzung ist damit eine Chance vertan worden – eine Chance, um der betroffenen Bevölkerung noch deutlicher als bisher zu zeigen, dass es berechnete Interessen gibt, für die sich alle Fraktionen gemeinsam im Einvernehmen mit der Landesregierung einsetzen.

(Beifall Freie Demokraten)

Es wird Zeit, dass es hier um die Sache geht; denn genau das wird von uns erwartet.

Auch jetzt, nach fast einem Jahr, gibt es leider immer noch keine Zusage des Bundes und auch keine der beauftragten Firma Amprion für eine Verschwenkung der Trasse.

Lieber Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Petitionsausschuss kann nicht jedes Problem lösen, aber er kann eines immer sein: ein Forum für die vielfältigen Anliegen der Menschen, eine Beschwerdestelle, die engagiert und kompetent alle Möglichkeiten auslotet, um die an sie herangetragenen Probleme zu lösen, und die Stelle, die für eine ausführliche Auskunft an den Petenten sorgt.

Bedanken möchte ich mich für die kollegiale Zusammenarbeit bei der Vorsitzenden Manuela Strube, den Obleuten, den Mitgliedern der Fraktionen sowie dem Petitionsbereich des Landtags für die kompetente und immer freundliche Unterstützung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Pürsün. – Das Wort hat Frau Abg. Scheuch-Paschkewitz, Fraktion DIE LINKE.

Heidmarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an den Landtag zu wenden, ist ein Grundrecht aller hier lebenden Menschen. Wir LINKE sehen darin einen wichtigen Teil bürgernahe Demokratie.

Petitionen können den Blick der Abgeordneten für die gelebte Rechts- und Lebenswirklichkeit der Menschen schärfen. Es eröffnet sich aus den Petitionen auch eine parlamentarische Kontrolle über den Umgang der Behörden mit Gesetzen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Behör-

denfehlern ist für die betroffenen Menschen sehr wichtig und zeigt, wie demokratische Spielregeln funktionieren.

Dass dies alles funktioniert, ist auch – und vor allem – dem Petitionsreferat zu verdanken.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Dieses hat immer ein offenes Ohr für die vielfältigen Anliegen, Fragen, Anregungen aller Ausschussmitglieder und für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie natürlich auch für die Petentinnen und Petenten. Ebenso möchte ich meiner Ausschussvorsitzenden, deren Stellvertreterin ich sein darf, für ihre geleistete Arbeit und die Vorlage dieses ausführlichen Berichts danken.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Danke möchte ich auch den Kolleginnen und Kollegen sagen. Die Zusammenarbeit ist immer ergebnisoffen, manchmal kritisch begleitend, aber immer kollegial anerkennend und fraktionsübergreifend um einen Konsens bemüht. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Der vorliegende Bericht gibt einen guten Ein- und Überblick in die Arbeit des Petitionsausschusses im letzten Jahr.

Meine Damen, meine Herren, es ist zu beobachten, dass die Zahl der Onlinepetitionen ansteigt. Obwohl diese öffentlichen Unterschriftensammlungen nicht im Parlament behandelt werden und eventuell gar keine Veränderungen bewirken, ist das Interesse daran sehr groß. Sie werben außerparlamentarisch um Zustimmung für ihre Anliegen. Es geht dabei nicht um die Überprüfung von Verwaltungshandeln, sondern um politische Ziele. Insofern sehe ich darin auch keine direkte Konkurrenz zu unseren Petitionen.

Dennoch ist es eine Überlegung wert, dass die Zahl der bei uns eingereichten Petitionen rückläufig ist. Laut Bericht sind es – wie Frau Strube erwähnte – 6 % weniger. Ich denke, darüber sollten wir nachdenken. Durch den Petitionsausschuss wurde eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit gemacht, und es wurde über das Petitionsrecht aufgeklärt. Frau Strube hat es schon gesagt.

Der Ausschuss bot in den verschiedenen Regionen Hessens öffentliche Sprechstunden an. Die Arbeit des Ausschusses und das Recht, eine Petition einzureichen, müssen wir wohl noch mehr bewerben – auch und gerade bei jungen und jüngeren Menschen. Diese sind meist über die sozialen Medien erreichbar. Es ist immerhin eine demokratische Errungenschaft, dass jeder und jede ein Anliegen überprüfen lassen kann.

Schwierig erscheint mir auch der Blick auf die Bilanz der Petitionen. 41 Petitionen wurden zwar positiv beschieden, 28 Fälle wurden teilweise positiv beschieden. Das sind 12 % der abschließend behandelten Petitionen. Die Anzahl der aufenthaltsrechtlichen Petitionen hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Sie betrug knapp 25 %, also etwa ein Viertel aller Petitionen. Allerdings sind die Bedingungen für den Aufenthalt sowie der Aufenthalt selbst nach wie vor sehr prekär. Immer noch leben zahlreiche Migrantinnen und Migranten sowie geflüchtete Menschen in der Unsicherheit und der Angst vor Abschiebung. Noch immer gibt es einige Menschen, die in sogenannten Abschiebegefängnissen ausharren. Deren einziges Verbrechen ist es, vor Hunger, Ausbeutung, Unterdrückung, Diskrimi-

nierung und anderen Gründen geflohen zu sein. Aber solange eine Petition läuft, besteht ein Abschiebeschutz.

Abschließend wünsche ich uns, dem Petitionsausschuss, eine kraftvolle Stärkung gegenüber der Exekutive, eine noch mehr nach außen gerichtete, erfolgreiche Arbeit in diesem Jahr. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Katrin Schleenbecker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katrin Schleenbecker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine verehrten Kollegen und Kolleginnen! Ich fasse mich kurz. Ich möchte aber zuerst unserer Ausschussvorsitzenden Manuela Strube für die hervorragende Arbeit im vergangenen Jahr, für ihre Initiativen, die Petitionsmöglichkeiten öffentlich bekannter zu machen, die vielen Ideen, die sie einbringt, ganz herzlich danken. Das ist ein guter Job, den du machst, Manuela. Dafür sind wir dir wirklich alle sehr dankbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und vereinzelt CDU)

Im vergangenen Jahr konnten wir innerhalb des Petitionsausschusses – wie bereits erwähnt – 607 Petitionen abschließend behandeln, 41 davon positiv, 28 teilweise positiv. Auch wenn das nur 12 % sind, so ist das im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 50 %, was ich jetzt gar nicht einmal so schlecht finde. Die 36 % der Petitionen, für die wir nicht zuständig sind, hatten die Kollegen bereits erwähnt. Wir sind, was die Eingänge betrifft, bei ungefähr 6 % weniger – so weit, so formal.

Ich finde es ein bisschen bedauerlich, dass in diesem Jahr durch die Pandemie viele unserer schönen Aktionen nicht stattfinden können. Ganz persönlich hat mir letztes Jahr das Planspiel im Rahmen des Hessentages sehr viel Spaß gemacht, das eigentlich in der kommenden Woche stattgefunden hätte. Das ist wirklich etwas, wo ganz konkret demokratische Grundbildung mit Schülerinnen und Schülern stattfindet. Das ist eine tolle Initiative. Ich glaube, damit tun wir nach außen etwas Gutes. Das ist eine schöne Sache, die der Petitionsausschuss im kommenden Jahr definitiv wieder aufnehmen wird, wenn wir die Rahmenbedingungen dazu haben. Wir können da auch zeigen, wie Petitionen funktionieren und wie man den Menschen konkret helfen kann. Das freut mich sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Es ist nämlich eine ganz wichtige demokratische Errungenschaft, dass jede und jeder ein Anliegen im Rahmen einer Petition überprüfen lassen kann. Mir ist es auch ganz wichtig, dass man immer wieder deutlich macht, dass jeder und jede das Recht hat, eine Petition einzureichen. Deswegen ist mein Wunsch an alle – auch die abwesenden Mitglieder des Hessischen Landtags –, dass wir das Petitionsrecht immer wieder nach außen tragen und die Menschen auf dieses Recht hinweisen; denn es ist einfach wichtig, und es ist verfassungsmäßig garantiert, und es hilft. Und wenn 12 % der Entscheidungen positive Entwicklungen mit sich bringen, dann ist das super. Das bedeutet nicht, dass jede Petiti-

on positiv beschieden wird; aber die Menschen in diesem Land können sich sicher sein, dass wir uns sachlich, intensiv und ernsthaft mit ihren Anliegen beschäftigen.

Der Petitionsausschuss ist kein Ausschuss, der großartig nach außen wirkt; es sei denn, wir organisieren diese runden Tische, die Ortstermine. Aber wir arbeiten ganz konkret an den einzelnen Petitionen. Es besteht die Möglichkeit, sich niedrigschwellig, und ohne Kosten befürchten zu müssen, an den Hessischen Landtag zu wenden. Es ist das Anliegen des Petitionsausschusses und all seiner Mitglieder, konstruktiv im Sinne der Bürger und Bürgerinnen zusammenzuarbeiten.

Ich finde, es ist auch einmal an der Zeit, den Vertretern und Vertreterinnen der Ministerien Dank zu sagen, die uns oft in den Ausschüssen begleiten, die Rede und Antwort stehen, die sehr dezidierte Stellungnahmen schreiben. Das wird oft vergessen. Ich finde das aber auch wichtig. Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Ministerien den Fachabteilungen auch die Zeit dazu geben. Wir lernen dadurch unglaublich viel und beleuchten verschiedene Punkte noch einmal unter unterschiedlichen Aspekten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Abseits von einem relativ trockenen Bericht über Zahlen und Daten ist es wichtig, den Blick immer wieder auf die Menschen zu richten, mit deren Anliegen wir uns beschäftigen. Sehr befriedigend ist, konkret zu helfen.

Natürlich gibt es die Fälle, bei denen wir aufgrund der Sach- und Rechtslage nichts tun können. Das ist stellenweise sehr bedauerlich. Auf der anderen Seite ist es, wie Manuela Strube ausgeführt hat, ein gutes Zeichen, dass unsere Verwaltungen und Gerichte in der Regel doch ordentlich und mit Sachverstand arbeiten.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Frau Engelhardt, dem Petitionsreferat, den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie denjenigen, die das Referat schon lange begleiten, für die freundliche und kompetente Unterstützung bedanken. Denn ohne die geleistete Zuarbeit, ohne die Vorbereitungen und ohne den organisatorischen Rahmen wäre es gar nicht möglich, sich mit dieser Bandbreite an Themen so intensiv und tief befassen zu können. Ich bin sehr dankbar, dass wir sehr kompetente Mitarbeitende in diesem Referat haben. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Angeklungen ist, dass wir uns nicht immer einig sind. Das ist aber in Ordnung. Wir diskutieren und beleuchten die Dinge von unterschiedlichen Seiten. Genau das macht die Arbeit im Petitionsausschuss aus. Es geht nicht darum, am Ende einer Meinung zu sein, aber es geht darum, im Sinne der Menschen in diesem Land Entscheidungen zu treffen. Ich hoffe, dass wir das weiterhin so gut tun sowie der Verantwortung gegenüber den Petentinnen und Petenten gerecht werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Bernd Vohl, AfD-Fraktion.

Bernd-Erich Vohl (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst möchte auch ich der Ausschussvorsitzenden, Frau Strube, für den Bericht über die Tätigkeit des Petitionsausschusses sowie für die Führung dieses Ausschusses danken, in dem es manchmal kontrovers zugeht, wo es aber am Ende sehr gut läuft.

(Beifall AfD und vereinzelt SPD)

Das Petitionsrecht ermöglicht allen Bürgern, sich mit ihrem Anliegen unmittelbar an uns, die Abgeordneten im Hessischen Landtag, zu wenden. Dies ist ein wichtiges Recht für die Bürger unseres Landes. Somit ist die Arbeit des Petitionsausschusses auch ein sehr wichtiger Teil unserer parlamentarischen Arbeit. Seit einem Jahr ist nun auch die Alternative für Deutschland durch zwei Abgeordnete in diesem Ausschuss vertreten.

Ich möchte mich im Rahmen dieser Aussprache herzlichst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsreferats unter der Leitung von Frau Engelhardt für die gute Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall AfD und Manuela Strube (SPD))

Gerade in der Anfangszeit hatten wir sehr viele Fragen. Mit diesen können wir jederzeit an das Petitionsreferat herantreten und erhalten von den Mitarbeitern immer kompetente Unterstützung. Dies ermöglicht es uns, unsere Arbeit im Sinne der Petenten zu erledigen.

(Beifall AfD)

Wie wir schon gehört haben, gibt es einiges zu tun. Im vergangenen Jahr erreichten 944 Petitionen den Hessischen Landtag. Der vorgestellte Bericht gibt einen guten Einblick in die Arbeit dieses Ausschusses. Seien es Bitten, Beschwerden über Entscheidungen von Behörden, Anträge oder auch Anregungen zur politischen Arbeit – mit all diesen Dingen wenden sich die Bürger an den Landtag.

Gerade wenn sie auf dem Behördenweg nicht mehr weiterkommen und in diesem Dschungel zu versinken drohen, beispielsweise wenn es um Straßenbaumaßnahmen, um die Fällung von Bäumen oder um die überlange Dauer von Gerichtsverfahren geht, bleibt ihnen immer noch der Weg der Petition.

Meine Damen und Herren, manchmal gibt es allerdings auch Petitionen, die ein wenig zum Schmunzeln animieren, beispielsweise wenn gefordert wird, die Weihnachtszeit zu verlängern. Nichtsdestotrotz sind auch solche Petitionen mit dem nötigen Ernst zu behandeln. Denn jeder Petent hat ein Recht, einen Anspruch darauf, eine sachgerechte Behandlung der Petition auf Basis der bestehenden Rechtslage zu bekommen.

(Beifall AfD)

Alles in allem kann man sagen: Es war ein gutes Jahr; denn der Ausschuss hat vertrauensvoll und überparteilich für die hessischen Bürger gearbeitet.

(Beifall AfD)

Es konnten viele Petitionen zugunsten der Petenten entschieden werden, oder dem Petenten konnten auch andere Wege aufgezeigt werden, wie er sein Anliegen erfolgversprechend umsetzen kann.

Abschließend möchte ich mich noch bei allen Kollegen im Ausschuss für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. In diesem Sinne freue ich mich auf eine weitere erfolgreiche Arbeit im Petitionsausschuss, um die Anliegen der hessischen Bürger weiterhin konstruktiv und zielführend zu behandeln. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Bernd Vohl. – Das Wort hat Frau Abg. Heitland, CDU-Fraktion. Birgit, bitte.

Birgit Heitland (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte meine Ausführungen mit einem herzlichen Dankeschön an unsere Vorsitzende Manuela Strube beginnen: zum einen für den ausführlichen Bericht und zum anderen für die gute Zusammenarbeit. Es macht wirklich Spaß mit dir. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Der Bericht zeigt uns, dass der Petitionsausschuss ein besonderer Ausschuss ist. Kein anderer Ausschuss befasst sich so konkret und unmittelbar mit individuellen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Dank des Petitionsrechts, das jedem die Möglichkeit gibt, sich mit einer Petition an den Landtag zu wenden, können wir bürgernahe Basisarbeit betreiben.

Wir haben gehört, dass die Zahl der Petitionen in diesem Jahr etwas geringer war. Wenn man den Schnitt der letzten Jahre anschaut, kann man eine gewisse Konstanz feststellen.

Die Anliegen, die uns erreichen, sind ganz unterschiedlicher Natur. Jede Petition muss daher aufmerksam und sachgerecht bearbeitet werden. Der Petitionsausschuss darf sich zwar selbstredend nicht über geltendes Recht hinwegsetzen oder Gerichtsurteile außer Kraft setzen, sehr wohl kann er aber vermitteln oder bei Kompromissfindungen helfen. Oftmals gibt es nicht Schwarz und Weiß, sondern auch pragmatische Lösungen und Ideen für die zu behandelnden Sachverhalte.

Auf diese Weise schaffen wir es oft, komplexe und festgefahrene Situationen für alle Beteiligten zufriedenstellend zu lösen. Die individuelle Bearbeitung der Petitionen inklusive Gesprächen und Ortsterminen ist natürlich viel Arbeit und sehr zeitaufwendig. Aber der Einsatz lohnt sich.

Die Ausschussarbeit ist dabei sehr abwechslungsreich. Die Anliegen der Petentinnen und Petenten erstrecken sich über die verschiedensten Sachverhalte: vom Ausländerrecht über Rundfunkgebühren bis hin zur Zukunft eines Spielplatzes. Oder wissen Sie, was eine alla hopp!-Anlage ist?

An dieser Stelle möchte ich betonen: Diese individuelle, intensive und fachkompetente Befassung mit jeder einzelnen Anfrage unterscheidet unsere Petitionsarbeit von privaten Plattformen wie change.org oder openPetition. Diese Plattformen suggerieren, dass durch genügend Unterschriften eine Petition erfolgreich sein könnte. Willkürlich wer-

den Beteiligungsquoten festgelegt – und das ohne jegliche Anonymität.

Um es klar zu sagen: Es gibt keine Zusammenarbeit zwischen diesen privaten Plattformen und dem Petitionsverfahren im Hessischen Landtag. Für Bürgeranliegen an die Politik bedarf es keines Mittelsmannes. Und wir befassen uns mit jeder Petition – nicht erst, wenn genügend Unterschriften gesammelt wurden. Der Kern der Petition ist doch, dass sich der Mensch direkt mit seinen Problemen an seine Regierung und sein Parlament wenden kann. Eine private Plattform, die diesen direkten Kontakt für sich beansprucht, entspricht nicht unseren Vorstellungen von angemessener Petitionsarbeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Petitionsausschuss ist das Original, und das werden wir auch zukünftig betonen, z. B. durch eine Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit, wie sie Frau Strube bereits vorgestellt hat, durch Bürgersprechstunden mit Abgeordneten in ganz Hessen, Ortstermine, Schulprojekte oder auswärtige Ausschusssitzungen.

Deshalb rufe auch ich alle Kolleginnen und Kollegen gern dazu auf, aktiv über die Möglichkeit des Petitionsverfahrens zu informieren. Denn wir haben hier in Hessen ein gutes und transparentes Verfahren, das für die Bürgerinnen und Bürger unkompliziert und niedrigschwellig konzipiert ist.

Durch ein Petitionsgesetz oder auch die geplante ergänzende Ombudsstelle werden wir das Petitionsangebot in dieser Legislaturperiode weiter stärken. Dabei ist klar, dass eine solche Stelle nur ergänzend wirken kann und nicht das Petitionsrecht ersetzt; denn dieses ist die Grundlage für alle Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die an den Landtag gerichtet werden.

Im Mittelpunkt muss dabei weiterhin die Verantwortung gegenüber den Betroffenen stehen. Ich bin sicher, dass wir im Ausschuss auch weiterhin kollegial und konsensorientiert arbeiten werden, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sein können; aber das gehört eben auch dazu.

Lieber Herr Kollege Pürsün, in der Kürze der Zeit habe ich mir doch noch schnell den Satz in der Stellungnahme angeschaut: Die Bundesnetzagentur ist nun gefordert, mit dem Beschluss über die Bundesfachplanung einen raumverträglichen Trassenkorridor für das Ultrahoch-Vorhaben voranzutreiben. – Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir uns nicht um die Menschen kümmern; aber es gab überhaupt keinen Grund, das der Landesregierung zur Berücksichtigung an die Hand zu geben. Das war der Grund, desentwegen wir das abgelehnt haben. Das sage ich nur ergänzend.

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bedanken, und zwar bei allen fachlich zuständigen Ministerien sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem bei unserem Innenminister Peter Beuth und seinem Team, die bei vielen Petitionen der erste Ansprechpartner sind.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein besonderes Dankeschön geht natürlich an das Team des Petitionsreferats mit Daniela Engelhardt an der Spitze und den lieben Kolleginnen und Kollegen, die diese Debatte hoffentlich am Bildschirm verfolgen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Ihnen herzlichen Dank dafür, dass Sie im vergangenen Jahr mit Rat und Tat zur Seite standen. Durch Ihr Engagement konnten erst die zahlreichen Petitionen angemessen bearbeitet werden. Ich freue mich, dass Frau Engelhardt heute bei der Debatte anwesend ist und ich im Namen der CDU-Fraktion den Dank ganz persönlich ausdrücken kann.

Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Manuela Strube (SPD))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Heitland. – Das Wort hat der Abg. Ulloth. Oliver, bitte.

Oliver Ulloth (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die SPD-Fraktion schließt sich natürlich sehr gern dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien an. Auch bedanken wir uns natürlich beim Petitionsreferat, bei Frau Engelhardt und ihrem Team, und bei unserer Ausschussvorsitzenden Manuela Strube.

(Günter Rudolph (SPD): Sehr richtig!)

Sie alle leisten eine sehr gute Arbeit, vielen Dank.

(Beifall)

Die Zahlen und Fakten zum Tätigkeitsbericht liegen vor. Dazu wurde schon alles gesagt. Insofern möchte ich ein paar andere Punkte beleuchten. Wenn wir uns mit Petitionen befassen, befassen wir uns mit einem Recht, das in der Geschichte der Menschheit tief verankert ist. Seine Wurzeln liegen schon im alten Rom. Mit der Paulskirchenverfassung wurde das Fundament für das heutige Petitionsrecht gelegt. 100 Jahre später und vier Tage nach dem 71. Geburtstag des Grundgesetzes darf man sagen: Das Petitionsrecht ist zum Grundrecht für jedermann geworden.

(Beifall SPD und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Bis heute ist eine Petition das Recht der bzw. des Einzelnen, sich an die Volksvertretung zu wenden. Das geschieht, wie gehört, in Hessen ungefähr tausendmal pro Jahr – mal öfter und mal weniger oft.

Die Unmittelbarkeit des Wirkens der Abgeordneten ist wohl in keinem Bereich spürbarer als im Petitionsausschuss. Diejenigen, die sich mit ihren teils schicksalhaften Belangen an uns wenden, haben die Erwartung, dass wir uns um ihre Belange kümmern. Wir müssen dem mit unserem Handeln gerecht werden, auch wenn wir dabei nicht immer aus Sicht der Petentinnen und Petenten das erhoffte Ziel erreichen.

Für viele Petentinnen und Petenten ist das aber oftmals nicht das einzig Wichtige, sondern es geht ihnen auch darum, dass sich der Petitionsausschuss mit der Eingabe befasst und das Anliegen gewissenhaft überprüft. Darum gilt ein weiterer Dank Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses, die sich dieser besonderen Aufgabe widmen – bis dato sehr kollegial und sachorientiert.

Wir nehmen die Beratung parteiübergreifend vor. Das ist ein echter Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall SPD, CDU und DIE LINKE)

Liebe Ausschussmitglieder, wir müssen uns auch einer weiteren Vorgabe widmen: Wir müssen uns um die Modernisierung des Petitionsrechts kümmern. Andere Länder wie Niedersachsen und Thüringen, aber auch der Bundestag, machen uns vor, wie es noch besser geht. Wir brauchen das Rad also nicht neu zu erfinden, sondern wir können uns durchaus an den Positivbeispielen orientieren.

Im vergangenen Jahr habe ich diesen Punkt schon erwähnt. Leider ist bis dato nicht viel passiert. Lassen Sie uns das Thema anpacken. Um uns alle dazu zu motivieren, Initiative zu ergreifen, möchte ich ein paar Sätze zu den privaten Petitionsplattformen sagen. Change.org und openPetition wurden als Beispiele genannt. Sie wurden auch im Bericht des Petitionsausschusses erwähnt. Ja, wir haben ein distanziertes Verhältnis zu diesen Plattformen. Richtig ist, dass diese eben nicht den direkten Draht zur Volksvertretung darstellen. Richtig ist aber eben auch, dass diese privaten Plattformen es schaffen, in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals genau diesen Eindruck zu erwecken; dem müssen wir uns stellen.

Es geht noch weiter: OpenPetition hat einen Petitionsatlas für die Jahre 2018 und 2019 veröffentlicht, in dem es um die bundesweite Auswertung der Arbeitsweise der Petitionsausschüsse im Hinblick auf Digitalisierung, Bürgernähe und Transparenz geht. In diesen drei Disziplinen wird Hessen auf dem vorletzten Platz gesehen. Mitunter ist als Grund dafür aufgeführt, dass wir noch keine Online-Sammelpetitionen zulassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb spielt es eigentlich überhaupt keine Rolle, wie wir zu diesen Plattformen stehen. Entscheidend ist, was wir tun, um in diesen Disziplinen besser zu werden. Wir wollen jedenfalls nicht mehr, dass Hessen in irgendeinem Ranking auf dem vorletzten Platz steht.

(Günter Rudolph (SPD): Ach?)

Ich komme zum Schluss. Die SPD-Fraktion will das Petitionsrecht in Hessen moderner, digitaler und bürgerfreundlicher machen.

(Beifall SPD)

Was wir nicht wollen, ist, dass es dabei zu einer substanziellen Schwächung des Petitionsrechts kommt – beispielsweise durch den Wegfall der aufschiebenden Wirkung bei aufenthaltsrechtlichen Petitionen. Das Petitionsrecht darf nämlich nicht zu einem stumpfen Schwert verkommen. Darauf werden wir achten.

(Beifall SPD)

In diesem Sinne lassen Sie uns das Thema gemeinsam anpacken. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Ulloth. – Für die Landesregierung hat der Innenminister Peter Beuth das Wort.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schließe mich für die Hessische Landesregierung dem Dank an die Abgeordneten an. Bei Ihnen allen, natürlich insbesondere bei der Vorsitzenden, Frau Strube, möchte ich mich sehr herzlich für die Zusammenarbeit und für Ihre Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Hessen bedanken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Frau Engelhardt, ich schließe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Petitionsreferats, aber auch die Mitarbeiter der Ressorts, die sich Mühe geben, die Anfragen des Referats und der Abgeordneten zeitnah und in entsprechender Qualität zu beantworten, mit in den Dank ein. Nach meinem Eindruck und nach den Debattenbeiträgen scheint das überwiegend zu gelingen. Auch dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Schleenbecker hat eben davon ausgesprochen, dass es im Ausschuss immer sachlich, konstruktiv und intensiv zugeht – auch wenn er nicht öffentlich tagt. Manchmal mag man denken, dass es einen Zusammenhang zwischen intensiv, konstruktiv und nicht öffentlich gibt. Es ist schön, zu hören, dass sich das erhalten hat. Wenn ich in die Runde des Hauses sehe, stelle ich fest, es gibt den einen oder anderen Abgeordneten, mit dem ich gemeinsam die „Klinge“ im Petitionsausschuss gekreuzt habe. Dass sich diese Erfahrung, die wir damals gemacht haben, bis heute fortsetzt, freut mich sehr. Es ist ein gutes Zeichen und ein gutes Signal für die Bürgerinnen und Bürger, dass der Hessische Landtag neben dem notwendigen Streit im Plenarsaal an bestimmten Stellen, bei denen es darum geht, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger genau zu betrachten und zu verfolgen, in einer angemessenen Form diskutiert: sachlich, konstruktiv und vor allem intensiv.

Meine Damen und Herren, ich bin ein wenig zusammgezuckt, als Frau Scheuch-Paschkewitz gesagt hat: Wir brauchen „eine kraftvolle Stärkung gegenüber der Exekutive“. – Ich habe bisher nicht den Eindruck gehabt, dass es dem Hessischen Landtag, dem Petitionsausschuss, den Mitgliedern des Petitionsausschusses, und schon gar nicht der Ausschussvorsitzenden, an Selbstbewusstsein mangelt.

(Heiterkeit Manuela Strube (SPD))

Ich glaube, im Interesse aller Ressortkollegen haben wir ein gutes und ordentliches Kräfteverhältnis gefunden,

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das sehen wir vielleicht ein bisschen anders!)

insoweit werden wir dort weiter gut zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, einen letzten Gedanken möchte ich loswerden: Wir werden gleich in einer ganz anderen Debatte über Demonstrationen – unter anderem auch im Zusammenhang mit den Sorgen um Einschränkungen von Grundrechten – sprechen. Diese Debatte werden wir gleich nach der Mittagspause führen. Ich will aber an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um zu sagen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sicher sein können, dass der Hessische Landtag und insbesondere die Abgeordneten des Petitionsausschusses genau diese Grundrechte in einer besonderen Form für wichtig halten, sie aber auch verteidigen.

Das Petitionsrecht als solches ist ein besonderes Verfassungsrecht. Wie ernst der Staat und der Hessische Landtag dieses Verfassungsrecht nehmen, kommt im Bericht der Vorsitzenden des Petitionsausschusses auch zum Ausdruck. Das will ich bei dieser Gelegenheit ebenfalls zumindest kurz erwähnt haben.

Meine Damen und Herren, als letzten Punkt, der die Landesregierung natürlich auch freut, nenne ich eine schöne Nachricht, nämlich, dass die Anzahl der positiven Entscheidungen überschaubar ist. Ich sage das nicht, weil ich den Abgeordneten den Erfolg einer positiven Entscheidung nicht gönnen möchte, sondern weil es zeigt, dass der überwiegende Anteil der vorgebrachten Petitionen, welche sicher immer mit Emotionen schriftlich vorgetragen werden, sich so darstellt, dass das Verwaltungshandeln zum ganz überwiegenden Anteil den rechtsstaatlichen Regeln entsprochen hat und es für den Petitionsausschuss keinen Anlass gegeben hat, das anders zu sehen und eine andere Entscheidung herbeizuführen. Ich nehme das als gute Nachricht auf.

Ich habe mich bei Ihnen sehr herzlich bedankt. Das möchte ich für die Hessische Landesregierung erneut tun. Wir freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Ich bin mir sicher, der Petitionsausschuss und seine Vorsitzende werden weiterhin hinreichend selbstbewusst gegenüber der Landesregierung auftreten. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind am Ende der Aussprache über den Bericht des Petitionsausschusses angekommen.

Wir haben vereinbart, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten und dann zu Beginn der Nachmittagsitzung mit dem Punkt 50, Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und mit dem Punkt 74, Dringlicher Antrag der Freien Demokraten, weitermachen.

Sind wir uns darin einig? – Bis 15 Uhr machen wir Pause.

(Günter Rudolph (SPD): 14 Uhr!)

– 14 Uhr? – Gut, ich habe es mal probiert.

(Heiterkeit – Zurufe)

Aber einige haben zugestimmt, habe ich gemerkt. – Also, um 14 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung: 12:54 bis 14:04 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder und rufe **Tagesordnungspunkt 50** auf:

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Starke Demokratie auch in Krisenzeiten – Hessen stellt sich entschlossen und geschlossen gegen Extremismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologien

– Drucks. 20/2792 –

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 74:**

**Dringlicher Antrag
Fraktion der Freien Demokraten
Demokratie und Grundrechte wahren – auch während
der Corona-Pandemie
– Drucks. 20/2846 –**

Es beginnt der Kollege Lukas Schauder, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Lukas Schauder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Erst in einer Krise zeigt es sich, wie stark eine Gesellschaft und wie stabil eine Demokratie wirklich sind. Wir alle haben wegen des Corona-Virus ziemlich plötzlich mit heftigen Einschnitten in unsere persönliche Freiheit leben müssen. Vieles, was für uns selbstverständlich schien, wie der Besuch unserer liebsten Verwandten im Pflegeheim oder Treffen mit Freunden oder Familie in großer Runde, war so nicht mehr möglich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

So etwas geht natürlich nicht spurlos an den Menschen vorbei. Dennoch ist es wohl nicht zu früh, um schon einmal anzuerkennen, dass der Kern unserer Gesellschaft verantwortungsvoll und solidarisch handelt, sich an Abstandsregeln hält und Menschen aus der Risikogruppe hilft. Ich finde, unsere Gesellschaft zeigt sich in dieser Krise ziemlich stark.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Auch der Rechtsstaat hat bewiesen, dass er krisenfest ist. Der Hessische Landtag ist zu Beginn der Corona-Krise zügig zusammengekommen, um einen Nachtragshaushalt zu verabschieden und die Beschlussfähigkeit der kommunalen Parlamente sicherzustellen. Die Hessische Landesregierung arbeitet wortwörtlich Tag und Nacht daran, die Auswirkungen der Corona-Krise so gut wie möglich abzufedern.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Dafür werden sie bezahlt!)

Auch die hessische Justiz arbeitet unter besonderen Hygienevorschriften zuverlässig weiter. Gerichtsprozesse finden statt. Das beweist uns, die drei Säulen der Demokratie – Legislative, Exekutive und Judikative – sind und bleiben handlungsfähig. Unsere Demokratie ist krisenfest. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Selbstverständlich gelten auch unsere Grundrechte in der Krise fort. Das Grundgesetz gibt uns ja gerade den Auftrag, Gesundheit und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Dort, wo Grundrechte kollidieren, muss sehr sorgsam abgewogen werden, etwa bei dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gegenüber dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit.

An den immer wieder zahlreich stattfindenden Versammlungen – auch hier in Hessen – zeigt sich, dass das funktioniert. Bei einigen dieser Versammlungen tritt aber ein Phänomen zutage, über das wir hier auch sprechen müssen. Ich

wollte mir einmal ein eigenes Bild von diesen sogenannten Corona-Demos machen und habe deshalb am Samstag vor einer Woche eine solche Corona-Demo in Frankfurt besucht. Was ich vor Ort zu sehen bekam, war schon wirklich alarmierend.

Von Anfang an lag eine hoch aggressive Stimmung in der Luft. Ich habe beobachtet, wie Kamerateams sowie Journalistinnen und Journalisten bedrängt, beleidigt und bespuckt wurden. Das sind auf sogenannten Corona-Demos keine Einzelfälle. Auf einer Kundgebung in Berlin gab es sogar einen lebensgefährlichen Angriff auf ein ZDF-Team. Wer zu solchen Mitteln greift, der ist ein Feind unserer Verfassung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Dr. Frank Grobe (AfD): Das waren Linksextremisten!)

Wir können uns glücklich schätzen, dass wir hierzulande eine diverse und freie Presselandschaft haben. Wir kämpfen ganz entschieden dafür, dass sie auch weiterhin frei von solchen Kundgebungen berichten kann. – Da ist es völlig egal, ob der Angriff von Linksextremisten kam oder von Krakeelern, die „Lügenpresse“ rufen, wie von Ihrer Seite, Herr Grobe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Zurück zu meinen Erfahrungen vor Ort in Frankfurt. Die Versammlungsteilnehmer sprachen über die krudesten Verschwörungsideologien: Bill Gates wolle die Menschen mit Mikrochips impfen. Corona solle über das 5G-Mobilfunknetz übertragen werden. Corona existiere gar nicht.

Worin sich viele Verschwörungsideologien einig sind: Sie bedienen antisemitische Klischees und nutzen antisemitische Codewörter, Metaphern und Karikaturen. Auch werden mancherorts Judensterne getragen. Diese hasserfüllten Theorien und geschichtsrevisionistischen Symbole sind vollkommen inakzeptabel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Janine Wissler (DIE LINKE))

Solche Äußerungen sind wirklich durch rein gar nichts zu rechtfertigen. Wir verurteilen jede Form von Antisemitismus auf das Schärfste.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Janine Wissler (DIE LINKE))

Noch eine weitere Gemeinsamkeit haben Verschwörungsideologien. Sie alle sehen sich als Opfer eines großen bösen Plans. Das ist brandgefährlich; denn wer glaubt, angegriffen zu werden, meint auch, sich verteidigen zu müssen – auch mit Gewalt. Damit stehen diese Corona-Mythen in einer Reihe mit anderen Verschwörungsideologien wie dem sogenannten „großen Austausch“, welche von rechtsextremistischen Gruppen und Parteien verbreitet werden und schon das ideologische Fundament für Terroranschläge bereitet haben.

Diese insbesondere rechtsextremistischen Gruppierungen versuchen, sich auf den Kundgebungen und in den sozialen Medien ganz gezielt in einem Schulterchluss mit anderen radikalen Strömungen. Corona-Mythen können einen recht niedrigschwelligen Einstieg in die rechtsextremistische Szene ermöglichen. Diese Gefahr darf auf keinen Fall unterschätzt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich will an dieser Stelle aber auch ganz deutlich machen, dass nicht alle Leute, die auf Kundgebungen gehen, Verschwörungsideologen sind. Da sind Leute, die mit Gegenprotesten Widerstand leisten. Da sind aber auch Leute, die mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise nicht einverstanden sind, die sachliche Kritik üben wollen und einen Raum für die öffentliche Debatte suchen. Das ist ja auch völlig in Ordnung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Oliver Stürböck (Freie Demokraten))

Das ARD-Magazin „extra“ hat z. B. den 84-jährigen Rentner Alfons Blum auf einer Kundgebung in Gera interviewt. Herr Blum hat unter Tränen berichtet, dass seine kranke Ehefrau seit Monaten im Pflegeheim liege und er sie nicht besuchen könne. Ich kann mir gut vorstellen, wie sehr er seine Frau vermisst. Ich glaube, es ist völlig menschlich und nachvollziehbar, dass der Herr seine Gefühle auf einer Kundgebung teilen möchte.

Was aber danach passiert ist, hat mich wirklich fassungslos gemacht. Ein anderer Demoteilnehmer hat Herrn Blum niedergebrüllt, „Lügenpresse“ geschrien und andere Verschwörungsmethoden verbreitet. Weitere Versammlungsteilnehmer applaudierten ausgerechnet dem Schreihals. Das ist symptomatisch, und das zeigt, dass Verschwörungsideologen keinen Diskurs eröffnen, sondern diesen zerstören wollen, dass sie keine Reformen und keine Veränderungen, sondern einen Sturz unseres demokratischen Rechtsstaats wollen.

Einmal mehr wird deutlich, wie richtig und wichtig unsere zahlreichen Maßnahmen im Kampf gegen Hass und Hetze und zur Förderung einer lebendigen und starken Demokratie sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich erinnere an unser Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“ mit seiner bundesweit einmaligen Meldestelle für Hate Speech. Ich erinnere daran, dass wir das Landesprogramm „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ mit einer Rekordsumme von 8,4 Millionen € ausgestattet haben. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Opposition bedanken, die unsere Initiative unterstützt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Diesem Landesprogramm verdanken wir es, dass zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, von Opferberatung über Demokratieförderung, von Jung bis Alt, zahlreich vor Ort für unsere Demokratie arbeiten können. Unsere Landesregierung kämpft mit offenen Augen entschlossen und geschlossen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und alle anderen verfassungsfeindlichen Bestrebungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Trotz aller Maßnahmen und Förderungen will ich aber auch zu bedenken geben, dass wir Demokratie nicht einfach verordnen können. Jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger tragen Verantwortung. Deswegen rufe ich alle Bürgerinnen und Bürger auf: Diskutieren Sie mit uns über die besten Instrumente zur Bekämpfung der Corona-Krise. Vertreten Sie laut und selbstbewusst Ihre Meinung. Gegen demokratiefeindliche Angriffe müssen wir Demokratinnen und Demokraten alle zusammenstehen, wider-

sprechen und gegenhalten; denn Demokratie lebt vom Engagement der Anständigen. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank. – Das Wort hat der Kollege Müller, FDP-Fraktion.

Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das Recht, seine Meinung ohne Einschränkung kundzutun, wird nur dann relevant, wenn es sich um eine unangenehme Meinung handelt, eine Meinung, die herrschendes Denken auf den Kopf stellt. Nur wer eine solche Meinung zulässt, die er am liebsten unterdrücken würde, verschafft diesem Recht tatsächlich Geltung. Genau das ist uns als Freien Demokraten ein Herzensanliegen, dass jeder in der Öffentlichkeit seine Meinung äußern kann, solange er auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir werden uns dafür einsetzen, auch wenn wir diese Meinung für falsch halten. Das gilt für Verschwörungstheoretiker genauso wie für Impfgegner und andere, deren Meinung wir nicht teilen. Aber es ist ihr gutes Recht, ihre Meinung in der Öffentlichkeit kundzutun. Wir können uns damit auseinandersetzen, aber wir sollten nicht anfangen, hier darüber zu diskutieren – sorry, das scheint mir in dem Antrag von CDU und GRÜNEN und auch in dem Redebeitrag vorhin immer wieder so ein bisschen zwischen den Zeilen hindurch –, ob es wirklich gut ist, wenn Verschwörungstheoretiker dort draußen demonstrieren. Es ist nicht unser Recht, das anzuzweifeln.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir sollten uns inhaltlich damit auseinandersetzen. Das ist auch völlig in Ordnung. Das ist sinnvoll und auch gut. Aber pauschale Kritik an den Demonstrationen – die haben Sie vorhin auch nicht geübt, Herr Schauder – darf es definitiv nicht geben. Das war auch für uns der Anlass, einen eigenen Antrag einzubringen, um das noch einmal besonders deutlich zu machen und hervorzuheben. Meinungsfreiheit ist ein ganz entscheidendes Element in unserer Gesellschaft. Wir werden als Freie Demokraten immer dafür kämpfen, dass jeder seine Meinung äußern kann. Das betrifft nicht Vorgänge, wenn Rechtsextremisten versuchen, diese Meinung zu kapern und für ihre politischen Ziele zu diskreditieren. Aber jede auch noch so verrückte Weltanschauung muss öffentlich kundgetan werden dürfen.

Deswegen ist für uns heute besonders wichtig, dies hervorzuheben. Wenn ich mir die Entstehungsgeschichte der Corona-Demonstrationen ansehe, muss ich darauf hinweisen, wie schwierig es war, dass die ersten Demonstrationen überhaupt zugelassen wurden. Es hat eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gebraucht, dass die ersten Versammlungen zugelassen wurden.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt AfD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das stimmt mich schon nachdenklich, weil es aus meiner Sicht in einer Demokratie

nicht erst der höchstrichterlichen Gewalt bedürfen sollte, um solche Grundrechte wieder zu eröffnen. Deswegen kann man zwar sagen, man sieht, dass der Rechtsstaat funktioniert – das tut er –, aber schöner wäre es, wenn man nicht erst Gerichte bräuchte, um falsche Entscheidungen der Exekutive einzukassieren.

(Beifall Freie Demokraten)

Deshalb muss sich auch die Exekutive die Aufgabe, die sie gerade in dieser schwierigen Phase hat, immer wieder bewusst machen. Ich will das nicht an pauschaler Kritik an der Exekutive oder an kommunalen Behörden festmachen. Das wäre falsch; denn die Situation ist verdammt schwierig, und die Behörden haben verdammt schwierige Aufgaben. Umso mehr muss sich aber jeder Einzelne mit der Frage beschäftigen, inwiefern die Grundrechtseinschränkungen, die er vertritt, gerechtfertigt sind. Die Einschränkungen sind endlich zu begründen. Wir sind nicht mehr in der Anfangsphase der Corona-Pandemie. Wir sind jetzt zehn, elf Wochen in der Krise. In der Zwischenzeit müsste man es endlich schaffen, die einzelnen Einschränkungen mit Argumenten zu hinterlegen – und zwar in jedem Einzelfall.

Ich komme gerade von einer Corona-Demo – so könnte man sie bezeichnen – der Busunternehmer. Die Busunternehmen dürfen seit Wochen keine Fahrgäste transportieren, auch keinen Bustourismus anbieten. Keiner hat ihnen gesagt, warum sie es nicht durften, und keiner sagt ihnen, warum sie es immer noch nicht dürfen. Der ÖPNV darf fahren; die Busunternehmen dürfen nicht fahren. In modernen Busse kann innerhalb einer Stunde die gesamte Luftmenge im Bus mehrfach ausgetauscht werden. Ich bin gerade eben mit einem solchen Bus gefahren – mit dem Bus eines in vierter Generation geführten Familienunternehmens.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben Anfragen an das Ministerium gestellt. Sie haben Hygienekonzepte an das Ministerium geschickt und gefragt, ob sie irgendwann den Betrieb wieder aufnehmen können. Die Antwort war: „Wir beschäftigen uns damit, und wir haben Verständnis für Ihre Situation.“ – Das Unternehmen ist in einigen Wochen pleite, ohne dass man den Betroffenen erklärt hat, warum sie ihren Job nicht machen dürfen.

(Beifall Freie Demokraten)

Dass das dazu führt, dass Menschen auf die Straße gehen und demonstrieren, ist doch nur normal. Ich finde, es ist sogar angezeigt, dass die Betroffenen auf die Straße gehen und demonstrieren, weil es anscheinend notwendig ist, auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Noch besser wäre es, wenn Sie einfach Ihren Job machen und die Einschränkungen erklären würden. Noch besser wäre, wenn die Busunternehmer wieder ihren Job machen dürften; denn sie haben gute Konzepte, mit denen sie das machen könnten.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Sie aber sagen: „Die dürfen zwar demonstrieren, aber es kümmert uns nicht.“

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich rege mich auf, weil da draußen Menschen und Unternehmen sind, die pleitegehen, weil sie ihren Job nicht mehr machen dürfen, und sie kriegen noch nicht einmal erklärt, warum sie ihren Job nicht machen dürfen.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie sagen, es seien Corona-Zeiten, es gehe nicht anders. Das ist kein Argument.

(Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

– Doch, das ist genau das, was draußen ankommt. – Deswegen rege ich mich darüber auf.

(Manfred Pentz (CDU): Sie haben acht Wochen lang in Berlin gar nichts gemacht!)

– Herr Pentz, den Busunternehmern hat in den letzten Wochen niemand erklärt, warum sie ihren Job nicht mehr machen dürfen, warum sie keine Fahrgäste transportieren dürfen. Als Antwort aus dem Ministerium kam nichts.

(Beifall Freie Demokraten und AfD – Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Vor Wochen wurde das Wirtschafts- und Verkehrsministerium angeschrieben. Es gab keine Rückmeldung.

All das macht klar, warum es zu Corona-Demonstrationen kommt. Dass es – das ist, glaube ich, das Anliegen des Antrags – Parteien und gesellschaftliche Gruppen gibt, insbesondere aus dem rechtsextremen Spektrum, die versuchen, diese Stimmung populistisch zu kapern, verurteilen wir genauso wie Sie. Das ist unstrittig.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schwarz?

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Ja!)

Armin Schwarz (CDU):

Sehr freundlich, Herr Kollege Müller. Ich habe eine Frage: Wie bewerten Sie die Situation der Busunternehmer in Nordrhein-Westfalen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Müller.

Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):

Ich bin hier in Hessen unterwegs, und ich rede mit hessischen Busunternehmern. Wenn Sie nichts Besseres zu tun haben, als das ebenfalls von der CDU regierte Land Nordrhein-Westfalen anzuführen, und zwar nur deswegen, weil dort die FDP an der Regierung beteiligt ist, dann scheinen Sie wirklich nicht weiterzuwissen. Sie haben nämlich die Aufgabe, sich um Hessen zu kümmern. Es wäre besser, wenn Sie sich für Hessen einsetzen würden.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will an einer Stelle Herrn Schauder – –

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist nicht so einfach, wie Sie tun!)

– Dann soll die Landesregierung die einschränkenden Maßnahmen bitte begründen. Ich meine nicht Sie, Herr Wagner; Sie sind Abgeordneter des Parlaments. – Von den Verordnungen, die nicht hier im Landtag beschlossen werden, die allein von der Landesregierung erlassen werden, ist noch nicht eine wirklich begründet worden. Zum Teil gibt es Auslegungshinweise. Auch ich weiß, wie schwierig das ist. Es gibt aber andere Länder, die ihre Verordnungen begründen, z. B. Sachsen-Anhalt. Es geht also. Das erwarte ich deshalb auch hier in Hessen. Das kann ich zumindest einfordern. Das ist mein gutes Recht. Das muss Ihnen nicht gefallen, Sie müssen es auch nicht machen; aber dass ich es als Abgeordneter der Opposition einfordere, müssen Sie mir schon zugestehen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Ich will ausdrücklich sagen – da sind wir wieder beisammen –: Das, was in Richtung Antisemitismus auf diesen Demonstrationen passiert, ist höchst bedenklich. Es ist wirklich bedenklich, dass auf diesen Demonstrationen – nicht heute Nachmittag bei den Busunternehmen, aber auf den tatsächlichen, den „echten“ Corona-Demos – immer wieder das Thema Antisemitismus unterschwellig transportiert wird, manchmal durch das Tragen des Judensterns. Das ist absolut inakzeptabel. Wir müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln knallhart dagegen arbeiten und alles verfolgen, was da gemacht wird. Ich glaube, darin sind wir uns allesamt einig. Antisemitismus darf in dieser Zeit nicht wieder in irgendeiner Form aufkommen. Dagegen müssen wir uns mit allem, was wir haben, stemmen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist nicht hilfreich, wenn man sich hierhin stellt und sich lobt, dass man alles richtig mache und den Rechtsextremismus toll bekämpfe. So toll ist es in der letzten Zeit nämlich nicht gelaufen. Von daher ist die Lobhudelei unter Punkt 5 des Antrags wirklich nicht nötig, schon gar nicht, wenn die Fraktionen zeitgleich zusammensitzen und sich überlegen, ob sie gemeinsam Formulierungen und Themen finden, die man in dem Bereich noch angehen könnte. Ich denke, dass wir an der Stelle vorsichtig sein und nicht versuchen sollten, uns auf Kosten des jeweils anderen zu profilieren. Genau so ist dieser Punkt zu verstehen. Deswegen werden wir uns bei dem Antrag der CDU und der GRÜNEN enthalten. Sie haben in Ihrem Antrag vieles richtig formuliert – das ist unstrittig –, aber es stehen eben auch Formulierungen in dem Antrag, die wir nicht mittragen und auch nicht für sinnvoll halten.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir Akzeptanz für das schaffen, was zurzeit an Einschränkungen stattfinden muss. Das klappt nur, wenn man transparent arbeitet, das klappt nur, wenn man begründet, warum man bestimmte Grundrechte einschränkt. Nur dann kann man bei den Bürgerinnen und Bürgern die Akzeptanz dafür wecken, dass die Grundrechte teilweise eingeschränkt werden. Nur mit einem transparenten Vorgehen können wir den Demonstrationen den Nährboden entziehen. Sinn und Zweck einer offenen Gesellschaft ist, dass wir als Politik offen argumentieren und den Menschen erklären, warum wir das tun, was wir tun.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Für die Landesregierung hat sich der Wirtschaftsminister, Herr Staatsminister Al-Wazir, zu Wort gemeldet.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Sehr geehrter Herr Abg. Müller, ich möchte mich nicht zu dem Antrag – Stichwort: Verschwörungstheorien, Demonstrationen und alles, was dazugehört – zu Wort melden, sondern ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Sie eben Behauptungen bezüglich Busreisen aufgestellt haben, die schlicht nicht der Wahrheit entsprechen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wichtigste ist – das ist die Verknüpfung zu dem Tagesordnungspunkt –, dass wir uns erst einmal über die Fakten einig sind, dass wir nicht dazu beitragen, dass sich Behauptungen verbreiten, die mit den Fakten nichts zu tun haben.

Ich habe hier eine Aufstellung des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmer – Stand: 19. Mai 2020 –, in der die Regelungen aller 16 Länder aufgeführt sind, was wo erlaubt oder nicht erlaubt ist. Wenn Sie sich die Übersicht anschauen, stellen Sie fest, dass Hessen das erste Bundesland war, das den sogenannten Gelegenheitsverkehr, also das, was Sie unter Omnibusreisen, Ausflügen usw. kennen, wieder zugelassen hat, allerdings mit der Regelung, einen Abstand von 1,5 m zwischen den Fahrgästen einzuhalten. Wir haben uns gerade eben in der Wilhelmstraße angeschaut, wie das in der Praxis aussehen könnte. Ein Bus ist dann bei Weitem nicht voll besetzt, und wir diskutieren zurzeit mit der Branche darüber – Stichwort: Lüftungskonzepte und Ähnliches –, ob es andere Möglichkeiten gibt. Bitte stellen Sie hier aber keinen Pappkameraden auf, der bei näherem Hinsehen gar nicht existiert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Heike Hofmann, SPD-Fraktion.

(Zuruf Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten) – Gegenrufe)

– Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich doch bitte wieder. – Frau Hofmann, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann die Aufregung verstehen, aber ich werde und will jetzt zur Sache reden.

Vor einem Jahr haben wir gemeinsam „70 Jahre Grundgesetz“ gefeiert. Können Sie sich erinnern? Es ist ein Geschenk, dass wir in einem geeinten Deutschland seit Jahrzehnten in Freiheit und Demokratie leben durften und dürfen. Wir brauchen die Demokratie; die Demokratie braucht nicht uns. Sie ist auch nicht gottgegeben; vielmehr müssen unsere demokratischen Grundwerte – das haben auch meine Vorredner deutlich gemacht – ständig verteidigt und auch gelebt werden, und zwar von aktiven Demokratinnen und Demokraten.

Gerade in Zeiten der Krise, in Zeiten einer Pandemie bezweifeln aber viele Bürgerinnen und Bürger, ob unsere Demokratie und unser föderales System – mit all seinen Stärken – die richtigen Antworten auf diese Pandemie gibt. Es wächst die Skepsis, ob die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf Dauer die Freiheitsrechte vielleicht zu stark beeinträchtigen.

Lassen Sie mich für die SPD-Landtagsfraktion sagen, dass wir die kritische Auseinandersetzung mit diesen Themen grundsätzlich begrüßen und unterstützen; denn wir brauchen eine gesellschaftliche Diskussion über die richtigen Maßnahmen. Genau das ist lebendige Demokratie, ist von den Bürgerinnen und Bürgern gelebte Demokratie.

(Beifall SPD)

Es steht außer Frage, dass die aktuellen Einschränkungen der Freiheitsrechte, etwa die allgemeine Handlungsfreiheit und die Reisefreiheit, massiv sind und dass es so etwas in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, noch nie gegeben hat. Ich will aber deutlich machen, dass die Beschränkungen dieser Freiheitsrechte kein Selbstzweck sind, sondern dem Schutz von Leben und Leib, der Gesundheit von Menschen dienen.

Ganz wichtig ist – das möchte ich hier noch einmal herausarbeiten –: An der Stelle ist Augenmaß erforderlich. Jede einzelne Maßnahme muss auf ihre Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit überprüft werden, auch hinsichtlich ihrer zeitlichen Begrenzung. Die miteinander kollidierenden Grundrechte – das ist der Regelfall – müssen gegeneinander abgewogen und in einen Ausgleich gebracht werden. Diese Aufgabe muss der Gesetzgeber vollbringen; aber wenn an der Stelle nachjustieren ist, ist es gut und richtig, dass wir eine unabhängige und starke Justiz haben, bei der man die entsprechenden Rechte einklagen kann.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Ich möchte ganz deutlich sagen, dass es uns in einem gemeinsamen Kraftakt und durch verantwortliches Handeln vieler Bürgerinnen und Bürger – nicht nur der Regierungen und der Parlamente – gelungen ist, die Infektionskurve abzufachen. Wir hoffen, dass sich diese positive Entwicklung verstetigt wird.

Wir brauchen zur Anpassung der einzelnen Maßnahmen auch eine lebendige Debatte in den Parlamenten, eine kritische Öffentlichkeit. Das Ringen um den besten Weg ist genau richtig. Besorgniserregend ist es aber in der Tat, wenn es Einzelne gibt, die die berechtigten Sorgen der Bevölkerung instrumentalisieren.

Von diesen Verschwörungsideologien und entsprechenden Demonstrationen ist schon gesprochen worden. Sie werden durchmischt mit rechtsextremistischen Gruppierungen – Reichsbürger, Antisemiten – und instrumentalisieren gerade die berechtigten Sorgen der Bevölkerung. Das ist allein schon aus diesem Grund verwerflich.

Zahlreiche dieser Verschwörungsideologien basieren auf antisemitischen Klischees, und Judenhass wird offen zur Schau gestellt. Aber, Herr Müller, es ist leider nicht richtig, dass der Antisemitismus an dieser Stelle erst wieder aufkommen würde. Er war – bedauerlicherweise – nie verschwunden aus unserem Land.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir diesen Bewegungen und diesen Tendenzen entschlossen entgegentreten und jede Form von Antisemitismus aufs Schärfste verurteilen; denn gerade wir Deutsche mit unserer Geschichte tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass jüdisches Leben in Deutschland gelingt und dass es in besonderer Art und Weise geschützt wird.

Dazu braucht es aus Sicht der SPD aber noch mehr Anstrengungen als die, die schon unternommen werden, etwa im Kampf gegen den Extremismus generell. Hier will ich noch einmal deutlich machen, dass es ein großer Fehler war, dass Sie unserer Forderung nach einer Landesstiftung für Demokratie keine Zustimmung erteilt haben. Das war ein großer Fehler.

(Beifall SPD – Zuruf – Gegenruf Günter Rudolph (SPD): „Quatsch!“ wird da gerufen!)

– Bitte setzen Sie sich mit der Sache auseinander. Wenn Sie „Quatsch!“ rufen, ist das mehr als unqualifiziert.

(Beifall SPD)

Es ist wirklich schäbig und besorgniserregend,

(Unruhe – Glockenzeichen)

wenn Angriffe gerade auf Journalistinnen und Journalisten erfolgen. Das sind Angriffe auf die Pressefreiheit, etwa der Angriff auf das ZDF-Team in Berlin, aber auch an anderen Stellen. Das müssen wir entschieden verurteilen und uns dem entgegenstellen. Wir unterstützen die staatsanwaltlichen Ermittlungen, die übrigens noch nicht abschließend geklärt haben, welche Motive die Täter für diesen schäbigen Angriff in Berlin hatten. Das muss noch abgewartet werden.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es! – Unruhe – Glockenzeichen)

Aber auch die Diskreditierung von gewählten Volksvertretern, von einer seriösen Berichterstattung oder von wissenschaftlichen Erkenntnissen ist ein Angriff auf unsere Demokratie. Sie ist ein Angriff auf die Freiheit, die sie vorgeben zu verteidigen; sie ist ein Angriff auf uns alle.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Wir als SPD sind davon überzeugt – das zeigen nicht nur die aktuellen Entwicklungen –, dass wir unsere Demokratie, die angefochten wird, stärken müssen, dass wir die Demokratie durch verschiedene Maßnahmen unterstützen müssen: die Stärkung der politischen Bildung, die Stärkung der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler, eine verlässliche Finanzierung zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rechtsextremismus, aber auch eine stärkere parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Abschaffung!)

Wir begrüßen es deshalb auch, dass das Bundesjustizministerium Hate Speech jetzt mit einem Gesetz weiter bekämpft und entschiedener dagegen vorgeht. Aber auch in Hessen brauchen wir ein stärkeres Maßnahmenbündel, einen Masterplan, um entsprechend gegen Extremismus – auch Rechtsextremismus – vorzugehen und unsere Demokratie zu stärken.

(Beifall SPD)

Insgesamt können wir dankbar dafür sein und stolz darauf, dass die Menschen in unserem Land auf das Grundgesetz

vertrauen und dass unsere Demokratie wehrhaft ist. Sie lebt aber vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Lassen Sie uns das nie vergessen, und lassen Sie uns an diesem Punkt engagiert arbeiten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollegin Hofmann. – Das Wort hat der Abg. Volker Richter, AfD-Fraktion.

Volker Richter (AfD):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der hessischen Regierungskoalition bezieht sich auf eine gesellschaftliche Problematik, die die hessische Regierungskoalition und die Bundesregierung leider erst selbst geschaffen haben, und nun versuchen Sie mit diesem Antrag, von sich abzulenken. Meine Damen und Herren, dies ist ein wirklich und wahrhaftig starkes Stück.

(Beifall AfD)

In meiner letzten Rede zum Thema Corona habe ich deutlich zum Ausdruck gebracht, was zwingend geschehen muss, um gesellschaftliche Spannungen zu überbrücken: Es muss Vertrauen in die Politik unseres Landes geschaffen werden. Schafft Ihr Antrag nun also dieses Vertrauen? Wir meinen, er schafft es definitiv nicht, was wir auch begründen werden.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Im ersten Punkt des Antrags beziehen Sie sich auf die Grundrechte, auch in Krisenzeiten. Dem wird auch niemand von uns widersprechen: Natürlich gelten grundgesetzlich garantierte Grundrechte auch in Krisenzeiten.

Sie schreiben dann allerdings weiter, dass im Sinne der Bekämpfung der Corona-Krise „erhebliche Freiheitseinschränkungen unvermeidbar“ waren und – nun aufgemerkt – zum Teil weiter unvermeidbar sein werden. Hier widersprechen wir als Alternative für Deutschland ganz deutlich. Bei einer aufgeklärten Bevölkerung können Demonstrationen natürlich stattfinden, die aber kein Bürger für notwendig erachten würde, wenn Sie frühzeitig auf das neuartige Corona-Virus reagiert und die entsprechenden Maßnahmen ergriffen hätten.

(Beifall AfD)

Auch heute gibt es gute Möglichkeiten, mit weniger Kosten der Krise Herr zu werden. Sie schreiben von „Wissenschaftsfeindlichkeit“, in Wahrheit aber beachten Sie die Wissenschaft nicht in ausreichendem Maße, um der Situation Herr zu werden.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Aber auch hier wird deutlich, dass es Ihnen um Ihre politische Reputation geht und nicht um das Wohlergehen der Bevölkerung.

(Beifall AfD)

Nun schreiben Sie in Punkt 2, dass „die Ängste und Sorgen der Bevölkerung zunehmend von Agitatoren missbraucht“ würden, „um Verschwörungstheorien zu konstruieren“.

Seltsamerweise hatte Herr Bellino bei meiner letzten Rede, als ich genau dies erwähnte, irgendwie gar nicht richtig gewusst, was sich in unserer Bevölkerung tut und wie wichtig es ist, die Bürger ernst zu nehmen.

(Beifall AfD)

Nach nunmehr drei Wochen, Herr Bellino, hat es auch die Landesregierung erreicht. Wir sind begeistert über diese „herausragende“ Reaktionsfähigkeit und setzen keinerlei Hoffnung mehr in Ihre Fähigkeit, Situationen schnell zu erfassen und darauf sofort zu reagieren. – Ich lasse gerne eine Frage am Ende meiner Rede zu, damit die Redezeit nicht weg ist. Dann lasse ich es gerne zu, kein Problem.

(Zurufe)

Aber handelt es sich nun um Verschwörungstheorien, oder spiegelt sich nur das in Teilen der Bevölkerung wider, was acht Wochen lang von der Bundesregierung selbst ausgesagt wurde?

(Beifall AfD)

Interessanterweise wurden im Januar und Februar 2020 alle – wirklich alle –, die das Virus als gefährlicher als eine Grippe eingestuft hatten, bereits als rechtsradikal eingestuft. Ich erinnere mich noch sehr gut daran.

(Zurufe)

Nun, im Mai 2020, ist es genau umgekehrt, und anstatt dass Sie auf die Bürger zugehen, mit ihnen diskutieren und sprechen, indem Sie Ihre eigenen Irrtümer zugeben und klar aussagen, dass man vieles über dieses Virus noch nicht weiß, verunglimpfen Sie jeden, der nicht Ihrer Meinung ist.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, so meinte ich das nicht, als ich davon sprach, dass die Politik mehr Vertrauen schaffen muss. Wenn Sie Ihre eigenen Aussagen in den ersten zwei Monaten dieses Jahres aus heutiger Sicht betrachten, stellen Sie fest, dass Sie von der Regierungsbank die Verschwörungstheoretiker und Rechtsradikalen sind; denn Sie selbst waren ja das, was Sie heute anderen unterstellen.

(Beifall AfD)

Ganz ehrlich, ist es Ihnen nicht peinlich, in einer solchen Art und Weise zu agieren, anstatt mit den Bürgern zu sprechen, die anderer Meinung sind, und sie somit zu respektieren? Wird Ihnen nicht klar, dass Einschränkungen der Freiheit unter dem Aspekt Ihrer Äußerungen, rechtsextremistische Gruppierungen würden „mit anderen radikalisierten Strömungen wie Reichsbürgern, Autonomen und ... Verschwörungsideologen“ eine „Querfront“ bilden, alles noch viel schlimmer machen? Ist Ihnen Ihre Verantwortung nicht bewusst, die Sie für alle Bürger dieses Landes zu tragen haben,

(Beifall AfD)

indem Sie klarmachen, worin die Problematik dieses Virus liegt und wie sich zu schützen ist, anstatt politische Grabenkämpfe auszuführen und sich an Menschen abzarbeiten, die durch Ihr verspätetes Handeln in massivste ökonomische Probleme gekommen sind?

Wir als hessische AfD sind uns seit Januar dieser Verantwortung bewusst und haben deswegen auch ganz deutlich klargestellt, dass viel mehr Aufklärung notwendig ist und dass, neben einer Versorgung mit Schutzausrüstung und

Hygienekonzepten, sofort und umgehend in vielen gesellschaftlichen Bereichen gearbeitet werden muss. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, wenn man dies vernünftig erklärt, gehen die Bürger auch nicht auf die Barrikaden. So einfach ist das.

(Beifall AfD)

Hier zu polarisieren ist der falsche Weg. Nun kommen Sie in Punkt 4 auf aggressive und gewaltbereite Stimmungen zu sprechen. Wir Mitglieder der Alternative für Deutschland kennen die Gewaltbereitschaft linksextremistischer Täter nur zu gut und verurteilen diese ebenso wie Gewalt von jeder anderen Tätergruppe.

(Beifall AfD)

Auch hier haben Sie über ein Jahr gebraucht, um linksextremistische Gewalt überhaupt zu thematisieren; denn unsere Anträge, in denen wir jegliche Form von Extremismus ablehnen, haben Sie nie angenommen. Vielleicht ist das in Zukunft – das ist zu hoffen – anders.

(Beifall AfD)

Diese von Ihnen genannten Gruppierungen sind aber nicht Kern der Demonstrationen. Kern der Demonstrationen sind Bürger, mit denen Sie nicht richtig kommuniziert haben, z. B. die Bürgerrechtlerin Frau Angelika Barbe – übrigens seit 1996 Mitglied der CDU und von 1990 bis 1994 Bundestagsabgeordnete als Mitglied der SPD. Das brutale Abführen einer 68 Jahre alten Bürgerrechtlerin zeigt auf, dass in unserem Land jegliches Maß an Verhältnismäßigkeit verloren gegangen ist.

(Zuruf: So ist es!)

Ihre Arbeit ist so katastrophal, dass sie zu diesen Ergebnissen geführt hat, und dafür dürfen Sie nicht andere in Verantwortung nehmen, sondern Sie müssen sich selbst für Ihr eigenes Handeln verantwortlich zeigen.

(Beifall AfD)

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Sie nicht jede Kritik an Ihrer Arbeit als Hass und Hetze bezeichnen können, sondern dass ernst gemeinte Kritik und berechtigter Ärger dadurch entstehen, dass Sie erst so und dann wieder so agieren, Menschen denunzieren und verurteilen und sich nicht einfach öffentlich hierhin stellen und sagen: Wir haben Fehler gemacht und müssen nun beginnen, wieder Vertrauen bei Ihnen, bei unseren Bürgern aufzubauen. – Das wäre eine tolle Sache. Im Kern agieren Sie sogar so problematisch, dass sich die Bürger von Ihnen für dumm verkauft vorkommen,

(Beifall AfD)

und wenn bereits Bürgermeister durch den Wust an Verordnungen nicht mehr durchblicken, läuft in Ihrer Politik wirklich etwas in die völlig falsche Richtung.

(Zuruf)

Wenn Sie das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ sachlich tatsächlich gut anreichern möchten, beginnen Sie damit, sich selbst als Ursache der Unzufriedenheit bei vielen Bürgern in unserem Land zu sehen und in Ihren kommunikativen Fähigkeiten dergestalt zu wachsen, dass Sie Kritik nicht mit Arroganz begegnen, sondern Ihre Kritiker ernst nehmen, deren Sorgen auch für würdig genug ansehen, um sich mit ihnen zu beschäftigen, anstatt sie einfach in eine Schublade zu ste-

cken und sie dort ohne Stimme zu lassen, was die Wut auf Sie und Ihre Art des Umgangs mit den Menschen massiv steigert und nachfolgend zu dem führt, was Sie durch diesen Antrag im Kern verhindern möchten.

Bei dem Punkt 6 sind wir uns natürlich völlig einig; denn er bestätigt genau das, was ich eben gesagt habe: „Die Demokratie lebt vom Engagement“ der Bürger.

(Beifall AfD)

Zu diesem Engagement gehört die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Dazu gehört die Chance, nicht als Extremist abgestempelt zu werden, weil man eine gegensätzliche Meinung hat, sondern als Mensch angesehen zu werden, der einfach menschlich behandelt wird.

(Beifall AfD)

Wenn Sie das Gespräch mit Familien, Freunden und Bekannten suchen, dann suchen Sie es bitte auch dort, wo Sie auf Widerstand, auf politische Gegner treffen; denn es kann keine Demokratie entstehen, wenn Sie sich immer nur selbst bestätigen. Sollten Sie beherzigen, was ich in meiner Rede dargestellt habe, müssten Sie nicht mehr bei anderen über demokratiefeindliche Parolen sinnieren, sondern würden endlich aus Ihrem Elfenbeinturm herauskommen und die Vielfalt der Menschen zu schätzen wissen und die daraus entstehenden Chancen nutzen, anstatt sie zu bekämpfen. Wenn Sie das erreicht haben, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, brauchen Sie solche Anträge wie diesen hier gar nicht mehr zu stellen.

(Beifall AfD – Zurufe DIE LINKE)

Es liegt einzig in Ihrer Hand, wie Sie wahrgenommen werden und wie unsere Bürger Ihre Maßnahmen bewerten. Ihr Antrag schafft somit leider kein Vertrauen, sondern schürt weiteren Unmut, da Sie Ihr eigenes Versagen in der Corona-Krise nicht einmal ansatzweise zugeben oder zur Sprache bringen. – Vielen Dank.

Die Frage des Herrn Bellino lasse ich gerne zu, wenn er sie noch stellen möchte.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Bellino.

Holger Bellino (CDU):

Herr Kollege, Sie haben in Ihrem Beitrag mehrfach den Begriff der Verhältnismäßigkeit gebraucht. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass alle ihre Grundrechte nutzen könnten – auch diejenigen, die demonstrieren. Gilt dies auch für Abgeordnete der AfD, die sich erlauben, auf öffentlichen Veranstaltungen mit Vertretern anderer Parteien zu sprechen?

(Beifall CDU – Robert Lambrou (AfD): Tää, tää, tää!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Richter.

Volker Richter (AfD):

Das gilt selbstverständlich für jeden. So, wie Sie manchmal mit Ihren eigenen Kollegen umgehen – ich nenne nur den Fraktionszwang in Ihren Parteien –, sollten Sie uns bitte nicht maßregeln. – Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Richter. – Das Wort hat Herr Abg. Hermann Schaus, Fraktion DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine starke Demokratie – auch in Krisenzeiten – setzt eine Regierung voraus, die ihre Maßnahmen und Anordnungen ordentlich begründet, eine Regierung, die Gesetze ordentlich im Parlament berät und weitestgehende Transparenz nach außen herstellt, um den Menschen nach allen Kräften ihre Ängste zu nehmen. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, nämlich Anfang April, also noch vor den ersten Demonstrationen, hat unsere Fraktion eine Art Denkschrift unter dem Titel „Demokratie und Grundrechte müssen gewahrt werden“ veröffentlicht,

(Unruhe – Glockenzeichen)

weil wir schon damals Demokratiedefizite feststellen mussten. Dort heißt es unter anderem:

Um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen (insbesondere die der Risikogruppen), machen viele politische Maßnahmen Sinn, die zugunsten des dringend notwendigen Gesundheitsschutzes der Bevölkerung das öffentliche Leben zum Teil drastisch einschränken, und werden von uns LINKEN mitgetragen. ...

Seit Mitte März herrschen in allen Bundesländern Ausgangssperren und Kontaktverbote. Eine Regelung im Infektionsschutzgesetz dient als Ermächtigungsgrundlage. Es ist strittig, ob diese für eine Stilllegung des gesamten öffentlichen Lebens, also ein Ende für politische Demonstrationen, Konzerte und Gottesdienste, ausreicht. Das (hochwahrscheinlich) sachlich Richtige birgt das Problem, dass der massivste kollektive Grundrechtseingriff in der Geschichte der Bundesrepublik ohne angemessene gesetzliche Grundlage erfolgt.

Ein weiteres Problem ist, dass diese Einschränkungen allesamt auf dem Verordnungsweg erlassen worden sind. ... Im Rechtsstaat, wie er im Grundgesetz angelegt ist, ist es aber zwingend so, dass die Exekutive an die Gesetze gebunden ist, die ein gewähltes Parlament erlassen hat. ...

Einschränkungen von Grundrechten sind nur rechtmäßig, wenn ein legitimer Zweck verfolgt wird (in diesem Fall: Gesundheitsschutz), eine Eingriffsgrundlage vorliegt und die Maßnahmen verhältnismäßig sind. Eine Diskussion um Letzteres hat im Vorfeld der Maßnahmen kaum öffentlich stattgefunden. Dies muss jetzt

– Anfang April geschrieben –

... nachgeholt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Bereits Ende März erreichten mich zahlreiche Anrufe und Schreiben, wo sich besorgte Bürgerinnen und Bürger, die ich nicht als Verschwörungsideologen einschätzen würde, Sorgen um die Demokratie und die Mitbestimmung in Deutschland machten. Man muss auch kein Verschwörungsideologe sein, um die Maßnahmen der Landes- und der Bundesregierung in der Corona-Krise kritisch zu hinterfragen; denn die Anordnungen der vergangenen Wochen sind zum Teil sehr widersprüchlich und in Hessen vielfach auch nicht ordentlich begründet. Nehmen wir die heutige Debatte zur Verlagerung der Entscheidung zur Aufnahme von Kindern in die Kitas auf die Träger. Das ist kein Demokratiegewinn, meine Damen und Herren, sondern ein Wegdrücken von unbequemen Entscheidungen.

(Beifall DIE LINKE – Unruhe – Glockenzeichen)

Oder – Stichwort: Parlamentsberatungen –: In dieser Woche sollten im Eiltempo über 200 Änderungen beim Schulgesetz „durchgedrückt“ werden – ohne eine Anhörung. Die Verbände und Betroffenen wussten nicht einmal, dass es eine solche Gesetzesvorlage gibt. So geht es nicht. Das ist ein klarer Abbau demokratischer Regeln.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Oder denken wir an die brachiale Auflösung einer Mahnwache von Seebrücke am 5. April in Frankfurt am Main, obwohl die Corona-Schutzregeln – Mundschutz, Handschuhe und ein Abstand von 2 m – von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingehalten wurden. Glücklicherweise hat einige Tage später – Herr Müller hat darauf hingewiesen; Herr Schauder, auch Sie will ich darauf hinweisen – das Bundesverfassungsgericht in einem Gießener Fall festgestellt, dass auch zu Corona-Zeiten das Demonstrationsrecht als Grundrecht gewahrt werden muss. Erst seitdem finden wieder Demonstrationen statt und werden nicht brachial unterbunden.

Oder – Stichwort: Transparenz –: Schwarz-Grün hat wiederholt verhindert, dass öffentliche Ausschusssitzungen live im Internet gestreamt werden, obwohl die technischen Voraussetzungen dafür im Plenarsaal vorhanden sind. Ich möchte mich hier und heute bei Herrn Landtagspräsidenten Rhein ganz herzlich dafür bedanken, dass er es kurzfristig ermöglichte, dass die Opferfamilien der Ermordeten vom 19. Februar in Hanau der öffentlichen Innenausschusssitzung im Landtag per Livestream beiwohnen konnten und dass damit sozusagen auch die Öffentlichkeit hergestellt worden war. Vielen Dank, Herr Landtagspräsident.

(Beifall DIE LINKE und Freie Demokraten)

Alle Menschen sind derzeit in unterschiedlichster Weise von der Corona-Pandemie direkt und indirekt betroffen, verunsichert, oder schlimmer: Sie sind in ihrer Existenz bedroht. Die einen sind wegen des Virus besorgt, die anderen wegen der Folgen der Anti-Corona-Maßnahmen. Als LINKE haben wir von Beginn an Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona für zwingend notwendig gehalten. Dieses Virus ist real. Es ist hoch ansteckend, und es führt in vielen Fällen zu einem schweren und sogar tödlichen Verlauf. Es gibt weiterhin zu wenig gesichertes Wissen und keine wirksamen Gegenmittel. Es ist also keine normale Grippe. Aus der Geschichte wissen wir, dass Kontaktbeschränkungen vorerst das wirksamste Mittel gegen die Verbreitung einer Pandemie sind. Deshalb stehen wir mit der übergro-

ßen Mehrheit der Bevölkerung dafür ein, das Virus mit klaren Anweisungen und begrenzten Kontaktbeschränkungen so lange in Schach zu halten, bis medizinische Gegenmittel gefunden sind.

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Das hat aber mit den Kitas nichts zu tun!)

– Nein, das trifft es genau. Das Land muss in der Kita-Frage Vorgaben machen und darf dies nicht delegieren, Herr Müller. Das ist doch der Punkt: die Verlagerung der Verantwortung nach unten. Das ist heute hinreichend diskutiert worden.

(Beifall DIE LINKE)

Im Übrigen ist dies auch keine Frage von links oder von rechts, von christlich oder sozialistisch, von freiheitlich oder ökologisch – es ist einfach eine Frage der Vernunft, wie man mit dem Virus umgeht. Es gibt Länder, die leider einen anderen Weg gehen. Diese Länder – z. B. die USA, Großbritannien oder Brasilien – führen inzwischen leider die Infektions- und Todeslisten durch Corona an. Donald Trump hat in den USA genau das gemacht, was Gegner der Corona-Maßnahmen auch hierzulande fordern: erst das Virus zu leugnen und gegen Schutzmaßnahmen zu kämpfen, um dann Ratschläge zu erteilen wie: Desinfektionsmittel zu trinken oder sich in die Sonne zu legen. Ich kann den Menschen in den USA nur wünschen, dass sie sich schnell von beiden erholen mögen – vom Virus und von Donald Trump.

(Beifall DIE LINKE)

Und damit sind wir bei den Verschwörungsideologen, die es auch hierzulande gibt.

(Zuruf: Vor allen Dingen bei den LINKEN!)

Wer sich nun mit absurden und infamen Äußerungen hervortut, um zusätzlich Angst und Falschinformationen zu verbreiten, um aus Corona eiskalt einen Nutzen zu ziehen, der ist genau das: ein Verschwörungsideologe. Hier ist die politisch extreme Rechte natürlich wieder ganz vorne dabei: Vor Corona wurde schon die „Umvolkung“ beschworen, weil ein angebliches „Kartell aus Lügenpresse und Parteien“ die „Bevölkerung austauschen“ wolle.

Nun mit Corona stehen Bill Gates, das sogenannte „Merkel-Regime“ und die Pharmaindustrie in deren Fokus. Sie wollen angeblich alle Menschen zwangsimpfen und mit Nanorobotern infizieren. Verschwörungstheorien gibt es wie Sand am Meer. Sie erfreuen sich erstaunlicher Beliebtheit: von den Tempelrittern und dem Heiligen Gral, und dem angeblich vorausgesagten Weltuntergang im Maja-Kalender, über die Behauptungen, dass Bielefeld, die Bundesrepublik oder die Mondlandung nicht existierten, und vieles mehr. Der Fantasie sind kaum Grenzen gesetzt.

Der Wissenschaft, den Menschen, der Politik und der Vernunft zu widersprechen und dabei als Beleg das Internet, das eigene Gefühl oder eine außerhalb der Wissenschaft stehende Quelle zu nennen, ist teils stark ausgeprägt – auch auf der rechten Seite dieses Hauses. Wer behauptet, Corona sei von Juden erfunden worden, um uns zu unterjochen, oder die Anti-Corona-Maßnahmen seien wie Hitlers Ermächtigungsgesetz, der verbreitet Judenhass und relativiert die Verbrechen des Nationalsozialismus auf nicht hinzunehmende Art und Weise.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Hermann Schaus, Sie müssen zum Schluss kommen.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Deshalb kann ich nur warnen, diese Szene einfach als Randphänomen und als verrückt abzutun, so wie es mit der rechten Szene und den Reichsbürgern leider viel zu lange gemacht wurde. Wir dürfen uns diesen Diskurs nicht von den Verschwörungsideologen, Neonazis oder Antisemiten aufzwingen lassen. Deshalb schließe ich meine Rede mit einem Spruch, den ich jüngst auf einer Gegendemonstration gelesen habe. Diesen fand ich sehr passend, denn dieser lautet:

Grundrechte schützen mit Abstand zu Antisemitismus, Rechten und Verschwörungsideologen

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Hermann Schaus. – Das Wort hat Abg. Manfred Pentz, CDU-Fraktion.

Manfred Pentz (CDU):

Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zu dem Kollegen der AfD: Nachdem Sie das direkte Gespräch zu einem CDU-Abgeordneten, ausweislich zu dem Kollegen Bellino, gesucht haben bzw. zugelassen haben, frage ich mich: Welchen Eintrag bedeutet dies wohl in Ihrer Akte, und welche Konsequenzen ziehen Sie hieraus? Im schlimmsten Falle könnte dies das Ende Ihrer Karriere bedeuten. Sie sollten sich Gedanken machen, mit wem Sie im Plenum reden.

Meine Damen und Herren, zurück zu Sache. Natürlich sind wir alle froh darüber, dass die Anzahl der Neuinfektionen und vor allem die Anzahl der aktiv Infizierten stetig sinken. Trotzdem: Überstanden ist das Virus nicht. Wenn wir nicht weiterhin vorsichtig sind, können sich ganz schnell andere Infektionsherde ausbreiten. Die Gefahr von Unvorsichtigkeiten konnten wir jüngst am Beispiel Frankfurts, beim Gottesdienst, sehen. Am Ende ist es eine Frage von Eintrittswahrscheinlichkeit und Ausmaß; und deshalb gilt die Regel: Abstand, Hygiene und Alltagsmasken.

Dennoch hat sich die Lage entspannt, und wir sind erleichtert, dass uns bisher Zustände wie in Italien, in den USA und in Spanien erspart geblieben sind. Die Tatsache, dass die prognostizierten Zustände nicht eingetreten sind, ist allerdings kein Glück, sondern das Verdienst der teils schmerzlichen und einschneidenden Maßnahmen sowie einer besonnenen Landesregierung, geführt von Tarek Al-Wazir und Volker Bouffier.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir allerdings keinen Kollaps im Gesundheitssystem zu beklagen haben,

(Unruhe – Glockenzeichen)

kommen nun diejenigen aus den Löchern, die schon immer gegen Maßnahmen waren, die den Staat ohnehin für unfähig hielten, die jede Gelegenheit nutzen, um die Regierung anzugreifen, und auch ansonsten immer alles besser wis-

sen. An dieser Stelle muss ich Ihnen schon sagen, lieber Kollege von der FDP: Herr Müller, Ihre Argumentation, zumindest die Busthematik in diese Debatte zu holen, war schon abenteuerlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, je mehr Menschen demonstrieren gehen und je lauter, kruder und abstruser dies im Netz läuft, desto unsicherer werden manche Menschen, erst recht, wenn dabei irgendwelche Promis mitlaufen. Das Problem dabei ist: Wer hauptberuflich Musik macht, in Fernsehshows auftritt oder mit einem Aluhut auf dem Kopf vegane Kochbücher schreibt, ist nicht unbedingt stärker befähigt, eine globale Notlage zu analysieren, als diejenigen, die sich wissenschaftlich damit beschäftigen.

(Zurufe)

Nein, meine Damen und Herren, Internetforen lesen hat nichts mit Forschung zu tun. Hier geht es um Wissenschaft. Daraus entstehen die krudesten Theorien, die beim ersten Hinterfragen oft ihren Sinn verlieren. Man warnt vor Zwangsimpfung, obwohl es noch gar keinen Impfstoff gibt. Man wirft Bill Gates vor, das Virus gezüchtet zu haben, obwohl man kurz vorher die eigentliche Existenz dieses Virus abgestritten hat. Das klingt manchmal absurd, und es ist auch völlig absurd. Deswegen müssen wir es auch so klar sagen.

Warum laufen Menschen solchen kruden Ideen hinterher? Meine Damen und Herren, wir leben nun einmal in einer komplexen Welt. In schwierigen Situationen ist der Wunsch nach einfachen Antworten und vor allem nach Schuldigen schnell da. Deshalb möchte ich mich auch gar nicht darüber aufregen.

Im Übrigen hat jeder in unserem Land, Gott sei Dank, das Recht, für oder gegen etwas zu demonstrieren. Das ist auch gut so. Was mich allerdings ärgert, ist, wenn diejenigen, die es besser wissen sollten, diese Ängste für ihre Zwecke ausnutzen. Das hat System.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Ich glaube, dass die politisch Aktiven am rechten und am linken Rand, die bei diesen Demonstrationen mitmarschieren oder sie sogar selbst fördern, nicht daran glauben, dass sie sich durch Alufolie vor Chemikalien schützen müssen, die von Flugzeugen versprüht werden. Denen geht es darum, Angst, Wut und Verzweiflung zu schüren und gegen den Staat zu richten. Da liegt die Gefahr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir dürfen das nicht zulassen. Es ist in unser aller Interesse, dass wir die Glaubwürdigkeit des Staates erhalten. Es ist immer wieder so, dass es die Gleichen sind, die versuchen, unsere Demokratie zu beschädigen. Es sind die vermeintlich demokratisch etablierten Parteien am Rand, es sind die Linksradikalen, und es sind die Rechtsradikalen, gespickt und garniert von Antifa, Reichsbürgern und einem ehemaligen FDP-Ministerpräsidenten.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Meine Damen und Herren, eigene Abgeordnete bespitzeln, Akten anlegen, dann bei Demos als gutbürgerlich daherkommen, das ist das Programm der AfD.

(Beifall CDU)

Diese Versuche werden scheitern; denn der überwiegende Teil der Menschen in unserem Land zeigt Vernunft, ist besonnen und unterstützt die wichtigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz, auch wenn sie wehtun.

Meine Damen und Herren, das Virus hat unser aller Leben nachhaltig verändert, und die Schäden für die Wirtschaft werden uns noch Jahre begleiten. Sicher gibt es einige Unternehmen, die aus dieser Krise Profit ziehen können. Es wird auch ganz neue Ideen und Innovationen fördern. Hart treffen wird es aber vor allem kleine Firmen, Selbstständige und Unternehmen ohne Rücklagen, denen die Aufträge weggebrochen sind, Firmen, die schon vor der Krise nur deshalb überlebt haben, weil wir eine sehr gute, aber teils überhitzte Konjunktur hatten.

Wir müssen ehrlich sein. Diese Landesregierung und diese Koalition sind ehrlich. Wir müssen den Leuten sagen, was auf sie zukommt. Wir werden eine große Zahl an Arbeitslosen haben. Wir werden beklagen, dass es Insolvenzen gibt. Wir werden das verkraften, gemeinsam mit den Menschen. Zudem werden sich Bund und Länder durch viele Hilfen immens verschulden.

(Unruhe)

Das ist so, und wir haben es auch immer gesagt: Irgendjemand muss das irgendwann bezahlen.

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Wir haben bereits genug Schulden, die die nächste Generation ohnehin tilgen muss.

(Zuruf Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sagen das sehr klar: Wir nehmen die Menschen mit, und wir bieten Lösungen. Das ist ein langer Weg, aber es ist ein guter Weg, und er hat uns durch alle vergangenen Krisen geführt.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir handeln dabei mit Bedacht, Vernunft und vor allem mit Blick auf Generationengerechtigkeit. Nur eine solide und verantwortungsbewusste Regierung kann eine solche Krise dieser Dimension für die Menschen bewältigen, aber auch nur gemeinsam mit den Menschen.

(Zuruf Turgut Yüksel (SPD))

Dabei, davon bin ich überzeugt, sind wir auf einem guten Weg und werden uns von den verzweifelten Versuchen der Demokratiefeinde, die aus Sorge, ihre politische Bedeutung zu verlieren, wieder nur auf Angst und Hetze setzen, nicht beeindruckt lassen. – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat sich der Herr Innenminister gemeldet, und er wartet geduldig ab, wie es seine Art ist. Sie haben das Wort, Herr Staatsminister.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident, Sie haben gerade eine Charaktereigenschaft von mir herausgekehrt, die ich bisher von mir noch nicht kannte: Geduld. – Aber gut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße die Ausführungen im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich entschlossen gegen Extremismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologien zu stellen, ausdrücklich. Der Entschließungsantrag macht zum einen unsere Entschlossenheit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und unser Grundgesetz, aber eben auch unseren Kampf gegen Extremismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologien deutlich, deswegen ist er ein gutes Dokument.

Seit mehr als 70 Jahren leben wir in diesem Land in einer starken Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger können darauf vertrauen, dass der Staat ihre verfassungsrechtlichen Grundrechte garantiert, schützt und achtet.

Im Verlauf der Corona-Krise musste in einzelne dieser Grundrechte eingegriffen werden, um das Virus an seiner Ausbreitung zu hindern. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie brachten zahlreiche Einschränkungen, Kontaktverbote, Reisebeschränkungen sowie Schließungen von Schulen, Kitas, Gotteshäusern und Gastronomiebetrieben, mit sich.

Lieber Herr Kollege Müller, das ist am Ende auch die Erklärung für die Einschränkungen. Meine Damen und Herren, wir wollten Leben und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen bestmöglich schützen. Dafür waren leider diese Einschränkungen erforderlich.

Das große Vertrauen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in die Wirksamkeit dieser Schutzmaßnahmen und die Disziplin bei der Umsetzung dieser Regeln haben dazu geführt, dass unser Land die Krise bislang vergleichsweise gut gemeistert hat.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einige erklären diesen Kampf nun vorzeitig für beendet und fordern die vollständige Aufhebung der Corona-Beschränkungen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung aber ist nach meiner Wahrnehmung und Einschätzung weiterhin in großem Vertrauen mit den staatlichen Stellen verbunden. Sie haben hohe Akzeptanz zu den getroffenen Maßnahmen und befolgen sie mit einer großen Disziplin. Dafür sollten wir insgesamt im Interesse der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dankbar sein.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße selbstverständlich einen konstruktiven Diskurs über die Gefährlichkeit des Corona-Virus und über die Notwendigkeit und das Ausmaß der getroffenen und noch zu treffenden Gegenmaßnahmen. Ich verstehe die Sorgen und Nöte derer, die sich aufgrund der Einschränkungen in ihren Rechten verletzt fühlen oder in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen. Inmitten der Corona-Krise blühen aber auch unsägliche Verschwörungstheorien. Böse Kräfte sollen hinter der Pandemie stecken, von Zwangsimpfung und Überwachung ist die Rede.

Leider, meine Damen und Herren, so habe ich es jedenfalls eben noch den Medien entnommen, hat das NDR-Medienmagazin „ZAPP“ ermittelt, dass ungefähr 20 % der Wahl-

berechtigten in unserem Land für diese Täuschungsthesen empfänglich sind. Sie glauben, dass Politik und Medien die Menschen systematisch über das Ausmaß und die Folgen dieses Virus täuschen. Das betrübt mich. Es besorgt mich zutiefst, dass auf diese Weise Ängste und Befürchtungen zunehmend für populistische Zwecke missbraucht werden. In beängstigendem Ausmaß nutzen Rechtsextremisten, Linksextremisten und Antisemiten die Situation, um mit ihren kruden Verschwörungsgedanken virusartig die Gesellschaft zu infizieren und Anschluss an neue Bevölkerungsgruppen zu finden. Dabei werden Fakten gelehrt, Gefahren heruntergespielt und immer wieder ein Schuldiger präsentiert.

In einer selten so offen zur Schau getragenen Eintracht werden in diesem Land wieder antisemitische Vorurteile bedient, um Hass und Hetze gegen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verbreiten. Besonders erschreckend sind dabei die Aggressivität und Gewaltbereitschaft nicht nur gegenüber unserer Polizei, sondern auch gegenüber Journalisten vor Ort. Das verurteile ich, das verurteilt die Hessische Landesregierung aufs Schärfste.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bedenken und Sorgen der Bürger werden von der Hessischen Landesregierung sehr ernst genommen. Gleichwohl gilt für uns, das ist in der Debatte auch schon zum Ausdruck gekommen, in dieser schwierigen Phase Besonnenheit. Hessen braucht Gelassenheit und Vernunft statt Panik und Hass.

Meine Damen und Herren, diese Entwicklungen sind besorgniserregend und stärken uns in der Überzeugung, in unserem Kampf gegen den Extremismus und Demokratiefeindlichkeit nicht nachzulassen.

Sehr richtig war daher die Entscheidung der Landesregierung, schon vor Monaten mit dem Aktionsplan „Hessen gegen Hetze“ umfassende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus umzusetzen und dabei auf die Unterstützung aller Ressorts und der Zivilgesellschaft zu bauen: ein starkes Bündnis, das sich klar und geschlossen gegen ein hetzerisches und diffamierendes Klima stellt, sei es im virtuellen Raum des Internets oder in persönlich geführten Debatten.

Für Hasskommentare in sozialen Netzwerken wurde zudem ein eigenes Meldesystem für Onlinehetze eingerichtet, um Kommentare zu entlarven, die nichts mit Meinungsfreiheit zu tun haben, sondern die Würde und die Menschlichkeit angreifen.

Wir haben uns in den letzten Jahren insbesondere durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ den Herausforderungen gestellt, die sich aufgrund von Extremismus und anderen demokratiefeindlichen Entwicklungen und Akteuren ergeben.

In der aktuellen Förderphase haben wir das Programm mit den notwendigen Mitteln ausgestattet, um die zivilgesellschaftlichen Träger in ihren Bemühungen bestmöglich zu unterstützen. Ziel des Landesprogramms ist die Bündelung einer Vielzahl von professionellen Präventionsakteuren mit ihren jeweiligen Kompetenzen und Expertisen, um so den vielfältigen Erscheinungsformen des politischen Extremismus umfassend entgegenzuwirken.

Für das Jahr 2020 ist nun eine abermalige Erhöhung des Fördervolumens auf insgesamt – Herr Schauder, wenn wir die Bundesmittel noch mit dazunehmen – fast 10 Millio-

nen € erfolgt. Meine Damen und Herren, es ist herausragend, was dieses Land in der Frage der Prävention gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden, aber auch mit den zivilgesellschaftlichen Partnern leistet. Herr Kollege Müller, ich finde, dafür dürfen wir uns auch loben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben der Prävention von Islamismus und Antisemitismus liegt die inhaltliche Schwerpunktsetzung des Landesprogramms im Bereich der Prävention von Rechtsextremismus.

Dabei wurde in den vergangenen Jahren die Betroffenen- und Opferberatung im Themenfeld Antisemitismus/Rassismus sukzessive und bedarfsorientiert ausgebaut. Insbesondere wird die Expertise der von Rassismus betroffenen Menschen mit einbezogen.

Zuletzt hat eine unabhängige externe Evaluation des Landesprogramms durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt am Main belegen können, dass nicht nur die grundsätzlichen Ziele des Programms durch die Träger, sondern auch die definierten Zielgruppen, die man vor einem Radikalisierungsprozess schützen will, in hervorragendem Maße erreicht werden.

Lieber Herr Kollege Müller, weil Sie es eben so herausgestellt haben: Deswegen ist es keine Lobhudelei, was in diesem Antrag niedergeschrieben ist. Es ist eine angemessene positive Darstellung der Erfolge dieser Landesregierung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Staatsminister, bitte denken Sie an die Redezeit.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Jawohl. – Ich komme zum Schluss und lasse den Teil über die Sicherheitsbehörden und die Sicherheitsstrategie aus. Sie kennen sie. Wir haben hier schon an vielen Stellen miteinander darüber diskutiert. Wir stützen uns also nicht nur auf die Prävention, sondern führen unseren Kampf natürlich auch im Bereich der Repression durch.

Das Corona-Virus bedroht unsere Gesundheit und unseren Alltag. Wir werden nicht zulassen, dass es auch unsere Demokratie und die innere Sicherheit unseres Landes bedroht. Ich appelliere daher an alle Bürgerinnen und Bürger, sich nicht von Volksverhetzern und Demokratiegegnern missbrauchen zu lassen. Lassen Sie nicht zu, dass Ängste geschürt und Feindbilder aufgebaut werden. Wir haben eine wehrhafte Demokratie, vor allem wenn die Demokraten täglich bereit sind, diese auch zu verteidigen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Staatsminister, ich bedanke mich bei Ihnen.

Wir haben zwei Anträge vorliegen, einen Entschließungsantrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einen Dringlichen Antrag der FDP. Gehe ich recht in der Annahme, dass die beiden an den Innenausschuss überwiesen

werden? Ich schaue in die Runde. – Okay, dann machen wir das so. Wir überweisen sie an den Innenausschuss.

Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Zweite Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion der Freien Demokraten

Gesetz zum Ausbau von Radschnellverbindungen in Hessen

– Drucks. 20/1885 zu Drucks. 20/1080 –

Berichtersteller ist Herr Dr. Naas, den ich bitte, nach vorne zu kommen und die Berichterstattung vorzunehmen.

Dr. Stefan Naas, Berichtersteller:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen die Beschlussempfehlung vortragen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf zum Ausbau von Radschnellverbindungen in zweiter Lesung abzulehnen, so beschlossen mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE bei Enthaltung der AfD. – Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Berichtersteller. – Die erste Wortmeldung kommt zufälligerweise von Herrn Dr. Naas, FDP. Jetzt haben Sie das Wort als Fraktionsredner.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die zweite Lesung nutzen, bei Ihnen und natürlich auch beim Ministerium noch einmal für unseren Gesetzentwurf zu werben. Ich will aber mit Blick auf die eben vorgetragene Beschlussfassung an dieser Stelle schon die dritte Lesung beantragen, weil ich fürchte, dass wir noch etwas brauchen, um Ihnen begreiflich zu machen, dass das ein sehr guter Gesetzentwurf ist.

(Beifall Torsten Warnecke (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen Radschnellverbindungen zur Landessache machen. Wir wollen den Bau von Radschnellverbindungen, die Planung und die Unterhaltung aus einer Hand, zumindest im Grundsatz, und wir wollen das Ziel weiterverfolgen, dass wir insgesamt mehr Radschnellverbindungen in Hessen bekommen und dass wir damit den Radverkehr in Hessen insgesamt stärken, Frau Kollegin Müller; denn Radfahren gehört zur Freiheit, zur individuellen Freiheit, und stärkt die Gesundheit. Da sind wir uns einig.

(Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön, dass Sie es auch merken!)

Das Fahrrad ist ein wunderbares Verkehrsmittel in Kombination auch mit anderen Verkehrsmitteln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land baut bereits Radwege, nämlich Radwege entlang von Landesstraßen. Deswegen haben wir uns am Montag über die Pressemeldung des Ministers gefreut, der fulminant ver-

kündet hat, er will jetzt 244 Millionen € in den nächsten Jahren investieren. Man muss auch hier immer das Kleingedruckte lesen. Es sind nicht 244 Millionen € Landesmittel, sondern man muss knapp 70 Millionen € Bundesmittel abziehen, sodass man dann bei 176 Millionen € Landesmitteln ist. Da muss man auch genauer lesen: Es ist für den Rad- und Fußverkehr. Was Sie dort hineingerechnet haben, ist uns bis heute noch nicht ganz klar.

(Zuruf Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber die Richtung stimmt. Sie wollen investieren. Deswegen haben wir uns gefreut, dass es auch 18 neue Stellen bei Hessen Mobil gibt. Mein erster Gedanke war: Jetzt kommt die Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf; denn es liegt auf der Hand: Wenn man Planer eingestellt hat, wenn man Mittel zur Verfügung hat, dann will man natürlich auch selbst bauen. – Aber dem ist leider nicht so.

Ich vermute, dass heute vom Minister wieder die Verteidigungsvariante 2 gewählt wird. Es gibt nur zwei Verteidigungsvarianten, zum einen die Variante 1: überflüssig – so beim Seilbahngesetz oder beim Tarifreuegesetz der SPD –, zum anderen die Variante 2: falsch.

Ich vermute, diesmal ist es die Variante 2: Der Gesetzentwurf ist falsch.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Es gibt auch die Variante 3: Das machen wir schon!)

Ich kann Ihnen wahrscheinlich auch schon die Begründung sagen: Er ist falsch, weil es die Kommunen besser können.

Das ist an sich nach sechs Jahren ein Armutszeugnis, wenn man sich anschaut, was Hessen Mobil bisher auf die Kette bekommen hat, auch zusammen mit dem Ministerium. Das ist herzlich wenig. Von 97 km, die einmal geplant waren, sind es 9 km. Entlang von Landesstraßen sind 17,7 km gebaut. Das ist für einen grünen Verkehrsminister ein Armutszeugnis.

(Vereinzelter Beifall Freie Demokraten – Beifall Tobias Eckert (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns die Anhörung an. Dort spricht vieles für unser Gesetz. Ich will das an dieser Stelle aufrufen. Der HSGB hat geschrieben und in der mündlichen Anhörung vorgetragen:

Der Städte- und Gemeindebund begrüßt die Aufnahme der Radschnellwege in das Straßengesetz sehr.

Dr. Dieter vom Hessischen Städtetag hat gesagt:

Die ordnungspolitische Philosophie ... können wir gut nachvollziehen.

Herr Sanden vom ADFC – keine unbedingt liberale Vorfeldorganisation – hat gesagt:

Der ADFC vertrat schon immer die Ansicht, dass Radschnellverbindungen ... in die Baulast des Landes gehören ... [Wir sind] der FDP-Fraktion sehr dankbar dafür, dass sie dieses wichtige Thema ... befördert hat.

Dr. Pagels sagt, der Hessische Radfahrerverband begrüßt die Initiative.

Rouven Kötter vom Regionalverband – das ist übrigens die Institution, die im Moment die meisten Radwege baut und

plant; das ist nicht Hessen Mobil – hat gesagt: Wir „begrüßen ... den Vorstoß der FDP“.

(Beifall Freie Demokraten)

Gleiches gilt für den Zweckverband Raum Kassel.

Meine Damen und Herren, ich muss zugestehen, den grünen Stadtrat aus Wiesbaden konnten wir nicht überzeugen. Das muss ich anerkennen. Aber ansonsten haben die meisten Experten unseren Gesetzentwurf begrüßt und gelobt.

Ich behaupte auch, er würde auf jedem grünen Parteitag glatt durchgehen. Sie, Herr Minister, sind der erste grüne Minister, der sich gegen mehr Kompetenzen bei Radwegen wehrt. Das kann ich nicht ganz verstehen. Aber ich habe es bei näherem Überlegen doch verstanden: weil die Position, die Kommunen stärker in die Verantwortung zu nehmen, ein bisschen zu dem passt, was wir heute Morgen diskutiert haben. Das ist natürlich komfortabel. Denn immer dann, wenn die Kommunen einen Radweg einweihen – ich glaube, Sie waren Anfang der Woche in Biebesheim, zur Vorstellung zumindest der Planung –, sind Sie mit dabei, weil Sie Fördermittel überbringen. Aber immer, wenn es schiefgeht, waren es die Kommunen und nicht mehr das lästige Hessen Mobil, für das Sie selbst verantwortlich sind. Deswegen habe ich es verstanden.

Aber ich sage Ihnen: Selbst für schwache Radverkehrsmminister ist unser Gesetzentwurf geeignet.

(Beifall Freie Demokraten – Heiterkeit SPD)

Denn wir haben eine Öffnungsklausel vorgesehen. Sie können die Kommunen weiter planen lassen. Sie können den Regionalverband planen lassen. Sie können auch die Kommunen bauen lassen, nicht nur entlang von Landesstraßen, wie Ihr neuer Vorschlag ist, sondern zukünftig auch bei Radschnellverbindungen, die mit Landesstraßen gar nichts zu tun haben müssen. Die Landesstraßen für Autos und Lkw planen Sie ohnehin nicht so gerne.

(Torsten Warnecke (SPD): Das stimmt!)

Aber eines müssten Sie am Ende übernehmen. Das ist die Straßenbaulast. Sie müssen sie auch deswegen übernehmen, weil sie zum Land gehört. Stellen Sie sich vor, der Radweg Bad Homburg–Frankfurt wird eingeweiht, mit Ihrem Förderbescheid. Dann kommt der erste Winter. Dann muss dieser Radschnellweg geräumt werden. Das ist dann die Aufgabe der Kommunen. Dann wird die Gemeinde Steinbach auf ihren 400 m edler Gemarkung mit ihrem Auto voranfahren und diese 400 m räumen. Dann kommt die Stadt Oberursel und räumt ihre 1,2 km Radweg.

Das Prinzip von Landesstraßen ist gerade, dass das Land zuständig ist, weil es eine regionale Straße, eine überörtliche Straße ist, dass Hessen Mobil das als Landesverwaltung macht, damit nicht jede Kommune für ihre 300 m kommt und die Baulast und die Wartung dieser Straße tragen muss.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Die Frage ist völlig unbeantwortet. Ich vermute, wie Sie es lösen. Sie haben irgendwann einmal den Hinweis gegeben, das könnte man auch wieder mit Geld lösen. Es gibt dann einen Zuschuss.

Herr Minister, langfristig werden Sie dieses gelb-grüne Projekt – es ist doch eine Gemeinsamkeit von uns beiden, dass wir Radwege bauen wollen – nicht aufhalten können.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Heiterkeit)

Deswegen kann ich Ihnen heute nur sagen: Gehen Sie herunter von der Rückbremse, und schalten Sie einen Gang hoch. Hessen braucht mehr Radschnellverbindungen. Deswegen ist das Land hier in der Verantwortung und nicht die Kommunen. Nehmen Sie diese Verantwortung an, und stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Dr. Naas. – Als Nächster spricht der Kollege Enners von der AfD.

(Nach der Desinfektion des Rednerpults wird ein frisches Glas Wasser bereitgestellt.)

– Es ist angerichtet.

Arno Enners (AfD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Radschnellverbindungen sind die Autobahnen für Fahrradfahrer: breite, gut ausgebaute, beleuchtete und mit Winterdienst versehene Radwege. Die aktuelle Situation ist, dass normale Radwege von den Städten und Gemeinden jeweils für ihre eigene Gemarkung geplant, gebaut und instand gehalten werden.

Der hier vorgelegte Gesetzentwurf der FDP sieht vor, dass die Radschnellverbindungen als Landesstraßen deklariert werden und damit das Land die Baulast für die Wege übernimmt. Liegt aber die Planungs- und Bauhoheit beim Land, könnten solche Radschnellverbindungen auch gegen den Willen einzelner Kommunen realisiert werden.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Hoffentlich!)

Dass Auto- und Lkw-Straßenverkehr immer mehr zunimmt und diesbezüglich Lösungen und Entlastungen erarbeitet und gefunden werden müssen, steht außer Frage. Der Umstieg auf den ÖPNV wird immer gern beschworen, aber bleiben wir bei den Tatsachen: In Ballungszentren ist der ÖPNV oft maßlos überlastet. In der Fläche ist er aufgrund schlechter Anbindung und ebenfalls schlechter Taktung eher unattraktiv.

(Beifall AfD)

In einem Nahverkehrskonzept könnte somit aufgrund des steigenden Verkehrs und des verbesserungswürdigen ÖPNV die Radschnellverbindung durchaus einen Beitrag zur Verkehrsentslastung leisten. Aber wegen fehlender Gutachten über die Nutzungstiefe der Radwege und Entlastungshöhe des Straßenverkehrs zu den ausgemachten Teilstücken ist das alles bis jetzt nur ein Experimentierfeld, das so nicht umsetzbar ist.

(Beifall AfD)

Zwei Punkte möchte ich dazu ansprechen. Der erste Punkt, warum wir der Vorlage kritisch gegenüberstehen, ist: Das Land Hessen als Bauträger kann wegen der nicht ausreichenden personellen Besetzung bei Hessen Mobil die Planung, den Bau, den Betrieb und das Management dieser Verkehrswege noch nicht leisten. Eine fehlende Finanzausstattung des Landes kommt erschwerend hinzu.

Der zweite Punkt: Warum kommunale Aufgaben auf Landesebene verschieben? Die Kommunen wissen es besser und können schneller reagieren, wenn es um den Bau von Radwegen und Radschnellverbindungen geht. Dass das Land Hessen die Kommunen dabei weiterhin finanziell fördert, sollte eigentlich unstrittig sein.

Zusammengefasst: Die personelle Unterbesetzung bei Hessen Mobil, um solch eine zusätzliche Aufgabe zu stemmen, ist die erste Hürde, die im Vorfeld abzarbeiten wäre. Weiterhin ist die Entscheidungsbeteiligung der Kommunen ungeklärt und eine beschnittene Mitsprache mehr als kontraproduktiv.

Auch ist nicht geklärt, in welcher Form die Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt werden soll und welche Bewertungsgrundlagen es dafür gibt.

Den Mitgliedern der AfD-Fraktion sind das zu viele noch nicht geklärte grundlegende Fragen. Die Rahmenbedingungen müssen noch besser abgesteckt werden. Wir bleiben deshalb dabei: Die Idee ist gut, aber noch nicht ausreichend vorbereitet. Bei Basisfragen ist das nicht bis zum Ende durchdacht.

(Beifall AfD)

Daher werden wir uns weiterhin der Stimme enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Ich darf das Wort Frau Kollegin Müller von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf. Lieber Kollege Lenders, natürlich sage ich gerne, dass es mich freut, dass die Mitglieder der FDP bzw. jetzt der Freien Demokraten so einen Sinneswandel durchgemacht haben. Nicht nur der Name ist anders. Aus der FDP wurden die Freien Demokraten. Vielmehr finden sie plötzlich auch Radwege gut. Das ist zu begrüßen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe Freie Demokraten)

– Ich habe versucht, Ihnen zuzuhören. Seien Sie Freie Demokraten also bitte ganz ruhig.

Sie haben es als Armutszeugnis bezeichnet, wie der Verkehrsminister damit umgeht. Ich finde, es ist ein Armutszeugnis, dass Sie sich hierhin gestellt haben und das gesagt haben. Es war nämlich ein Armutszeugnis, dass die Verkehrsminister der FDP noch nicht einmal 2 Millionen € für den Radverkehr ausgegeben haben, obwohl sie 4 Millionen € zur Verfügung hatten. Sie hatten Hessen Mobil kaputtgespart. Damals floss nichts in diesen Bereich.

Jetzt geht es voran. Sich dann hierhin zu stellen und nur zu kritisieren, das, finde ich, ist ein Armutszeugnis.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein das wäre ein Grund, die Radschnellwege nicht in die Baulast des Landes zu nehmen. Denn vielleicht wird irgendwann ein FDPLer wieder Verkehrsminister.

(Demonstrativer Beifall Freie Demokraten)

Dann würde wieder nichts passieren.

Ich komme zu Ihrem letzten Satz. Sie sagten: „Gehen Sie herunter von der Rückbremse.“ Sie meinten wahrscheinlich den Rücktritt. Einen Rücktritt beim Fahrrad hatte ich vor 50 Jahren das letzte Mal. Das ist nicht mehr so en vogue.

(Zuruf)

– Das ist die Hinterradbremse. – Wie gesagt, ich unterstelle Ihnen einen Sinneswandel. Ich habe vor zwei Jahren meinen geschätzten Kollegen Dr. h.c. Hahn zitiert, der jetzt nicht dazwischenrufen darf. Er hat gesagt:

„Die GRÜNEN wollen ihre ideologisch einseitige Stillstandspolitik beim Verkehr auch in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Hessen soll statt Autobahnen nun Radwege zwischen den Städten bekommen. Wer glaubt, dass die Pendler aus dem Umland zukünftig alle mit dem Rad kommen werden, macht wohl eher Verkehrspolitik für Saigon statt für das Rhein-Main-Gebiet“, ...

Da kann ich unterstellen, dass er darüber nachgedacht hat, dass man in Saigon eine super Radverkehrspolitik machen muss. Denn alle Megacities machen eine Radverkehrspolitik, damit nicht alle im Stau stehen. Vielleicht hat er über diesen Satz noch einmal nachgedacht.

Ich habe auch die Hoffnung, dass Herr Müller, der gerade nicht da ist, über die Busunternehmer nachdenkt. Sie demonstrieren nicht, weil ihnen keiner das erklärt hat. Vielmehr tun sie es, weil sie um das nackte Überleben kämpfen, und das bundesweit und nicht nur in Hessen.

Der Minister hat vorhin mit ihnen geredet. Sie haben sich gefreut, dass Hessen zumindest beim Linienverkehr etwas für die Busunternehmer tut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollte ich nur am Rande sagen.

(Zuruf)

– Ich habe gerade von heute geredet. Das ist sehr aktuell.

Ich freue mich, dass wir gerade in der Corona-Zeit über die Nutzung des Fahrrads reden. Denn wir merken, dass es das Verkehrsmittel in der Corona-Zeit ist. Die Menschen nutzen es vermehrt, also mehr denn je. Die Fahrradbranche boomt. Deswegen brauchen wir mehr Platz für die Fahrräder.

Ich bin froh, dass ich da die Freien Demokraten an unserer Seite habe. Sie stehen uns auch zur Seite, wenn wir die Landesstraßen nur noch sanieren. Sanierung geht vor Neubau. Bei den Radwegen werden wir hingegen bauen, bauen, bauen.

(Zuruf: Nicht gegeneinander ausspielen!)

– Ich will das nicht gegeneinander ausspielen. Es ist doch gut, sanierte Straßen zu haben. Wenn es Defizite gibt, soll man sie auflösen. Das ist schwer genug. Ich hatte es schon erwähnt: Es gab nämlich keine Grundlage, um Radwege zu bauen.

(Beifall Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Holger Bellino (CDU))

Auch das haben wir schon gehört: Die meisten Radwege befinden sich in den Kommunen. Bei der Pressekonferenz hat es der Minister auch noch einmal gesagt. 88 % der Radwege sind in den Kommunen.

Da hat das Land mit der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen, die gegründet wurde, viel Vorarbeit geleistet. So etwas gab es in anderen Ländern schon viel früher. Aber Grün wirkt. Bei uns gibt es die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen, die sich nicht nur mit dem Radverkehr, sondern auch mit den Fußgängern und der Nahmobilität insgesamt beschäftigt.

Es gibt entsprechende Richtlinien und Musterlösungen für die Kommunen.

(Torsten Warnecke (SPD): Nur kein Gesetz!)

Keine Landesregierung hat bisher so viel getan wie diese. Aber die Angebote müssen auch angenommen werden. Ich freue mich, dass sich die Freien Demokraten auch vor Ort einsetzen und für den Radverkehr überall da kämpfen, wo sie Verantwortung tragen.

(Zuruf Freie Demokraten: Das machen wir doch!)

– Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern, als ich von einem Kollegen der FDP als Pedalerotikerin betitelt wurde.

(Zuruf)

– Nein, das war im Stadtparlament. Ich war gerade eben auf der kommunalen Ebene.

Ich komme jetzt noch einmal auf den Gesetzentwurf zurück. Ich denke, wir sind uns einig, dass wir den Aus- und Neubau der Radschnellwege, aber auch der Raddirektverbindungen vorantreiben wollen. Wie das am schnellsten geht, hinsichtlich dieser Frage sind wir uns nicht einig. Dass wir das aber machen wollen, darüber sind wir uns durchaus einig.

In der Anhörung war es nicht so, wie es Herr Dr. Naas gesagt hat. Es gab nicht nur positive Stimmen. Die haben Sie sich herausgesucht.

Sie haben z. B. den Hessischen Städtetag angeführt. Da wurde das durchaus kritisch gesehen. Auch der Vertreter des Zweckverbandes Raum Kassel, Herr Bachmann, hat das durchaus kritisch beleuchtet. Er hat exakt geschildert, was das für eine mühsame Arbeit vor Ort ist. Sie kann vor Ort natürlich viel besser als von Landesseite durchgeführt werden.

Der Bau der Radschnellwege wird mit bis zu 90 % vom Land gefördert. Die Planung wird unterstützt. Dass dieser Weg erfolgreich ist, zeigt eine Vielzahl an Projekten, die bisher auf den Weg gebracht wurden. Ich will nur eine Auswahl nennen. Deshalb zähle ich ein paar auf. Dies sind die Raddirektverbindung im Raum Kassel, die Radschnellverbindung Rhein-Main–Rhein-Neckar, die Verbindung Frankfurt–Hanau, die Verbindung Frankfurt–Vordertaunus, die Verbindung Frankfurt–Darmstadt, Wiesbaden–Mainz, Gießen–Wetzlar, Hanau–Aschaffenburg usw.

Das Land hat sogar ein Ingenieurbüro beauftragt, das neun Radwege in Grünberg, Marburg, Buseck, Braunfels, Mücke, Dudenhofen, Kassel, Dautphetal sowie in Hofheim in kürzester Zeit planen und realisieren will. Das können Sie alles nachlesen, falls Sie es mir nicht glauben. Aber ich ge-

he davon aus, dass Sie sich so sehr für das Thema interessieren, dass Sie das gemacht haben.

Es gibt den Facharbeitskreis „Raddirektverbindungen/Radschnellwege in Hessen“ der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen. Er hat 42 Korridore identifiziert. Das alles wurde auf dem letzten Nahmobilitätskongress vorgestellt. Es gibt in Hessen eine gute Grundlage, auf der wir weiterarbeiten werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Torsten Warnecke (SPD): Aber kein Gesetz!)

– Herr Warnecke, eine andere Schallplatte würde Ihnen auch einmal guttun.

(Torsten Warnecke (SPD): Wir reden doch über den Gesetzentwurf!)

– Ich rede auch die ganze Zeit über den Gesetzentwurf. Man braucht nicht immer ein Gesetz. Man kann das manchmal auch anders schneller regeln.

Herr Kollege Dr. Naas, etwas wundert mich. Vielleicht schauen Sie einmal auf die andere Rheinseite. Dort gibt es einen Verkehrsminister der FDP. Dort gibt es lediglich zwei Projekte, die in der Diskussion sind. Ein einziges Projekt ist in Planung. Das ist das Projekt Bingen–Mainz. Das ist schon ziemlich lang in der Diskussion. Vielleicht können Sie da Ihr positives Karma für das Thema Radwegebau herüberbringen. Dann geht es vielleicht auch da schneller.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Ach Gottchen, wir wollen doch erst einmal Hessen und Rheinland Pfalz verbinden. – Es gibt also mehr Tempo, mehr Qualität und mehr Personal. Habe ich etwas vergessen? – Es gibt auch mehr Geld. Das wurde auf der letzten Pressekonferenz vorgestellt. Das wurde ausreichend gelobt. Das hat der Minister extra für Sie gemacht, damit Sie für die heutige Diskussion auch gut informiert sind.

(Zuruf SPD: Den Eindruck hatten wir auch! – Zurufe Freie Demokraten)

Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, müssen wir eine andere Verkehrspolitik machen. Wenn wir uns darüber einig sind, ist es umso besser. Da gehört der Radverkehr an erster Stelle dazu.

Radschnellwege sind ein wichtiger Baustein in der Radverkehrsförderung. Sie sind damit ein großes Zukunftsthema.

(Zuruf)

– Das sind bei mir keine Textbausteine. Im Gegensatz zu Ihnen beschäftige ich mich mit dem Thema schon länger.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir hier so etwas anhören muss, dann müssen Sie sich auch so etwas anhören. Bleiben Sie ganz ruhig.

Es ist schön, dass auch Sie dieser Meinung sind. Wir müssen nicht mehr über das Wie streiten. Wir streiten nur noch darüber, ob der schnellste Weg über ein Gesetz führt oder ob es der Weg ist, die Kommunen das planen zu lassen, sie entsprechend auszustatten, um das auf diese Weise voranzubringen.

Radschnellwege können einen erheblichen Beitrag zur Emissionsreduzierung, Stauvermeidung und damit einen wesentlichen positiven Beitrag zur Gesundheit der Menschen leisten. Insbesondere durch die steigende Nutzung

der Elektrofahrräder können Radschnellwege neue Zielgruppen erschließen. Sie könnten damit einen kostengünstigen Beitrag zur Entlastung staugefährdeter Straßen leisten. Sie könnten den ÖPNV bei den morgendlichen Spitzen entlasten.

Man kann auch jetzt Urlaub in Hessen mit dem Fahrrad auf den vielen schönen Radfernwegen machen, die wir haben. Das ist also eine der kostengünstigsten Möglichkeiten, um das mobile Hessen voranzubringen und Verkehrspolitik für die Menschen in diesem Land zu machen.

Hessen ist auf jeden Fall auf dem Weg zum Fahrradland, und zwar mit oder ohne ein Fahrradschnellwegegesetz. Die ersten Schritte sind getan. Die Mittel für den Bau an den Landesstraßen wurden erhöht. Damit das Geld sinnvoll ausgegeben werden kann, wird die Zahl der Stellen erhöht. Der Präsident von Hessen Mobil, Herr Riegelhuth, hat gesagt, dass er noch einmal zehn Stellen aus dem Bestand dazunehmen wird und dass das ein neuer Schwerpunkt bei den Aufgaben von Hessen Mobil sein wird.

Das wird also ein neuer Schwerpunkt von Hessen Mobil. Es gibt keine Taskforce für den Weiterbau der A 44, wie sie Herr Posch einmal ins Leben gerufen hat. Vielmehr wird es eine Taskforce für den Bau der Radwege geben. Ich glaube, damit wird es etwas schneller als vorher vorangehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich freue mich auf jeden Fall auf die nächste Runde. Das wird an unseren inhaltlichen Positionen nichts ändern. Aber ich werde sehr gerne auch noch einmal über das Thema Radverkehr reden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Frau Kollegin, vielen Dank. – Als Nächster hat sich Herr Meysner zu Wort gemeldet.

Gibt es auch einen Rhön-Fernradweg in Osthessen?

(Zuruf)

– Ich will doch nur die Zeit überbrücken und einen Hinweis geben. – Bitte schön.

Markus Meysner (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir bereits in der ersten Lesung festgestellt haben, sind wir uns in einem einig: Das Fahrrad gewinnt als alltagstaugliches Verkehrsmittel an Bedeutung. Es wird vor allem im Nahbereich immer mehr zu einer echten Alternative zum Auto.

Diese Entwicklung wirkt sich nicht nur gesundheitsfördernd auf die Radfahrer aus, sondern auch positiv auf die Umwelt. Damit diese Entwicklung weiter vorangetrieben

werden kann, braucht es ein effizientes und zukunftsfähiges Radwegenetz.

Ich glaube, auch hierbei sind wir uns alle einig. Wir möchten das Fahrrad durchaus zu einer echten Alternative für Pendler machen. – Jedoch komme ich jetzt zu dem Thema, bei dem wir uns nicht einig sind. Die Radschnellverbindungen sind nur ein kleiner Teil des gesamten Radwegenetzes in Hessen. Wir sollten das Gesamtkonzept im Auge behalten. Denn auch Raddirektverbindungen und Radfernwege sind wichtige überkommunale Verbindungen, die in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht berücksichtigt werden. Dadurch werden sie benachteiligt.

Deswegen diskutieren wir heute über einen Gesetzentwurf, der eine extrem begrenzte Anzahl aller Radwegeverbindungen in unserem Bundesland betrifft. Aufgrund der angestrebten Mindestzahl an täglichen Nutzern beschränkt er sich fast ausschließlich auf den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber nicht nur dort fahren die Leute Fahrrad.

Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf ist der ländliche Raum völlig außen vor. Hier lebt jedoch ein beachtlicher Teil unserer hessischen Bevölkerung. Gerade für diese Räume ist es wichtig, an die Verkehrsinfrastruktur der verschiedenen Verkehrssysteme angeschlossen zu werden, damit sie an Attraktivität zunehmen und die Verkehrslast auf unseren Straßen entschärft wird.

Ich möchte den vorliegenden Gesetzentwurf nicht als völlig inakzeptabel darstellen. Denn er geht in die richtige Richtung. Jedoch ist er unserer Auffassung nach nicht ausreichend, um eine nachhaltige Verbesserung und einen schnelleren Ausbau des Radwegenetzes in ganz Hessen zu gewährleisten. Ich erläutere Ihnen gerne, warum wir das so sehen.

Auch wenn Radschnellverbindungen eine tolle Möglichkeit bieten, Städte miteinander umweltfreundlicher zu vernetzen, sollten wir bedenken, dass der größte Teil des Radverkehrs innerhalb der Kommunen stattfindet. Herr Dr. Naas hat bei der ersten Lesung bereits angesprochen, dass etwa 76 % unserer täglich zurückgelegten Strecken unter 10 km lang sind. Daraus kann man schließen, dass vor allem in den Ballungszentren die zurückgelegte Strecke innerhalb des Stadtgebiets bewältigt wird.

Es gilt daher, die Radwege innerhalb der Kommunen nicht aus den Augen zu verlieren. Vor allem diese sind zu fördern. Was nutzt einem die tollste Radschnellverbindung zwischen zwei Städten, wenn man dann innerhalb der Stadt nach dem Prinzip „Augen zu und durch“ fahren muss?

(Beifall CDU)

Wir dürfen daher das Radwegenetz nicht als Gesamtkonzept aus den Augen verlieren, nur weil eine Radwegeart interessant zu sein scheint oder vielleicht besser als andere klingt.

Ich möchte nun auf den zweiten Kritikpunkt zu sprechen kommen. Dabei geht es darum, dass die Wegführung am besten vor Ort geplant wird. In meinen Augen können nur so die Gefahrenstellen entschärft oder vermieden und die bestmögliche Strecke ausgelotet werden. In diesem Zusammenhang muss eine gesetzliche Grundlage für Radschnellverbindungen stärker auf die Interessen und Bedürfnisse der Kommunen vor Ort eingehen. Wer kennt diese besser als ein Ansprechpartner direkt vor Ort?

Damit möchten wir eine engere Einbindung von Hessen Mobil oder des Landes keinesfalls ausschließen. Das Gegenteil ist der Fall. Aber die Radwege führen nun einmal durch die Kommunen. Deswegen müssen sie aktiv in die Planung und in die Gestaltung mit einbezogen werden.

Um diese Planungsfreiheit zu gewährleisten, aber gleichzeitig die Möglichkeiten der finanziellen Förderung und tatkräftigen Unterstützung bereitzustellen, wurde 2016 – die Kollegin hat es erwähnt – die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen, AGNH, ins Leben gerufen. Mit der AGNH hat das Land Hessen eine gute und gut etablierte Kooperationsplattform zwischen dem Land Hessen und den kommunalen Vertretern für den Ausbau und die Weiterentwicklung des Radverkehrs in Hessen eingerichtet. Die AGNH unterstützt die Kommunen mit Fachwissen über vielfältige Förderinstrumente sowie Planungs- und Koordinationsmöglichkeiten. Gerade in den vergangenen Tagen hat unser Wirtschaftsminister das Konzept der AGNH – die Zusammenarbeit von Kommunen, Hessen Mobil und der speziellen Taskforce Radwege – erläutert.

Bisher hat die AGNH entscheidend dazu beigetragen, dass zahlreiche Kommunen ihre Maßnahmen zur Verbesserung und Erweiterung ihrer Radverkehrsinfrastruktur verstärkt haben und durch die Neuerungen zukünftig auch noch weiter verstärken werden.

Wir sehen an verschiedenen Beispielen, wie gut und schnell die Zusammenarbeit funktioniert. Das Beispiel des Radschnellwegs Darmstadt–Frankfurt zeigt, dass ein schneller Projektfortschritt auch ohne Übertragung von Baulasten funktioniert. Auch der Zweckverband Raum Kassel leistet tolle Arbeit bei der Planung der Rad-Direktverbindung Kassel–Vellmar. Der Milseburggradweg in meiner Heimat mit einer Länge von immerhin 27 km ist beispielhaft für eine gut funktionierende interkommunale Zusammenarbeit.

Sie sehen: Gerade beim Verkehrsmittel Rad ist die Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten und der verfügbaren Flächen ein entscheidender Faktor für die schnelle und erfolgreiche Umsetzung von Radwegen jeglicher Art; denn die Wegführung, die Ausgestaltung – sowohl rechtlich als auch baulich – und die Anpassung an das bestehende kommunale Verkehrsnetz sind wichtige Bestandteile der Verkehrsplanung, die nun einmal vor Ort geschehen muss, perfektioniert durch die Unterstützung von Hessen Mobil.

Dabei darf auch die Abstimmung mit den verschiedenen Grundstückseigentümern und Nutzergruppen nicht unterschätzt werden. Auch hier haben die Kommunen und Städte einen deutlichen Vorteil gegenüber dem Land; denn sie fungieren durch die Nähe als direkte Ansprechpartner vor Ort und können daher Mitwirkende und Interessengruppen besser in den Planungsprozess mit einbeziehen.

Das ist eine Aufgabe, die nur schwer oder zumindest mit einem höheren Aufwand allein von Hessen Mobil aus der Ferne zu bewältigen ist. Ich möchte hier die Stellungnahme von Herrn Kowol zitieren:

Aber ich denke, dass gerade die örtliche Kenntnis aus den Gegebenheiten, aus den Nutzungsgruppen und aus den Konflikten heraus letztendlich bei der Kommune einen Vorteil verorten lässt, sodass das Vorhaben, eine Radschnellwegeverbindung zu realisieren, zumindest bei den größeren Städten gut aufgehoben ist.

Doch nicht nur die großen Städte tragen zur schnellen Umsetzung von Nahmobilitätsprojekten bei, auch kleinere Kommunen, die sich zu Verbänden zusammengeschlossen haben, leisten einen exzellenten Beitrag. Da sollten wir uns fragen, ob dieser Gesetzentwurf wirklich notwendig ist; denn die Kommunikation und die Koordination zwischen dem Land, Hessen Mobil, der AGNH, den Verbänden und den Kommunen unter dem Stichwort „Nahmobilitätsstrategie für Hessen“ hat sich bereits gut etabliert, bewährt und entwickelt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Kollege Markus Meysner. – Als Nächster spricht Herr Kollege Eckert. Bitte schön.

Tobias Eckert (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, in Corona-Zeiten ist auch Mobilität in aller Munde. Gerade das Thema Radverkehr und Radfahren war immer wieder eines der Beispiele, um mobil zu sein, wenn man Ausweichmöglichkeiten sucht, um sozusagen separiert mobil zu sein, ohne das eigene Kfz zu nutzen. Daher ist es, glaube ich, die richtige Zeit, darüber zu diskutieren.

Wir diskutieren bei der Mobilität zu Recht immer wieder die Fragen der Infrastruktur, was wir eigentlich brauchen, damit wir Mobilität ermöglichen können – sei es auf der Straße, sei es auf der Schiene oder sei es eben für den Radverkehr bei den Radwegen. Deswegen, finde ich, ist es richtig, dass wir uns auch diesem Thema mit einem eigenen gesetzgeberischen Ansatz widmen und sagen, wie wir das im überregionalen Verkehr schneller und besser hinbekommen wollen; denn niemand diskutiert im Moment in der Fläche über einen Radverkehrsweg und dann über alles andere, sondern in der Regel ist es so: Bauen wir eine Straße, und dann machen wir noch ein bisschen Radverkehr mit dabei.

Ich glaube, das ist mit das Spannende an diesem Gesetzentwurf, dass wir es sozusagen in der Wichtigkeit deutlich machen, es regelungstechnisch, aber auch als eigenständige Mobilitätsart, als Infrastrukturherausforderung mit betonen und unterstreichen: Radverkehr ist eben kein Beiwerk zu anderen Mobilitätsvarianten, sondern es ist etwas Eigenständiges, was auch einen eigenständigen Ausbau braucht.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Deswegen wäre es konsequent, neben den Förderungen, neben Beratung, auch neben Networking – all dem, was auf Landesseite auch passiert – diesen Bereich auch durch eigene Kompetenzen beim Radverkehr zu ergänzen. Deswegen geht der Gesetzentwurf in die richtige Richtung. Ich bin froh, dass wir uns zumindest über die Notwendigkeit, dort etwas zu tun, weitestgehend einig sind.

Es ist das eine, etwas zu fordern und zu wollen. Dass hinterher etwas Praktikables auf die Straße bzw. in diesem Fall unter die Zweiräder kommt, ist das andere. Schauen wir uns doch an, was wir in Hessen in den letzten Jahren so erlebt haben. Zum „Radfahrerland Hessen“ können Sie noch so viel PR und Pressekonferenzen machen, wie Sie wollen: Am Ende sind die Zahlen nicht so, dass ich mit stolzeschwellter Brust sagen könnte: „Hessen voran“. Sie

haben im Jahr 2015 gesagt: 59 neue Radwege, Sanierungsoffensive, tschakka, jetzt gehts voran. – Dann haben Sie in den letzten Jahren im Schnitt zwei hinbekommen – in Worten: zwei. Ich habe Ihnen schon bei der ersten Lesung vorgerechnet, dass wir jetzt 26 weitere Regierungsjahre bräuchten, damit Sie das, was Sie 2015 vorgeschlagen haben, realisieren können. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist zu langsam.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zuruf Jürgen Lenders (Freie Demokraten))

Deswegen ist es auch richtig – es wurde am Montag in der Pressekonferenz thematisiert, über die jetzt schon alle geredet haben –, dass, wenn wir als Land dort etwas tun wollen, es dafür auch Personal braucht. Im Übrigen, Herr Kollege Dr. Naas, finde ich es gut, wenn Sie sagen, wir bräuchten für den öffentlichen Verwaltungsbereich dort mehr Personal, um das umzusetzen; denn das war immer wieder die Debatte, was wir als Land sagten, umsetzen zu wollen – dafür braucht es eine starke und schlagkräftige Verwaltung. Dass wir uns da jetzt einig sind, finde ich sehr gut.

(Beifall SPD und Janine Wissler (DIE LINKE) – Zuruf)

Aber, liebe Kollegin Müller: Ja, das war Ihr Koalitionspartner, der jetzt seit zwei Jahrzehnten dafür gesorgt hat, dass Hessen Mobil personell so aussieht, wie es aussieht. Bei unseren Haushaltsanträgen in den letzten Jahren – da waren Sie dann mit dabei –, wenn es darum ging: „Wir brauchen, um Hessen Mobil zu einem modernen Mobilitätsdienstleister weiterentwickeln zu können, auch das personelle Know-how“. Raten Sie einmal, wer es immer abgelehnt hat. An unseren Stimmen ist es nicht gescheitert, ganz im Gegenteil. Nachher zu sagen, Hessen Mobil sei im Moment nicht in der Lage, das an neuen Aufgaben zu bewältigen, liegt ein Stück weit an Ihrer Politik der vergangenen Jahre. Es ist richtig, wenn wir dort eine Veränderung vornehmen. Mit unseren Anträgen wären wir schon längst auf diesem Weg, auch im Bereich des Radverkehrs.

Die Strukturveränderungen bei Hessen Mobil in den nächsten Jahren geben uns doch die Chance, aus dieser Mobilitätsverwaltung einen Mobilitätsdienstleister hinzubekommen, wie wir ihn uns vorstellen. Bundesfernstraßenverwaltung und all diese Veränderungen, die wir da haben – da wäre es doch notwendig und richtig, dort auch hart beim Thema Radverkehr mit reinzugehen. Dafür brauche ich auch konkrete Kompetenzen, und ja, wir finden, dass diese Kompetenz zugunsten des Landes bei den Radschnellwegen mit eine der wesentlichen Regelungen ist, um diese Debatten mit Leben zu füllen. Deswegen unterstützen wir diesen Gesetzentwurf.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich will Ihnen auch als Opposition entgegenrufen, dass Sie uns an Ihrer Seite haben, wenn Sie sagen, dass es hierfür Personal braucht, damit Sie es bei Hessen Mobil auch entsprechend hinbekommen. Wie gesagt, an uns ist es in den letzten Jahren nicht gescheitert, wir brauchen sozusagen das Know-how, weil die Planung, aber auch nachher der Betrieb und die Unterhaltung – es gab schon ein paar Beispiele, auch wenn bei der Stadt Steinbach der wertvolle Grund und bei Oberursel dann nur noch der Grund beschrieben wurde, Herr Naas – tatsächlich Kompetenzen sind, die notwendigerweise auch in den Bereich des Landes gehören, damit wir wegkommen von einer Flickschus-

terei und die überörtlichen Wege, so wie wir es in anderen Mobilitätsbereichen haben, auch landesseitig mit organisieren können. Der Radverkehr muss und soll vorankommen. Da sind wir uns mit einer Ausnahme einig, das ist gut so.

Wir sind uns alles andere als einig, wir finden aber, dass das Thema Radschnellwege als Landesaufgabe ein Mosaikstein dabei sein kann. Deswegen sollte man das mit einem solchen Gesetzentwurf mit regeln. Da wir noch eine dritte Lesung haben, diskutieren wir noch einmal im Ausschuss darüber und können gerade in dieser Debatte – da kam auch aus Wiesbaden, die seien personell so dünn aufgestellt, dass sie das gar nicht so hinbekommen könnten; auch Sie haben in der ersten Lesung schon gesagt, das gehe gar nicht, Hessen Mobil sei so ausgedünnt – einmal politische Antworten finden, wie wir es so hinbekommen, dass wir auch wirklich etwas auf die Straße bekommen. Für all das haben wir Gelegenheit mit der dritten Lesung. Daher brauche ich die zehn Minuten nicht ganz auszureizen und freue mich auf den Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen der Fraktionen? – Frau Wissler.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Müller, was ich teile von dem, was Sie gesagt haben, ist durchaus das Erstaunen über – ich nenne es einmal so – die neue FDP, die sich jetzt für Radwege und mehr Personal im öffentlichen Dienst einsetzt. Ich musste mir auch heute Morgen bei der Rede von René Rock mehrfach die Augen reiben, als er sagte, es gehe immer nur ums Geld, und sich darüber beschwert hat, dass die Wirtschaftslobby einen zu großen Einfluss habe.

(Zuruf Freie Demokraten)

– Alles gut. – Was Frau Kollegin Müller und mich unterscheidet, ist, dass ich viel besser mit dieser neuen FDP umgehen kann, mit diesen Gemeinsamkeiten klarkomme und die eigentlich ganz gut ertragen kann.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, SPD und Freie Demokraten)

Wir haben gestern Seite an Seite gemeinsam für die Unterstützung der Eltern demonstriert. Von daher habe ich damit überhaupt kein Problem. Deswegen vorweg: Wenn die FDP kluge Sachen in den Landtag einbringt, dann stimmen wir dem zu. Deswegen werden wir auch dem Gesetzentwurf zustimmen – heute noch nicht, weil es die zweite Lesung ist, aber in der dritten Lesung werden wir dem zustimmen. Ich würde sagen, auch wenn es teilweise ein bisschen verwundert und erstaunt: Umfallen ist ja nicht ganz schlimm, wenn es in die richtige Richtung ist. – Daher würde ich sagen, kann man die positiven Dinge auch aufnehmen.

(Vereinzelter Beifall DIE LINKE und Freie Demokraten)

Vielleicht mag es auch daran liegen, dass sich die FDP-Fraktion personell verändert hat. Auch das kann dazu beigetragen haben.

(Zurufe)

Zur Sache selbst. Die meisten Anzuhörenden waren sich in der Anhörung einig, dass eine Baulast des Landes grundsätzlich eine Erleichterung bzw. Beschleunigung der Radschnellwege bedeuten könnte. Deswegen ist es auch richtig, die Ressourcen bei Hessen Mobil zu hinterlegen. Die Umstrukturierung, die übrigens auch 2020/21 ansteht, also der Wegfall der Autobahnen, könnte auch genutzt werden, sich hier stärker einzubringen.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Sie hatten es zu sagen vergessen, deswegen sage ich, auch in Ihrem Namen, dass es eine Möglichkeit ist, Hessen Mobil umzustrukturieren.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Heiterkeit Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Daher ist die Idee, Radwege zum Land zu holen und eine Landesplanung zu machen, total richtig. Wir wissen, dass bei kaum einem Verkehrsträger die Qualität der Strecke so entscheidend für ihre Attraktivität ist wie bei den Radwegen – und bei kaum einem Verkehrsträger ist die Qualität dermaßen schlecht, auch das muss man sagen; denn die Frage, ob man auf das Rad steigt oder nicht, hängt damit zusammen, ob es gute Radwege gibt. Es gäbe noch einiges andere wie sichere Abstellboxen an den Bahnhöfen, bessere Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV. Es gibt ja den einen oder anderen, der durchaus sagen würde – –

(Das Abgeordnetenpult von Janine Wissler (DIE LINKE) wird im Vorbeigehen versehentlich beschädigt.)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Frau Wissler, ich möchte nur festhalten, dass das an Ihrer Fraktion liegt – das ist nicht der Landtag. Randalen bei den LINKEN. – Sie haben das Wort.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Ich repariere meinen Tisch dann später. – Viele würden wohl mit dem Rad zur Arbeit pendeln, aber vielleicht nur eine Strecke. Deswegen brauchen wir verbesserte Möglichkeiten bei der Fahrradmitnahme im ÖPNV. Aber in der Regel ist es eben so, dass die Straßen mit Radwegen oftmals sehr stark an die Autostruktur angepasst sind.

(Das Abgeordnetenpult von Janine Wissler (DIE LINKE) wird teilweise demontiert und aus dem Saal getragen. – Heiterkeit Janine Wissler (DIE LINKE))

– Entschuldigung.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Sie müssen länger reden, es dauert noch.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Ich rede jetzt so lange, bis mein Tisch repariert ist.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Sechs Minuten bin ich noch ruhig, danach aber nicht mehr. Sie haben noch immer das Wort.

(Heiterkeit Janine Wissler (DIE LINKE))

Janine Wissler (DIE LINKE):

Es tut mir leid. – Ja, wir reden über die Infrastruktur. Der Gedanke von Radschnellwegen ist eben, die Fahrradverbindungen schneller zu machen, dass es weniger Hindernisse gibt, weniger Anhaltezwänge, ein flaches Profil und generell einen guten Ausbaustandard. Da muss ich allerdings sagen, dass es in Hessen sehr langsam vorangeht, Herr Minister.

Ich habe mir jetzt noch einmal Ihre Presseinformation von dieser Woche angeschaut. In den Jahren 2016 bis 2019 wurde der Neu- bzw. Ausbau von insgesamt 17,2 km Radwegen im Zuge von Landesstraßen fertiggestellt – also in drei Jahren 17,2 km Radwege angesichts von 7.000 km Landstraßen, die wir haben. Ich glaube, dass wir uns da sogar einig sind, dass Sie, wenn es in dem Tempo weitergeht, dann schon noch ein paar Jahrzehnte hier etwas tun müssten.

(Minister Tarek Al-Wazir: Dann habe ich noch viel Zeit!)

36,3 km Radwege an Landstraßen wurden saniert – ich glaube, auch in den drei Jahren. Acht fertiggestellte Radwegeprojekte mit einer Gesamtlänge von 9 km waren Teil der Sanierungsoffensive – also 9 km. Ich sage das jetzt einmal so, nur um das zu übersetzen: Diese Strecke fährt ja der nicht einmal sehr schnelle Radfahrer in einer halben Stunde. Ich würde da mit aller Vorsicht sagen: Da gibt es doch noch eine ganze Menge Optimierungsbedarf. Das könnte schon deutlich schneller werden. Wenn wir in dem Tempo weitermachen – 17,2 km in drei Jahren –, dann wird es noch sehr lange dauern, bis wir wirklich ein Fahrradland Hessen sind, was Schwarz-Grün vor fünf Jahren sehr vollmundig ausgerufen hat, meine Damen und Herren.

Sie haben die Nahmobilität und die Radwegeoffensive ausgerufen, aber die Radfahrerrealität ist in diesem Land immer noch ziemlich trist. In den vielen Orten enden die Radwege im Nichts. Wir reden heute nicht über die kommunalen Radwege in den Innenstädten. Da haben wir natürlich ein riesiges Problem; das will ich nur ansprechen. Es gibt wohl kaum jemanden, der sagt: Wir wollen keine Radwege in den Innenstädten ausbauen. – Aber in den Innenstädten haben wir ein Platzproblem.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gibt niemanden?)

– Ja, es gibt kaum jemanden; es gibt schon jemanden. – Aber ich wollte damit jetzt sagen: Viele sind dafür, die Radwegeinfrastruktur auszubauen. Nur, da man in den Innenstädten nun einmal über bebaute Gebiete redet und man Häuserzeilen nicht einfach einmal um 3 m nach hinten verschieben kann, ist das am Ende wieder einmal eine Verteilungsfrage; denn wer mehr Platz für Radwege haben möchte, der muss eben auch sagen, wo man den Platz hernimmt. Dann muss man aus zweispurigen Straßen vielleicht auch einmal eine einspurige Straße machen und den Autos entsprechend Platz wegnehmen oder Parkplätze in den Innenstädten abbauen. Das muss man dann einfach deutlich machen.

Aber heute geht es nicht um die Innenstädte, sondern vor allem um die Landstraßen. Da brauchen wir die überörtlichen Wald- und Feldwege, dass eben nicht jede Kommune nur bis zur Stadtgrenze plant, sondern wir auch überörtliche Verbindungen haben.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass es auch um die Frage von einheitlichen Standards geht. Es ist schon so, dass eine Fahrradinfrastruktur mehr als ein bisschen weiße Farbe und eine gestrichelte Linie auf der Fahrbahn ist. Fahrradinfrastruktur bedeutet im besten Fall, dass es baulich abgetrennt ist, dass es nicht alles nur an den Straßen orientiert ist, sondern dass es auch eine eigene Verkehrsinfrastruktur zum Radfahren gibt. Wie eine wirklich gute Infrastruktur für Fahrräder aussieht, kann man sich in den Niederlanden oder in Dänemark anschauen – das wird ja immer wieder zitiert. Das ist eine Infrastruktur, in der Menschen ohne Sorge Fahrrad fahren können, wo Eltern ihre Kinder aufs Fahrrad setzen können und keine Angst haben müssen, und wo Seniorinnen und Senioren auch ungeübt Radfahren können, ohne dass sie Angst haben müssen, in Haaresbreite von Autos überholt zu werden.

Genau das müssen wir schaffen. Wenn wir eine Verkehrswende hinbekommen wollen, dann muss das Fahrrad dabei auch eine Rolle spielen. Das ist nicht der alleinige Bestandteil. Deswegen ist es sinnvoll, dass wir hier auch beim Thema Landesradwege vorankommen. In NRW – es ist ja heute sehr beliebt, auf die anderen Seiten von Flüssen und die anderen Bundesländer zu schauen – hat man sich schon vor vier Jahren auf den Weg gemacht und sogenannte Radschnellverbindungen des Landes geschaffen. Das heißt, in anderen Ländern ist das durchaus möglich.

Es wäre konsequent und sinnvoll, wenn Radwege mit überörtlicher Bedeutung als Landesradwege geschaffen werden würden, wenn sie aus einer Hand geplant würden. Dazu brauchen wir Personal. Das haben Sie zum Teil auch gemacht, Herr Minister. Dazu brauchen wir eine einheitliche Planung, und dazu brauchen wir einheitliche Ausbaustandards. Deswegen hätten wir dem Gesetzentwurf heute zugestimmt. Wir werden ihn heute nicht verabschieden. Deswegen stimmen wir dem Gesetzentwurf in der dritten Lesung zu. Wir halten das für eine richtige Initiative. Dann würden wir wenigstens einmal ein kleines Stück bei dem Thema Fahrradland Hessen vorankommen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Wissler. – Für die Landesregierung hat Staatsminister Al-Wazir das Wort.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich geht es um die Radschnellverbindungen. Aber wir haben jetzt hier eine globale Debatte über das Rad; dann machen wir das auch.

Ich will das Positive einmal am Anfang erwähnen. Ich glaube immer noch an das Gute im Menschen. Die FDP will Radwege – das finde ich super. Da hat sich durchaus etwas verändert. Ich kann mich noch daran erinnern, wie

sich mein verehrter Vorgänger, Florian Rentsch, bei der Haushaltsrede zum Haushalt 2015

(Ministerin Angela Dorn: Ich auch!)

gefühlte Hälfte seiner Redezeit über diesen Ansatz Nahmobilität im Einzelplan 07 lustig machte, weil er gesagt hat: Was ist denn das für ein Verkehrsminister, der sich ums das Zu-Fuß-Gehen kümmert?

Ich glaube, inzwischen haben mehr Leute verstanden, dass sehr viele Wege in der Stadt, in der Gemeinde – übrigens jeder Autofahrer ist auch für ein paar Schritte Fußgänger, jedenfalls bis zu seinem Auto – zu Fuß zurückgelegt werden

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das hat er danach sofort wieder vergessen!)

und Intermodalität wirklich mit dem ersten Schritt beginnt. Das bedeutet: Nahmobilität hat etwas mit dem Zu-Fuß-Gehen zu tun und vor allem natürlich auch mit dem Fahrradfahren. Wenn man weiß, dass das Gros aller Wege unter 5 km beträgt, dann geht das meistens sogar noch schneller, als wenn man zum Auto geht, losfährt, einen Parkplatz sucht und wieder aussteigt – mit allem, was dazugehört. Wir haben da also eine große Chance in den Städten. Auf dem Land ist es teilweise anders; es kommt immer auf die Entfernung an. Dazu komme ich gleich noch.

Das Zweite ist die Pressekonferenz – das ist auch schon angesprochen worden –, die ich am Montag gemeinsam mit Herrn Riegelhuth, dem Präsidenten von Hessen Mobil, Herrn Schell, dem Bürgermeister von Biebesheim, und Frau Jäger, der Ersten Kreisbeigeordneten im Landkreis Offenbach, gegeben habe. Wir haben da einfach einmal gesagt, wie wir am Ende zusammenarbeiten wollen; denn es geht zwar auch um Radschnellverbindungen, die überörtlich sind. Aber es ist auch gesagt worden: 88 % aller Radwege sind in den Kommunen. Die müsste man übrigens auch mit den Radschnellverbindungen verbinden – im wahrsten Sinne des Wortes –, sonst funktioniert das nicht. Wir wollen 244 Millionen € bis 2024 investieren – aus Bundes- und Landesmitteln, zum überwiegenden Teil aus Landesmitteln. Allein in diesem Jahr stehen 44 Millionen € für Investitionen in Radwege im Land bereit.

Wir werden insgesamt 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die sich vor allem in der neuen Taskforce Radmobilität bei Hessen Mobil mit der Frage der Planung beschäftigen. Zwei Personen von ihnen beschäftigen sich mit der Frage, wie die Kommunen an Fördermittel kommen. Sie machen sozusagen Beratung mit allem, was dazugehört. Dazu gibt es noch bei uns im Ministerium zwei Personen, die ebenfalls in der Koordination des Ganzen tätig sind. – Sie sehen also: Am Geld soll es nicht mangeln, und am Personal mangelt es bald auch nicht mehr.

Jetzt ist die spannende Frage: Warum dauert manches so lange? – Das hat etwas damit zu tun – ich will jetzt nicht in alten Wunden bohren –, dass nichts vorlag. Beim Radweg ist das so: Er ist im Zweifel bei der Planung sogar komplizierter als die Autobahnbrücke. Das fällt einem auf den ersten Blick nicht direkt auf. Statisch ist es sicherlich ganz anders. Aber wenn Sie eine Autobahnbrücke ersetzen – sagen wir einmal, an der A 3 bei Limburg – und auf beiden Seiten die Fläche schon der Bundesrepublik Deutschland gehört, dann müssen Sie nicht lange mit Grundstückseigentümern verhandeln, sondern Sie brauchen ein Planfeststellungsverfahren mit allem, was dazugehört. Aber 10 km

Radweg können 20 verschiedene Landwirte bedeuten. Das ist dann der Punkt, wo wir über die Frage diskutieren: Wie bekommen wir das hin, die Planungen am Ende zu beschleunigen?

Deswegen ist klar: Wir haben die Projekte der Sanierungs-offensive, die noch nicht fertiggestellt sind, die in unterschiedlichen Phasen der Bearbeitung sind, vom Baurecht, das schon vorliegt, bis hin zum Beginn der Planung. Wir haben 40 weitere Radwegeprojekte identifiziert, von denen wir sagen, dass die Kommunen sie planen können, gegen Kostenerstattung durch das Land. Das ist ganz wichtig. Wenn das Baurecht fertig ist, dann wird Hessen Mobil das übernehmen. 17 von diesen Kommunen haben schon – Stand: letzter Montag – die erforderliche Verwaltungseinbarung geschlossen.

Jetzt will ich an dieser Stelle erklären, was das mit den Radschnellverbindungen zu tun hat. Als vor fünf Jahren Prof. Follmann von der Hochschule Darmstadt mit der Idee kam, die Radschnellverbindung Darmstadt–Frankfurt zu bauen, habe ich gesagt: Tolle Idee, das setzen wir jetzt um. – Dann ist natürlich die erste Sache: Wenn du ein Vorhaben hast, brauchst du einen Vorhabenträger. Wir sind dann auf die Suche gegangen und haben geschaut: Wer ist dabei? – Ich will an dieser Stelle noch einmal ein Dankeschön sagen – das war ein ziemlich kurzer Dienstweg – an die damalige Erste Beigeordnete im Regionalverband Frankfurt Rhein-Main, Birgit Simon, und Bürgermeister Ockel aus Kelsterbach, der an dieser Stelle gesagt hat: Das machen wir. – Damit ist klar: Das Land bezahlt den allergrößten Teil, aber die Planung läuft vor Ort.

Am Anfang musste man erst einmal erklären: Was ist eine Radschnellverbindung? – Daher kommt übrigens das Wort Radautobahn, was ja eigentlich verrückt ist. Aber weil das Prinzip den Leuten bekannt ist, ist es einfach zu erklären: relativ breit, breiter als eine normale Straße, möglichst keine Kreuzungen und mit allem, was dazugehört. Am Anfang war es ziemlich schwer, in sieben Stadtverordnetenversammlungen – von Darmstadt bis Neu-Isenburg – über die Frage zu diskutieren: Wie funktioniert das?

(Zuruf: Aber in Darmstadt ging das!)

– Ja, in Darmstadt war alles einfach, das ist klar; aber dazwischen – das ist jetzt die spannende Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Als wir die Planung fertig hatten und wussten, wo es entlanggehen soll, erinnere ich mich noch daran, dass das Kolleg der Stadthalle in Langen proppenvoll war. Vertreterinnen und Vertreter aus allen Kommunen waren da und haben auf einmal gesagt: Wann geht es denn endlich los? – Das ist genau der Vorteil. Wenn vor Ort ein Bürgermeister auf den örtlichen Landwirt zugeht und sagt: „Hör mal zu, wir brauchen soundso viele Quadratmeter von deinem Grund; wir tauschen und schauen mal, wie wir das hinkriegen“, dann ist das eine völlig andere Sache, als wenn von Hessen Mobil ein Brief kommt nach dem Motto: „Wir planen da irgendetwas, und wir brauchen nach Grundbucheinsicht soundso viel von Ihrem Grundstück“. – Entschuldigung, aber da sind dann bei manchen gleich Dollarzeichen in den Augen.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Das ist manchmal so, Herr Dr. Naas. Sie waren doch Bürgermeister, Sie kennen das. Sie als Bürgermeister sind

doch auch auf die örtlichen Landwirte zugegangen und haben gesagt: Kommt einmal her und schaut, wie wir das hinbekommen. – Diese Kompetenz vor Ort, die Nähe der Kommunikation vor Ort, führt dann manchmal dazu, dass es schneller vorangeht, als wenn man zentralisiert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Naas, Sie wollen – das ist das Problem, deswegen sind wir am Ende gegen diesen Gesetzentwurf –, dass wir das zentralisieren.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Nein!)

Ich bin davon überzeugt, dass das Land den Großteil dieser Mittel zur Verfügung stellen muss, damit gebaut wird, dass aber örtliche Kompetenz und Einbindung von Kenntnissen der Menschen vor Ort am Ende dazu führen, dass es schneller geht, als wenn man versucht, es zentral zu regeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Astrid Wallmann (CDU))

Herr Dr. Naas, Sie haben die Anhörung angesprochen. Na ja, sagen wir es einmal so: Manche haben sich nicht so geäußert. Ich kann mich noch erinnern, weil Sie den Zweckverband Raum Kassel angesprochen haben: Das war ganz anders, wie sich der Herr Bachmann da geäußert hat. Wenn wir sehen, dass in dieser vergleichsweise kurzen Zeit seit der ersten Idee Darmstadt–Frankfurt inzwischen 42 Korridore identifiziert wurden, woran wirklich vor Ort gearbeitet wird, wo wir als Land Qualitätsstandards, Musterlösungen, landesweite Identifizierungen von Korridoren vorgenommen haben und wo Praktiker vor Ort – Regionalverband Frankfurt Rhein-Main, Zweckverband Raum Kassel – dabei sind, zu planen und zu bauen, dann glaube ich schon, dass das am Ende funktioniert.

Ich habe die Verknüpfung zu diesen 88 % Radwegen in den Kommunen angesprochen. Natürlich muss man das koordinieren. Ich will es Ihnen an dem Beispiel Frankfurt–Darmstadt noch einmal sagen. Der gerade Weg fährt an der S-Bahn entlang. Er würde aber dazu führen, dass man diesen Radschnellweg am Ende nicht durch bestimmte Kommunen legt. Die Anbindung der Kommunen ist ein kleiner Umweg; er wird aber nach allen Untersuchungen dazu führen, dass ihn viel mehr Leute nutzen.

Auch da gilt: Die Pedelecs, die E-Bikes haben auf einmal ganz andere Entfernungen möglich gemacht, z. B. auch das Berufspendeln mit dem Fahrrad. Aber die wenigsten werden von Darmstadt nach Frankfurt mit dem Fahrrad fahren. Es werden viele z. B. von Egelsbach nach Darmstadt, von Neu-Isenburg nach Frankfurt oder von Neu-Isenburg und Egelsbach nach Langen fahren. Es wird am Ende eine Teilnutzung geben. Das genau ist der Unterschied zu einer Landesstraße, die wirklich dem überörtlichen Verkehr dient. Das wird bei vielen Radschnellwegen auch so sein, aber viele werden eben nur bestimmte Stücke davon nutzen. Deswegen muss man das in das örtliche Netz einbinden. Deswegen ist da aus meiner Sicht Zentralität der falsche Ansatz.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will einen letzten Punkt nennen, der wichtig ist. Wir haben in Hessen ein sehr gutes Netz von Radfernwegen. Da merkt man übrigens auch langfristige Entwicklungen. Das war etwas, das ging nahtlos – davon waren beide begeistert, Lothar Klemm und Dieter Posch –, das kann sich wirklich sehen lassen, wenn man sich das landesweit an-

schaut: R 1 bis R 9. Dazu kommen jetzt die Themenrouten, z. B. der Radweg Deutsche Einheit oder der Iron Curtain Trail entlang des Grünen Bandes der ehemaligen inner-deutschen Grenze.

(Zuruf: Es gibt auch den Fahrradweg in der Rhön!)

Wir haben aber natürlich in den Kommunen noch viel zu tun. Wir werden sie weiterhin stark unterstützen: mit Machbarkeitsstudien, mit Planung, mit Bau und mit Förderung in Höhe von bis zu 90 % der Kosten. Höher kann ein Fördersatz kaum liegen, wenn man nicht gleich alles bezahlt. Ich bin überzeugt davon, dass das funktioniert.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Wir haben in Kassel die Radwege nach Baunatal, Vellmar, Kaufungen, Helsa. Wir haben auch grenzüberschreitende Projekte, etwa von der Bergstraße in Richtung Baden-Württemberg oder von Hanau nach Aschaffenburg.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Staatsminister Al-Wazir, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Vielen Dank, ich bin auch gleich am Ende meiner Rede. – Weiterhin gibt es ein Radwegprojekt von Wiesbaden nach Mainz. Wir haben eigentlich kein Problem bei den Zuständigkeiten oder den rechtlichen Regelungen. Es geht um die Rahmenbedingungen.

Ich will auch der Sozialdemokratie eine Freude machen und zitiere Gerhard Schröder: „Hinten sind die Enten fett.“ Es geht darum, jetzt die richtigen Planungen auf den Weg zu bringen. Am Ende wird es dazu kommen, dass natürlich, wenn die Planungen auf dem Tisch liegen, aus dem Baurecht auch Bau wird; denn verrückterweise – das ist bei Radwegen nicht anders als bei Autobahnen – ist die Bauphase meistens die kürzeste.

Insofern geht es aus meiner Sicht darum, alles zusammen so zu verbinden, dass wir alle in die Verantwortung nehmen, um die bestmöglichen Ergebnisse zu bekommen. Ich freue mich darauf, dass wir bei der dritten Lesung über andere Sachen reden und uns überlegen können, was die globale Radverkehrsdebatte ist. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Al-Wazir. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit sind wir am Ende der zweiten Lesung angekommen und überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen.

Dann kommen wir zu den **Tagesordnungspunkten 7 und 8:**

**Zweite Lesung
Gesetzentwurf**

Fraktion der Freien Demokraten

**Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung
– Drucks. 20/2753 zu Drucks. 20/782 –**

**Zweite Lesung
Gesetzentwurf**

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung
– Drucks. 20/2754 zu Drucks. 20/1645 –**

Änderungsantrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucks. 20/2849 –

Die Berichterstattung für beide Gesetzentwürfe hat der Kollege Eckert. Bitte schön.

Tobias Eckert, Berichterstatter:

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen SPD, Freie Demokraten und AfD bei Enthaltung der LINKEN, den Gesetzentwurf Drucks. 20/782, den Entwurf der Freien Demokraten, in zweiter Lesung abzulehnen.

Derselbe Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Berücksichtigung des Änderungsantrags in zweiter Lesung anzunehmen – mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD gegen die AfD bei Enthaltung der Freien Demokraten und der LINKEN.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank. – Als Erster hat sich der Abg. Lenders von den Freien Demokraten zu Wort gemeldet.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist sehr schön, dass wir uns wie eben in der Debatte bei Sachfragen gar nicht so weit auseinanderbewegen. Bei der Typengenehmigung, die wir im Rahmen der Hessischen Bauordnung auf den Weg bringen wollen, ist das nicht viel anders.

Am Ende geht es darum, dass sich Menschen mit Wohnraum versorgen können, der durch ein vernünftiges Verhältnis zwischen ihrem Einkommen und den Kosten für das Wohnen gekennzeichnet ist. Es geht darum, dass Menschen frei entscheiden können, wie sie wohnen wollen: im Altbau, in der Eigentumswohnung oder in der Mietwohnung. Es geht darum, dass den Menschen genügend Freiheit bleibt, den Rest ihres Lebens so zu gestalten und ihr Einkommen dafür einzusetzen.

(Beifall Freie Demokraten)

Diesem Zweck wollen wir mit der Typengenehmigung ein Stückchen näher kommen. Die Bauindustrie in Hessen steht im Moment noch gut da. Aber schon gibt es die ers-

ten Anzeichen, dass eine konjunkturelle Delle droht. Das sieht man an dem Rückgang der Baugenehmigungen. Gerade jetzt wäre es wichtig, der Bauindustrie Impulse zu geben; denn die Bauindustrie kann durchaus eine Stütze in der drohenden Wirtschaftskrise sein.

Ich habe eben gesagt, dass wir an der Stelle gar nicht so weit auseinander sind. Das zeigen auch andere Länder, z. B. Rheinland-Pfalz, wo die Freien Demokraten zusammen mit den GRÜNEN und der SPD ein ähnliches Projekt verabschiedet haben. In Schleswig-Holstein waren das CDU, Freie Demokraten und GRÜNE. Deswegen haben wir, als wir unseren Gesetzentwurf nach guter und reiflicher Überlegung und mit Blick auf die letzte Evaluierung der Hessischen Bauordnung eingebracht hatten, vielleicht etwas länger als die Sozialdemokraten gebraucht, bis wir gesagt haben: Die Typengenehmigung stellt den richtigen Weg dar. Daher habe ich nicht ganz verstanden, warum wir uns jetzt unbedingt mit zwei Gesetzentwürfen auseinandersetzen müssen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich habe dafür auch eine gewisse Erklärung. Nichtsdestotrotz ist es das gute Recht, getrennte Wege zu gehen und zwei Gesetzentwürfe, die zumindest mit Blick auf die Typengenehmigung inhaltlich nahezu identisch sind, beraten zu können.

Zu den Änderungen: Unser Änderungsantrag zum Entwurf von CDU und GRÜNEN geht in die gleiche Stoßrichtung wie derjenige der regierungstragenden Fraktionen. Warum man zwei parallele Wege gegangen ist und sich nicht hat darauf verständigen können, wie bei der ersten Novellierung der Hessischen Bauordnung zusammenzugehen, ist wahrscheinlich der Politik geschuldet, aber nicht in der Sache begründet.

Ich will auch sagen: Die Typengenehmigung wird nicht die Welt aus den Angeln heben. Sie wird nicht dazu beitragen, dass am morgigen Tag das Problem am Wohnungsmarkt gelöst ist. Wer das glaubt, würde sich einer Illusion hingeben. Sie ist ein Mosaikstein. Sie wird erst dann richtig interessant, wenn das länderübergreifend möglich ist, wie es die Bauministerkonferenz vorgeschlagen hat, wenn wir flächendeckend in Rheinland-Pfalz, in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen und weiteren Ländern diese Typengenehmigung möglich machen. Das allein wäre Grund genug, das auch in Hessen zu tun, damit sich Potenziale überhaupt entwickeln können.

(Beifall Freie Demokraten)

Deutschland braucht rund 400.000 Wohnungen jährlich. Daher ist es mit Sicherheit richtig, etwas länderübergreifendes auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, zu den Potenzialen, die in der seriellen Vorfertigung liegen: Bei der Vorfertigungstiefe können wir wahrscheinlich heute noch gar nicht abschätzen, welche Potenziale noch zu heben sind.

Ich nenne z. B. den Holzbau. Auch er kann mit Blick auf die Typengenehmigung tolle Impulse liefern. Wir sind bei der letzten Evaluierung gemeinschaftlich den Weg gegangen, den Holzbau etwas stärker zu fördern. Auch da waren wir zur interfraktionellen Zusammenarbeit bereit. Hierbei kann uns die Typengenehmigung deutliche Impulse geben.

Denken Sie an die Zeit der Flüchtlingskrise, als wir ganz schnell relativ einfache Wohnformen möglich gemacht haben – Stichwort: Container. Eine Typenbaugenehmigung hätte hierbei noch viel schneller Impulse gegeben und hätte es viel schneller möglich gemacht, entsprechende Unterkünfte zu erstellen. Das gilt aber desgleichen auch für öffentliche Bauten. Kitas z. B. könnten in einer solchen Bauweise relativ schnell und preisgünstig erstellt werden.

Die Frage ist also: Warum machen wir das? Es sollte länderübergreifend sein. Wir wollen schnell günstigen Wohnraum erstellen. Kosten sollten möglichst optimiert werden. Bürokratie und die nötige Zeit sollten reduziert werden, um schneller voranzukommen und um dazu beizutragen, die Probleme am Wohnungsmarkt zu lösen.

Meine Damen und Herren, zu den Vorwürfen, die zur Typenbaugenehmigung gemacht werden: Sehr schnell ist von Plattenbauten die Rede. Jedes Typenhaus lässt sich individuell ausgestalten. Bloß, weil es eine serielle Vorfertigung gibt, sollte man den Menschen keine Angst machen, dass wir wieder zu Plattenbauten wie in den Fünfziger- oder Sechzigerjahren kommen. Wir haben heute Möglichkeiten, durch Architekturwettbewerbe auch solche seriell vorgefertigten Baumodule so individuell dastehen zu lassen, dass sie der Kultur der Architektur durchaus Rechnung tragen.

Ich gehe davon aus, dass der Typenbau in Hessen – nicht heute, aber morgen, wenn wir den Gesetzentwurf beschließen – eine breite parlamentarische Mehrheit finden wird. Ich finde, das ist eine gute Botschaft – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Lenders. – Als Nächster hat sich der Abg. Kasseckert von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

Heiko Kasseckert (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Grunde nach gibt es den Ausführungen zur Architektur, die Herr Lenders eben in Bezug auf die Typenbaugenehmigung vorgetragen hat, eigentlich nichts hinzuzufügen. Ich will auch deutlich sagen, dass wir heute gemeinsam einen Schritt in die Richtung gehen können, dass wir Bauen beschleunigen, dass wir Bauen etwas erleichtern und kostengünstiger machen. Die Typenbaugenehmigung ist ein Schritt dorthin, der für uns – das will ich auch einräumen – 2017, als wir die Novellierung der Hessischen Bauordnung unternommen haben,

(Zuruf: 2018!)

zu dieser Zeit aufgrund der Ergebnisse aus der Anhörung nicht so wesentlich war, dass wir es wieder in die Hessische Bauordnung aufgenommen hätten. Wir hatten es schon einmal drin. Damals war die Situation noch etwas anders.

Inzwischen haben wir immer mehr den Wohnungsdruck gespürt, sodass die Typenbaugenehmigung ein Mosaikstein sein kann, um diesen Wohnungsdruck etwas zu lindern, um Baugenehmigungsverfahren etwas zu verkürzen. Es wird nicht die große Lösung sein, die man flächendeckend ein-

setzen wird, sondern es wird an einigen Stellen das richtige Modul sein – seriell oder modular vorgefertigt –, um schneller zum Ziel zu kommen.

(Beifall CDU und Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Unruhe DIE LINKE)

– Unterhalten Sie sich doch draußen. Das macht Ihnen doch viel mehr Spaß. Sie können sich besser unterhalten, und Sie stören die Diskussion hier nicht.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Ich habe nur dazwischen eingeworfen: e i n Mosaikstein!)

Ich will auch hinzufügen, dass wir nicht für uns in Anspruch nehmen, dass wir die Typenbaugenehmigung erfunden haben. Frau Barth hatte in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen angesprochen, dass sie es erfunden habe. Die FDP hat auf ihren Gesetzentwurf hingewiesen.

(Zuruf: Die Schweizer waren es!)

– Genau. – Das war etwas überzogen. Aber richtig ist, dass wir bei der 2017er-HBO-Änderung den Punkt so noch nicht im Fokus hatten.

(Zuruf: 2018!)

– Oder 2018. – Wir wollen ihn jetzt aufnehmen.

Warum haben wir einen Gesetzentwurf gemacht? Der Grund dafür ist einfach: Wir haben dem Thema der Typenbaugenehmigung noch weitere Punkte hinzugefügt, z. B. das Thema des Mobilfunks. Das ist ein zweiter wichtiger Baustein bei dieser Gesetzesänderung. Wir wollen die Digitalisierung beschleunigen sowie den Ausbau der Digitaltechnik und der Mobilfunknetze deutlich stärker in den Fokus rücken. Hierfür haben wir die Genehmigungsfreistellung von 10- auf 15-m-Masten in die HBO aufgenommen – wohlgermerkt: als einziges Bundesland in Deutschland.

(Beifall CDU)

Wir haben uns in der Anhörung auch davon überzeugen lassen, aus Gründen der Sicherheit und der Standsicherheit die Prüfsachverständigen mit ins Boot zu nehmen, weil es auch der Logik der HBO entspricht, dass wir bei Bauwerken von über 10 m die Prüfsachverständigen mit ins Boot nehmen. Auch hierbei sind wir den Ergebnissen der Anhörung gefolgt und haben unseren Gesetzentwurf entsprechend dem ersten Änderungsantrag verändert.

Der zweite Änderungsantrag, der auf dem Tisch liegt – darauf will ich hinweisen –, ist eher redaktioneller Natur. Uns ist im Änderungsantrag ein Versäumnis bei der Reihenfolge der Nennungen unterlaufen. Er hat keinen inhaltlichen Bezug.

Als dritten und letzten Punkt haben wir aus der Anhörung aufgenommen – es ist auch wichtig, das deutlich zu machen –, dass wir in der vergangenen HBO-Änderung den Dachgeschossausbau deutlich erleichtert haben. Wir haben aber in der Praxis übersehen, dass es beispielsweise im Brandschutz im Hinblick auf die Treppenhäuser dazu einen Widerspruch gab. Ich bin dankbar für den Vortrag von Frau Zapke von der Stadt Frankfurt, der uns deutlich gemacht hat, wie sich die Änderung in der Praxis auswirkt. Deshalb war es für uns notwendig, auf diese Änderung einzugehen, weil wir das Ziel von 2018, den Dachgeschossausbau zu erleichtern, überhaupt nicht infrage stellen – ganz im Gegenteil. Wir wollen den Dachgeschossausbau auch nicht

gegen den Brandschutz abwägen. Auch hier setzen wir ein deutliches Signal, sodass wir mit der Änderung zum Thema Treppenhäuser und Brandschutz einen weiteren Schritt zur schnelleren Realisierung von Wohnraum insbesondere in Großstädten gehen können.

(Beifall CDU)

Sie hat wahrscheinlich genau wie uns ein Schreiben des Landesfeuerwehrverbandes erreicht. Ich denke, dass Herr Al-Wazir darauf noch eingehen wird. Der Landesfeuerwehrverband hatte die Sorge, dass wir mit den redaktionellen Änderungen hinsichtlich der Brandmeldeanlagen oder der Rauchmelder eine Verschlechterung schaffen. Das ist mitnichten so. Der Einsatz einer Brandmeldeanlage und eines Rauchmelders schließt sich eigentlich aus, sodass auch hier notwendig war, das aufzuklären. Herr Al-Wazir wird dazu sicher noch ein paar klärende Worte sagen.

(Minister Tarek Al-Wazir: Ich habe schon alles gesagt!)

– Na ja, gut, am Ende muss nur für uns alle klar sein: Wir wollen den Brandschutz nicht zurückentwickeln, ganz im Gegenteil: Wo es einen Widerspruch zwischen den beiden einzusetzenden Anlagen gibt – Brandmeldeanlagen oder Rauchmelder –, wollen wir Klarheit schaffen, sodass auch das geregelt ist.

Unter dem Strich ist, glaube ich, alles gesagt. Mit Blick auf die Zeit und die Diskussionen müssen wir keinen Dissens schaffen, wo keiner besteht. Ich danke für die konstruktive Beratung zu diesem Punkt. Ich glaube, dass wir damit einen Schritt weitergehen können und dass wir aufgerufen sind, immer weiter an Verbesserungen der HBO mit den Zielen der Beschleunigung, der Kostensenkung und des Entstehens von mehr neuen Wohnungen zu arbeiten. Trotz der Corona-Krise hat sich an der Notwendigkeit, den Menschen insbesondere im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, nichts geändert. Für uns wird auch über den Tag hinaus die Herausforderung sein, dafür die Grundlagen zu schaffen.

In diesem Sinne glaube ich, dass wir einen Schritt weiter sind. Wir arbeiten nun an dem nächsten Schritt, auch künftig mehr und schneller Wohnungsbau zu ermöglichen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Kasseckert. – Als Nächste hat sich die Abg. Barth von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Elke Barth (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei aller Freude, dass wir nun endlich bei den Typenbaugenehmigungen weiterkommen, muss ich jetzt doch noch ein wenig Wasser in den Wein gießen. Am Montag der vergangenen Woche hat der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen zu einem virtuellen Pressegespräch mit dem Titel „Impulse für den Wohnungsbau“ eingeladen.

Das hat sich auch gelohnt. Jürgen Lenders und Heiko Kasseckert haben auch teilgenommen, um mit den Vertretern der Branche ins Gespräch zu kommen. Erfreulicherweise – so durften wir dort erfahren – ist ein Großteil der BFW-

Unternehmen in ihrem Geschäft noch nicht von der Corona-Epidemie betroffen. Das gilt sowohl für 79 % der Bau-träger als auch für 65 % der Bestandshalter. Dort fängt es natürlich so langsam auch in einigen Bereichen zu knirschen an.

Der BFW hat auch eine Umfrage durchgeführt, an der Ende April 184 Mitgliedsunternehmen teilgenommen haben. Eine sehr deutliche Antwort gab es seitens der Bau-träger auf die Frage: Kommt es derzeit auf kommunaler Ebene zu Verzögerungen? Meine Damen und Herren, 80 % antworteten hierauf mit Ja. Auf die Frage, welche Entscheidungen das in erster Linie betreffe, war mit 38 % die häufigste Antwort: die Erteilung von Baugenehmigungen. Auf Platz 2 landete: Planungsrechtschaffung und B-Pläne.

Das zähe Ringen mit den Baubehörden hat Tradition. Meine Damen und Herren von Schwarz-Grün, warum tun Sie in diesem Bereich der Bauordnung nichts?

(Beifall SPD)

Insofern ist es wirklich unverständlich, warum Sie sich jetzt in Ihrer HBO-Novelle nur mit Mobilfunkmasten und Typenbaugenehmigungen beschäftigen. Deshalb hat die SPD schon Mitte letzten Jahres bei der vorangegangenen Novelle gefordert, verbesserte Fristenlösungen für Baugenehmigungsverfahren einzuführen.

(Zuruf: Genau!)

Sie haben sich damals viel Mühe mit der Begründung gegeben, weshalb das nicht notwendig sei, Herr Staatsminister Al-Wazir, aber das Problem ist geblieben – bzw. es hat sich noch weiter verstärkt.

(Stephan Grüger (SPD): So ist es!)

Genauso haben Sie sich geweigert, anzuerkennen, dass es eine rechtzeitige Vollständigkeitsprüfung für die Bauunterlagen geben müsste. Das ist ebenfalls eine der Forderungen, die wir beantragt hatten. Bei der rechtzeitigen Versendung des Vollständigkeitsnachweises liegt häufig das Problem. Kurz vor Schluss werden noch einmal Unterlagen nachgefordert, und schon muss die Dreimonatsfrist wieder verlängert werden.

Mein Kollege Dr. Stefan Naas hat letztes Jahr eine Kleine Anfrage zur Dauer der Erteilung von Baugenehmigungen gestellt, Drucks. 20/997, falls es jemand nachlesen möchte. Das Ergebnis, das er im Januar bekam, war niederschmetternd. Bei den Bauaufsichtsbehörden in der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Darmstadt, zu dem das Rhein-Main-Gebiet, unsere Bauboomregion, gehört, haben es gerade zwei von 18 Bauaufsichtsbehörden geschafft, im Durchschnitt unter der vorgegebenen Dreimonatsfrist zu bleiben.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Zwei, meine Damen und Herren. Was könnte schon alles gebaut werden, wenn das schneller ginge? Mittels der HBO könnten Sie darauf Einfluss nehmen.

(Beifall SPD)

Aber Sie haben in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Herrn Dr. Naas geschrieben:

Die Landesregierung kann sich dem pauschalen Urteil, dass die Erteilung von Baugenehmigungen in Hessen mitunter sehr lange dauere, nicht anschließen.

Meine Damen und Herren, die Bauwirtschaft kann sich dem sehr wohl anschließen. Ich zitiere weiter aus der Antwort:

Indes nimmt gerade die Herstellung der Vollständigkeit der Unterlagen oftmals einen großen Teil der Verfahrensdauer in Anspruch.

Ich interpretiere das so, dass nach Ihrer Meinung die Antragsteller schuld sind. Wir wissen, dass manchmal noch schnell vor dem Ende der Dreimonatsfrist Gutachten angefordert werden – ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Bei Sonderbauten gibt es keine Fristen mehr, was wir auch geändert haben wollten. Es ist wohl besser, man setzt gar keine Fristen, wenn man weiß, dass sie nicht eingehalten werden können.

Meine Damen und Herren, das sind die Probleme, weshalb Bauen in Hessen nicht schneller, einfacher und günstiger wird.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es tut mir leid, dass ich in meinem Redebeitrag so wenig über Ihre Novelle gesprochen habe,

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Wir auch nicht!)

aber was in Ihrer Novelle fehlt, bietet mehr Gesprächsstoff als ihr Inhalt, den wir ohnehin schon vor einem Jahr gefordert haben. Es gibt so viele Punkte, die in der Hessischen Bauordnung schlecht und verbesserungswürdig sind. Sie wissen, dass Sie letztes Jahr nicht nur diesen Vorschlag, sondern sämtliche Verbesserungsvorschläge der SPD abgelehnt haben. Nur noch einmal zur Erinnerung, weil das dann vielleicht Eingang in Ihre nächste Novelle findet: Kürzungen und Vereinfachungen der langen Liste an Sonderbauten, Nutzungsöffnung von Garagen auch für Fahrräder – wäre vielleicht ganz sinnvoll –, mehr Spielraum bei Gebäuden für neue Wohnformen und Regelungen für Abstellräume bei kleineren Mehrfamilienhäusern.

Ich denke, Sie können schon einmal notieren, was dann Bestandteil der nächsten Novelle wird.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, eines der Lieblingssprüche meiner Mutter lautet: Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen. – Wir freuen uns heute natürlich auch über die kleinen Schritte in dieser Novelle. Es ist erfreulich, dass Sie endlich bei den Typenbaugenehmigungen mitziehen, aber es wäre richtig gewesen – gerade jetzt –, dass wir das Bauen schneller, einfacher und günstiger gemacht hätten. Davon sind Sie leider noch meilenweit entfernt.

Herr Kasseckert, eines muss ich jetzt noch loswerden. Heute Vormittag wurde der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ihrem eigenen Gesetzentwurf verteilt. Jetzt nehmen wir den unwahrscheinlichen Fall an, dass Sie die juristische Prüfung, die dem zugrunde lag, selbst durchgeführt haben und Ihnen nicht aus dem Ministerium zugearbeitet wurde. Nehmen wir das nur einmal an. Machen Sie es doch bitte wenigstens nicht so, dass Sie uns zwei Stunden vor der Debatte einen Änderungsantrag ohne inhaltliche Begründung zuliefern. Ganz ehrlich: Ich finde, das ist eine Zumutung und keine sorgfältige Arbeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Stephan Grüger (SPD): Vor allem für eine regierungstragende Fraktion!)

Meine Damen und Herren, „nach der Novelle ist vor der Novelle“. Herr Al-Wazir, damit habe ich zitiert, was Sie bei der ersten Lesung gesagt haben. Wagen Sie doch endlich einmal den großen Wurf, um uns – übrigens auch der Baubranche – nicht ständig mit neuen kleinen Reformen zu kommen und uns damit in Atem zu halten. All diese vielen neuen Vorschriften müssen umgesetzt werden; insofern wäre es wirklich gut, wenn wir endlich einen großen Wurf wagen würden. Wir wären schon vor zwei Jahren dazu bereit gewesen, vielleicht sind Sie es bei der nächsten Novelle. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Barth. – Als Nächste hat sich die Abg. Förster-Heldmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß gar nicht so genau, wo ich anfangen soll. Ich fange einfach bei der Novelle und der Erwartungshaltung zu den Typenbaugenehmigungen an. Ich will auch darauf hinweisen, dass es von Architekten Vorbehalte gegeben hat. Architekten haben natürlich auch eigene Interessen, wie andere Lobbyisten auch. Aber auch deren Meinung wollen wir hören. Sie haben natürlich Angst davor, dass es eine Vereinheitlichung geben wird. Mit Plattenbau hat das wenig zu tun, sondern mit der Entwicklung von Stadtteilen, von Ortsteilen und auch von Gebieten im ländlichen Raum.

Ich glaube, dass wir gerade an dieser Stelle ein Augenmerk darauf legen müssen, wie wir unsere Städte und Gemeinden entwickeln. Gerade auch jetzt in Zeiten von Corona, welche noch länger anhalten werden, sind wir gezwungen, darüber nachzudenken, wie wir die Umstände für selbstbestimmtes Leben gestalten, Herr Lenders.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Was habe ich jetzt wieder verbochen?)

Ich glaube, da ist es genau richtig, dass wir nicht das ganze Rad drehen, sondern uns sukzessive in einem permanenten Prozess dem Ziel nähern, mit der Musterbauordnung des Bundes einherzugehen, damit wir nicht das haben, was heute Morgen in der Debatte aufkam, nämlich dass es links vom Rhein anders geregelt ist als rechts vom Rhein. Es geht genau darum, das zu vermeiden. Ich glaube aber nicht, dass man da mit dem großen Werkzeug herangehen kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in einem permanenten Prozess daran arbeiten müssen.

Das hat wenig mit dieser bestimmten Novelle zu tun, weil bei dieser natürlich Mobilfunkmasten die treibende Kraft waren; denn diese Änderung musste am schnellsten umgesetzt werden. Wir gehen davon aus, dass der Minister sein Wort hält, dass wir an einer größeren Veränderung der HBO im laufenden Jahr oder spätestens im nächsten Jahr beteiligt sein werden. Ein deutliches Anzeichen dafür waren auch die Teile im Sammelgesetz, die die Wohnungspro-

litik betroffen haben; Sie erinnern sich an die gestrige Debatte.

Ich will zur Schnelligkeit noch etwas sagen. Meine Kollegin, vielleicht müssten Sie sich ein bisschen mehr dem widmen, was vor Ort passiert, und nicht dem, was von Landesseite getan wird.

Wir haben vorhin bereits mitbekommen, wie diffizil es sein kann, wenn es darum geht, Radwege zu planen. Wir haben eine ganze Menge Rahmenbedingungen, die zur Baugenehmigung in Städten und Gemeinden führen müssen.

Ja, es ist richtig, die meisten Bauträger, eigentlich alle, sagen, dass es viel zu lange dauere. Ja, das ist richtig. Gehen Sie aber einmal nach Frankfurt, Offenbach oder in sonst eine Stadt. Dort kann man keinen Fachingenieur mehr für die Verwaltung bekommen. Für die Infrastrukturentwicklung hat sich ein Lokomotivführer beworben, weil dieser sich gedacht hat, dass er auch etwas mit Verkehr zu tun hat.

Ich hoffe, dass wir diesen Engpass wieder ein bisschen zurückfahren können und eine größere Stärke in die Kommunen hineinbekommen, weil auch ein ganz wesentlicher Teil daran liegt. Nichtsdestotrotz will ich das nicht schönreden. Ich glaube trotzdem, dass es total verkehrt ist – das ist meine feste Überzeugung –, in einen sehr überhitzten Immobilienmarkt noch einmal eine Geschwindigkeit hineinzubringen, indem ich Teile herausnehme, die wirklich wichtig sind, egal, ob das der Denkmalschutz, der ÖPNV oder die Berechnung von großen Kreuzungen ist. Es geht um die verschiedensten Dinge. Das ist eminent wichtig. Aus dem Bauboom der Fünfziger-, Sechziger- und Siebzigerjahre können wir lernen, dass man damals viel zu wenig darauf geachtet hat, was das in der Konsequenz für unsere Gesellschaft und für die Zukunft bedeutet.

Deswegen einerseits ja, aber andererseits glaube ich, dass wir auf Landesebene viel zu wenige Möglichkeiten haben, um das Genehmigungsverfahren vor Ort in der Kommune zu beschleunigen. Wir haben die Möglichkeit mit der Typenbaugenehmigung. Jetzt muss man ganz ehrlich sein: Was macht die Nassauische Heimstätte schon seit Jahren? – Die baut natürlich mit standardisierten Teilen ihre Gebäude. Zumindest vereinzelt gibt es Beispiele vor Ort dafür, dass ganze Kitas in Holzbauweise errichtet worden sind. Das sind alles Beispiele, die wir nicht kleinreden wollen. Das wollen wir befördern. Deshalb arbeiten wir weiter daran, die HBO zu ändern. Außerdem wollen wir aus dem lernen, was wir in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam diskutiert haben. Das wollen wir in die politische Debatte einbringen.

Ich habe mich darüber gefreut, dass meine Kolleginnen und Kollegen heute sehr staatstragende Reden gehalten haben, dass wir offensichtlich zu einer gemeinsamen Haltung kommen. In der Analyse sind wir uns in etwa einig. Auf diesem Handlungsfeld gibt es große Uneinigkeit.

Die Rede der LINKEN klingelt jetzt auch schon wieder in meinen Ohren. Ich will gar nicht so sehr darauf eingehen.

Ich will Ihnen aber eine Geschichte aus meinem Leben erzählen. Ich war nämlich letzten Sonntag mit dem Fahrrad unterwegs. Da bin ich an einem Neubaugebiet vorbeigekommen, das von der GWH, also von einem gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, errichtet wird. Da geht es um die konkrete Umsetzung dessen, was wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben. Es geht darum, Wohneigen-

tum für Bezieher geringer und mittlerer Einkommen zu ermöglichen.

Wie immer wies eine Tafel darauf hin, wer was an dieser Baustelle macht. Nebendran hing ein großes Transparent. Ich habe es fotografiert. Wen es interessiert, dem kann ich es zeigen. Darauf stand: Wir sind die, die trotz aller Auflagen und Regulierungen bezahlbare Wohnungen für alle schaffen. – Dann kommt der Ort, wo das errichtet wird. Weiter heißt es: Gegen den Mietendeckel und Regulierungswahn. Die Wohnungswirtschaft in Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Wohnungswirtschaft ist Partner der Kommunen. Deswegen bin ich der Meinung: Feines, kleines Handwerkszeug ist besser angesagt als das ganz große. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Förster-Heldmann. – Als Nächster hat sich der Abg. Schulz von der AfD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Dimitri Schulz (AfD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Um es gleich vorab zu sagen: Unsere Meinung zu Ihrem Gesetzentwurf hat sich seit Dezember nicht verändert. Da ich dieses Mal aber mehr Zeit habe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um unsere Position ausführlich zu erklären. Dazu zunächst einmal ein Überblick über die gegenwärtige Lage auf dem Immobilienmarkt und auf dem Feld der Demografie.

Die hessische Bevölkerung ist von 2014 bis 2018 um ca. 200.000 Personen gewachsen. Bei einer Wohnfläche pro Kopf von 46,7 m² im Jahr 2018 resultiert aus diesem Zuwachs ein zusätzlicher Wohnflächenbedarf von ca. 9,4 Millionen m².

Wenn man die Grundstückskosten nicht einberechnet, wäre zur Deckung dieses Bedarfs eine Bauleistung von über 28 Milliarden € zu erbringen. Eines der größten deutschen Bauunternehmen ist Züblin. Züblin erbringt den ganz überwiegenden Teil seiner Jahresleistung in Deutschland. Selbst das sind aber nur 2,7 Milliarden €.

Wer rechnen kann, der begreift: Die zehnfache deutsche Jahresleistung von Züblin wäre also erforderlich, um auch nur den Wohnflächenbedarf aufgrund des zuvor genannten Bevölkerungswachstums zu decken.

(Zuruf Angelika Löber (SPD))

Vergessen wir bitte nicht – und das will ich hier deutlich gesagt haben –: Diese steigende Wohnraumnachfrage resultiert unter anderem aus der anhaltenden Zuwanderung.

(Beifall AfD – Zurufe)

Um diese anomale Nachfrage zu decken, wollen die Regierungsfaktionen durch eine einzuführende Typengenehmigung Genehmigungsverfahren verkürzen und Kosten einsparen. Die Kollegen von der FDP haben erkannt, dass eine mangelnde Verfügbarkeit von Wohnraum zu steigenden

Mietpreisen führt. Lassen Sie mich Ihnen herzlich zu dieser Erkenntnis gratulieren.

(Beifall AfD)

Sie schlagen deshalb eine Entbürokratisierung der Baugenehmigungsverfahren vor. Eine Typengenehmigung wird von Ihnen angesehen als ein Mittel, um serielles und damit kostengünstiges sowie schnelles Bauen zu fördern.

Der Gesetzgeber hat z. B. über das genehmigungsfreie Vorhaben bzw. das vereinfachte Verfahren nach § 65 der HBO dafür gesorgt, dass man die Möglichkeit hat, schon wenige Wochen nach der Einreichung seines Antrags mit dem Bau zu beginnen. Dieser Zeitraum wird auch in der Regel für die Vergabe der Bauleistungen genutzt.

Wir können zwar deutlich beobachten, dass die eher durch kleinere Unternehmungen geprägte hessische Bauwirtschaft das wirtschaftliche und kostengünstige Bauen erfolgreich umsetzt, das der Wohnungsmarkt derzeit erfordert. Die errichteten Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser sowie die kleinen und mittleren Mehrfamilienhäuser reichen unter den gegebenen Umständen aber leider nicht zur Deckung unseres Bedarfs aus.

Bei großen Wohnanlagen hingegen gibt es ein anderes Problem. Überlegen Sie einmal, welche Faktoren hier beachtet werden müssen. Das sind die Begebenheiten eines Grundstücks, z. B. Hang oder Ebene, die Sonnenausrichtung des Baukörpers – Stichwort: Wärmeschutznachweis –, die jeweils umliegenden Bebauungen, z. B. Wohn- und Gewerbebemischgebiete, Industrie, und schließlich auch die regionalen baurechtlichen Vorgaben.

Das alles zusammengenommen ergibt eine völlig unüberschaubare Vielzahl von Typen. Diese Vielzahl wird schwerlich von einer einzigen Typengenehmigung auch mit Hunderten von Seiten erfasst werden können. Jede einzelne Änderung einer gesetzlichen Vorgabe oder auch nur ein technischer Fortschritt zieht eine Aktualisierung bzw. Neuvergabe der Typengenehmigung und somit einen noch höheren bürokratischen Aufwand nach sich als den, den wir jetzt schon haben.

(Beifall AfD)

Eine Typengenehmigung würde zudem höchstens einen Teil der bauordnungsrechtlichen Prüfung im Baugenehmigungsverfahren ersetzen. Sie dürfte z. B. wegen der objekt-spezifischen und regionalen Anpassung zumindest im frei finanzierten Wohnungsbau weder zu schnellerem noch zu günstigerem Bau führen. Wir als AfD sagen ganz deutlich: Ohne den frei finanzierten Bau zu begünstigen, wird man keine Entspannung des Wohnungsmarktes erreichen können.

(Beifall AfD)

Vielleicht wird es eine Zeitersparnis beim öffentlichen Wohnungsbau geben, der vergaberechtlichen Anforderungen genügen muss. Ob aber z. B. vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen gelobte Planungs- und Bauleistungen auch wirklich über Bietergemeinschaften zu einem qualitätsvollen und kostengünstigen Bau führen, das steht noch immer in den Sternen. Ganz zu schweigen von der Rentabilität der Rahmenverträge, die Sie vorschlagen.

Die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen stellt fest, dass der Lebenshaltungskostenindex in den vergangenen 20 Jahren um 32 % anstieg. In dieser Steigerung ist selbst-

verständlich auch die 3-prozentige Mehrwertsteuererhöhung des ersten Kabinetts Merkel enthalten. Vergleichen Sie diese 32 % mit dem Bauwerkskostenindex, der die Verschärfung in den Bereichen der Energieeinsparverordnung, des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, der Barrierefreiheit, Standsicherheit, Brand- und Schallschutz sowie Schnee-, Sturm- und Erdbebensicherheit berücksichtigt.

(Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Diesem Index zufolge sind die Baukosten für Wohngebäude im Vergleich um 65 % gestiegen. Das ist mehr als das Doppelte des Lebenshaltungskostenindex.

(Beifall AfD)

Bundeseinheitlich belief sich die Grunderwerbsteuer bis zum Jahr 2006 auf 3,5 %. In Hessen wurde der Steuersatz im Jahr 2013 auf 5 % festgesetzt und im Jahr 2014 auf 6 % angehoben.

Wenn ein bebautes Grundstück verkauft wird oder ein Grundstücks- oder ein Hausbauvertrag ein einheitliches Vertragswerk bilden, dann wirkt auch hier die Grunderwerbsteuer weiter enorm kostentreibend.

Ich betone an dieser Stelle ganz klar: Jede Entbürokratisierung und somit auch die Entbürokratisierung der Baugenehmigungsverfahren wird von der AfD nicht nur gefordert, sondern selbstverständlich auch grundsätzlich begrüßt. Wir haben uns mit Ihren Vorschlägen eingehend beschäftigt und darüber diskutiert, bevor wir eine Entscheidung gefällt haben. Wir sind nicht nur dagegen, um dagegen zu sein.

Wenn die Regierung aber das Bauen wirklich kostengünstiger gestalten möchte, dann müsste sie zuallererst und vor allem an den großen Kostenblöcken, also den vom Gesetzgeber übertrieben vorgegebenen Qualitäts- und Anforderungsänderungen sowie der Grunderwerbsteuer, ansetzen. Die AfD-Fraktion sieht derzeit keinen Sinn in einer Typengenehmigung zur schnelleren und kostengünstigeren Befriedigung der Wohnraumnachfrage.

(Beifall AfD)

Zuletzt noch ein weiterer Grund für unsere Entscheidung. Es ist fast schon eine Frechheit, dass Sie die Nutzung von Typengenehmigungen auch zur erleichterten Errichtung einer Immobilieninfrastruktur wollen. Das widerspricht nicht nur der gebotenen Normenklarheit und regionalen Vorgaben zur Höhe von baulichen Anlagen und etwaigen Orts- und Gestaltungssatzungen. Das ist aus unserer Sicht ganz klar ein trojanisches Pferd, das Sie den hessischen Bürgern unterjubeln wollen.

(Beifall AfD)

Die AfD ist die einzige Partei, die sich ganz klar auch im Ausschuss gegen 5G ausgesprochen hat. Sie hatten sechs Jahre lang Zeit für den Ausbau von 4G und haben es nicht geschafft. Jetzt wollen Sie von Ihrem Pfusch ablenken und einen wegen höherer Frequenzen noch aufwendigeren Ausbau vorantreiben. Selbst dann, wenn der Ausbau simpel wäre, bräuchte man dafür Masten in so geringen Abständen, dass es bei uns im Nachhinein aussehen würde wie in der DDR.

Schließlich kommt noch etwas anderes hinzu. Angesichts der derzeit noch völlig ungeklärten gesundheitlichen Gefährdungen durch 5G tun Sie natürlich gut daran, dieses

Thema völlig zu verschweigen in Ihrem albernem Hochglanzwerbeprospekt aus dem Wirtschaftsministerium.

(Beifall AfD)

Wir wollen dazu aber nicht schweigen. Die völlig unkritische Übernahme neuer Technologien aus Ländern wie der Volksrepublik China, wo die Gesundheit des Einzelnen bekanntlich keinen sonderlich hohen Stellenwert genießt, halten wir für völlig unverantwortlich. Dass Ihre vermeintlichen Experten zu dem Thema fast ausschließlich für Telefonanbieter arbeiten, macht sie auch nicht glaubwürdiger.

Wir haben ernste Bedenken, was 5G angeht. Dass wir mit dieser Meinung nicht alleine stehen, kann man an unseren europäischen Nachbarn sehen. In der Region Brüssel wurde der Ausbau von 5G im vergangenen Jahr restlos auf Eis gelegt, solange keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen, die die Unschädlichkeit von 5G belegen. Seither hat sich in dieser Hinsicht nichts geändert. Also werden auch wir unsere Position nicht ändern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Schulz. – Als Nächster hat sich der Abg. Schalauske zu Wort gemeldet.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man sich das angehört hat, was wir uns eben anhören mussten, könnte man auf die Idee kommen, dass es kein Wunder ist, dass bei der AfD kein Interesse an Brandschutz besteht – angesichts der Brandreden, die von rechtsaußen auf allen Ebenen gehalten werden.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Ansonsten lohnt es sich gar nicht, sich weiter mit dem Beitrag der AfD zu befassen.

Frau Kollegin Förster-Heldmann, wenn ich mir Ihre Reden anhöre, die nicht immer einen größeren Neuigkeitswert beinhalten, würde ich mir manchmal wünschen, dass es nach solchen Debatten bei Ihnen öfter klingeln würde. Ich vermisste also kein zu wenig Klingeln, sondern ich würde mir ein häufigeres Klingeln wünschen.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE)

Es ist nicht das erste Mal, dass wir über eine Neuregelung der Hessischen Bauordnung und über die Einführung einer Typengenehmigung im Plenum diskutieren. Frau Kollegin Förster-Heldmann, wenn Sie bei der Typengenehmigung von einem „feinen, kleinen Handwerkszeug“ sprechen, dann frage ich mich, ob Sie die Anhörung anders wahrgenommen haben als viele andere; denn in der Anhörung ist eindeutig herausgekommen, dass die Hoffnungen, die mit der Typengenehmigung verbunden werden, nicht besonders groß sind. Dazu will ich gleich noch einiges sagen.

Machen Sie sich keine Sorgen; ich will keine große, staatstragende Rede halten. Ich will aber doch deutlich machen, dass wir von Beginn an gesagt haben: Der Einführung einer Typengenehmigung steht nichts Grundsätzliches im Wege; allerdings ist uns wichtig, dass keine Kompromisse

bei der Sicherheit, beim Brandschutz, bei der sozial-ökologischer Erneuerung und vor allem bei der Barrierefreiheit gemacht werden. Letzteres hat in der bisherigen Diskussion leider keine große Rolle gespielt.

An dem Gesetzentwurf sieht man jetzt – so wurde es in der Anhörung deutlich, das haben wir anders wahrgenommen als der Kollege Kassekert –, dass es bei der Anerkennung außerhessischer Typengenehmigungen durchaus Gefahren gibt. Darauf wurde in der Anhörung vereinzelt hingewiesen. Es wurde vor einem Konkurrenzkampf um die niedrigsten Standards gewarnt. Ich finde, hier müssen wir alle wachsam sein, damit nicht durch die Hintertür eine Nivellierung nach unten eingeführt wird.

Doch auch dann, wenn Sie diese Befürchtung letztlich nicht teilen – das ist aus Ihren Reden deutlich geworden – und sich diese Befürchtungen auch nicht bewahrheiten sollten, bleibt ein anderes zentrales Problem, das ich in der Replik auf die Kollegin Förster-Heldmann schon angesprochen habe. Die Einführung einer Typengenehmigung leistet überhaupt keinen wesentlichen Beitrag zu der zentralen wohnungspolitischen Aufgabe unserer Zeit, dem Kampf für mehr und bezahlbaren Wohnraum. Dass wir mit dieser Einschätzung richtig liegen, hat die Anhörung sehr deutlich gezeigt.

Der Kollege Lenders hat gesagt, die Typengenehmigung werde „nicht die Welt aus den Angeln heben“. Das ist wohl zutreffend, zugleich ist das das Problem; denn um die Misere auf dem Wohnungsmarkt zu lösen, müsste man schon einiges aus den Angeln heben. Dabei ist eine Typengenehmigung kein Mosaikstein, sondern maximal ein Mosaiksteinchen; denn die Anhörung zeigte, nicht nur wir als LINKE, sondern auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, der Architekten, der Stadtplaner und zum Teil sogar der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft haben große Zweifel, ob eine Typengenehmigung tatsächlich zu einem schnelleren und kostengünstigeren Wohnungsbau führen wird.

Die Neuregelung betrifft in Wirklichkeit nur ein sehr kleines Segment des Wohnungsbaus, in dem – das kommt noch dazu – überwiegend Großunternehmen tätig sind. Für die überwiegende Mehrzahl der Wohnungsbauprojekte in Hessen wird sich gar nichts ändern: keine Beschleunigung, keine Kostenersparnis, nichts dergleichen. Sonst ist es ja immer so, dass Sie von der Koalition die Stimmen aus der Immobilienwirtschaft sehr ernst nehmen. Dann müsste Ihnen doch – diesen Appell richte ich an die Kolleginnen und Kollegen der CDU, der GRÜNEN und der FDP – das Ergebnis der Anhörung ein Stück weit zu denken geben.

Nicht überzeugend – auch das ist hier schon angesprochen worden – finden wir den Hinweis aus den Reihen der Architekten, durch ein serielles Bauen sei eine Wiederkehr der Plattenbauarchitektur zu befürchten. Kollege Lenders hat das angesprochen und betont: Davor braucht keiner Angst zu haben. – Ich glaube, das ist zutreffend, zumal ich diesen Vorwurf zugegebenermaßen etwas skurril finde, wenn ich an die ästhetisch nicht besonders ansprechende, zuweilen auch einfallslose und langweilige Investoren- und Bankenarchitektur in der Metropole Frankfurt am Main denke. Ich denke, es gibt Gründe dafür, warum die Karl-Marx-Allee und das Hansaviertel in Berlin im Gespräch sind, UNESCO-Weltkulturerbe zu werden, aber nicht das Europaviertel in Frankfurt am Main. Die Sorge, die Plattenbauweise werde zurückkehren, braucht sich also niemand zu machen.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE)

Unabhängig von diesen Details der Fachdebatte bleibt der Ansatz, mit dem Sie die Neuregelung der Hessischen Bauordnung begründen – darin sind sich viele Fraktionen einig –: Bauen, bauen, bauen ist das Mittel der Wahl, um die Wohnungsfrage zu lösen. – Wir sind da anderer Meinung. Uns überzeugt das nicht. Wir glauben, man muss damit beginnen, mit Maßnahmen gegen Bodenspekulationen vorzugehen. Wir fordern ein wirklich umfassendes Programm für den sozialen Wohnungsbau in öffentlicher Hand, und wir brauchen endlich ernst zu nehmende Maßnahmen in Sachen Mieterschutz. Solange man diese Maßnahmen nicht ergreift, können Sie zwar an der einen oder anderen Stelle an der Hessischen Bauordnung herumdoktern; den Menschen in den hessischen Städten wird das aber nicht viel helfen, vor allem den Menschen nicht, die täglich mit Mietenwahnsinn und Verdrängung zu kämpfen haben.

(Beifall DIE LINKE – Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Es gibt doch jede Menge Maßnahmen!)

Ich habe in dieser Debatte sehr genau zugehört. Es ist sehr viel über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bau- und auf die Immobilienwirtschaft und die Sorgen dieser Branche gesprochen worden. Aber die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lage der Mieterinnen und Mieter, die mit Einkommensausfällen und Arbeitsplatzverlusten zu kämpfen haben, sind viel zu wenig zur Sprache gekommen. Die Zahl derjenigen, die sich die Miete nicht mehr leisten können, wird in der Krise noch dramatisch anwachsen. Deswegen müssen wir uns diesem Problem widmen.

Frau Kollegin Förster-Heldmann, ich will an der Stelle noch einmal daran erinnern: Wir haben in der letzten Plenarwoche – das ist noch gar nicht lange her – auf Antrag der SPD-Fraktion auch über einen Mietendeckel diskutiert. Aus unserer Sicht zeigt die gegenwärtige Situation das ganze Elend der schwarz-grünen Wohnungspolitik auf. Statt in Zeiten von Corona die soziale Lage der Mieterinnen und Mieter in den Fokus zu nehmen, haben sich damals CDU, die GRÜNEN und auch die FDP einen Überbietungswettbewerb darin geleistet, wer die Interessen der Immobilienwirtschaft letztlich am besten voranbringt – ganz nach dem Motto, wenn es der Immobilienwirtschaft gut gehe, gehe es auch den Mieterinnen und Mietern gut. Ich glaube, dass diese Herangehensweise ein Trugschluss ist. Wenn man bei der Nassauischen Heimstätte aktuell die Mieten nicht erhöht, was wir richtig finden, sollte man das, was man bei der Nassauischen Heimstätte gut und richtig findet, endlich auch für die gesamte Wohnungswirtschaft festschreiben und auch von den privaten Wohnungsvermietern in Form eines Mietendeckels einfördern.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen also statt eines Blicks auf die Interessen der Wohnungswirtschaft vor allem einen Blick auf eine gerechte Verteilung der Krisenkosten. Wir müssen eine Politik machen, die im Interesse der vielen Mieterinnen und Mieter mit geringem und mittlerem Einkommen in diesem Land ist, die in Zukunft wahrscheinlich eher mehr Geld für die Miete ausgeben müssen – Geld, das in Zeiten der Corona-Pandemie immer knapper wird. Sie alle kennen die Zahlen: Produktionsrückgang in der Wirtschaft, Entlassungen und Mietausfälle. Sie kennen aber vielleicht auch die Zahlen, die die Lage großer Wohnungsunternehmen widerspiegeln, wie Vonovia und Deutsche Wohnen. Beide Unter-

nehmen decken zwar nur einen Teil des Wohnungsmarktes ab, beide Unternehmen schütten in dieser Situation aber noch Dividenden an ihre Aktionäre aus. Ich denke, da müssten wir ansetzen, wenn wir eine sozial orientierte Wohnungspolitik machen wollen. Stattdessen diskutieren wir über kleine Reförmchen der Hessischen Bauordnung. Die kann man zwar einführen, aber sie lösen die grundsätzlichen Probleme am hessischen Wohnungsmarkt nicht. Dafür bräuchten wir ganz andere Maßnahmen, und über die müssen wir endlich – und dringend – diskutieren.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Landesregierung hat Staatsminister Tarek Al-Wazir das Wort.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns intensiv vorbereitet. Wir haben intensiv im Landtag, im Ausschuss und mit den Verbänden diskutiert. Diese kleine Novelle bezieht sich auf zwei Bereiche, nämlich auf die Beschleunigung des Wohnungsbaus und auf den Mobilfunkausbau.

Zuerst zum Wohnungsbau. Uns eint die Auffassung, dass wir mehr und neuen, bezahlbaren Wohnraum schaffen müssen. Da ist die spannende Frage: Gibt es dafür einen Königsweg? – Ich sage: Nein, den gibt es nicht, sondern es gibt nur ein Bündel von vielen unterschiedlichen Maßnahmen. Bei manchen sind wir uns alle einig, bei anderen sind wir noch in der Diskussion. Ich denke aber, eine Typengenehmigung kann ein Element sein, das dazu beiträgt, dass eine größere Zahl von Wohneinheiten schneller und effizienter realisiert werden kann.

Zweitens wird über die Frage diskutiert, was vergleichbar oder nicht vergleichbar ist. Ich will darauf hinweisen, dass immer gesagt wird: möglichst keine Sonderwege. Hier wird aber gesagt: An einzelnen Punkten muss es ganz schnell gehen. – Es gab jetzt an dieser Stelle eine Änderung in der Musterbauordnung – das ist der Unterschied zur Situation vor zwei Jahren, Frau Kollegin Barth –, die wir jetzt nachvollziehen. Ich finde, so macht das Verfahren Sinn.

Herr Schalauske, man muss an der Stelle auch länderübergreifend denken. Eine Typengenehmigung, die in jedem einzelnen Land erteilt würde, würde gar keinen Sinn machen. Wenn man will, dass der Wohnungsbau beschleunigt wird, muss man in den sauren Apfel – oder in den süßen Apfel, je nachdem – beißen und sagen: Wir erkennen wechselseitig das an, was in den Ländern anerkannt worden ist. – Das ist am Ende notwendig. Denken Sie einmal an die Region Südhessen. Von dort aus ist man sehr schnell in drei anderen Bundesländern. Deshalb ist aus meiner Sicht völlig klar, dass man die Typengenehmigungen gegenseitig anerkennen muss; sonst könnte man es auch lassen. Dementsprechend sind wir gut beraten, das zu tun.

Wir wollen das RP Gießen mit der Zuständigkeit für diese Genehmigung betrauen. Das RP ist bereits für die sogenannten fliegenden Bauten zuständig – die, nebenbei gesagt, gar nicht fliegen –, sodass ich glaube, dass wir für

diese Aufgabe eine sehr gute, sehr kompetente und erfahrene Bündelungsbehörde gefunden haben.

Bezüglich des angesprochenen Verlusts der Baukultur sage ich ausdrücklich: Ich teile diese Befürchtung nicht. Es kommt darauf an, was man daraus macht. Man kann seriell Unsinn machen, man kann aber auch ohne serielle Vorgaben Unsinn machen. Wann und warum ein Gebäude Kulturerbe wird oder unter Denkmalschutz gestellt wird, erschließt sich auf den ersten Blick nicht immer. Der Kollege Oliver Stirböck war dabei und hat es gehört: Als der damalige Offenbacher Oberbürgermeister Gerhard Grandke erfuhr, dass das Rathaus unter Denkmalschutz gestellt werden würde, rief er spontan: „Wenn ich das gewusst hätte, dann hätte ich es vorher angezündet.“

(Heiterkeit)

Ich wiederum sage: Wenn man vor diesem wunderbaren Bau des Brutalismus steht und sich erklären lässt, welche Idee dahinter steht, kann man durchaus verstehen, dass das ein besonderer Bau seiner Zeit ist. Wie gesagt, es kommt immer auf den Blickwinkel an.

Die Kollegin Barth hat das Stichwort „Beschleunigung der Genehmigungsverfahren“ angesprochen. In Südhessen haben wir ein Sonderproblem, das aber nicht nur negativ zu sehen ist. Einen Grund für das Sonderproblem hat die Kollegin Förster-Heldmann schon angesprochen: Zum Teil fehlt es schlicht an Personal – das sind keine Landesbehörden, sondern Behörden der Kreise und Städte –, weil niemand eingestellt worden ist, zum Teil werden die nötigen Bewerber nicht gefunden. Der zweite Grund ist ein eher gutes Zeichen: Die Behörden haben ziemlich viel zu tun, weil in dieser Region ziemlich viel gebaut wird. Ich finde, das ist ein eher gutes Zeichen. Wir müssen alles dafür tun, dass die Verfahren schneller laufen. Zugleich ist aber auch klar: Je mehr Anträge auf den Weg gebracht werden, umso mehr haben die Behörden zu tun. An der Stelle sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

Der letzte Punkt, den ich zum Thema Wohnungsbau ansprechen möchte, betrifft den Brandschutz. Darum hat mich Herr Kasseckert ausdrücklich gebeten. § 14 der geltenden Bauordnung befasst sich mit dem Thema Brandschutz. Darin steht der schlichte Satz:

Zum Schutz von schlafenden Personen müssen ... in Wohnungen die Schlafräume und Kinderzimmer ... in sonstigen Nutzungseinheiten die Aufenthaltsräume, in denen bestimmungsgemäß Personen schlafen, jeweils mindestens einen Rauchwarnmelder haben.

Das hat sich auf den ersten Blick völlig sinnvoll angehört. Der Rauchwarnmelder hat schließlich den Sinn, im Raum selbst zu warnen und nicht irgendwo entfernt einen Alarm auszulösen.

Wenn man jetzt aber ein bisschen weiterdenkt, stellt man fest, das gilt auch – überspitzt gesagt – im Gefängnis und in der geschlossenen Psychiatrie. Da wird jemand gewarnt, der da schläft, aber er kann nicht hinaus. Das würde im Zweifel auch in einem Krankenhaus gelten, in dem jemand liegt, der frisch operiert ist und sich nicht selbst retten kann. Der Rauchwarnmelder soll quasi die Selbstrettung ermöglichen. Das alles sind aber Sonderbauten. Das heißt, diese Bauten brauchen ein Brandschutzkonzept, in aller Regel mit einer Brandmeldeanlage. Es muss also Alarm ausgelöst werden, aber ob es sinnvoll ist, ihn genau da auszulösen, oder ob es nicht stattdessen woanders laut werden

sollte, ist die Frage. Das ist der Grund, warum wir da etwas verändern wollen.

Es gab die Sorge, dass dann bei bestehenden Gebäuden nicht mehr nachgerüstet wird. An dieser Stelle kann ich ausdrücklich sagen: Diese Sorge haben wir nicht. Es gibt eine Regelungslücke bei Beherbergungsbetrieben und auch bei Kitas; das kann man aber per Verordnung regeln. Deshalb machen wir an der Stelle beides: Wir nehmen eine Korrektur vor, d. h. wir machen eine Regelung, die sinnvoll ist, und gleichzeitig verhelfen wir dem Brandschutz weiter zu seinem Recht.

Jetzt komme ich zu dem zweiten großen Punkt: dem Mobilfunk. Mit der Kollegin Sinemus – sie sitzt dort – haben wir lange darüber geredet, ob wir das hier vorziehen können. Sie hat sehr darauf gedrungen, dass wir das machen. Wir haben in der Corona-Pandemie gesehen, wie wichtig belastbare Mobilfunk- und Internetverbindungen sind. Wir wollen alles dafür tun, dass wir an dieser Stelle mehr Möglichkeiten bekommen. Das heißt, wir brauchen auch für den Fortschritt in der Digitalisierung einen schnellen Ausbau des Mobilfunknetzes.

Im Herbst 2018 haben wir mit den drei Netzbetreibern den Mobilfunkpakt geschlossen. Es soll 800 neue Standorte und 4.000 Standortmodernisierungen geben. Es ist klar: Wir wollen, dass auch da schlankere Genehmigungsverfahren Platz greifen. Das wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf aufgegriffen.

Ich will an dieser Stelle betonen: Hessen ist das erste Land, das die Regelung der Musterbauordnung zur Genehmigungsfreiheit von Mobilfunkmasten mit einer Höhe bis zu 15 m einführt. Wir glauben, dass wir das an dieser Stelle machen können und dass es zur Beschleunigung beiträgt. Da die Masten aber höher als 10 m sind, wollen wir, dass die Prüfsachverständigen noch einmal einen Blick darauf werfen. Ich jedenfalls bin sehr optimistisch, dass wir mit diesem Gesetzentwurf etwas vorgelegt haben, was den Ausbau des Mobilfunks beschleunigt.

Die Frau Präsidentin braucht mich nicht daran zu erinnern, dass meine Redezeit vorbei ist; mir bleiben nämlich noch eineinhalb Minuten. Ich bedanke mich trotzdem. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Lenders hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil eine Sache, die Herr Schalauske angesprochen hat, auch mich schon eine ganze Weile beschäftigt, gerade in der letzten Zeit während der Evaluierung der Hessischen Bauordnung: Das ist die Frage der Barrierefreiheit. Nun sind zehn Minuten Redezeit nicht wirklich ausreichend, um das hier im Detail darzulegen. Herr Schalauske, ich bin mir auch ziemlich sicher, dass ich Sie nicht davon überzeugen kann, morgen dem Gesetzentwurf von CDU und GRÜNEN zuzustimmen, so, wie wir das machen werden.

Aber ich will Ihnen zumindest einen Aspekt zum Nachdenken mitgeben: Wir sehen, dass die serielle Vorfertigung eben die Möglichkeit bietet, da etwas zu machen. Zu den Einheiten, die am häufigsten vorgefertigt werden, gehören die Toiletten und die Badezimmer. Sie könnten z. B. die Toilettenhöhe vorgeben. Wenn die Toilettenhöhe ein bisschen nach oben gelüpft wird, die Toiletten also höher sind, als es in der DIN-Norm steht, würden Sie vielen Menschen helfen: denen, die auf den Rollstuhl angewiesen oder gehbehindert sind, und auch älteren Menschen. Sie könnten bei den Türbreiten Standards setzen, damit ein Rollstuhl durch die Türen passt. Da brauchen wir noch nicht von „barrierefrei“ zu reden, sondern da können wir von „barrierearm“ reden.

Das gilt auch für die Wandvorfertigung. Bei einer seriellen Vorfertigung der Wände kann man sofort bestimmte Hilfeleistungen vorsehen. Herr Schalauske, deswegen habe ich in meiner Rede gesagt: Die Möglichkeiten, die uns die serielle Vorfertigung bietet, haben wir noch gar nicht ausgelotet.

Aber ich würde gern mit Ihnen in eine Diskussion darüber eintreten, wie wir in Hessen beim Wohnen mehr Barrierefreiheit für die Menschen schaffen können. Jeden, der heute hier auf seinem Stuhl sitzt und glaubt, er sei nicht davon betroffen, kann ich nur warnen: Es kann sein, dass Sie morgen einen Unfall haben und im Rollstuhl sitzen, oder Sie haben einen Herzinfarkt und kommen nicht mehr die Treppe hinauf. Meine Damen und Herren, es kann jeden betreffen. Deswegen glaube ich, dass in der Typenbaugenehmigung – in der seriellen Vorfertigung – eine Chance für die Schaffung von Barrierefreiheit liegt. – Vielen Dank.

(Beifall Torsten Warnecke (SPD))

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Wir haben die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der Freien Demokraten für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung gemeinsam mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung durchgeführt. Mit aufgerufen war der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir haben verabredet, dass wir morgen darüber abstimmen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Zweite Lesung

Gesetzentwurf

Landesregierung

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern

– Drucks. 20/2761 zu Drucks. 20/2657 –

Zur Berichterstattung rufe ich Herrn Frömmrich auf.

Jürgen Frömmrich, Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Beschlussempfehlung: Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Vielen Dank. – Frau Sönmez, jetzt haben Sie das Wort.

Saadet Sönmez (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In unserer letzten Debatte über diesen Gesetzentwurf habe ich versucht, auszuführen, warum wir diesen Staatsvertrag ablehnen. Eigentlich ist es ganz klar: Einen Staatsvertrag, der Abschiebungen erleichtern soll, lehnen wir ab, weil wir Abschiebungen generell ablehnen. So einfach ist das.

(Beifall DIE LINKE)

Vonseiten des Hauses wurde mir vorgeworfen, ich hätte damit am Thema vorbeigeredet. Ich weiß, dass das heute auch wieder geschehen wird. Aber auch auf diese Gefahr hin sage ich: Es gibt einige Punkte, die man ansprechen muss und nicht oft genug ansprechen kann.

Wenn die Landesregierung vorhat, Abschiebungen zu erleichtern, muss sie sich natürlich auch mit dem Thema Abschiebung an und für sich auseinandersetzen. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen; ich weiß gar nicht, was für ein Problem Sie damit haben.

(Beifall DIE LINKE – Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Darauf gehe ich auch noch ein, keine Sorge. – Dann wird aber immer auf geltendes Recht und auf das Gesetz verwiesen. Aber wenn Recht und Gesetz zu Unrecht führen, gilt es eben, dieses Gesetz zu verändern. Ich denke, unter anderem dafür sind wir alle hier. Das ist der Fall, wenn es um Abschiebungen geht. Ich denke, deshalb sollten wir die Abschiebungen generell thematisieren.

(Zuruf: Aber nicht jetzt!)

– Doch, auch jetzt. – Jede Gelegenheit muss genutzt werden, um zu debattieren. Wir sind da übrigens nicht alleine, auch nicht im Hinblick darauf, dass genau im Zusammenhang mit diesem Thema darüber diskutiert werden soll. Die Flüchtlingsräte kritisieren Ihre Politik der Abschiebung und auch diesen Staatsvertrag nämlich vehement.

Wenn Sie in der Debatte nur die Menschen, die die Maßnahmen durchführen sollen, im Blick haben – wie es in der letzten Debatte der Fall war –, diejenigen aber, die von den Maßnahmen betroffen sind, komplett außer Acht lassen, zeigt das einmal mehr, wie wichtig es ist, auch diese Perspektive in die Debatte einzubringen. Meine Damen und Herren, nichts anderes haben wir getan, und auch heute tun wir nichts anderes.

(Beifall DIE LINKE)

Der Herr Innenminister hat beim letzten Mal ausgeführt, im Staatsvertrag gehe es lediglich um den Transport ausreisepflichtiger Personen über Landesgrenzen hinweg.

(Zurufe)

Es geht aber nicht um Transportgüter – wenn Sie schon sagen: „So ist es!“ –, sondern es geht um Menschen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass hinter den Abschiebungen keine abstrakten Fallnummern stehen, sondern Menschen mit einem Leben und mit einer Geschichte.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe – Glockenzeichen)

– Ich will Ihnen das nur noch einmal vor Augen führen. – Aktuell soll beispielsweise ein 22-jähriger Pflegehelfer aus Bad Segeberg, Schleswig-Holstein, abgeschoben werden, der seit seinem 15. Lebensjahr in Deutschland lebt.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sehr wohl hat das etwas damit zu tun; denn mit diesem Staatsvertrag soll erleichtert werden, dass diese Menschen abgeschoben und länderübergreifend begleitet werden. Sehr wohl hat das etwas mit diesen Menschen zu tun. Um die geht es nämlich hier. Die Geschichte dieser Menschen will ich Ihnen hier aufzeigen, damit Sie sehen, was Sie mit Ihrem Staatsvertrag und Ihrer Politik eigentlich anrichten.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, ja, darauf bin ich eingegangen: Recht und Gesetz. Die Gerichte haben das entschieden. Das ist aber ein Gesetz, das im Parlament verabschiedet wird. Sie sind dafür da, um diese Gesetze zu verändern.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist der Rechtsstaat!)

– Eben. Die Gerichte entscheiden nach Gesetzen, wie meine Kollegin gesagt hat, und es sind Sie, die diese Gesetze hier verabschieden. – Der 22-jährige junge Mensch, der gern eine Pflegeausbildung machen will, kann das nicht. Der Arbeitgeber würde es sogar befürworten, aber es geht nicht, weil dieser junge Mensch aus Gründen, die er nicht zu verantworten hat, seine Identität nicht nachweisen kann.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hören Sie auf, die Hand zu schütteln; hören Sie lieber zu. Wie gesagt, es geht um Menschen. Ich sage es Ihnen vielleicht noch einmal.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Doch. Ich habe Ihnen auch schon erzählt, warum das etwas mit Ihrem Staatsvertrag zu tun hat. Aber wenn Sie sich jetzt nicht mehr konzentrieren können, kann ich auch nichts dafür. Dann seien Sie wenigstens ruhig.

Der Mensch, der abgeschoben werden soll, muss in seinem Heimatland den Kriegsdienst antreten, obwohl er gegen den Kriegsdienst ist und ihn verweigern würde. Aber er muss ihn entweder antreten oder ins Gefängnis gehen. Da würde ich mir einmal die Frage stellen: Was ist mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit dieser Menschen?

Ein weiteres Beispiel – auch wenn Sie es nicht hören wollen –: Eine 57-jährige Kurdin aus dem Irak, die seit 24 Jahren mit ihrer ganzen Familie in Nürnberg lebt, soll ohne ihren Ehemann, ihre Kinder und – mittlerweile – ihre Enkelkinder ihr Leben in Iran weiterführen. Auch sie hat einen festen Arbeitsvertrag. Sie hat einen Sprach- und Integrationskurs erfolgreich absolviert, in der Hoffnung, eingebürgert zu werden. Stattdessen soll sie jetzt abgeschoben werden.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, diese Fälle haben wir hier noch nicht aufgeführt, und Sie kümmern sich nicht darum. Also kennen Sie diese Fälle auch noch nicht.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Drei Altenpfleger iranischer Herkunft, ebenfalls sehr gut integriert, leisten einen sehr wichtigen Beitrag für die Ge-

sellschaft in Zeiten des Pflegenotstands und in Zeiten der Pandemie. Auch sie sollen abgeschoben werden. Übrigens sind das alles Menschen aus unserer Mitte. Es sind keine Fremden, so, wie wir es in den Tagen seit den Hanauer Attentaten immer wieder zu hören bekommen. Es sind Menschen aus unserer Mitte, die ihren gesellschaftlichen Beitrag leisten. Das sind nur einige wenige Beispiele von Menschen, die durch die Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen seitens der Bundesrepublik zur Abschiebung gebracht werden sollen.

Im Klartext heißt das, dass sie gegen ihren Willen an einen anderen Ort verbracht werden sollen. Ich wollte das nur einmal in Erinnerung rufen, weil das in dieser Debatte vor lauter „Optimierung von Maßnahmen“ und „Vermeidung von Zuständigkeitslücken“ eindeutig zu kurz kommt, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Aber jetzt kam der Einwand, ich hätte in meiner letzten Rede die Polizeibeamtinnen und -beamten nicht beachtet. Auch dazu sage ich gern etwas. Natürlich ist es so, dass diese von den Maßnahmen betroffen sind. Das ist klar. In der letzten Debatte wurde von zwei ehemaligen Polizeibeamten ausgeführt, dass Abschiebungen auch für die Polizeivollzugsbediensteten sehr belastend und spannungsgeladen seien. Oder Sie, Frau Faeser, haben dies gesagt. Ich meine, das ist natürlich nachvollziehbar; und es ist kein Wunder; denn, wenn man Menschen aus ihrem Leben reißt und gegen ihren Willen an einen anderen Ort bringt, dann ist doch klar, dass dies hoch emotional wird. Das ist verständlich.

Sie sind der Wut, der Empörung und der Trauer ausgesetzt. Damit werden sie konfrontiert; dennoch müssen sie diese Maßnahmen durchführen. Deshalb ist es für mich umso unverständlicher, dass Sie dafür innerhalb Hessens schon jetzt Wachpolizisten einsetzen – Wachpolizisten, die gerade einmal eine 18-wöchige Ausbildung genossen haben. Herr Hering von der CDU sprach in der letzten Debatte davon, Wachpolizisten seien sogenannte „empathische Spezialisten“. Herr Hering, ich denke, diese Feststellung kommt wohl eher aus dem Bereich Ihres Wunschenkens als aus der Praxis. Es tut mir leid, wenn ich Ihnen das so sagen muss.

(Zuruf Thomas Hering (CDU))

Ich verstehe ja, dass Sie alle eine Entlastung des Polizeivollzugsdiensts herbeiführen möchten. Aber dann müssten Sie sich besser für gute Arbeitsbedingungen und eine gute Arbeitsatmosphäre bei der Polizei einsetzen, sodass der Beruf für mehr Menschen attraktiv wird; und Sie dürften die Arbeit, die eigentlich von der Polizei zu verrichten wäre, nicht den Wachpolizisten unter schönen Worten zuschieben.

(Beifall DIE LINKE)

Nun wollen Sie die Wachpolizisten nicht nur innerhalb Hessens, sondern auch über die Landesgrenzen hinweg für Abschiebungen einsetzen und schreiben dies zum Zwecke der Rechtssicherheit in diesen Staatsvertrag. Meine Damen und Herren, ja, Menschen brauchen in der Tat Rechtssicherheit. Auch dazu wäre ein Perspektivwechsel wünschenswert gewesen, wenn wir schon über diesen Staatsvertrag debattieren. Was glauben Sie denn, wie viel Rechtsunsicherheit unter den Betroffenen und ihren Fami-

lien in den vergangenen Wochen vorherrschte angesichts der völlig unklaren Lage aufgrund der Pandemie?

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Sönmez, kommen Sie bitte zum Schluss. Die von den Fraktionen vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Saadet Sönmez (DIE LINKE):

Viele von diesen Flügen wurden zwar storniert, aber noch immer ist es so, dass Menschen, die in Abschiebehafte saßen, zwar umverteilt wurden, aber eben noch immer voller Ungewissheit in Haft sitzen und nicht wissen, was mit ihnen passiert und ob sie womöglich in ein Land abgeschoben werden, wo keine Sicherheit für ihren Leib und ihr Leben besteht. Man hätte sich wünschen können, dass sich auch die Landesregierung ein bisschen mehr um Rechtssicherheit sorgt. Das hätten Sie tun können, indem Sie zumindest einen mehrmonatigen Abschiebestopp erlassen. Wenn Ihnen Rechtssicherheit also so wichtig ist, wie es jetzt offensichtlich beim Staatsvertrag der Fall ist, dann hätten Sie einmal über solch einen Abschiebestopp nachdenken können, nachdem Sie diesen Staatsvertrag jetzt im Landtag „durchbringen“ werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächsten darf ich Herrn Hering von der CDU ans Rednerpult bitten.

Thomas Hering (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Faeser, sehr geehrte Damen und Herren! Ich gebe gern zu, dass ich mich manchmal frage, was eigentlich mehrere Gesetzeslesungen sollen, wenn sich am Sachverhalt doch nichts ändert, ebenso wenig an der Sichtweise der Fraktionen. Das Abstimmungsverhalten ist im Grunde schon vorherzusehen. Doch gerade bei dieser Debatte wird nicht nur die Sinnhaftigkeit, sondern auch die Notwendigkeit einer wiederholten Befassung deutlich. Mir persönlich geht es dabei auch um Lehren, die ich aus der Diskussionskultur und dem Umgang mit der Sache ziehe. Ja, es ist sozusagen eine Art Reflexion oder Hausaufgabe der letzten Sitzung. Der Aufforderung von Frau Sönmez, nach dem Motto: „Dann machen Sie es doch“, komme ich heute nach. Gemeint ist eine überarbeitete Rede als Reaktion meinerseits auf sachfremde Einlassungen und Polemik.

Bekannterweise können Wiederholungen – so auch die heutige Debatte – eine Verfestigung des Sachverhalts bewirken. Dazu bedarf es aber der Auseinandersetzung mit den Sachargumenten; denn destruktiv und vielleicht sogar gefährlich wird es, wenn man zu großen Teilen am Thema vorbeiredet, geleitet von Unsachlichkeiten und Emotionen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Saadet Sönmez (DIE LINKE): Ich habe Ihnen genau erklärt, warum das so ist!)

Dabei gestehe ich gern zu, auch heute wieder – und das blenden Sie bitte auch nicht aus, Frau Sönmez –, dass diese Debatte im Zusammenhang mit einem sensiblen und hoch

emotionalen Thema steht. Aber im Kern geht es heute um nichts anderes als um die Entlastung unserer wahrlich geforderten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Auf keinen Fall geht es um Einschränkungen oder Benachteiligungen im Asylverfahren, auch nicht um Erleichterungen von Abschiebungen. Um die Polizei effektiv von den umfangreichen, aufwendigen und im Dienstbetrieb schwer zu kalkulierenden Rückführungsmaßnahmen zu entlasten, muss nun einmal Rechtsklarheit hergestellt werden. Mit der Beseitigung rechtlicher Unsicherheiten geben wir – auch am Beispiel unserer Wachpolizei – die Möglichkeit, für wirkungsvolle Entlastungen zu sorgen.

Manchmal höre ich Kritik an der 18-wöchigen allgemeinen Grundvorbereitung der Wachpolizei. Sie wird dann als zu kurz empfunden. Gerade darin sehe ich jetzt umso mehr Kapazitäten für eine Professionalisierung, nämlich durch spezielle Schulung und Fortbildung – natürlich bei geeigneter Persönlichkeit.

(Zuruf Saadet Sönmez (DIE LINKE))

– Nein.

(Saadet Sönmez (DIE LINKE): Doch, das haben Sie letztens gesagt!)

– Nein, ich habe gesagt: durch wiederholte Praxis und Beschulung. Ich kann nicht für alle Wachpolizisten sprechen und beurteilen, ob diese geeignet sind.

(Saadet Sönmez (DIE LINKE): Dann ist ja gut!)

Mit der zweigeteilten Laufbahn haben wir in Hessen die bestqualifizierte Polizei, mit der größtmöglichen Verwendungsbreite und größtmöglichem Entwicklungspotenzial. Für reine Rückführungen kommt es aber nicht auf ein Bachelorstudium, auf Verkehrslehreexpertisen oder vertiefte Erkenntnisse in Kriminalitätstheorien oder eine Thesearbeit an. Diese sind in Hessen – dank der zweigeteilten Laufbahn – Standard und bieten eine bestmögliche Verwendungsbreite und Laufbahnvoraussetzung. Aber dieser bedarf es bei Rückführungen eben nicht.

Hierbei kommt es vielmehr auf gefestigte Persönlichkeiten, Empathie, Lebenserfahrung und auf Menschlichkeit an – auch auf interkulturelle Kompetenz, also wie ich beispielsweise mit einem Moslem umgehe, der den Koran bei sich trägt. Wir verhalte ich mich? Wie gehe ich mit diesem Buch um? Es geht um eine effektive Entlastung unserer Polizei und die menschliche Begleitung der Betroffenen. Menschlichen und respektvollen Umgang brauchen aber nicht nur die Betroffenen; diesen müssen die auch den anderen – in diesem Falle unserer Wachpolizei – entgegenbringen. Menschen im Vollzugsdienst sind und bleiben auch Menschen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, ich orientiere mich nicht nur am Thema, sondern auch an Ihren Ausführungen, und erlaube mir, zu sagen, dass ich meine Hausaufgaben gemacht habe, und äußere noch eine Bitte. Wenn Sie gestatten, dann habe auch ich eine Hausaufgabe für die Fraktion DIE LINKE oder zumindest für Sie, Frau Sönmez, und zwar geht es hierbei um die Bitte um Selbstreflexion, damit zukünftig fehlgeleitete Informationen oder zumindest Fakephänomene vermieden werden. Ich nenne Ihnen ein Beispiel – dies ist keine Kleinkariertheit; und bei diesem Beispiel möchte ich auch gern die Vorsitzende, Frau Wissler, mit in die Pflicht nehmen –: Frau Sönmez, Sie sprachen in Ihrer letzten Rede

von „gewaltvollem Verbringen“. Auf meine empörte Nachfrage stellten Sie richtig, Sie meinten Verbringen „gegen den Willen“.

(Saadet Sönmez (DIE LINKE): Das ist Gewalt!)

– Was Sie jetzt machen, ist ganz schlimm; denn Sie setzen das gleich.

In der Folge hat Frau Wissler hineingerufen: Gewalt hat es dabei auch schon gegeben. – Das kann ich nicht ausschließen.

Sie wollten wohl nicht sagen, dass es dabei Gewalt gibt; denn Sie haben gesagt, Sie wollten sagen: „gegen den Willen“.

(Lachen DIE LINKE)

Also, Sie sehen doch, was ich meine: Wenn die Aussage „gegen den Willen“ mit „gewaltvoll“ gleichgesetzt wird und in der Folge Gewaltanwendungen zur Sprache kommen, sind wir in Gefahr, nicht nur am Thema vorbeizureden, sondern dem Fakephänomen zu erliegen. Fakeargumente kommen eben nicht nur von der anderen Seite. Andererseits darf man auch für sich selbst nicht immer das Monopol auf Menschlichkeit beanspruchen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Und so lasse ich meiner Fraktion und vielen weiteren in diesem Saal weder Unmenschlichkeit noch ein Mitschuldigmachen unterstellen.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Unter Applaus der AfD!)

– Das ist natürlich ein Totschlagargument.

Wir ringen nach Lösungen zur Aufrechterhaltung unseres Asylsystems. Ich kann die Wahrheit nicht ausblenden; ich denke, ich bemühe mich sehr um Sachlichkeit. Ich bin auch nicht spöttisch, und ich denke, Sie haben verstanden, dass dies gefährlich ist. Ich muss es noch einmal sagen: Wenn ich „gegen den Willen“ mit „gewaltvoll“ gleichstelle, dann kann man das ausschlichten; und das kann zu Emotionen führen, die wir nicht mehr einfangen können.

Ein Beleg dafür, dass ich hiermit nicht falsch liege, Frau Sönmez und sehr geehrte Damen und Herren der LINKEN – ich möchte mich nicht immer auf Sie konzentrieren, aber das muss nun einmal klargestellt werden –, ist:

(Saadet Sönmez (DIE LINKE): Das müssen Sie nicht, nein!)

In der letzten Debatte hatte nicht nur ich als Redner der CDU, sondern auch die Redner von SPD, GRÜNEN und Freien Demokraten einen Großteil ihrer Redezeit darauf verwenden müssen, Sie zurechtzuweisen, um den Blick wieder auf das eigentliche Thema zu lenken.

(Beifall CDU – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das ist eine Unverschämtheit! Sie weisen nicht unsere Abgeordnete zurecht!)

– Das war eine Zurechtweisung; und das lässt sich sogar belegen.

Sosehr ich beim Thema „Flucht, Vertreibung und Asyl“ sehe – –

(Saadet Sönmez (DIE LINKE): Sie haben das Recht, richtigzustellen, aber keine Zurechtweisung! – Fort-

gesetzte Zurufe der LINKEN: Wir können uns inhaltlich auseinandersetzen, aber keine Zurechtweisungen! – Unruhe – Glockenzeichen)

– Ich kann das aber nicht zurücknehmen. Es war angesichts Ihrer polemischen Ausführungen schon eine Zurechtweisung. Ich würde es jetzt gern herunterbiegen, aber ich kann es nicht. So gerade muss ich jetzt bleiben.

(Beifall CDU)

Sosehr ich beim Thema „Flucht, Vertreibung und Asyl“ sehe, das müssen Sie anderen zugestehen, dass es um menschliche Schicksale geht, die auch Emotionen hervorrufen können – ich scheue mich auch nicht vor Überspitzungen oder einer Eskalation –: Dieses verbale Draufhauen mit sprachlichen Ungenauigkeiten und Unseriositäten ging nicht nur am Thema vorbei, sondern es war ein Bären dienst für alle Beteiligten. Umso wichtiger ist jetzt der Blick nach vorne: Die Argumente im Staatsvertrag sind gut begründet. Die Hintergründe sind sehr gut beleuchtet. Man geht ins Detail. Die Entlastungsmöglichkeiten durch gut ausgebildete und vor allem rechtlich und persönlich gefestigte Menschen sind ein notwendiger Beitrag, um unser vorbildliches Asylsystem zu stützen und am Leben zu erhalten – auch und gerade im Sinne der Schutzsuchenden. – Danke schön.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die AfD-Fraktion erteile ich nun Herrn Herrmann das Wort.

Klaus Herrmann (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Wie bereits in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zum Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern von uns mitgeteilt, sehen wir diesen Gesetzentwurf positiv und befürworten ihn.

Da schon viel dazu gesagt wurde und weitgehend Konsens besteht, fasse ich mich kurz und werde nicht alle Gründe wiederholen, warum wir einer solchen Regelung zustimmen, zumal wir sie auch schon in der ersten Lesung genannt haben.

Dennoch möchte ich etwas Grundlegendes hervorheben, was deutlich macht, warum man eigentlich nicht Nein zu diesem Gesetzentwurf sagen kann und dementsprechend fast alle anderen Fraktionen dieses Hauses zustimmen – natürlich mit Ausnahme der LINKEN, die wie immer bei dem Thema Abschiebungen den Verstand außen vor lässt und strikt linksideologisch und realitätsfremd, dafür aber umso mehr Asylpopulismus betreibend, sich vernünftigen Regelungen verschließt.

(Beifall AfD)

Ein wesentlicher Grund für unsere Zustimmung ist in der Entlastung der Polizeibeamten zu sehen, die seit Jahren Berge von Überstunden vor sich herschieben. Sie werden jetzt dankbar zur Kenntnis nehmen können, dass ein Aufgabengebiet für sie reduziert wird bzw. wegfallen wird. An dieser Stelle darf ich anmerken: Wir von der AfD unter-

stützen jeden sinnvollen Vorschlag, der unsere Polizeikräfte entlastet.

(Beifall AfD)

In diesem Zusammenhang muss allerdings noch einmal klar gesagt werden, dass nicht nur abgelehnte harmlose Asylbewerber transportiert und abgeschoben werden sollen, sondern auch teils gefährliche Kriminelle und auch Personen, deren Reaktionen und Handlungen nicht vorhersehbar sind, aber zu erheblichen Eigen- und Fremdgefährdungen führen können.

Entsprechend müssen die Personen, die zukünftig für die Rückführung zuständig sind und eingesetzt werden, ausgebildet und weitergebildet werden, und das nicht nur in psychologischer und kommunikativer Hinsicht, sondern auch ganz praktisch in der Anwendung von unmittelbarem Zwang, sollte es nämlich zu Widerstandshandlungen jedweder Art kommen.

Der Einsatz von beliebigen Mitarbeitern ohne entsprechende Schulung und Ausrüstung muss an dieser Stelle unterbleiben, ja, sogar ausgeschlossen sein. Das muss selbstverständlich für alle Bediensteten der für die Rückführung zuständigen oder auch nur beteiligten Behörden gelten.

Bei uns in Hessen können wir erfreulicherweise z. B. auf die Wachpolizei zurückgreifen. Aber auch diese Kräfte müssen noch entsprechend weitergebildet werden.

Meine Damen und Herren, da schon verschiedene Bundesländer andere Bedienstete als Polizeivollzugsbeamte für den Vollzug von Rückführungen einsetzen und dies bisher zu keinen Vorfällen geführt hat, die erhebliche Bedenken rechtfertigen würden, gibt es objektiv keinen Grund, diesem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen. Die AfD-Fraktion befürwortet diesen Gesetzentwurf, zumal er nicht nur Rechtssicherheit schafft, sondern auch eine Entlastung für unsere Polizei darstellt. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächsten darf ich Herrn Schauder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach vorne bitten. Lassen Sie sich Zeit, das Rednerpult wird noch desinfiziert. – Vielen Dank, dass Sie uns während dieser Plenartage hygienetechnisch unterstützen.

(Allgemeiner Beifall)

Lukas Schauder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe großes Verständnis dafür, dass das Thema Abschiebemaßnahmen emotional behandelt wird. Aber, liebe Frau Sönmez, an dieser Stelle hört es dann mit meinem Verständnis für Ihren Redebeitrag auf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Lebhafter Widerspruch DIE LINKE)

– Sie haben ganz viel Schaum vorm Mund. – Ich will es auch begründen.

(Anhaltende Zurufe DIE LINKE)

Also, dass Sie nicht emotional – –

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Heute so und morgen so!)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Entschuldigung, ich möchte, dass keine Zwiegespräche stattfinden. Wenn Sie noch einen Redebeitrag haben, dann melden Sie sich bitte zu Wort, oder melden Sie sich noch einmal für die zweite Runde. Ich möchte, dass im Plenarsaal keine Zwiegespräche stattfinden.

Lukas Schauder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich möchte auch begründen, warum ich kein Verständnis für diesen Redebeitrag habe. Sie haben Ihren Redebeitrag eingeleitet mit dem Satz, dass er eigentlich gar nicht so sehr mit dem Gesetzentwurf an sich zu tun habe. An der Stelle muss ich Ihnen noch recht geben. Was Sie aber dann gemacht haben, nämlich allen Kolleginnen und Kollegen im Haus vorzuwerfen, dass sie nicht an Menschlichkeit interessiert wären und sich nicht für die menschlichen Schicksale interessieren würden,

(Manfred Pentz (CDU): Unerhört!)

das ist ein Vorwurf, den man nur als unbegründet und als unverschämte zurückweisen muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Widerspruch Saadet Sönmez (DIE LINKE))

Wir Abgeordnete sind es gewohnt, dass wir uns öfter sehr harsche Kritik anhören müssen. Was ich aber unverschämter finde, ist die Geringschätzung, die Sie den Beamtinnen und Beamten der Wachpolizei gegenüber zum Ausdruck gebracht haben. Sie so darzustellen, als handele es sich um völlig ungeschultes Personal, das ist eine absolute Geringschätzung.

(Manfred Pentz (CDU): Das ist eine Frechheit!)

Die Beamtinnen und Beamten der Wachpolizei übernehmen sehr wichtige Aufgaben bei uns im Land Hessen. Ich nehme als Beispiel, dass sie zuständig sind für den Objektschutz beim Innenministerium. Sie glauben doch wohl selbst nicht, dass wir nur irgendwelche Hampelmänner aufstellen würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Unruhe DIE LINKE)

– Frau Sönmez, wenn wir beim Thema Geringschätzung sind:

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Keine Dialoge, hat die Präsidentin gesagt!)

Wenn Sie selbst als erste Rednerin am Zug waren, dann wäre es nett, den folgenden Rednern gegenüber ein bisschen mehr Aufmerksamkeit zu geben. – Liebe Frau Sönmez, nach Ihrem Redebeitrag ist auch klar, dass Sie sich hier im Haus nie wieder als Anwältin der Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen aufspielen dürfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

So viel zu der Debatte, die vorhin geführt wurde. Jetzt möchte ich noch ganz kurz zum Gesetzentwurf selbst kommen. Er hat zwei Zielrichtungen: einerseits die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu vereinfachen und anderer-

seits die Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes zu entlasten. Darüber haben wir im Haus schon oft diskutiert.

Das sind zwei Ziele, die wir ausdrücklich unterstützen. Deswegen werben wir auch nach wie vor für Ihre Zustimmung zu dem Staatsvertrag, sodass wir ihn ratifizieren können. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Frau Faeser das Wort.

Nancy Faeser (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich würde doch dafür plädieren – das meine ich an alle meine Vorrednerinnen und Vorredner gerichtet –, in der Debatte etwas respektvoller miteinander umzugehen.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Das würde dem Haus insbesondere bei so einem Thema guttun. Es geht einerseits um ein schwieriges Thema, nämlich das Rückführen, das Begleiten von Menschen in ihre Heimatländer, die unter schweren Beeinträchtigungen leben. Deswegen kann ich verstehen, dass Frau Sönmez hierzu Ausführungen macht. Sie muss man nicht beschimpfen, man kann darauf hinweisen, dass es an anderer Stelle besser ist. Das habe ich beim letzten Mal auch gemacht. Trotzdem würde ich es weit von mir weisen, dass ich das als Zurechtweisung oder Hinweise bezeichnen würde. Ich finde, es ist legitim, das zu machen. Das machen wir auch. Andererseits finde ich es gut, wenn wir uns nicht gegenseitig und wechselseitig unterstellen, was wir damit gemeint haben oder wie wir damit umgehen, weil es um einen höchst sensiblen Bereich geht.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es geht um den sensiblen Bereich der Rückführungen. Ja, da muss man auch einmal sagen, und ich finde, das kann man auch tun: Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen. – Meine Fraktion ist der Meinung, dass es unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist, Menschen zurückzuführen. Zum Beispiel, wenn sie hier kriminell geworden sind, Straftaten begangen haben, dann sind wir sehr wohl der Meinung, dass man sie in ihre Heimatländer zurückbegleiten sollte. Das sieht die Linkspartei anders. Aber ich finde, es ist legitim, das zu diskutieren, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Auf der anderen Seite geht es heute um die Frage, ob wir einem Staatsvertrag zustimmen oder nicht. Ich habe beim letzten Mal schon darauf hingewiesen, dass ich es gut finde, Herr Hering, dass wir das im Landesparlament miteinander beraten. Es gehört hierhin, und es macht einen Staatsvertrag auch stärker, wenn er durch das Parlament legitimiert wird.

In diesem Staatsvertrag geht es in der Tat – das hat mein Vorredner, Herr Schauder, bereits gesagt – um zwei Dinge, zum einen um die Entlastung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Mein Kollege Rudolph und ich haben

viele Stunden damit verbracht, die Landesvollzugspolizei zu entlasten. Wir fanden und finden immer noch, dass sie sehr stark unter der Belastung durch unglaublich viele Überstunden leiden, die Arbeitsbedingungen nicht immer die leichtesten sind. Einer der Punkte, sie zu entlasten, war immer, auch die Arbeitsbereiche zu definieren, die sie von polizeivollzugsfremden Aufgaben entlasten können.

Über eine solche Aufgabe reden wir heute, nämlich die Begleitung von Menschen zurück in ihre Heimatländer. Das ist keine originäre Aufgabe der Polizeivollzugsbeamten – finden wir. Ich hatte beim letzten Mal, glaube ich, eindrucksvoll geschildert, wie sehr auch die Polizeivollzugsbeamten darunter leiden, was ihnen durch Politik aufoktroziert wird. Insofern finden wir es richtig. Wir als Sozialdemokraten haben lange dafür gekämpft, Polizeivollzugsbeamte von diesen Aufgaben zu entlasten.

(Beifall SPD)

Das Zweite ist die Frage, wie solche Rückführungen erfolgen. Sie erfolgen in der Regel, gerade in Hessen, über den Frankfurter Flughafen. Das heißt aber, wenn Menschen aus anderen Bundesländern hierherkommen, die nach Hause begleitet werden sollen, müssen sie über hessischen Boden an den Flughafen, um auf internationalem Gebiet in die Flugzeuge einsteigen zu können. Deswegen braucht es diesen Staatsvertrag, um diese hoheitlichen Aufgaben, die von unterschiedlichen Bediensteten einzelner Bundesländer vollzogen werden, in anderen Bundesländern zu ermöglichen, z. B. in Hessen am Frankfurter Flughafen. Deshalb ist dieser Staatsvertrag notwendig und richtig. Die SPD wird ihn auch unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ich glaube, dass man bei einem so klar umschriebenen Staatsvertrag, nämlich diesen zwei Aufgaben, der Entlastung der Polizeivollzugsbeamten und auf der anderen Seite der Frage der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben in anderen Ländern, eigentlich nicht darüber reden muss, dass dieser Staatsvertrag etwas enthält, was er nicht enthält.

Frau Sönmez, das ist meine einzige Kritik. Er enthält nämlich nicht aufenthalts erleichternde oder abschiebeerleichternde Bestandteile. Die hat er nicht. Er hat zwei Artikel, in denen wirklich nur die hoheitlichen Regelungen enthalten sind, dass ich Vollzugshandlungen in anderen Bundesländern vollziehen kann, nicht mehr und nicht weniger.

Deswegen muss man über diesen Staatsvertrag nicht so lange diskutieren, und ich kann es kurz machen: Wir unterstützen den Staatsvertrag.

Die Frage, ob die Aufgabe für Wachpolizisten geeignet ist, ist durchaus diskutierenswert. Da gebe ich Frau Sönmez recht, darüber kann man durchaus nachdenken, ob das nicht auch andere Verwaltungsbeamte machen könnten, die gesondert geschult sind. Wenn Wachpolizisten besonders geschult werden, dann können wir uns das gut vorstellen.

Diese Frage kann man an anderer Stelle gerne noch einmal aufgreifen, weil wir es im Grundsatz nicht für gut gehalten haben. Herr Frömmrich, ich kann mich an viele gemeinsame Debatten auf der gleichen Seite erinnern, als wir dafür geworben haben, dass hoheitliche Aufgaben im öffentlichen Raum von Polizeivollzugsbeamten, die studiert haben, wahrgenommen werden sollen. Dazu steht die SPD auch heute noch.

(Günter Rudolph (SPD): Das war früher, das weiß er nicht mehr!)

Hoheitliche Aufgaben sollten von gut ausgebildeten Polizeivollzugsbeamten ausgeführt werden. Das ist aber eine andere Thematik, eine andere Debatte, die mit dem Staatsvertrag nichts zu tun hat. – Wir werden dem Staatsvertrag deshalb heute zustimmen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Müller das Wort.

Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es so kurz machen, dass ich hoffe, dass ich dieses Glas Wasser – vielen Dank dafür – nicht brauche.

Wir haben auch im Ausschuss, das will ich an dieser Stelle doch einmal anmerken, keine 30 Sekunden zu dem Tagesordnungspunkt diskutiert. Das zeigt, dass diese Bühne genutzt wird, um das Thema in eine andere Richtung zu lenken, wie es Frau Sönmez gemacht hat. Dafür kann man Verständnis haben. Es hat aber mit dem eigentlichen Thema Staatsvertrag nichts zu tun.

(Widerspruch DIE LINKE)

Im Staatsvertrag ist geregelt, dass es zu einer Entlastung der Polizei kommen soll. Wir schaffen dort Rechtssicherheit für diejenigen, die diese Rückführungen durchführen. Das macht Sinn, das ist richtig. Dagegen habe ich, ehrlich gesagt, auch keine Argumente gehört. Deswegen werden auch wir Freie Demokraten diesem Staatsvertrag zustimmen.

Ich möchte es an dieser Stelle abkürzen und mich nicht weiter auf die Debatte einlassen. Die führen wir an anderer Stelle, wenn es tatsächlich um Abschiebungen und Rückführungen geht. Diese werden hier nicht erleichtert. Es geht nur um die Frage, wer sie durchführt. Das muss man an der Stelle noch einmal ziemlich deutlich machen.

Deswegen sind diese emotionalen Debatten vielleicht verständlich oder auch nicht verständlich. Das muss jeder für sich beurteilen. Aber sie sind jedenfalls nicht hilfreich. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten – Der Redner verlässt das Rednerpult. – Günter Rudolph (SPD): Nimm doch das Wasser mit! – Der Redner nimmt sein Wasserglas mit. – Heiterkeit Günter Rudolph (SPD))

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Innenminister Beuth das Wort.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die hier die Zustimmung zu dem Staatsvertrag in Aussicht gestellt haben. Es ist ein Werk, das im Jahr 2018 auf einer Innenministerkonferenz begonnen wurde und in der Tat dafür Sorge tragen soll – das ist hier deutlich geworden –, dass

wir die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugs ein Stück weit durch Mitarbeiter des Verwaltungsvollzugs entlasten können.

Das ist der Gegenstand des Staatsvertrags, den wir Ihnen vorgelegt haben. In der Tat geht es dabei um aufenthaltsbedingende Maßnahmen. Auch das ist sicherlich richtig. In der Tat ist das ein hier im Landtag streitiges Thema. Aber wir sind uns im Ergebnis darüber einig, dass, wenn es denn dazu kommen muss, es jedenfalls rechtlich korrekt sein muss. Deswegen ist es erforderlich, dass wir es auf eine solche Basis stellen, wenn wir den Polizeivollzug entlasten wollen.

Ich will die Debatte nicht unnötig verlängern, weil ich den Eindruck habe, dass wir uns an dieser Stelle über den Kern des Vertrags in weiten Teilen einig sind. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Staatsvertrag morgen Nachmittag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Damit ist dieser Punkt beendet. Die Abstimmung erfolgt morgen.

Ich rufe jetzt **Punkt 10** auf:

Zweite Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion der AfD

Gesetz zur Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenbezüge während der Corona-Krise im Jahr 2020

– Drucks. 20/2794 zu Drucks. 20/2623 –

gemeinsam mit **Punkt 11:**

Zweite Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion DIE LINKE

Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags

– Drucks. 20/2795 zu Drucks. 20/2668 –

und **Punkt 12:**

Zweite Lesung

Dringlicher Gesetzentwurf

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten

Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags

– Drucks. 20/2796 zu Drucks. 20/2684 –

Berichtersterter ist der Kollege Jürgen Frömmrich. Bitte sehr, du hast das Wort, Jürgen.

Jürgen Frömmrich, Berichterstatter:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie gestatten, mache ich die Berichterstattung für alle drei Gesetzentwürfe hintereinander.

Zuerst zur Drucks. 20/2794. Das ist die Beschlussempfehlung zum Gesetzentwurf der Fraktion der AfD. Sie lautet:

Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

Die nächste Beschlussempfehlung, Drucks. 20/2795, ist zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

Die dritte Beschlussempfehlung, Drucks. 20/2796, ist zum Dringlichen Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Freien Demokraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. – Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Lambrou, Fraktionsvorsitzender der AfD.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bei der heute in zweiter Lesung erneut debattierten Aussetzung der Diätenerhöhung für die hessischen Landtagsabgeordneten im Jahr 2020 geht es angesichts der durch die Corona-Krise entstandenen enormen wirtschaftlichen Schäden in erster Linie um einen symbolischen Akt der Solidarität. Es geht darum, ein Zeichen für die Bürger zu setzen, ein Zeichen, das in der derzeitigen Situation rund um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Entscheidungen der Bundesregierung zur Corona-Pandemie dringend notwendig ist.

(Beifall AfD)

Zahlreiche Bürger mit kleinem und mittlerem Einkommen, darunter viele Arbeitnehmer, Einzelunternehmer und Minijobber, bangen um ihre wirtschaftliche Existenz. Von Politikern beschlossene Kontaktsperrungen schränken die persönlichen Freiheiten ein und schmälern die wirtschaftliche Lebensgrundlage vieler Bürger.

(Beifall AfD)

Wer solche Maßnahmen verordnet, die den Bürgern neben dem Schutz ihrer Gesundheit enormen finanziellen Schaden bringen, der muss auch bereit sein, eigene finanzielle Opfer zu bringen.

(Beifall AfD)

Es ist daher zu begrüßen, dass mittlerweile alle sechs Fraktionen im Hessischen Landtag auf eine Erhöhung ihrer Diäten im Jahr 2020 verzichten wollen.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Die AfD hat es dafür nicht gebraucht!)

Danach sah es aber am 4. April, Herr Schalauske, ganz und gar nicht aus, als DIE LINKE in Hessen öffentlich den Vorschlag eines Diätenerhöhungsverzichts ins Spiel brachte. Sie ertete Spott und Ablehnung von den meisten der anderen Fraktionen. Die AfD hingegen äußerte sich zustimmend.

(Beifall AfD)

Die AfD, die als einzige Fraktion bereits vergangenes Jahr gegen die Diätenerhöhung gestimmt hatte – damals hatte sich DIE LINKE übrigens nur enthalten –, wartete anschließend, nach dem 4. April, volle zehn Tage darauf, dass DIE LINKE ihren öffentlichen Worten konkrete Taten folgte. Es kam aber nichts.

(Beifall AfD)

Am 15. April 2020 reichte die AfD deshalb einen eigenen Gesetzentwurf zur Aussetzung der Erhöhung der Abgeordnetendiäten ein. Damit war den anderen fünf Fraktionen klar, dass sich dieses Thema nicht mehr aussitzen ließ.

(Beifall AfD – Jan Schalauske (DIE LINKE): Wir haben das Thema aufgebracht!)

Öffentliche und unverbindliche Forderungen durch DIE LINKE sind halt etwas anderes als ein konkreter und verbindlicher Gesetzentwurf der AfD.

(Beifall AfD)

Der Gesetzentwurf der LINKEN folgte übrigens satte zwei Wochen nach dem der AfD, nämlich am 28. April 2020.

(Beifall AfD)

Liebe LINKE, lieber Herr Schalauske, das ist eine echt „schnelle“ Reaktion.

Kurz vor der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der AfD schafften es dann die restlichen vier Fraktionen des Hessischen Landtags, die CDU, die GRÜNEN, die SPD und die FDP, mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf am 5. Mai 2020 noch über die Ziellinie.

(Beifall AfD)

Dieser schleppende Prozess wirkt bei uns, bei der AfD, eher widerwillig. Bei der ersten Lesung debattierten Sie dann lieber z. B. über Dienstwagen als über den konkreten Gesetzentwurf der AfD – aus unserer Sicht ein weiteres Indiz dafür,

(Beifall AfD)

dass Ihnen die parlamentarische Initiative der AfD zur Aussetzung der Diätenerhöhung

(Unruhe – Glockenzeichen)

eher nicht ins Konzept passt.

(Beifall AfD)

Mal schauen, ob Sie es heute ohne die Eröffnung von Nebenkriegsschauplätzen und Ablenkungsmanövern schaffen, konzentriert über die Aussetzung der Diätenerhöhung zu debattieren, über den heutigen Tagesordnungspunkt und nicht über irgendwelche anderen Themen. Das wäre aus unserer Sicht ein Indiz für eine gestiegene Ernsthaftigkeit Ihrerseits bei diesem Thema.

(Beifall AfD – Jan Schalauske (DIE LINKE): Dienstwagen sind ein sensibles Thema? – Zuruf Torsten Warnecke (SPD))

Wir bedauern es, dass die Aussetzung der Diätenerhöhung in Hessen nicht so souverän gelöst wurde wie im Deutschen Bundestag. Dort wurde ein gemeinsamer Gesetzentwurf auf Aussetzung der Diätenerhöhung vor einigen Wochen von allen sechs Fraktionen eingebracht und entsprechend einstimmig angenommen. Das war souverän und der Bedeutung des Themas angemessen.

(Beifall AfD)

Im Hessischen Landtag ist die Gemengelage leider etwas anders, was nicht zuletzt die drei vorliegenden unterschiedlichen Gesetzentwürfe belegen. Immerhin haben jetzt alle sechs Fraktionen bei dem Thema Diätenaussetzung mittlerweile Einigkeit bezüglich eines Verzichts auf die Erhöhung der Diäten im laufenden Jahr. Das ist wichtig; denn beim Thema Diäten geht es immer auch um die Akzeptanz der Politik durch den Bürger im Allgemeinen.

Einen Wermutstropfen gibt es bei dem Gesetzentwurf von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP, der vermutlich die Mehrheit erhalten wird, allerdings. Im Gegensatz zum Gesetzentwurf der AfD-Fraktion sowie zum einvernehmlich beschlossenen Verzicht durch den Deutschen Bundestag handelt es sich bei dem von Ihren vier Fraktionen eingebrachten Gesetzentwurf im Grunde nur um einen teilweisen Verzicht. Laut Ihrem Gesetzentwurf soll der Mittelwert aus dem Indexwert 2019 – das sind 2,3 % – und dem noch unbekanntem Indexwert 2020 – vermutlich eher 0 % – verwendet werden, also etwa 1,15 % Diätenerhöhung für 2021.

Unser Gesetzentwurf ist konsequenter und geht im Verzicht deutlich weiter, wie auch der Deutsche Bundestag, der sich für dieselbe Lösung entschieden hat. Die Erhöhung der Diäten für 2020 wird in unserem Gesetzentwurf gestrichen, und die Erhöhung für 2021 wird, ohne einen Mittelwert aus zwei Jahren zu berechnen, einfach mit dem vermutlich grottenschlechten Indexwert 2021 berechnet, also vermutlich eine zweite Nullrunde im Jahr 2021 – wie auch im laufenden Jahr.

(Beifall AfD)

So weit wollen Sie nicht gehen. Schade. Wir werden dennoch, sollte unser Gesetzentwurf keine Mehrheit finden, dem Gesetzentwurf der vier Fraktionen zustimmen. Wir verfahren hier nach dem Motto: besser ein kleiner Verzicht als gar kein Verzicht auf Diätenerhöhung.

(Beifall AfD)

Ich kann Ihnen aber schon jetzt ankündigen, dass wir das Thema nächstes Jahr erneut in das Parlament einbringen werden. – Vielen Dank, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit und die vielen netten Zwischenrufe. Da weiß ich wenigstens, dass Sie zugehört haben.

(Beifall AfD – Stephan Grüger (SPD): Wer im Dienstwagen sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Lambrou. – Das Wort hat der Abg. Felstehausen, Fraktion DIE LINKE.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Letzte, was ich gehört habe, als ich ans Rednerpult ging, war: „Wer im Dienstwagen sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen“.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

An die Adresse der AfD: Ich glaube, wir können in unseren Beratungen vieles gebrauchen. Was wir definitiv nicht brauchen, Herr Lambrou, sind Ihre Nachhilfestunden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich können wir uns sicher sein, dass die Debatte heute von vielen Menschen aufmerksam verfolgt wird – nicht, weil das Thema Diätenerhöhung in diesem Jahr einen wirklich substanziellen Beitrag zur Finanzierung der Corona-Krise leisten könnte. Dazu sind die Diäten in der Summe viel zu klein. Aber es geht um eine Frage der Haltung, die wir heute an den Tag legen, und des solidarischen Handelns.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, was gerade außerhalb dieses Plenarsaals passiert. Die Arbeitslosigkeit in Hessen – so sagt es die Regionaldirektion in Frankfurt – ist um 20 % gestiegen. Ein Drittel der hessischen Betriebe hat Kurzarbeit angemeldet, und davon sind 700.000 Männer und Frauen betroffen. Kurzarbeit bedeutet, wenn es nicht tarifvertraglich abgesichert ist, dass sie 60 % ihres bisherigen Lohns bekommen.

Außerdem berichten uns die Jobcenter, dass es eine deutliche Steigerung der Zahl der Anträge auf Grundsicherung gibt. Dort haben wir sie mit unseren Maßnahmen hineingetrieben, weil es keine Absicherung gibt. Das sind Solo-Selbstständige, das sind Künstler, das sind all diejenigen, die nicht aus den großen Töpfen schöpfen können.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund hat DIE LINKE den Antrag gestellt, eine Debatte – Herr Lambrou, jetzt müssen Sie genau zuhören – um die automatische Diätenerhöhung zu führen; denn das ist, was uns auch im letzten Jahr umgetrieben hat, als wir darüber diskutiert haben, und warum wir uns dann auch enthalten haben.

Uns geht es darum, dass wir von diesem Pult aus jedes Jahr, wenn es um die Erhöhung unserer Diäten geht, diese öffentlich legitimieren müssen. Meine Damen und Herren, das ist etwas, was von uns erwartet werden kann und was wir tun müssen.

(Beifall DIE LINKE – Jan Schalauske (DIE LINKE): Das ist das Mindeste!)

Meine Damen und Herren, für niemanden war diese Krise vorhersehbar. Deshalb braucht es bei der Frage um die Diätenerhöhung einen Mechanismus, der es zulässt, aufgrund objektiver Zahlen jährlich die Situationsangemessenheit von Diätenerhöhungen zum Thema zu machen und sich damit auseinanderzusetzen.

Herr Lambrou, deshalb greift Ihr Gesetzentwurf zu kurz. Ihr Gesetzentwurf sagt: Wir verzichten in diesem Jahr auf die Diätenerhöhung und steigen im nächsten Jahr wieder ein. – Aber niemand kann uns heute sagen, wie es denn im nächsten Jahr aussehen wird und wie die Entwicklung weitergeht.

Deshalb fordern wir mit unserem Gesetzentwurf, dass wir uns auf der Grundlage der dann vorliegenden Zahlen auch im nächsten Jahr wieder der Öffentlichkeit stellen und erneut begründen, warum wir es möglicherweise für angemessen halten, unsere Diäten zu erhöhen, oder eben auch nicht. Das ist der wesentliche Punkt. Diese Verantwortung haben wir. Diese Verantwortung entsteht durch das Recht, die Höhe unserer Einkünfte selbst festlegen zu dürfen.

(Torsten Warnecke (SPD): Zu müssen!)

Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen. Ich sage, dieser Verantwortung können wir uns auch stellen. Denn dafür sind wir gewählt worden. Deshalb dürfen wir uns davor nicht drücken.

(Beifall DIE LINKE)

Der von den Fraktionen der CDU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP vorgelegte Gesetzentwurf, in diesem Jahr auf die Diätenerhöhung zu verzichten, ist eigentlich eine Rosstäuschung. Denn in Wirklichkeit soll auf gar nichts verzichtet werden. Die anstehende Diätenerhöhung soll lediglich mit der geringeren Steigerung im nächsten Jahr verrechnet werden. Im Steuerrecht würde man wahrscheinlich von einem Verlustvortrag sprechen.

Meine Damen und Herren, mit einer solchen Nebelkerze versuchen Sie, sich der notwendigen Diskussion zu entziehen. Ich bin mir relativ sicher, dass Ihnen dieser Versuch auf die Füße fallen wird.

Ich höre aus den Reihen der CDU-Fraktion den Ruf, dass es gar nicht gerecht sei, dass nur die Landtagsabgeordneten auf eine Steigerung ihres Einkommens verzichten würden. Dazu kann ich nur sagen: Kommen Sie doch bitte einmal von Ihrem Elfenbeinturm herunter, und schauen Sie sich die Situation des größten Teils der hessischen Bevölkerung an. Denn dort geht es um die Unsicherheit des Jobs. Dort geht es um Kurzarbeit. Dort geht es um Arbeitslosigkeit und Grundsicherung. Lassen Sie uns dann doch einmal unsere Situation anschauen.

(Beifall DIE LINKE)

Der Verweis auf andere folgt immer wieder dem bekannten Prinzip. Es ist davon die Rede, dass man den Gürtel enger schnallen müsse. Damit ist immer der Hosenbund der anderen gemeint.

Die Mittelstandsvereinigung der CDU hat die Diskussion bereits eröffnet. Der Einkommensmillionär Friedrich Merz bläst in das gleiche Horn. Die Krise soll wieder von denen bezahlt werden, die schon vorher zu den Verlierern der Umverteilung von unten nach oben gehörten. Ich kann Ihnen schon heute sagen: Bei einem solchen Vorhaben werden Sie mit entschiedenem Widerstand der LINKEN rechnen müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Solidarität heißt aus unserer Sicht auch, dass die starken Schultern mehr als die schwachen tragen müssen.

Sie beklagen, dass nur im Landtag auf eine Einkommenserhöhung verzichtet werden müsse, während die Inhaber der Spitzenposten in der Regierung weiter mit einer Lohnsteigerung rechnen könnten. Da muss ich Sie fragen: Wer hat denn die Mehrheit? Wer stellt denn hier die Minister und die Staatssekretäre?

(Zuruf: Sie Gott sei Dank nicht!)

Dann würde sich etwas ändern. Wenn Sie es mit diesem Einwand gegen unsere berechnete Forderung, dieses zu diskutieren, wirklich ernst meinen würden und das kein Ablenkungsmanöver sein soll, dann würden Sie das Heft des Handelns endlich in die Hand nehmen. Sprechen Sie doch mit Ihren Staatssekretärinnen und Staatssekretären sowie Ihren Ministerinnen und Ministern. Aber da ist vornehmes Schweigen zu vernehmen.

Die Frage, wann die Abgeordnetendiäten angemessen sind, ist in der Tat nicht leicht zu beantworten. Aber zu unserem Privileg, über die Höhe der Diäten selbst entscheiden zu können,

(Torsten Warnecke (SPD): Zu müssen!)

gehört eben auch die Verpflichtung, in besonderen Situationen verantwortlich zu handeln. Privilegien und Verantwortung gehören zusammen. Sie sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Mit dem von den LINKEN vorgelegten Gesetzentwurf würden Sie den Weg frei machen, das zu diskutieren. Wir würden dann jedes Jahr verantwortungsvoll entscheiden. Meine Damen und Herren, deswegen bitte ich Sie und fordere Sie auf, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Felstehausen, vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bellino. Er spricht für die CDU-Fraktion.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst will ich etwas zu den Rednern sagen, die vor mir gesprochen haben. Das geht jetzt in Richtung der Mitglieder der AfD. Ich empfinde es fast schon als kindisch, aufzurechnen, nachzurechnen oder vorzurechnen, wer wann was eingebracht hat und wer sich wann geäußert hat.

Vergessen Sie nicht, in welcher Zeit wir uns damals befanden. Damit meine ich in erster Linie die Mitglieder der die Regierung tragende Fraktionen. Das war in der Zeit, als wir über die schrecklichen Bilder aus Italien erschrocken waren. Das war in der Zeit, als wir in Deutschland, obwohl wir ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem haben, darüber nachgedacht haben, wie wir solche Bilder verhindern können und woher wir zusätzliche Schutzausrüstung, Intensivbetten und vieles andere mehr bekommen können. Das war die Zeit, als wir darüber nachgedacht haben, wann es mit der Impfstoffforschung losgeht, mit besseren Medikamenten und anderem.

In dieser Zeit hatten wir wirklich Besseres zu tun, als über eine Diätenanpassung, in welche Richtung auch immer, nachzudenken. Ich habe das das letzte Mal schon dargelegt. Ich dachte, das wäre angekommen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch keineswegs so, dass hier irgendetwas ausgesessen werden soll. Aber ich habe das Gefühl, dass Sie fast schon darum betteln, dass wir weder – ich nenne es einmal so – Ihre Dienstwagenaffäre noch die Bespitzelung ansprechen, der Parteifreunde von Ihnen ausgesetzt waren. Ich sehe sie nicht. Sie kommen wahrscheinlich in dieser Plenarsitzungsrunde auch nicht mehr. Es geht um die Bespitzelungen, bei denen Parteifreunde von Ihnen davon gesprochen haben, dass das Stasimethoden seien. Es war schon ein Betteln darum, dass wir das nicht tun. Ich mache es auch nicht, wenn es bei diesen Einlassungen bleibt.

Aber das sind keine Nebenkriegsschauplätze, wie Sie es abtun wollen. Gerade der letzte Vorgang, dass man Menschen beobachtet, wann sie mit wem reden, und ihnen das

dann vorhält, ist kein Nebenkriegsschauplatz, wie Sie das darstellen. Vielmehr ist das meines Erachtens skandalös. Das will ich Ihnen schon einmal sagen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun komme ich zu dem Vorredner von der Fraktion DIE LINKE. Ich finde, wir können als Mitglieder der ersten Gewalt schon darauf hinweisen, dass wir nach der jetzt bestehenden Gesetzeslage die Einzigen sind, die tatsächlich auf eine ihnen nach dem Recht zustehende Diätenerhöhung verzichten. So etwas muten wir nicht den Pensionären zu. So etwas muten wir nicht den Beamten zu. Insofern ist das schon etwas, zu dem man sagen kann: Jawohl, das haben wir uns überlegt. Wir machen das aus Respekt vor der außergewöhnlichen und einzigartigen Situation, in der sich nicht nur dieses Land, sondern die ganze Welt befindet. – Ich finde, das kann man schon sagen.

Es hat den Hinweis auf die Minister gegeben. Da möchte ich mir den Hinweis erlauben – das wird gerne unterschlagen –, dass die Gehälter der Ministerinnen und Minister auch an die Diätenregelung gekoppelt sind. Auch dort gibt es also ein Aussetzen hinsichtlich dessen, was es sonst an Erhöhung gegeben hätte.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Ich möchte noch kurz auf etwas eingehen. Das ist die Wiederholung dessen, was wir schon in der ersten Lesung gesagt haben und was wir in der Sitzung des Ältestenrats diskutiert haben. Ich will das noch einmal deutlich machen. Wir haben bezüglich der Diäten das transparenteste und fairste System, das es in Deutschland gibt. Wir beschließen nicht einfach einmal so, wie hoch unsere Diäten sein sollen, sondern wir orientieren uns an dem, was der Hesse ein Jahr zuvor im Guten oder im Negativen realisiert hat. Das heißt, wenn es durchschnittlich abwärtsgeht, geht es auch bei uns abwärts. Wenn es nach oben geht, geht es auch bei uns nach oben. Das ist ein faires System.

Dass wir von dieser Kopplung an den sogenannten Nominallohnindex abweichen, hat wirklich etwas damit zu tun, dass wir eine einzigartige Situation haben. Wir tun das aus Respekt vor denen, die sich wirklich Sorgen, die kleinen Unternehmer, die Solo-Selbstständigen, aber auch die Arbeitnehmer, die nicht wissen, ob sie nach der Kurzarbeit zurückkommen können, ob das Unternehmen also überlebt. Wir machen das aus Respekt vor dieser besonderen Situation, indem wir tatsächlich sagen: Uns steht diese Diätenerhöhung zu, wir müssen uns dafür nicht rechtfertigen, aber wir verzichten darauf, weil es, wie gesagt, eine besondere Situation ist.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich denke, es wird eine dritte Lesung geben. Wir werden das wahrscheinlich dann noch einmal wiederholen, weil der eine oder andere an dem linken oder rechten Rand das anscheinend nicht wahrhaben will. – Ich bedanke mich trotzdem für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Bellino, vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Abg. Günter Rudolph für die SPD-Fraktion.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich mit denjenigen auseinandersetzen, die die inhaltliche Debatte suchen.

Zunächst möchte ich etwas zu den LINKEN sagen. Herr Felstehausen, wenn Sie uns einen Vorschlag unterbreiten, bei dem nicht mehr die Abgeordneten über die Höhe ihrer Diäten zu entscheiden haben, bin ich sofort bereit, das zu machen. Da kann ich Ihnen die Unterstützung der Mitglieder der SPD-Fraktion zusichern.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Sie werfen aber Nebelkerzen. Ich finde, Sie müssten die Platte einmal umdrehen. Denn sie ist jetzt ein bisschen ausgekratzt.

Für Lieschen Müller auf der Straße klingt das verlockend. Ich kann die Höhe meiner Entschädigung bzw. meiner Diät selbst bestimmen. – Das klingt verlockend.

Ich habe damit kein Problem. Da haben Sie völlig recht. Wir müssen das rechtfertigen.

(Zuruf)

– Damit habe ich kein Problem. Diese Debatte führe ich. – Bei Ihnen steckt aber etwas anderes dahinter. Meinetwegen können wir das jedes Jahr oder auch jeden Monat machen. Das hat etwas damit zu tun, was die Abgeordneten an Diäten bzw. an Grundentschädigung bekommen sollen.

Über die Frage kann man trefflich streiten. Sind 8.200 € pro Monat zu viel? Ist das im Verhältnis zu einem drittklassigen Ersatzspieler bei Bayern München oder Ähnlichem zu wenig? Darüber kann man diskutieren. Damit habe ich kein Problem. Ein bisschen Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein gehören auch dazu.

Ich finde, die Regelung, die wir getroffen haben, dass das Hessische Statistische Landesamt einen Index der allgemeinen Einkommensentwicklung, ein Jahr zurückliegend, feststellt, den wir dann als Maßstab nehmen, damit es nicht heißt: „Ihr seid geldgierig“, ist ein transparentes Vorgehen. Das rechtfertige ich auch, wenn Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis danach fragen. Das hat in den letzten Jahren zu keinerlei Diskussionen mehr geführt. Das bestätigen mir auch die Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Deswegen ist das ein Maßstab, der vernünftig und vertretbar ist. Wenn Sie einen besseren haben, bei dem nicht wir, sondern andere das für uns bestimmen, sind wir herzlich gerne dabei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie aber keinen Vorschlag haben – und Sie haben keinen –, dann hören Sie auf, Nebelkerzen zu werfen.

Zweitens. Ja, wir haben in der Tat besondere Zeiten, die besondere Antworten erfordern. Ja, es ist ein symbolischer Beitrag. Aber ich glaube, er ist notwendig. In der Tat können wir Abgeordnete es von der Höhe her auch vertreten. Deswegen ist es okay, dass wir sagen wollen: Wir setzen den Mechanismus mit dem Index für das Jahr 2020 aus. Im nächsten Jahr schauen wir dann, wie sich das entwickelt. Das ist ein vernünftiges Vorgehen.

Wir wissen nicht, wie die allgemeine Einkommensentwicklung sein wird. Wir haben die Vermutung, dass das Niveau sinken wird. Das werden wir mit berücksichtigen.

Das können wir dann in aller Ruhe tun. Deswegen ist das richtig.

Wie gesagt: Man muss auch den Mut haben, einmal deutlich zu machen, was die Arbeit eines Abgeordneten wert ist.

Wir machen das als Abgeordnete. Wir hatten das im Ältestenrat. Er hat nicht öffentlich getagt. Ich finde, es gab bemerkenswerte Beiträge. Ein Beitrag hat mir gut gefallen. Den hätte ich selbst so halten können. Das war ein guter Beitrag.

Jetzt komme ich zum Ernst der Sache zurück. Der Chef der Staatskanzlei ist anwesend. Wir beide kennen uns schon ein bisschen. Herr Wintermeyer war auch einmal parlamentarischer Geschäftsführer. Ich finde, auch die Landesregierung kann einen symbolischen Beitrag leisten. Dabei beziehe ich mich explizit auf die Minister und die Staatssekretäre und nicht auf den kleinen Verwaltungsbeamten. Das sage ich, damit das klar ist.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Das ist nichts Illegitimes. Es gibt sogar Mechanismen, die zeigen, wie man das machen kann. Man kann das Gesetz über die Regelung der Ministerbezüge ändern.

Sie ändern sehr viele Gesetze. Sie haben auch den einen oder anderen Juristen in der Staatskanzlei oder sonst wo. Sie schreiben gelegentlich auch für die Fraktionen Gesetzentwürfe. Ich glaube, Sie würden es hinbekommen. Sie würden es hinbekommen, wenn Sie es wollten. Sie wollen es aber nicht. Das halte ich für den falschen Ansatz,

(Beifall Nancy Faeser (SPD))

zumal Minister, die Abgeordnete sind, auch noch 25 % der Diäten bekommen, zuzüglich der steuerfreien Aufwandsentschädigung in voller Höhe. Das zeigt ein Blick in das Abgeordnetengesetz.

Ich finde, da machen es sich die Mitglieder der Landesregierung zu einfach. Wir Abgeordnete stehen zu der Verantwortung. Möglicherweise stehen wir mehr im Fokus. Ist unsere Arbeit aber deswegen weniger wert? Ist das deswegen einfacher? – Nein.

Ich hätte von der Landesregierung etwas anderes erwartet. Wir haben es in der ersten Lesung thematisiert. Wir haben es in der Sitzung des Ältestenrats thematisiert. Still ruht der See.

Da hätte man etwas erwarten können. Dann wäre das auch ein Stück weit glaubwürdiger. Wir retten damit in der Tat nicht den Landshaushalt. Wir sanieren ihn damit nicht. Aber wir leisten einen kleinen, bescheidenen Beitrag. Das ist gerechtfertigt. Es ist aber schade, dass das nachher nur die 137 Abgeordneten und nicht die Mitglieder der Landesregierung betreffen wird. Es ist schade, dass die Mitglieder der Landesregierung dazu nicht den Mut und den Mumm haben.

Wir rechtfertigen uns für Maßnahmen. Dann soll die Landesregierung auch sagen, warum sie es nicht macht. Das halte ich für eine legitime Forderung. Wir haben den Gesetzentwurf gemeinsam auf den Weg gebracht. Die Fraktionen haben darüber diskutiert. Wir stehen dazu. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Wir entschuldigen uns auch nicht dafür, dass wir diesen Betrag mittels des Index so festgelegt haben. Damit trete ich in jede Diskussion ein.

Aber sie findet so nicht mehr statt. Das ist Wunschdenken. Das ist politisches Kalkül. Das ist zulässig.

Aber wir teilen diese Position ausdrücklich nicht, weil ich finde, das Selbstbewusstsein sollten wir haben. Auch die Abgeordneten – jedenfalls die überwiegende Zahl der Abgeordneten, das kann jede Fraktion für sich beurteilen – leisten einen wichtigen Beitrag für die parlamentarische Demokratie. Dass Demokratie etwas Geld kostet, wird ja nur von bestimmten Bereichen negiert, weil man „Quasselbuden“ und Ähnliches nicht brauche. Nein, meine Damen und Herren, das ist ein wichtiger Beitrag, den die erste Staatsgewalt leistet, und ich finde, dieser Verantwortung werden wir mit dem heutigen Beschluss möglicherweise gerecht. Es wäre schön, wenn andere diesem Beschluss folgen könnten. Wir jedenfalls sind dazu bereit. – Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. Ich danke Ihnen für Ihren Beitrag, muss Sie allerdings in einem Punkt korrigieren: Meines Wissens gibt es bei Bayern München keine drittklassigen Ersatzspieler.

(Heiterkeit)

So weit, so gut. Der Kollege Frömmrich hat das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Auch diese Frage könnten wir intensiv diskutieren, Herr Vorsitzender, aber man darf den amtierenden Präsidenten ja nicht kritisieren. Das können wir nachher machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es verwundert schon ein bisschen – der Kollege Rudolph hat gerade auch noch einmal auf die Kollegen der AfD hingewiesen –: Lieber Kollege Rudolph, es geht nicht einmal darum, dass sie nur die „Quasselbuden“ abschaffen wollen, sondern es gibt parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, die sogar öffentlich erklären, dass die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland abgeschafft werden müsse. Mit denen haben wir es hier zu tun, das müssen wir uns immer vor Augen führen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, vereinzelt SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Ich hatte es in der letzten Debatte gesagt und will es wiederholen: Wir halten die Orientierung am Nominallohndex als Orientierungsgröße für die Festsetzung der Diätenanpassung der hessischen Abgeordneten für ein gutes System. Wir orientieren uns damit an den Einkommen der Menschen in unserem Land: Steigen die Einkommen der Menschen, steigen auch die Diäten der Abgeordneten. Sinken die Bezüge der Menschen in unserem Land, sinken im darauffolgenden Jahr auch die Bezüge der Abgeordneten. – Ich finde, das ist ein gutes System, sich an den Menschen in unserem Land zu orientieren. Ich weiß nicht, was es daran zu kritisieren gibt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses System orientiert sich, wie gesagt, an den Lebensverhältnissen der Menschen. Deswegen wollen wir dieses Grundsystem auch beibehalten. Wir haben immer betont,

dass wir dieses System für nachvollziehbar und transparent halten. Nach unserer Auffassung gibt es keine bessere Orientierungsgröße als die Einkommensentwicklung der hessischen Bevölkerung. Der Landtagspräsident hat uns den Nominallohnindex vorgelegt. Damit ist auch transparent, wie hier entschieden wird. Wir machen das nicht im stillen Kämmerlein, sondern da gibt es eine Drucksache, die dem Hessischen Landtag zugestellt wird, und der Präsident ruft das auf. Das ist für jeden Menschen in unserem Land nachvollziehbar, wie die Abgeordnetendiäten steigen, stagnieren oder, wie bei dem jetzt vorgelegten Entwurf, die Erhöhung ausgesetzt wird. Das ist ein gutes System, wie ich finde.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es aber nicht mit normalen Zeiten zu tun in diesen Zeiten von Corona. Natürlich haben wir über die Frage der Anpassung in diesen Zeiten gesprochen, in denen es vielen Menschen existenziell schlecht geht, die bedroht sind: Unternehmen, die nicht wissen, wie es weitergeht, Freiberufler, Künstler, Solo-Selbstständige, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht wissen, wie es für sie persönlich weitergeht oder wie im nächsten Monat Unterhalt oder Miete bezahlt werden sollen. Natürlich stellt sich da die Frage, ob eine Anpassung der Abgeordnetenbezüge im Hessischen Landtag in die Welt passt. Natürlich stellt sich die Frage nach einem Zeichen der Solidarität. Natürlich sind wir gegenüber den Menschen in diesem Lande empathisch, und in dieser Frage brauchen wir von der rechten Seite dieses Hauses keine Nachhilfe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir sind gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, dass wir eine Diätenerhöhung in diesen Zeiten nicht machen können. Viele Menschen, die von dieser Krise existenziell betroffen sind, könnten einen derartigen Schritt nicht nachvollziehen. Deswegen sind die Koalitionspartner auf die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der FDP zugegangen und haben den vorliegenden Gesetzentwurf gemeinsam eingebracht.

Wir schlagen vor, die Anpassung 2020 auszusetzen, dann die Jahre 2020 und 2021 zusammen zu betrachten und im Jahr 2021 die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Ich finde, das ist ein guter Vorschlag, den wir hier vorgelegt haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Zu den Gesetzentwürfen der anderen Fraktionen will ich kurz etwas sagen. Die Linkspartei will nicht nur die Aussetzung der Diätenerhöhung, sie will das System ändern, das wir am Anfang dieser Wahlperiode gemeinsam mit sehr großer Mehrheit in diesem Hause beschlossen haben und von dem die übergroße Mehrheit dieses Hauses meint, dass es ein richtiges System sei.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Das wollen wir ausdrücklich nicht.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Das unterscheidet uns!)

– Ja, das unterscheidet uns. Das ist auch gut so, Herr Kollege Felstehausen. – Aber der Kollege Rudolph hat es hier schon angemerkt: Dann müssten Sie vielleicht einmal But-

ter bei die Fische geben und uns erklären, wie Sie sich ein solches System vorstellen. Da weichen Sie immer zurück. Sie nehmen es mit, was Ihnen an Diäten überwiesen wird, aber einen Vorschlag, wie denn Diäten in diesem Hause angepasst werden sollten, sind Sie bisher schuldig geblieben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf DIE LINKE)

Die AfD will das Bild vom gierigen, illoyalen, unsolidarischen Abgeordneten stellen. Das kann man in der Begründung Ihres Textes, den Sie vorgelegt haben, nachweisen. Die AfD malt dieses Bild vom gierigen, illoyalen, unsolidarischen Abgeordneten und meint, damit für die gesamte hessische Bevölkerung zu sprechen. Das weisen wir ausdrücklich zurück: Sie sprechen nicht für die Mehrheit der Menschen in unserem Land. Das wollen wir Ihnen hier einmal ausdrücklich sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Sie sprechen nicht für die Mehrheit in diesem Land. Deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab. Aber vielleicht entscheiden Sie die Frage, ob Sie die Mehrheit in diesem Lande repräsentieren, auch so, wie Sie entscheiden, ob Sie bespitzeln oder ob Sie über Leute in der eigenen Fraktion Akten anlegen.

(Widerspruch Robert Lambrou (AfD))

Das haben Sie auch in der Fraktion beschlossen. Das ist schon einigermaßen lächerlich, wenn man sich das einmal vorstellt. Man stelle sich einmal vor, die beschließen in ihrer eigenen Fraktion, die Abgeordneten in ihrer Fraktion bespitzeln zu können, und sagen am Ende, das sei auch noch transparent gewesen, man habe fast einstimmig beschlossen.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Wenn es nicht so traurig wäre, wie Sie sich verhalten, müsste man laut darüber lachen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe AfD)

Ich habe überhaupt keine Veranlassung, für Herrn Rahn, Herrn Kahnt oder irgendwen hier einzutreten – die gehören zu Ihrer Truppe und sind aus dem gleichen Holz geschnitzt wie Sie. Aber ich will Ihnen einmal eines sagen: In unserer parlamentarischen Demokratie arbeiten wir als Abgeordnete auf der Grundlage unserer Verfassung. Das freie Mandat auszuüben, ist bei uns ein hohes Gut. Was Sie machen – frei gewählte Abgeordnete zu bespitzeln und Dossiers anzulegen –, das ist nicht demokratisch, genau, wie es nicht demokratisch ist, was Ihr parlamentarischer Geschäftsführer im Deutschen Bundestag sagt, nämlich die parlamentarische Demokratie abschaffen zu wollen. Das ist erbärmlich, was Sie hier leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Torsten Warnecke (SPD))

Sie gehen nach dem Motto vor, wie wahrscheinlich damals auch das Politbüro der SED: Die haben auch immer beschlossen, dass die Maßnahmen, die sie durchführen, rechtens und gut seien.

(Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Oder auch Nordkorea – nehmen Sie, was Sie wollen, wenn Herr Schalauske sich hier gerade angesprochen fühlt. Sie

können auch nicht undemokratische und Stasi-Spitzelmethoden mit Beschlüssen in Ihrer Fraktion für rechters erklären.

Das mit dem Dienstwagen will ich mir fast ersparen.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Das ist Pharisäertum, was Sie machen. Sie predigen Wasser und trinken am Ende Wein. Sie erzählen den Menschen in diesem Land, dass Sie darauf verzichten, und nachher nehmen Sie es still und heimlich, und begründen das hier noch damit, dass Sie sich bedroht fühlten, weil in Hanau zehn Menschen ermordet worden sind. Ihr Vorgehen ist erbärmlich, Kolleginnen und Kollegen der AfD. Wir lehnen den von Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf ab. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Frömmrich. – Meine Damen und Herren, es kommen hier immer so Zwischenbemerkungen, etwa zu Nordkorea. Um diese Zeit höre ich nicht mehr so gut, aber ich bitte darum, dass wir das jetzt ein bisschen locker über die Bühne bringen.

Der Kollege Lenders von der FDP hat das Wort.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, Herr Lambrou, Sie haben schon recht: Es gibt viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – aktuell denke ich gerade an die Lufthansa oder die Mitarbeiter bei Condor –, die Existenzängste und Angst um ihren Job haben. Es sind viele Unternehmer, die nicht wissen, wie es weitergeht und ob sie diese Krise gut überstehen werden. Da werden private Vermögen in dieser Krise aufgezehrt und ganz sicher Eigenkapital bei Unternehmen quasi vernichtet. Vermögen, das über Jahre aufgebaut worden ist, ist durch diese Krise auf einmal weg. Herr Lambrou, sind Sie wirklich ernsthaft der Meinung, dass diese Menschen irgendwo sagen werden, dass, weil die Abgeordneten im Hessischen Landtag auf die Erhöhung ihrer Diäten verzichten, ihre Existenznot irgendwie gerechtfertigt sei? Glauben Sie das allen Ernstes? Das kann doch nicht mehr als ein Symbol sein, was wir hier machen. Aber das wiegt doch nicht die Existenznöte dieser Menschen auf, wie Sie es gerade hier dargestellt haben.

(Robert Lambrou (AfD): Das habe ich nicht behauptet!)

– Doch, natürlich haben Sie das behauptet. Natürlich haben Sie das. Genau so haben Sie dieses Bild hier stellen wollen.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, ich verstehe die Position der Linksfraktion durchaus, was die Transparenz angeht. Nur hatte ich das Gefühl, dass wir bei der Frage, wie wir ermitteln, also wie das System ist, schon längst weiter waren. Ich hatte eigentlich immer das Gefühl, dass die Linksfraktion am Anfang dieser Legislaturperiode durchaus mit dem System einverstanden war, es aber nur jedes Mal de-

battieren wollte. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt, dass Sie jetzt die Corona-Krise nutzen wollen, um genau diese Diskussion wieder zu führen.

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen: Der Schaden, den Sie dabei anrichten, ist genau das, was die AfD will, nämlich jedes Jahr die Diskussion zu führen – der Kollege Rudolph hat es eben angesprochen –: Was ist das eigentlich wert, was wir hier machen? Was ist eigentlich bei einem Abgeordneten, der sein Mandat verliert und nicht wieder in seinen Beruf zurück kann, der also das Risiko eingegangen ist, eine berufliche Karriere beendet zu haben, und nicht weiß, wie es weitergeht? – Es sind nicht alles Beamte, die dann zurückkehren können, sondern die stehen unter Umständen vor dem Nichts. Wer das schon einmal erlebt hat, wie bei uns ein Großteil der Fraktion, bei Kollegen, die ihr Mandat verlieren und zu einem kommen und sagen: „Ich weiß nicht, wie es weitergeht“, denen erzählen Sie einmal, wie die Vergütung denn aussehen soll. Das ist die Frage, auf die die AfD-Fraktion eine Antwort schuldig bleibt. Die sagen ja nur, Abgeordnete im Hessischen Landtag glaubten, etwas Besseres zu sein. – Ja, klar, die AfD ist natürlich total anders.

(Widerspruch Robert Lambrou (AfD) – Glockenzeichen)

Dieses Bild wollen Sie natürlich erzeugen, Herr Lambrou. Dann müssen Sie einmal in die Diskussion einsteigen. Wie hoch soll die Vergütung eines Abgeordneten sein, der dieses Risiko trägt, der diese Verantwortung trägt für Millionen und zum Teil Milliarden, mit seinen Beschlüssen zum Haushalt? Welche Vergütung ist denn in Ihren Augen angemessen für die Verantwortung für Mitarbeiter in den Fraktionen und in den Wahlkreisen? Wie hoch muss eine solche Vergütung sein? Dann sagen Sie doch einmal, was Sie glauben, was wir verdienen sollen. Diese Frage beantworten Sie nicht.

Jetzt einmal ganz zum Schluss, Herr Lambrou: Wie hoch soll denn die Vergütung für einen Abgeordneten sein, der unabhängig ist,

(Zuruf: B 9!)

über den vielleicht Dossiers angefertigt sollen? Herr Lambrou, wie hoch muss denn die Vergütung sein, dass so ein frei gewählter Abgeordneter – auch, was das Finanzielle angeht – hier immer noch unabhängig seine Meinung sagen darf? Wie hoch soll die Vergütung sein?

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Lambrou, das Parlament entscheidet als Einziges, wie hoch diese Vergütung sein muss, damit diese Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Das ist auch gut. Meine Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, diese Entscheidung ist transparent, sie ist für jeden nachlesbar und überprüfbar. Jede Legislaturperiode stellen wir uns wieder den Wählerinnen und Wählern, um dieses Votum und diese Stimme dafür zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Lenders. – Kollege Lambrou hat für die AfD-Fraktion noch 2:47 Minuten.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben Sie den Nebenkriegsschauplätzen, den Nebelkerzen und den Ablenkungsmanövern doch wieder nicht widerstehen können. Es geht hier um die Aussetzung der Diätenerhöhung für das laufende Jahr. Man merkt an Ihrem Ärger, am AfD-Bashing: Es passt Ihnen nicht, dass wir das durch eine konkrete parlamentarische Initiative angestoßen haben.

(Beifall AfD – Zurufe: Oh, oh, oh! – Unruhe – Glockenzeichen)

Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn wir diesen Gesetzentwurf nicht vorgelegt hätten. Wahrscheinlich wäre es bei der baren Absichtserklärung geblieben, so wie das auch die Landesregierung gemacht hat.

Ich möchte kurz auf die Vorredner eingehen. Herr Kollege Rudolph, den Fußballspielervergleich finde ich nicht passend. Fußballspieler verdienen exorbitant viel Geld. Allerdings muss man sagen, dass Landtagsabgeordnete mit ihren Diäten auch schon bei den oberen 10 % der Einkommen liegen.

Herr Lenders hat ins Spiel gebracht, dass die Existenznot vieler Bürger in diesen Tagen nicht durch einen Verzicht auf eine Diätenerhöhung in diesem Jahr gemildert wird. Ja, das ist ein symbolischer Akt – mehr habe ich aber auch nicht gesagt. Aber es ist ein verdammt wichtiger symbolischer Akt. Politik besteht oft aus Symbolen. Das nehmen Bürger durchaus wahr.

Ich verweise auf die ersten Stellungnahmen zu dem Vorschlag der LINKEN auf die Aussetzung der Diätenerhöhung. Sie haben sich darüber lustig gemacht. Sie haben das abgelehnt. Das war Ihre erste Reaktion. Herr Bellino, das rechtfertigt dann auch nicht, dass Sie völlig „Land unter“ sind durch die Bewältigung einer Krise. Wenn man eine Meinung zu einem Thema hat, dann äußert man sie. Das haben Sie getan, und Sie haben sich ablehnend geäußert.

(Beifall AfD)

Der Frust, der hier hochkommt, entsteht dadurch, dass wir Sie praktisch zu diesem Verzicht auf die Erhöhung gezwungen haben – ich sage es einmal so: zusammen mit den LINKEN.

Zu Herrn Rudolph habe ich alles gesagt, zu Herrn Lenders habe ich auch alles gesagt.

Jetzt möchte ich zum Schluss noch auf Herrn Frömmrich eingehen. Lieber Kollege Frömmrich, die AfD möchte doch nicht das parlamentarische System abschaffen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch! – Zurufe: Oh, oh, oh! – Unruhe – Glockenzeichen)

Sie würden gerne haben, dass wir das abschaffen wollen. In unserem Parteiprogramm steht völlig klipp und klar, dass wir fest auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehen.

(Beifall AfD – Fortgesetzte Zurufe)

Sie picken sich eine einzelne verirrte Stimme heraus und behaupten: Das ist die allgemeine Meinung der AfD. – Das ist Trautänzerei.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mannomannomann! – Anhaltende Zurufe)

Und Trautänzerei ist auch, uns zu unterstellen, was in der „hessenschau“ über – –

(Fortgesetzte Zurufe Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Frank Lortz:

Ein Moment, Herr Kollege Lambrou. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie doch in der letzten Phase dieser Debatte noch um etwas Aufmerksamkeit. Es ist sicherlich interessant.

Robert Lambrou (AfD):

Herr Kollege Frömmrich, wenn Sie uns kritisieren – und das können Sie gerne und ausführlich tun –, dann sollten Sie bei den Fakten bleiben. Die Fakten unserer Stellungnahme zu den Vorwürfen eines Kollegen von uns blenden Sie völlig aus; denn das passt nicht in Ihr Weltbild. Ihr Weltbild heißt:

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine Ahnung!)

AfDler sind nicht okay. – Sie sind okay, Sie sind besser,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie bespitzeln frei gewählte Abgeordnete! – Unruhe – Glockenzeichen)

und Sie haben Frust, dass wir Sie zu einem Diätenerhöhungsverzicht gezwungen haben. Das ist letztendlich der Ärger, den wir hier die ganze Zeit erleben.

(Fortgesetzte Zurufe)

Seien Sie doch ehrlich, und geben Sie es zu.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Gott!)

Lesen Sie doch noch einmal Ihre Äußerungen zu dem ursprünglichen Vorschlag der LINKEN zur Aussetzung der Diätenerhöhung. In diesem Moment haben Sie sich ehrlich gemacht. Davon wollen Sie jetzt nichts mehr wissen, und daran wollen Sie nicht mehr erinnert werden; aber genau das tun wir. Die Bürger haben sehr sorgfältig wahrgenommen, dass Sie im Grunde genommen diese Aussetzung der Diätenerhöhung eigentlich nicht wollen. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Zurufe)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen: Herr Kollege Bellino von der CDU und danach Kollege Rudolph von der SPD. Bitte sehr.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lambrou will es nicht wahrhaben. Aber Sie haben doch selbst diese Pressemitteilung, die Sie verfasst haben, versandt. Wir beziehen uns auch auf die „hessenschau“, wir beziehen uns auf die „Frankfurter Rundschau“, und die „FAZ“ hat es, glaube ich, auch gehabt. Aber wir beziehen

uns auf das, was Sie selbst geschrieben haben, indem Sie ja sagten, es sei ein ganz normaler Vorgang, dass frei gewählte Abgeordnete bespitzelt werden,

(Robert Lambrou (AfD): Es wurde niemand bespitzelt! Lesen Sie einmal unsere Pressemitteilung!)

dass man ihnen vorwirft, dass sie auf dem Hessenfest mit Leuten der CDU gesprochen hätten.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD) – Unruhe – Glockenzeichen)

Stehen Sie doch dazu. Ich weiß nicht, warum Sie immer darum betteln, dass wir das, was Sie als Nebenkriegsschauplätze bezeichnen und was ich für einen Skandal halte, dann doch wieder hier thematisieren. Sie betteln ja förmlich darum.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Konzentrieren Sie sich doch wenigstens auf die Dinge, die wirklich hier auf der Agenda stehen. Das ist besser für Sie. – Ich will aber nicht Ihr Ratgeber sein; denn vielleicht ist es besser, wenn Sie sich in jeder Plenarsitzung blamieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE)

Zweite Bemerkung. Sie sagen, Sie stehen auf dem Boden der Verfassung und beweisen das damit, dass Sie ein Grundsatzprogramm hätten. Also, wissen Sie: Das Grundsatzprogramm ist das eine; die gelebte Wirklichkeit ist aber etwas anderes.

(Heiterkeit CDU)

Wenn man einen Ihrer maßgeblichen Vertreter als Neonazi bezeichnen darf, wenn wir der Presse entnehmen, dass sich der Verfassungsschutz an verschiedenen Stellen um Sie kümmert,

(Zuruf Klaus Herrmann (AfD))

dass Sie selbst sagen: „Der zu uns gehörende Flügel ist uns zu rechts“ – aber er ist immer noch bei Ihnen –, dann frage ich mich, wie Sie sich hierhin stellen und sagen können:

(Anhaltende Zurufe AfD)

Wir stehen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

(Fortgesetzte Zurufe AfD – Glockenzeichen)

Ich bin der Meinung, dass Teile von Ihnen nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE – Zurufe AfD)

Das kann man deshalb hier auch nicht so stehen lassen.

Dritte und letzte Bemerkung. Ich glaube, der Präsident sitzt immer noch hinter mir. Deshalb ist das jetzt für mich gefährlich.

Vizepräsident Frank Lortz:

Ja, ich bleibe auch da, bis du fertig bist.

(Heiterkeit Torsten Warnecke (SPD))

Holger Bellino (CDU):

Ja, mein Puls geht auch schon hoch, weil ich weiß, was ich jetzt sagen möchte.

(Heiterkeit)

Ich möchte nachweisen, dass es wirklich nicht der AfD oder der LINKEN bedurft hätte, dass dieses Hohe Haus sich entschieden hat, keine Diätenerhöhung vorzunehmen. Das gab es schon lange vor Ihrer Zeit. Wir brauchen also weder Anträge von links oder von rechts noch Pressemitteilungen, wo Sie das populistisch fordern, sondern wir entscheiden immer nach unserem Gewissen. Schon lange vor Ihrer Zeit hat der Landtag die eine oder andere Nullrunde beschlossen; auch wenn das nicht jeder gut fand. – Besten Dank.

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Bellino, auch für den letzten Satz.

(Heiterkeit)

Jetzt kommt Herr Kollege Rudolph, SPD. Er hat das Wort.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Begründung wird bekanntermaßen nicht mit beschlossen. Das Ergebnis zählt: Es wird keine Diätenerhöhung geben. Deswegen ist das andere Vorgeplänkel. Wenn Fraktionen beraten, dann ist das in Ordnung. Am Schluss muss ein Ergebnis herauskommen. Das haben wir bewiesen.

Ich will aber etwas sagen, ohne die Damen und Herren und Sie, Herr Lambrou, noch besonders aufzuwerten. Aber Ihr letzter Beitrag war eine einzige Heuchelei.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Robert Lambrou (AfD): Nein!)

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Auf den Vorwurf des Kollegen Frömmrich, was der Geschäftsführer der Bundestagsfraktion gesagt hat, sagen Sie: Es ist eine einzelne verwirrte Stimme. – Der ganze Flügel, Höcke und Co.: Sind das alles einzelne Verwirrte? – Meine sehr verehrten Damen und Herren, führende Vertreter der AfD, der sogenannten Alternative für Deutschland, wollen ein anderes System. Sie wollen im Kern politisch eine andere Republik.

(Robert Lambrou (AfD): Das ist doch völlig falsch!)

Das, was Sie alles über die parlamentarische Demokratie ablassen, ist unerträglich.

(Robert Lambrou (AfD): Das weise ich entschieden zurück!)

Mal ist es die Presse, mal sind es die Parteien, die Ihnen nicht passen, mal suchen Sie sich Sündenböcke, mal sind es die Ausländer, mal diejenigen, die anders aussehen, mal diejenigen, die eine andere Meinung haben. Sie haben nichts aus der deutschen Geschichte gelernt.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Sie wollen eine andere Republik. Das dürfen wir Ihnen – nach 70 Jahren Frieden in Deutschland – nicht durchgehen lassen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und DIE LINKE – Robert Lambrou (AfD): Das ist unverschämt, was Sie erzählen! – Unruhe – Glockenzeichen)

Es ist eine Vermessenheit, sich hierhin zu stellen – nicht nur heute, das machen Sie ja sonst auch – und zu sagen, es bedürfe der AfD, damit andere aufwachen.

(Robert Lambrou (AfD): Das beruht nur auf Gegenseitigkeit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie bekommen Stimmen von Wählerinnen und Wählern, und nicht jeder Wähler ist deswegen rechtsextrem. Aber jeder Wähler, der AfD wählt, muss wissen, welche Gruppierung und Organisation er wählt,

(Robert Lambrou (AfD): Eine bürgerliche!)

nämlich eine Partei, die in Teilen tatsächlich rechtsextrem ist. Das müssen wir in der Tat diskutieren und thematisieren. Das heutige Beispiel der Diätenerhöhung ist nur eines von vielen. Sie wollen Vorurteile schüren, Sie wollen Resentiments hervorbringen, und Sie wollen Politik in der Demokratie insgesamt verächtlich machen.

(Robert Lambrou (AfD): Sie machen die AfD verächtlich! Schlimmer geht es gar nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da gibt es Beispiele aus der deutschen Geschichte, und ich hoffe, Geschichte wiederholt sich nicht; denn daran ist die Weimarer Republik kaputtgegangen, und das hat die Nazis an die Macht gebracht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE)

Deswegen sind politische Bildung und Aufklärung so wichtig, damit es die Menschen in diesem Land merken. Wir haben es auch jetzt bei den Demonstrationen gesehen. Jeder, der an solchen Demonstrationen teilnimmt, muss wissen: Wenn Rechtsextreme dabei sind, dann identifiziert er sich mit denen. Man kann auch an Demonstrationen nicht teilnehmen; man kann auch anders seine Meinung ausdrücken.

(Zuruf AfD: Dann sagt die SPD wieder Antifa! – Unruhe – Glockenzeichen)

Man muss wissen, wo man hingeht. Die Verantwortung hat jeder, der zu einer Demonstration geht. Das ist gar keine Frage. Aber was wir nicht brauchen, sind Belehrungen von dieser Truppe.

(Beifall SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Mal sind es die Champagnergläser und die Häppchen in Berlin bei der Bundestagsfraktion – auch Sie werden vom Rechnungshof geprüft, wie alle anderen Fraktionen; wir werden mal sehen, was dabei rumkommt –,

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

mal ist es der Dienstwagen, den Sie zunächst nicht wollten. Das ist alles ein ganz subtiles Verhalten. Erst sind Sie der Superaufklärer, der Supermoralist, der das alles nicht in Anspruch nimmt, was andere machen.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Dann machen Sie es klammheimlich. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen ist das eine erbärmliche Heuchelei, die Sie an den Tag legen. Unsere Aufgabe ist es, das in das Land zu tragen, damit immer mehr Menschen erkennen: Es gibt demokratische Alternativen; aber die AfD brauchen wir dazu jedenfalls nicht. – Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE – Zurufe AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Rudolph. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Debatte. Die Abstimmung über die Gesetzentwürfe erfolgt morgen Abend.

Wenn wir nichts Weiteres haben, darf ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Sollte es Ihnen heute trotz allem gefallen haben, dann sind Sie herzlich eingeladen, morgen früh wiederzukommen; um 9 Uhr geht es weiter. – Die Sitzung ist geschlossen. Alles Gute.

(Schluss: 18:56 Uhr)